



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

Ferdinand Georg Waldmüller, Rosen, 1843, Öl auf Holz

»Die Fürstlichen Sammlungen Liechtenstein« von 15. Februar bis 10. Juni 2019 in der Albertina in Wien (ab der Seite 108)

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

in wenigen Tagen, am 11. April, endet für wahlberechtigte Österreicherinnen und Österreicher die Eintragsfrist für die am 26. Mai stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament in der Wählerevidenz. Wir haben für Sie auf der Seite 25 zusammengefasst, was für Ihre Teilnahme notwendig ist – auch wenn dafür nicht mehr viel Zeit ist.

Weiters haben wir in einigen Beiträgen zum Thema Brexit Gespräche, Positionen und auch Ratschläge für Sie zusammengestellt.

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 182

Staatsbesuch in Israel		Nr. 1 bei erneuerbarer Energie	77
Reise des Bundespräsidenten	3	Verkehrssicherheitsbilanz 2018	78
Japan, Südkorea, USA, Ägypten		Lehrlinge mit Energie gesucht	79
Reisen des Bundeskanzlers	6	Wirtschaftsstandort hoch im Kurs	80
Aus dem Parlament	15	Mehr Lebensräume für Bienen	81
Reisen der Außenministerin	18	Sinnvolle Investitionen zum Wohl der Bürger	82
EU-Wahl am 26. Mai 2019	25	»1. Burgenländische Pilger(wege)karte« präsentiert	83
Sitzberechnung für das nächste Europäische Parlament	27	»Brauchland Burgenland« 2019	83
Demokratieradar zur EU	28	Kunst- und Kulturpreisausschreibungen 2019	84
Übergangsregion Burgenland	30	Von der Sichel zum Mähdrescher	84
Kärnten gegen Haßpostings	31		
NÖ Hilfe für Tansania	32		
Brexit: OÖ ist vorbereitet	33		
Sbg: Trinkwasser für Ayn al-Fijeh	34	Wachstum im IV. Quartal mit +0,4% bestätigt	85
Steiermark und harter Brexit	35	OeNB-Konjunkturindikator 2019	86
Tirol: ProMemoria Auschwitz 2019	36	Industrieraufschwung in Österreich geht langsam dem Ende zu	87
Vbg: Besuch in Graubünden	37	Kreativwirtschaft als Wirtschafts- und Innovationsmotor	88
OWHC-Konferenz in Wien	38	2,75 Mio. hl Wein produziert	89
»Gold« für Hartmut Koschyk	39	EPU optimistischer als die Gesamtwirtschaft	90
Österreich trifft Vorkehrungen für unregelmäßigen Brexit	40	8,86 Mio. leben in Österreich	91
Brexit – Folgen für Österreich und die EU	43	Chronik-Meldungen	92
Brexit – und jetzt?		Personalien	95
Die steuerlichen Folgen	45	Campus der Religionen in der Seestadt aspern	97
Brexit: Vorsicht bei der Urlaubsplanung!	48	Steirisches Kürbiskernöl	98
WirtschaftsOskar 2019 in Los Angeles vergeben	49	Wenn Dunkle Materie auf Resonanz stößt	100
Europas Rückhalt im Pongauer Fels mdw ist Nr. 1 weltweit bei Musik	53	Für die Zukunft der Quantentechnologie	101
Österreich, Europa und die Welt – Kurzmeldungen	54	JKU-KI schlägt menschliche ExpertInnen haushoch	102
Dachverband – PaN – Partner aller Nationen	60	Internet der Dinge	103
Ball der Österreicher – Wiener Ball 2019 in Berlin	62	Wie man Wärmeleitung einfriert	104
Vorsitzwechsel im Bundesrat	64	Das ganze Habsburger-Imperium	105
Finanzminister bekräftigt kumulierte Entlastung	68	Höchstes Holzhauses der Welt	107
		Rubens bis Makart	108
		Stadt.Geschichte.Mobilität. – NÖ Landesausstellung	115
		Auf der Kippe	
		Konfliktgeschichte des Tabaks	118



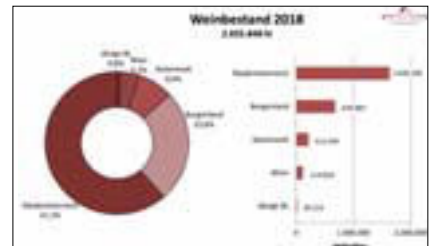
Der Bundespräsident besuchte Israel 3



Bundeskanzler Kurz bei Präsident Trump 6



Burgenlands neuer Landeshauptmann 70



2,75 Mio. Liter Wein produziert 89



NÖ Landesausstellung in Wr. Neustadt 115

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Fotos S. 1: © LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna; Fotos S. 2: HBF / Peter Lechner; BKA / Dragan Tatic; Foto: Bgld. Landesmedienservice; Statistik Austria; © St. Pölten, Landessammlungen Niederösterreich / Foto: Christoph Fuchs

Staatsbesuch in Israel

Bundespräsident Alexander Van der Bellen betonte mit seiner Reise von 3. bis 7. Februar die besondere Verbundenheit Österreichs mit Israel.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (2.v.l.) wurde von Staatspräsident Reuven Rivlin mit militärischen Ehren empfangen.

Am 4. Februar startete der offizielle Teil der Visite: Am Vormittag war Bundespräsident Alexander Van der Bellen von Staatspräsident Reuven Rivlin mit militärischen Ehren empfangen.

Nach Pressestatements und einem Vier-Augen-Gespräch der beiden Staatsoberhäupter ging es weiter zur Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, wo Van der Bellen und Rivlin an einer Gedenkzeremonie teilnahmen, die Ewige Flamme entzündeten und einen Kranz niederlegten.

Am 5. Februar besuchte Van der Bellen die orthodoxe Gemeinde Kyriat Mattersdorf in Jerusalem, die nach der ehemaligen jüdischen Gemeinde Mattersdorf – heute Mattersburg – benannt ist. Danach traf das Staatsoberhaupt in Ramallah Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas. Van der Bellen wollte sich von beiden Seiten ein Bild machen und sich über den Stand des Friedens-

prozesses informieren. Auf dem Programm standen weiters die Teilnahme am österreichisch-israelischen Wirtschaftsforum, Start-Up-Besuche und Gespräche mit Schülern, österreichischen Auswanderern und Holocaust-Überlebenden. Am Nachmittag traf er dann Premierminister Benjamin Netanyahu zu einem Arbeitsgespräch.

Pressestatement von Van der Bellen gemeinsam und Reuven Rivlin (im Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Präsident Rivlin, Frau Rivlin, Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist für mich und meine Frau – und für die gesamte österreichische Delegation – eine Ehre und Freude heute bei Ihnen in Israel zu Besuch sein zu dürfen.

Geschichte – Herzl

Unsere beiden Länder, Österreich und Israel, verbindet eine besondere Geschichte. In der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel wird mit Theodor Herzl ein großer Österreicher erwähnt, der „chosé hamediná ha jehudit“ – der „spirituelle Vater des jüdischen Staates“.

Geschichte – Shoah

Uns verbindet aber auch eine grausame Geschichte: Die Shoah – der Versuch der vollständigen Auslöschung des Europäischen Judentums. Dessen möchte ich heute in Yad Vashem gedenken.

Zehntausende jüdische Österreicherinnen und Österreicher wurden vom Naziregime ermordet – und noch viel mehr wurden vertrieben. (Anm.: etwa 65.000 wurden ermordet, etwa 120.000 vertrieben und geflüchtet)

Österreich, Europa und die Welt

Viele Vertriebene fanden hier in Israel eine neue Heimat. Sie bauten das Land auf und verteidigten es in mehreren Kriegen.

Lassen Sie mich unmißverständlich sagen und wiederholen: Österreich ist mitverantwortlich für die Shoah. Viele Österreicherinnen und Österreicher waren unter den Täterinnen und Tätern.

Auch darum verbeugen wir uns in Demut vor den Opfern. Zu dieser Mitverantwortung hat sich Österreich erst spät, sehr spät bekannt. Das hat unser Verhältnis lange Zeit schwierig gemacht.

Zwei Demokratien

Ich möchte noch hinzufügen: Israel ist eine Festung von Demokratie und Freiheit hier im Nahen Osten. Österreich ist von Freunden umgeben. Mich beeindruckt, daß Sie Ihre Demokratie in einer sehr schwierigen Umgebung errichtet und erhalten haben. Eine vielfältige, starke und lebendige Demokratie. Auch das verbindet uns.

Österreichs Verantwortung – Gegen Antisemitismus

Sehr geehrter Herr Präsident, bei unserer Begegnung im Oktober letzten Jahres am Wiener Flughafen haben wir auch über Antisemitismus gesprochen. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus ist mir persönlich immer ein starkes Anliegen. Wir, als Österreicherinnen und Österreicher, wissen: Der Antisemitismus der Nationalsozialisten ist nicht vom Himmel gefallen. Er war schon zuvor in der österreichischen Gesellschaft sehr stark präsent. Die Shoah war der grausame Höhepunkt. Es darf daher keine Toleranz gegenüber Antisemitismus geben.

Jüdisches Leben muß sicher und unbehelligt möglich sein

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, daß jüdisches Leben überall, ob in Israel, ob in Europa oder sonstwo, sicher und unbehelligt möglich ist. Unser Ziel ist es, daß Jüdinnen und Juden, wo immer sie leben, sicher und in Frieden leben können.

Das ist unser Wunsch. Das ist unsere Verantwortung. Das sind wir Österreicherinnen und Österreicher den Opfern der Shoah schuldig. Israel muß in Frieden leben können. Das ist, glaube ich sagen zu dürfen, in Österreich nationales Anliegen und Konsens.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Staatspräsident Reuven Rivlin



Gedenkzeremonie in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem



Der Bundespräsident in der orthodoxen Gemeinde Kyriat – Mattersdorf in Jerusalem

Fotos: HBF / Peter Lechner

Österreich, Europa und die Welt



Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde von Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas mit militärischen Ehren empfangen



Fotos: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu

Wirtschaft

Sehr geehrter Herr Präsident Rivlin, daß Österreich und Israel heute in so vielen Bereichen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, ist für mich eine große Freude:

38 Direktflüge verbinden Woche für Woche unsere beiden Länder – mehr als je zuvor.

Der Trend unserer bilateralen Wirtschaftsdaten kennt nur eine Richtung: jene nach oben.

Gleiches gilt für den Tourismus: Von Jahr zu Jahr sehen wir neue Rekordwerte. In beiden Richtungen: Von Österreich nach Israel und umgekehrt.

Und Gleiches gilt für den wissenschaftlichen Austausch, den kulturellen Austausch, den Jugendaustausch, und, und, und. Aus einem „sich aus gesicherten Distanz betrachten“ ist zwischen Israel und Österreich in den vergangenen Jahren ein „Miteinander“ geworden. Österreicherinnen und Ös-

terreicher sind mehr denn je neugierig auf Israel.

Junge Israelis wiederum entdecken Österreich und die Schönheit unserer Heimat. Und sie erfahren, daß man auch außerhalb von Israel ein gutes Schnitzel essen kann. (Anm.: Das Schnitzel ist eine der National Speisen Israels – freilich eher das Hühner-, nicht so sehr das Schweinsschnitzel)

In dem Maße, in dem wir uns gegenseitig verstehen, in dem wir aufeinander zugehen, werden wir auch neue Chancen der Zusammenarbeit entdecken.

Dazu gehört auch, daß wir nicht immer in allen Punkten einer Meinung sein müssen, um uns zu schätzen und zu respektieren.

Aber ich bin überzeugt: Österreich und Israel, das sind zwei Staaten, die noch viel miteinander vorhaben, sehr viel.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Treffen mit Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat sich bei seinem Treffen mit Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas für eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästinensern ausgesprochen. Van der Bellen sicherte Präsident Abbas die Unterstützung Österreichs und der EU zu: „Die Europäische Union bleibt eine verlässliche Partnerin der Palästinenser und der Palästinensischen Behörde.“

Österreich ist ein Anhänger der Zwei-Staaten-Lösung. Das scheint derzeit die einzige realistische Option“, sagte der Bundespräsident in Ramallah. Abbas dankte Österreich für die seit Bruno Kreisky gepflegten „historischen Beziehungen“.

„Wir sind Freunde Israels und der Palästinenser. Wir wollen in beiden Fällen die Beziehungen vertiefen“, so der Bundespräsident. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit soll in Palästina fortgesetzt werden.

Treffen mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu

Beim Treffen in Israel waren sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Premierminister Benjamin Netanjahu beim Wunsch nach Frieden und Sicherheit einig. Bundespräsident Alexander Van der Bellen bekräftigte gegenüber Israels Premier Österreichs Mitverantwortung am Holocaust und plädierte für eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästinensern. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Japan, Südkorea, USA, Ägypten

Während seiner Reise nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz viele Termine wahr – Highlight war die Einladung von US-Präsident Donald Trump zu einem Vier-Augen-Gespräch – Gipfeltreffen im ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh



Foto: BKA / Arno Melicharek

Der erste Termin des Bundeskanzlers war das Global Engagement und Empowerment Forum mit Ban Ki-Moon

Südkorea

Bereits zu Beginn seines Aufenthalts in Südkorea nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz am Global Engagement and Empowerment Forum zu den UNO-Nachhaltigkeitszielen an der Yonsei-Universität in Seoul teil. "Die ‚Sustainable Development Goals‘ der Vereinten Nationen ermöglichen als eine Art Kompass einen ganzheitlichen Blick auf Ziele wie Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand. Das ist gerade in einer Zeit mit rasanten Veränderungen, in der der technologische Fortschritt immer rascher voranschreitet, von zentraler Bedeutung“, erläuterte der Bundeskanzler bei seiner Ansprache.

Sebastian Kurz wies zudem auf die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit hin, mit der diese Nachhaltigkeitsziele zu erreichen seien. Solche Kooperationen würden etwa die Bekämpfung von Hunger und Armut, die Schaffung starker Institutionen



Foto: BKA / Arno Melicharek

v.l.: Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Sebastian Kurz und der ehemalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bei der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Bundeskanzleramts mit dem „Ban Ki-moon Centre for Global Citizens“

Österreich, Europa und die Welt

sowie den Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen betreffen. „Der größte technologische Fortschritt hilft uns nur wenig, wenn nicht alle Menschen gleichermaßen davon profitieren können“, ergänzte der österreichische Regierungschef.

Beiträge zum Klimaschutz – Abkehr von der Abrüstung vermeiden

„Gleichzeitig geht es aber auch darum, auf die Ressourcen der Erde und die Umwelt zu achten. Rückschläge bei der Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele würden alle Staaten treffen“, betonte Bundeskanzler Kurz mit Verweis auf die notwendigen Beiträge zum Klimaschutz und die zu vermeidende Abkehr von der Abrüstung.

Abschließend warnte er vor zu viel Bürokratie und Überregulierung in der EU: „Dadurch wird die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt, Innovationskraft gehemmt und der Wettbewerbsfähigkeit geschadet.“ Österreich wolle er von Rang 9 im SDG-Index der UNO bis 2020 unter die Top 5 bringen. Das Forum an der Yonsei-Universität bot auch die Gelegenheit zu einem Treffen mit dem ehemaligen UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Beide unterzeichneten dabei eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Bundeskanzleramts mit dem „Ban Ki-moon Centre for Global Citizens“ zur Umsetzung der „Sustainable Development Goals“. Ban Ki-moon lobte Bundeskanzler Sebastian Kurz im Rahmen seiner einleitenden Rede und bezeichnete ihn als jungen, tatkräftigen und visionären Regierungschef von Weltformat.

Unterstützung bei der Lösung des Konflikts mit Nordkorea

In weiterer Folge traf der Bundeskanzler mit dem Premierminister von Südkorea, Lee Nak-yeon, zusammen: „Ich möchte meinem südkoreanischen Amtskollegen volle Unterstützung bei seiner Politik zur Lösung des Konflikts mit Nordkorea zusagen. Vor allem mit der UNO kann das Ziel einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel erreicht werden.“ Premierminister Lee betonte nach dem Gespräch in Seoul, daß man sich bemühen werde, das Zeitalter des Kalten Krieges zu beenden und ein Zeitalter des Friedensprozesses herbeizuführen. Beide Regierungschefs wollen die Zusammenarbeit und den bilateralen Austausch auf wirtschaftlicher Ebene sowie in Wissenschaft und Forschung weiter ausbauen. Der Bundeskanzler sieht vor allem bei der Kooperation in den Bereichen Digitalisierung und Künstliche



Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) traf und traf den südkoreanischen Premierminister Lee Nak-yeon in Seoul.



Die beiden Staatschefs mit den Delegationen beider Länder.



Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) beim südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in (m.) mit Bundesminister Heinz Faßmann (l.)

Fotos: BKA / Arno Melicharek

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic



Bundeskanzler Sebastian Kurz und der japanische Premierminister Shinzō Abe bei der Begrüßungszeremonie

Intelligenz sowie im wechselseitigen Tourismus großes Potential. In Südkorea standen auch noch Treffen mit Staatspräsident Moon Jae-in und dem Vize-Vorsitzenden von Samsung Electronics, Boo-Keun Yoon, auf dem Programm. Bereits vor der Reise zeigte sich der Bundeskanzler erfreut darüber, daß „das bilaterale Handelsvolumen im vergangenen Jahr ein historisches Hoch erreicht hat“. Südkorea ist damit nach China und Japan drittgrößter österreichischer Exportmarkt in Asien. Die österreichischen Direktinvestitionen liegen derzeit bei rund 1,1 Milliarden Euro.

Japan

Anlässlich seines Besuchs in Japan traf Bundeskanzler Sebastian Kurz am 15. Feber mit Japans Premierminister Shinzo Abe in Tokio zusammen. „Wir sind uns darüber einig, daß das zwischen Japan und der EU abgeschlossene Freihandelsabkommen JEFTA für neue Impulse zur Stärkung der bilateralen Handelsbeziehungen sorgen kann. Ebenso sind wir auf einer Linie, wenn es um den Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt geht“, erklärte der österreichische Bundeskanzler nach dem Gespräch mit seinem Amtskollegen. Die internationale Staatengemeinschaft solle die Bemühungen zur Lösung des Konflikts um das nordkoreanische Atomwaffen- und Raketenprogramm unterstützen. Ähnliche Ansichten gab es auch beim

Thema Brexit – laut Abe sollten die Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der EU möglichst minimiert werden. Ein Vorantreiben der Integration der Westbalkan-Staaten in die EU sieht Japans Premierminister so wie der österreichische Regierungschef positiv.

150 Jahre bilaterale Beziehungen

Bei einem Treffen von Sebastian Kurz mit Kronprinz Naruhito stand unter anderem

das 150-Jahr-Jubiläum der Beziehungen zwischen Österreich und Japan im Mittelpunkt. Was den Handel betrifft, wurde bereits im Vorfeld auf die sich für österreichische Unternehmen in Ostasien bietenden Chancen verwiesen, etwa was die Erfahrungen in den Bereichen Digitalisierung, 5G-Netze und Innovation betreffe. Nach Japan exportierte Österreich 2017 ein Volumen von rund 1,4 Milliarden Euro. Zugleich stiegen die Einfuhren aus Japan um 8,9 Prozent an. Mit



Foto: BKA / Dragan Tatic

Nach der gemeinsamen Pressekonferenz am Sitz der japanischen Regierung in Tokio: Bundeskanzler Sebastian Kurz und der japanische Premierminister Shinzō Abe

Österreich, Europa und die Welt



Der Bundeskanzler besuchte gemeinsam mit Bundesminister Norbert Hofer den japanischen Motorenhersteller Honda.



Der Bundeskanzler im Gespräch mit dem Kronprinzen von Japan Naruhito

einem bilateralen Handelsvolumen von etwa 3,5 Milliarden Euro zählt Japan zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs außerhalb der EU. Thematisiert wurde bei der Unterredung auch die bevorstehende Verantwortung des Kronprinzen anlässlich der Abdankung seines Vaters Akihito am 1. Mai dieses Jahres.

Bei einem Besuch des Honda-Konzerns überzeugte sich Bundeskanzler Kurz von aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Robotertechnologie, etwa was deren Einsatz bei der Altenbetreuung anbelangt.

Hiroshima und Philharmoniker am letzten Besuchstag

Am letzten Tag ihrer Asienreise besuchten Bundeskanzler Sebastian Kurz, Verkehrsminister Norbert Hofer sowie Wissenschaftsminister Heinz Faßmann Hiroshima. Der Bundeskanzler legte im Gedenken an die Opfer des ersten weltweiten Atombombenabwurfs am 6. Oktober 1945 einen Kranz nieder. „Gerade Hiroshima zeigt, welche verheerenden Auswirkungen Atomwaffen haben und wie viel sicherer die Welt ohne Atomwaffen wäre“, hielt der Bundeskanzler fest. Der Besuch Hiroshimas war ihm ein wichtiges Anliegen. Im Anschluß stand ein Besuch des Dokumentationsarchivs auf dem Programm.

Als Abschluß der Asienreise fand anlässlich des Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zu Japan ein Konzert des Streichquartetts der Wiener Philharmoniker in Tokio statt: Vor 150 Jahren wurde unter Konte-
radmiral Anton Freiherr von Petz in Yokohama ein Freundschafts- und Handelsvertrag mit Japan unterzeichnet.



Sebastian Kurz besuchte auch das Hiroshima Dokumentationszentrum.

Österreich, Europa und die Welt

USA

Von Japan aus reiste der Bundeskanzler zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in die Vereinigten Staaten von Amerika weiter. Im Fokus der dreitägigen Reise standen vor allem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Österreich. „Die Hauptmission der Reise nach Washington besteht darin, den wirtschaftlichen Austausch mit den USA zu fördern und die guten bilateralen Beziehungen zu stärken. Wir wollen auch die EU dabei unterstützen, einen Handelskrieg zwischen den USA und Europa abzuwenden. Ansonsten stehen auch andere Themen im Vordergrund, wo wir unterschiedliche Auffassungen haben, wie der Kampf gegen den Klimawandel und das Abrüstungsthema“, sagte Kurz vor seiner Abreise.

Für Österreich als exportorientiertes Land sind die USA nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner. Im Jahr 2017 lagen die Exporte in die USA bei rund 9,7 Milliarden Euro – ein Anstieg seit 2016 um rund 10,7 Prozent. Auch die Importe aus den USA stiegen um rund 16,2 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro an. Das gesamte Volumen des Waren-/Güter-Außenhandels Österreichs mit den USA erreichte 2017 ein Rekordniveau von etwa 15,5 Milliarden Euro, was einen Überschuss der Warenhandelsbilanz in der Höhe von rund 3,8 Milliarden Euro zum Vorjahr bedeutet.

Bereits zum Auftakt der USA-Reise ist Bundeskanzler Sebastian Kurz am 19. Feber mit US-Außenminister Mike Pompeo zu einem bilateralen Gespräch im State Department zusammengetroffen, bei dem unter anderem der Nahost-Konflikt erörtert wurde. „Die USA arbeiten derzeit an einer Lösung der Situation im Nahen Osten und werden wahrscheinlich noch in diesem Jahr einen Vorschlag präsentieren. Das ist ein positiver Schritt“, begrüßte der Bundeskanzler diesen Ansatz nach dem Treffen.

Einen weiteren „interessanten Austausch“ habe es auch zu außen- und geopolitischen Fragen gegeben, etwa über die Lage auf der koreanischen Halbinsel. Angesprochen wurden auch Themen, bei denen die EU und die USA unterschiedliche Ansichten vertreten. Es gebe „viele Sachfragen, die uns trennen“. Vor allem bei der Klimapolitik, bei Handelsfragen und beim Einsatz gegen Protektionismus sei das der Fall. Daher sei es wichtig, das Gespräch mit den USA zu suchen.

Höhepunkt des Aufenthalts in Washington war das Treffen des österreichischen Regierungschefs mit US-Präsident Donald Trump am 20. Feber. Es war der erste Emp-



Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Begrüßung durch US-Präsident Donald Trump...



... und den US-Vizepräsidenten Mike Pence im Weißen Haus.

fang für einen österreichischen Regierungschef im Weißen Haus seit 13 Jahren, damals wurde Wolfgang Schüssel von Präsident George Bush jun. empfangen.

Vier-Augen-Gespräch im Weißen Haus

Am zweiten Tag seines dreitägigen USAufenthalts traf Kurz US-Präsident Donald Trump im Oval Office zu einem Vier-Augen-Gespräch, das von Kurz als durchaus kontroversiell bezeichnet wurde, waren Themen angesprochen worden, bei denen man auch unterschiedlicher Meinung war. „Donald Trump ist Österreich und einigen Ländern der Europäischen Union gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Insbesondere der Protektionismus macht uns große Sorgen“, so der Bundeskanzler. Nicht zuletzt deshalb, weil für Österreich als exportorientiertes Land die USA nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner sei. Er habe

daher dem US-Präsidenten verdeutlicht, daß jede Form der Infragestellung der Handelsbeziehungen Unsicherheiten auslöse, die der Wirtschaft extrem schaden würden. „Wenn es dann sogar Zölle gebe, würde das eine Negativspirale auslösen, die Arbeitsplätze in Europa kosten. Das wollen wir verhindern.“ Der Bundeskanzler legte US-Präsident Trump dar, daß Auto-Zölle nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich treffen würden. Nach Einschätzung von Sebastian Kurz wäre Trump nach wie vor für ein Handelsabkommen mit der EU offen, wolle aber durch seine Drohungen Druck aufbauen. Aber „Entscheidungen im Weißen Haus fallen sehr schnell“.

US-Präsident für höhere Militärausgaben

Kurz nannte neben den Handelsbeziehungen als zweites großes Thema die Militär-

Österreich, Europa und die Welt

ausgaben, bei denen sich die USA gegenüber Europa benachteiligt sehe. Der US-Präsident ist der Ansicht, daß alle Länder die Ausgaben für das Militär erhöhen sollten. Der Bundeskanzler habe mit einem Verweis auf die österreichische Neutralität „sehr klar gemacht, daß wir zwar seine Haltungen respektieren, aber wir haben argumentiert, daß wir lieber in Ausbildung, in Forschung, Entwicklung und innere Sicherheit investieren.“ Österreich gebe zwar weniger für Verteidigung aus als andere Staaten, leiste aber, was den „Außeneinsatz“ betreffe, „einen überdimensional großen Einsatz“, verwies der Kanzler auf die Auslandseinsätze des Bundesheeres. Er hob zudem hervor, daß Österreich seine Budgetentscheidungen selbständig treffe.

Ein weiteres Gesprächsthema war auch das von den USA abgelehnte deutsch-russische Pipelineprojekt Nord Stream 2. Österreich habe dazu „eine sehr klare Position“, „weil wir Versorgungssicherheit brauchen“. „Wir stehen zu diesem Projekt.“ Zudem müßten die Interessen der Ukraine berücksichtigt werden. Grundsätzlich sei man zwar offen für Lieferungen von US-Flüssiggas, aber der Preis dafür sei „derzeit kein wettbewerbsfähiger“. „Insofern wird das Gas aus Österreich weiter hauptsächlich aus Rußland kommen“, so der Bundeskanzler, der mit dem



Bundeskanzler Sebastian Kurz und US-Präsident Donald Trump beim Vier-Augen-Gespräch

US-Präsidenten auch über den stockenden Dialog zwischen Belgrad und Pristina sprach, bei dem sich Österreich ein größeres Engagement der USA wünschen würde. Im Kosovo hätten die USA nämlich „eine sehr starke Stellung, die sie positiv nutzen könnten“. Österreich sehe den Dialog zwischen

den Präsidenten Aleksandar Vučić (Serbien) und Hashim Thaçi (Kosovo) sehr positiv und würde auch den auch sehr heiklen Gebietsaustausch unterstützen. „Wenn sich beide Staaten auf etwas einigen, sollten wir Europäer nicht im Weg stehen und die Amerikaner genauso wenig“, so der Bundeskanzler.



Fotos: BKA / Dragan Tatic

Gespräche der Delegationen mit Vizepräsident Mike Pence, Außenminister Mike Pompeo, Energieminister Rick Perry, Trumps Stabschef Mick Mulvaney, Sicherheitsberater John Bolton, Wirtschaftsberater Larry Kudlow und Trumps Schwiegersohn Jared Kushner auf amerikanischer Seite und Botschafter Wolfgang Waldner sowie Wirtschaftskammer Österreich-Präsident Harald Mahrer auf österreichischer Seite

Österreich, Europa und die Welt

Kurz und Trump sprachen auch über Rußland, den Nahost-Konflikt und Nordkorea. „Nicht angesprochen“ wurde von Trump die Frage der Rücknahme von in Syrien festgehaltenen österreichischen IS-Kämpfern, so Kurz, der bekräftigte, daß Sicherheit vorgehe und es sich nur um „sehr, sehr wenige Fälle“ handle.

Hochrangiges Delegationstreffen mit Vizepräsident Mike Pence

Nach seinem Vier-Augen-Gespräch mit Trump wurden die Gespräche im Cabinet Room im Rahmen eines hochrangigen Delegationstreffen fortgesetzt, an dem unter anderem Vizepräsident Mike Pence, Trumps Stabschef Mick Mulvaney, Außenminister Mike Pompeo, Sicherheitsberater John Bolton und Wirtschaftsberater Larry Kudlow teilnahmen.

Im Anschluß an den Arbeitsbesuch im Weißen Haus fand ein privates Essen mit Ivanka Trump und Jared Kushner statt, der sich intensiv mit möglichen Lösungen zur Nahostkrise beschäftigt. Dabei wurde auch über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen.

Antisemitismus nicht nachgeben

Vor dem Termin im Weißen Haus traf der Kanzler David Harris, den Direktor des American Jewish Committee (AJC), und den Holocaust-Überlebenden Rabbi Arthur Schneier. Der gebürtige Wiener ist Gründer der „Appeal of Conscience Foundation“, die sich weltweit für Religionsfreiheit und Menschenrechte einsetzt. „Wir dürfen in Österreich und Europa im Kampf gegen jegliche Form von Antisemitismus nicht nachgeben“, bekräftigte Kurz nach der Begegnung.



Abends war Sebastian Kurz einer privaten Essenseinladung von Ivanka Trump und ihrem Mann Jared Kushner gefolgt – rechts im Bild der U.S.-Botschafter in Österreich, Trevor Traina



oben: der Bundeskanzler mit dem 88jährigen und in Wien geborenen Rabbi Arthur Schneier; unten: mit österreichischen Mitarbeitern der Weltbank



Fotos: BKA / Dragan Tatic

Österreich, Europa und die Welt

IWF und Weltbank: Gespräche über globale Wirtschaftsentwicklung

Am 21. Feber standen abschließend noch Treffen mit der Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, der interimistischen Präsidentin der Weltbank, Kristalina Georgieva, sowie ein Besuch der „Washington Post“ auf dem Programm. „Wir haben uns eingehend über die globale Wirtschaftslage ausgetauscht“, berichtete der Bundeskanzler nach dem Gespräch mit Lagarde. Man sei sich darüber einig gewesen, „wie wichtig eine effektive internationale Zusammenarbeit ist, um einen freien und fairen Handel zu forcieren“.

Ägypten

Nach einem kurzen Aufenthalt in Wien reiste der Bundeskanzler zum nächsten Termin, zum historischen Gipfeltreffen der Europäischen Union und der Arabischen Liga. Der Gipfel, der am 24. und 25. Feber im ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh stattfand, war der erste dieser Art und galt aufgrund verschiedener Konflikte als besonders sensibel. „Die Stabilität in unserer südlichen Nachbarschaft ist essentiell für Europa. Daher ist es wichtig und notwendig, die Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Migration sowie Bekämpfung des Terrorismus weiter zu verstärken und den Wiederaufbau im Nahen Osten zu unterstützen“, sagte der Bundeskanzler beim Treffen der Staats- und Regierungschef der Europäischen Union und der Arabischen Liga am in Sharm el-Sheikh.

Die EU erhofft sich durch den Gipfel eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Fortschritte im Kampf



Fotos: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, IWF-Direktorin Christine Lagarde und Wirtschaftskammer Österreich-Präsident Harald Mahrer



Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Doorstep in Sharm el-Sheikh



Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 24. Februar 2019 fand die Eröffnung des EU - LAS Gipfel statt. Im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Gruppenfoto.

Österreich, Europa und die Welt

gegen illegale Migration über das Mittelmeer. In Sachen Migration gelten einige Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga als wichtiger Partner für die Europäische Union. Ägypten nimmt hier aufgrund der niedrigen Zahlen der ablegenden Flüchtlingsboote in Richtung Europa eine Vorbildfunktion ein. Es bestehe die Hoffnung, daß sich „dieses Modell und die sehr gute Zusammenarbeit“ mit Ägypten auch auf andere Länder, etwa Libyen, übertrage, so der Kanzler.

Der Bundeskanzler verteidigte trotz Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Menschenrechte auch den Kontakt zu den Staaten der Region und erhielt dabei Unterstützung von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Es sei notwendig, den Dialog aufrecht zu erhalten, denn je besser der Kontakt, desto größer sei auch die Möglichkeit, die Lage der Menschenrechte zu verbessern.

Kurz führte während des Gipfeltreffens auch Gespräche mit Sheikh Sabah von Kuwait, dem libanesischen Premierminister Saad Hariri und dem irakischen Präsidenten Barham Salih.

Die Arabische Liga

Der Arabischen Liga (League of Arab States, LAS), 1945 in Kairo gegründet, gehören offiziell 21 arabische Staaten in Vorderasien und Afrika sowie die palästinensischen Autonomiegebiete an. Generalsekretär der Arabischen Liga ist seit März 2016 der Ägypter Ahmed Aboul Gheit. Neben einer verstärkten Zusammenarbeit stehen die Schlichtung von innerarabischen Streitfällen und ein unabhängiger Staat Palästina im Mittelpunkt der Anstrengungen. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>



Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Theresa May, Premierministerin von Großbritannien, und



... mit Barham Salih, dem Präsidenten des Irak



Fotos: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker

Aus dem Parlament

Eine Auswahl an Terminen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

EU-Nachbarschaftspolitik

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf am 19. Februar im Rahmen seines Besuchs in Berlin auch mit seinem Amtskollegen Wolfgang Schäuble zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die kommende Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Parlamente vom 8. bis 9. April 2019 im Wiener Konzerthaus sowie das Treffen der deutschsprachigen ParlamentspräsidentInnen Ende Juli 2019 in Bregenz.

Die Konferenz im April soll sich vor allem mit der EU-Nachbarschaftspolitik befassen – ein Schwerpunkt, der dem österreichischen Parlament auch über den österreichischen Ratsvorsitz hinaus ein besonderes Anliegen bleiben wird, unterstrich Sobotka. Das betreffe nicht nur die Beziehungen zu den Beitrittskandidaten auf dem Westbalkan sowie zu den Staaten Europas, die derzeit keinen EU-Beitritt anstreben, wie etwa Island, Norwegen und die Schweiz. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf die Östliche Partnerschaft gelegt werden. Deshalb werden sich die ParlamentspräsidentInnen auch dem Thema der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn in Osteuropa, wie etwa der Ukraine und Rußland, und zu den südlichen Ländern widmen.

„Eine aktive Nachbarschaftspolitik ist ein Garant für die Einheit Europas, die Parlamente können dazu einen wichtigen Beitrag leisten“, so Sobotka. In diesem Zusammenhang informierte er Schäuble näher über das vom österreichischen Parlament initiierte Stipendienprogramm für MitarbeiterInnen der Parlamente in den Westbalkanstaaten.

Ein weiterer Programmpunkt der Konferenz im April wird die kommende EU-Wahl sein. Es soll aber vor allem auch um die Weiterentwicklung und Vertiefung der Kooperation der nationalen Parlamente und der EU-Institutionen gehen.

OSZE-Wintertagung

„Die OSZE ist unersetzlich. Denn sie verfügt über ein Wertefundament und über Instrumente zur Konfliktverhütung“, bekräftigte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 21. Februar in seiner Rede zur Eröffnung der 18. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der Wiener Hofburg. Angesichts aktueller Konflikte im



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Treffen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble, in Berlin

OSZE-Raum beschwor Sobotka daher auch den Multilateralismus und den Mut zum Kompromiß. Es gebe eine globale Verantwortung, sagte er, die Probleme seien nur gemeinsam zu lösen und dabei könne es nicht sein, immer nur den eigenen Vorteil zu verfolgen. Voraussetzung dafür sei ein offener und ehrlicher Dialog.

Die OSZE sei dafür die prädestinierte Plattform, so Sobotka, der in diesem Zusammenhang vor allem auch die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung hervorhob. Gerade die ParlamentarierInnen würden auf den verschiedensten Ebenen diesen offenen Dialog führen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Diese parlamen-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Der Generalsekretär der OSZE, Thomas Greminger, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, George Tsereteli, der OSZE Vorsitzende Miroslav Lajčák, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Roberto Montella

Österreich, Europa und die Welt

tarische Diskussionskultur müsse innerhalb der OSZE auch auf Regierungsebene gestärkt werden, so Sobotka.

Der Nationalratspräsident unterstrich insbesondere die menschliche Dimension der OSZE – den Schutz der Menschenrechte. Eine Schwächung oder Infragestellung der Menschenrechte dürfe in keinem Fall zugelassen werden, da diese den Kernbestand unseres Selbstverständnisses darstellen. Sie seien die Grundlage für die Freiheit des Einzelnen. Es gelte daher auch heute, gemeinsam der Menschlichkeit den Weg zu ebnet, ihr Raum zu geben und die Grundrechte nicht auszuhöhlen.

Die Grundprinzipien von Helsinki wie Souveränität, die Unverletzlichkeit der Grenzen, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit würden jedoch noch immer vielfach mißachtet und verletzt, stellte Sobotka mit Sorge fest. Nationalismen und kurzfristiges Denken seien Irrwege in Zeiten beschleunigter Globalisierung. Man brauche aber nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit. Den Menschenrechten müsse zum Durchbruch verholfen werden, sagte er und schloß daran den Appell, sich nicht beirren zu lassen, wenn heute so manche Abkommen nicht mehr wertgeschätzt werden und wenn die staatliche Souveränität mißachtet wird.

Zusammenarbeit mit Kasachstan

Zwischen Österreich und Kasachstan bestehen seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republik gute und regelmäßige parlamentarische Kontakte. „Mit einem Handelsvolumen von fast einer Milliarde Euro ist Kasachstan mit Abstand der wichtigste Handelspartner Österreichs in der Region“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Daher wollen wir auch den politischen Dialog intensivieren.“ Der Vorsitzende der Abgeordnetenkommission des Parlaments von Kasachstan, Nurlan Nigmatulin, folgte am 20. Feber einer Einladung Sobotkas nach Wien. „Der direkte bilaterale Dialog ist für uns wichtig“, erklärte Sobotka. „Auch die Mitgliedschaft in der OSZE sehe ich als ein starkes, verbindendes Element in unseren Beziehungen.“

Wie Nigmatulin betonte, ist Österreich ein vorrangiger Partner für Kasachstan in der Europäischen Union. Deshalb wird auf die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in Kasachstan besonderes Gewicht gelegt. Das vom österreichischen Parlament bereits ratifizierte Abkommen über die erweiterte Part-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt den Vorsitzenden der Abgeordnetenkommission des Parlaments von Kasachstan, Nurlan Nigmatulin

nerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Republik Kasachstan und der Europäischen Union werde ebenfalls zur Vertiefung der Kontakte und des Austauschs beitragen.

„Die Wirtschaftsbeziehungen wollen wir im Interesse beider Seiten weiter stärken“, merkte der Nationalratspräsident an. „Das Potential für österreichische Unternehmen ist noch nicht ausgeschöpft.“ Im Tourismus gebe es ebenfalls Chancen für Wachstum. Nigmatulin verwies darauf, daß etwa 150 Unternehmen mit österreichischem Kapital erfolgreich in Branchen wie Maschinenbau, Leichtindustrie und Verkehrsinfrastruktur tätig seien. „Wir beabsichtigen nicht nur, die Wachstumsraten zu erhöhen, sondern durch Modernisierung, Digitalisierung, Einführung innovativer Technologien und die Ver-

besserung des Geschäftsklimas zusätzliche Investitionen in vorrangige Wirtschaftssektoren anziehen. Dabei zählen wir auf die Unterstützung unserer österreichischen Partner, die in diesen Bereichen große Erfahrung haben“, sagte Nigmatulin, der eine Einladung an Präsident Sobotka zur Teilnahme an der vierten Sitzung der Parlamentspräsidenten der eurasischen Länder aussprach, die im September 2019 in Astana stattfinden wird.

Ungarn: Austausch unter Nachbarn

Die aktuellen Herausforderungen an die Politik der Europäischen Union im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament standen am 21. Feber im Mittelpunkt der Gespräche zwischen dem ungarischen Staatspräsidenten János Áder und Nationalratspräsident



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der ungarische Staatspräsident János Áder

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



v.l.: der Gründer von „Zero Project, Martin Essl, der Prinz von Jordanien Mired bin Raad, Botschafterin Gabriela Sellner, Leiterin der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien) IAEO, UNIDO und CTBTO, und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Wolfgang Sobotka. Erstes Ziel sei eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, unterstrich Sobotka und appellierte in diesem Zusammenhang vor allem an die jungen WählerInnen. „Wer Europa mitgestalten will, muß zur Wahl gehen“, steht für Sobotka fest.

Was den europäischen Entscheidungsprozeß betrifft, plädierten beide Seiten für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. „Den Mitgliedsstaaten sollte grundsätzlich mehr Spielraum überlassen werden, wo dies im Sinne der Bürgernähe sinnvoll ist“, bekräftigte Sobotka. Wichtig sei dabei aber das Bekenntnis zu den gemeinsamen europäischen Grundfreiheiten. Er trat überdies für eine Ausweitung der qualifizierten Mehrheiten bei EU-Entscheidungen ein, etwa im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. „Wir dürfen nicht immer mehr Befugnisse an Brüssel abgeben, die Entscheidungsfreiheit sollte den einzelnen Staaten überlassen bleiben“, mahnte János Áder und sprach in diesem Zusammenhang vor allem Steuerpolitik und Sozialpolitik, aber auch das Thema Migration an.

Zum Verhältnis zwischen Wien und Budapest bemerkte Sobotka, es gelte, das gute nachbarschaftliche Niveau in den bilateralen Beziehungen weiter zu festigen. Der Nationalratspräsident erinnerte in diesem Zusammenhang an den für Mai geplanten Besuch seines ungarischen Amtskollegen Kövér in Wien, sprach aber auch das bevorstehende 30-Jahr-Jubiläum des Falls des Eisernen Vorhangs an. „Ungarn hat viel geleistet, damit sich das Zusammenwachsen des Kontinents positiv weiterentwickelt“, sagte Sobotka.

Barrierefreiheitskonferenz in Wien

Die Bedeutung von Menschen mit Behinderung für die Politik unterstrich der Nationalratspräsident am 22. Feber anlässlich der „Zero Project“-Barrierefreiheitskonferenz in der Wiener UNO-City, „Independent Living and Political Participation“. Inwieweit Personen mit besonderen Bedürfnissen befähigt werden, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen und sich auch politisch einzubringen, daran lasse sich die Qualität politischen Denken und Handelns messen, so Sobotka.

Den Parlamenten kommt dabei ihm zufolge eine entscheidende Rolle zu. Die Gesetzgebung habe bei ihrer Arbeit den Anforderungen von Menschen mit Behinderung Rechnung zu tragen, nicht zuletzt in Hinblick auf internationale Abkommen wie die

UN-Behindertenrechtskonvention. Genauso müßten die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Verwaltung und der Rechtsprechung berücksichtigt werden. So habe Österreich in einem Nationalen Aktionsplan bereits Zielsetzungen, Verantwortlichkeiten und zeitlich festgelegte Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention definiert, erklärte der Nationalratspräsident, und im aktuellen Regierungsprogramm werde außerdem die Durchsetzung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen in den Fokus gerückt. Dementsprechend müsse Barrierefreiheit in Gebäuden genauso Standard werden wie in bürokratischen Verfahren.

Georgien will Beziehungen vertiefen

Georgien baut bei seiner demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung auf die Unterstützung durch Österreich. Nach seinen Gesprächen mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und einem Höflichkeitsbesuch bei Bundesratspräsident Ingo Appé bekräftigte der georgische Parlamentspräsident Irakli Kobakhidze am 25. Feber auch bei seinem Treffen mit Abgeordneten aus dem Kreis des Außenpolitischen Ausschusses und der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich-Georgien das Interesse seines Landes an einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

Er hob in diesem Zusammenhang die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der Freundschaftsgruppe als Plattform für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kontakte hervor und erwartete sich davon überdies wichtige Impulse bei der europäischen Integration Georgiens. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Der georgische Parlamentsvorsitzende Irakli Kobakhidze (l.) und Bundesratspräsident Ingo Appé

Aus dem Außenministerium

Eine Auswahl an Terminen von Außenministerin Karin Kneissl

INF-Vertrag

Außenministerin Karin Kneissl bedauerte am 1. Feber die Entscheidung der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurückziehen: „Der Entschluß der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurückzuziehen, ist bedauernswert. Als der Vertrag im Jahr 1987 unterzeichnet wurde, war es der Anfang des großen Tauwetters zwischen den USA und Rußland. Es war ein Meilenstein auf dem Weg zur Beendigung des Kalten Krieges.“

Die Ankündigung der USA gibt Grund zur Sorge, daß ein neuer atomarer Rüstungswettlauf bevorsteht, beziehungsweise der Wegfall weiterer grundlegender Rüstungsbeschränkungsverträge folgen könnte.

„Bestehende Verträge sind einzuhalten. Sie bringen uns Sicherheit. Die neuerliche Stationierung von Mittelstreckenraketen nach mehr als 30 Jahren würde die atomare Bedrohung in Europa beträchtlich erhöhen,“ unterstrich die Außenministerin.

Die USA begründen ihren Schritt mit einer anhaltenden schwerwiegenden Verletzung des INF-Vertrags durch Rußland. Beide Seiten verpflichteten sich darin, landgestützte atomare Mittelstreckenraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km zu vernichten und auf diese Waffen dauerhaft zu verzichten. „Daß es bisher nicht möglich war, die Vertragsverletzungsvorwürfe befriedigend zu klären, liegt am Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Hier müssen die USA und Rußland wieder mehr Bemühungen investieren. Ziel eines solchen Dialoges sollte selbstverständlich die Beibehaltung des INF-Vertrages sein“, so Kneissl.

Die katastrophalen Auswirkungen eines Einsatzes von Atomwaffen und die inhärenten Risiken dieser Systeme kennen keine Grenzen. Die österreichische Bundesregierung strebt daher eine atomwaffenfreie Welt an. Ein zentraler Schritt hierfür ist der Vertrag aus dem Jahr 2017, der Atomwaffen rechtlich verbietet.

„Ich bin stolz, daß Österreich unter den 21 Staaten ist, welche den Atomwaffenverbotsvertrag bereits ratifiziert haben. Damit bezieht die Staatenmehrheit klar Stellung gegen den gegenwärtigen Trend zu nuklearer Aufrüstung und lehnt die Gefährdung der Sicherheit des ganzen Planeten durch Atomwaffen ab“, sagte die Außenministerin.



Foto: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl – im Bild bei einem Pressestatement – bedauert die Entscheidung der Vereinigten Staaten, sich aus dem INF-Vertrag zurückzuziehen.

OSZE Antisemitismuskonferenz

Am 5. Feber nahm die Außenministerin an der OSZE-Konferenz zur Bekämpfung von Antisemitismuskonferenz in der slowakischen Hauptstadt Bratislava teil. „Antisemitismus ist kein jüdisches Problem, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft“, betonte sie und äußerte auch ihre Besorgnis über den zunehmenden Antisemitismus in Europa: „Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, jede Form des Antisemitismus zu bekämpfen, den alten genauso wie

den neuen importierten islamistischen Antisemitismus. Gleichgültigkeit gegenüber Antisemitismus können wir uns einfach nicht leisten.“

Im Rahmen der OSZE Antisemitismuskonferenz, welche den Beginn des slowakischen OSZE-Vorsitzes 2019 markiert, erarbeiteten hochrangige Vertreter der 57 OSZE-Teilnehmerstaaten gemeinsam mit Mitgliedern jüdischer Gemeinden und Experten konkrete Ansätze zur Stärkung der Rolle der OSZE im Kampf gegen Antisemitismus. Die



Foto: BMEIA

Die Außenministerin mit ihrem slowakischen Amtskollegen Miroslav Lajčák

Österreich, Europa und die Welt

Themen Sicherheit jüdischer Gemeinden, Bildung und Umgang mit Medien stehen im Fokus der Debatten. „Wenn wir in unseren Bemühungen Erfolg haben wollen, müssen wir zusammenarbeiten. Der OSZE mit ihren autonomen Institutionen und ihren Möglichkeiten zur starken Einbindung der Zivilgesellschaft kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu“, so die Ministerin.

Österreich hatte 2017 den Vorsitz in der OSZE inne und legte während dieses Zeitraums einen besonderen Schwerpunkt auf Toleranz und Nichtdiskriminierung, wobei der Schutz und die Sicherheit jüdischer Gemeinden ein besonderes Anliegen darstellte.

Transatlantic Council on Migration

Das vom internationalen Think Tank „Migration Policy Institute“ (MPI) veranstaltete Treffen des „Transatlantic Council on Migration“ (TCM) fand von 11. bis 12. Feber in Wien statt. Ziel des Treffens waren der Erfahrungs- und Meinungs austausch über aktuelle Herausforderungen und internationale Lösungsansätze im Bereich der Integrationspolitik. Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl eröffnete das Treffen am 11. Feber im Außenministerium. An der Konferenz nahmen 40 hochrangige ExpertInnen und VertreterInnen aus insgesamt 14 Ländern teil. Die Außenministerin betonte in ihrem Eröffnungsstatement: „Der internationale Austausch zu Migrations- und Integrationsthemen leistet einen wertvollen Beitrag zur Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen.“

Im Vorfeld der Veranstaltung traf Kneissl auch den Gründer des MPI, Demetrios G. Papademetriou, sowie den deutschen Bundespräsidenten a.D. Christian Wulff, welcher in seiner Funktion als Mitglied des „Transatlantic Council on Migration“ nach Wien gereist war.

Frieden und Sicherheit im Nahen Osten

Von 13. auf 14. Feber nahm die Außenministerin an der Konferenz „Frieden und Sicherheit im Nahen Osten“ in der polnischen Hauptstadt Warschau teil. Bei dem von Polen gemeinsam mit den Vereinigten Staaten organisierten Treffen betonte sie, daß alle Länder des Nahen Ostens das Recht hätten, in Frieden zu leben. Dies treffe auch auf Israel zu: „Wir können Stabilität und Frieden in der Region nur erreichen, wenn wir alle Kommunikationskanäle nützen und in einen echten Dialog eintreten.“

Die Außenministerin ging ebenfalls auf wichtige Schwerpunktthemen rund um Ent-



Bei der Eröffnung des „Transatlantic Council on Migration“ in Wien (v.l.): MPI-Gründer Demetrios G. Papademetriou, Außenministerin Karin Kneissl und Deutschlands Bundespräsident a.D. und MPI-Mitglied Christian Wulff



In Warschau (v.l.): Außenministerin Karin Kneissl im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Mike Pompeo (l.) und dem U.S.-Botschafter in Österreich, Trevor Trainor...



... und mit dem omanischem Außenminister Yusuf bin Alawi Bin Abdullah

Fotos: BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA



Gruppenfoto von der Konferenz „Frieden und Sicherheit im Nahen Osten“ in Warschau

minung in Syrien, Frauen- und Menschenrechte, Migration und Flucht sowie auf die humanitäre Krise im Yemen ein.

Am Rande der Konferenz traf Kneissl den omanischen Außenminister Yusuf bin Alawi bin Abdullah zu einem bilateralen Gespräch. Die Amtskollegen tauschten sich über die weitere Vertiefung der bisher exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen dem Oman und Österreich sowie die für 2019 geplante Wiedereröffnung der österreichischen Botschaft in Maskat aus.

Auch ein bilaterales Treffen mit dem amerikanischen Außenminister Mike Pompeo stand auf dem Programm der Ministerin. Das Treffen diente auch der Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Weißen Haus. Besprochen wurden auch der weitere Ausbau der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten im Rahmen des strategischen Dialogs und die Kooperation der beiden Staaten bei globalen Herausforderungen rund um die Bekämpfung von Terrorismus, Cyberkriminalität und internationalen Drogenhandel.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten

Am 18. Februar nahm die Außenministerin am Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel teil. Zwei Wochen nach dem informellen Rat der EU- AußenministerInnen in Bukarest trafen sich die VertreterInnen der EU-28 erneut in Brüssel. Wie gewohnt befaßten sich die AußenministerInnen unter Vorsitz der Hohen Vertreterin Federica Mogherini zunächst mit aktuellen Entwicklungen, darunter etwa die Lage in der Demokratischen Republik Kongo sowie das Inkraft-



Foto: BMEIA

Die Außenministerin beim Arbeitsfrühstück des Rats für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel

treten des Prespa-Abkommens, das die Änderung des Namens der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in Nordmazedonien vorsieht.

Der fünfte Jahrestag des Euromaidans und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gaben Anlaß zum Austausch über die aktuelle Lage in der Ukraine. Anklang in der Diskussion fanden dabei die Sicherheitslage im Land, der Reformprozeß sowie die Möglichkeit neuer Sanktionen gegen Rußland im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise.

Auch traf die Außenministerin vorab auf den ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin zum informellen Gespräch: „Österreich unterstützt klar die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine, doch der per-

manente Dialog mit Rußland ist genauso wichtig.“

Die AußenministerInnen erörterten ferner die Lage in Syrien und insbesondere die jüngsten Entwicklungen vor Ort. Dabei informierte Kneissl ihre AmtskollegInnen auch über die österreichisch-slowenische Initiative zur humanitären Entminung im Nordosten des Landes. Nach dem Besuch Federica Mogherinis am Horn von Afrika stand auch die Analyse der aktuellen Lage in dieser Region auf der Tagesordnung. Den Abschluß des Rates bildete die Diskussion über die weiterhin kritische Lage in Venezuela, welche primär die Ergebnisse des ersten Treffens der internationalen Kontaktgruppe vom 7. Februar in Uruguay betraf.

Österreich, Europa und die Welt

Neuntägige Reise nach Südasien

Außenministerin Karin Kneissl reiste in die Schwerpunktregion Südasien. Bereits seit ihrem Amtsantritt hat sie – v.a. auch vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Veränderungen – im BMEIA einen Asienswerpunkt gesetzt. Nach mehreren Umsetzungsschritten im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes soll die Reise nach Südasien einen bilateralen Akzent im Rahmen dieses Schwerpunktes setzen.

Bangladesch

Erster Stopp war Bangladesch. In der südasiatischen Republik traf die Kneissl zunächst ihren bangladeschischen Amtskollegen A.K. Abdul Momen, mit welchem sie über die exzellenten bilateralen Beziehungen der beiden Länder sowie die Fortschritte in den Bereichen bilaterale Wirtschaftsbeziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit sprach. Bei den Gesprächen wurde zudem die verstärkte Kooperation in den Bereichen Investment und Technologietransfer besprochen. Im Rahmen eines in Bälde abzuschließenden Luftfahrtabkommens soll es in Zukunft auch Linienflüge zwischen Wien und Dhaka geben. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem Amtskollegen kündigte Kneissl ebenfalls an, daß Österreich 500.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung stellen wird, um Bangladesch die Betreuung von Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar zu erleichtern.

Der Aufenthalt in Dhaka bot für insgesamt zehn österreichische Unternehmen die Gelegenheit zur Vorstellung vor dem bangladeschischen Außen- sowie vor dem Kommunikationsminister. Gemeinsam mit Kneissl besprachen die Wirtschaftstreibenden Investitionsmöglichkeiten im Land. Derzeit sind rund 30 österreichische Firmen in Bangladesch vertreten. Außenminister A.K. Abdul Momen erklärte, daß es für österreichische Firmen unterschiedlichste Bereiche gebe, im kleinem oder großem Stil in dem südasiatischen Land zu investieren. „Bangladesch bietet Österreich einen großen Markt von 160 Millionen Menschen“, betonte Kneissl.

Der Aufenthalt in Dhaka ermöglichte zudem den Besuch des Hilfsprojektes der Organisation „Hope87“. Die Außenministerin besichtigte einen mobilen, mit Unterrichtsmaterialien ausgestatteten, Schulbus, welcher in die Slums der Stadt fährt um somit Kinder vor Ort zu unterrichten. „Zu sehen, unter welch prekären Umständen viele Menschen versuchen, etwas zu lernen, geht durch Mark und Bein“, so die Außenministerin.



Die Außenministerin wurde von Bangladeschs Präsidenten Abdul Hamid empfangen ...



... und führte ein eingehendes Gespräch mit Bangladeschs Außenminister A.K. Abdul Momen.



Auch besuchte sie „Hope87“, den „Mobile Quality School Bus“ für Slum-Kinder

Fotos: BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

Die gemeinsamen multilateralen Interessen der beiden Länder im Bereich der Friedenssicherung, der Denuklearisierung und des Klimawandels waren Thema beim Höflichkeitsbesuch der Außenministerin beim Präsidenten Bangladeschs, Abdul Hamid.

Nepal

Nach ihrem Aufenthalt in Bangladesch standen auch in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu hochrangige bilaterale Treffen auf dem Programm. Die Außenministerin traf neben ihrem Amtskollegen Kumar Gyawali auch den nepalesischen Premierminister Prasad Oli. Im Fokus der Gespräche standen das 60-Jahr-Jubiläum der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Nepal, die Entwicklungszusammenarbeit und der Ausbau der wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Tourismus, Energie und Infrastruktur. „Nepal bietet österreichischen Klein- und Mittelbetrieben vielerlei Möglichkeiten“, betonte Kneissl.

Da das Land wie Österreich von Bergen geprägt ist, haben sich auch bereits Firmen wie der Liftbauer Doppelmayr oder der im Bereich Wasserkraft engagierte Maschinenbaukonzern Andritz in Nepal etabliert. Für die Zukunft des Landes ist laut der Außenministerin ein verlässlicher „Energie-Mix“ aus verschiedenen Quellen unerlässlich.

Auf der Agenda standen in Nepal auch Besuche von Projekten, die in Kooperation mit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden. In Kathmandu besichtigte Kneissl den Patan Durbar Palast und Museum, dessen Renovierung nach Erdbebenschäden mit Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt wird. Die Außenministerin sprach dem Projekt ab dem kommenden Jahr weitere 120.000 € für die aufwendigen Restaurierungsarbeiten zu. Auch der historische „Garden of Dreams“ wird seit 2000 mit österreichischen Mitteln revitalisiert. Beide Projekte sind Ausdruck der sehr guten kulturellen Zusammenarbeit der beiden Länder.

Während des Aufenthaltes in Kathmandu hatte die Außenministerin auch die Gelegenheit, einen Austausch mit nepalesischen Frauenbewegungen zu führen. So traf sie Vertreterinnen der auf „Women's empowerment“ spezialisierten NGO „The Story Kitchen“ sowie Vertreterinnen des Frauen-Rehabilitationszentrums WOREC.

„Die Verhinderung von Gewalt an Frauen in bewaffneten Konflikten und im häuslichen Bereich ist eine gemeinsame Priorität“, hob Kneissl hervor.



Karin Kneissl traf den nepalesischen Außenminister Hon. Kumar Gyawali ...



... Nepals Premierminister KP Sharma Oli ...



Foto: BMEIA / Lauber

... Frauenorganisationen in Kathmandu (The Story Kitchen und Women Rehabilitation Centre)

Österreich, Europa und die Welt

Bhutan

Im Zuge ihres zweitägigen Aufenthalts im Himalaya-Königreich Bhutan traf Karin Kneissl in der Hauptstadt Thimphu den bhutanischen Premierminister Lotay Tshering sowie Außenminister Tandi Dorji. Die Gespräche standen vor allem im Zeichen des 30-Jahr-Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bhutan und Österreich.

Thematisiert wurde auch das Potential der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die künftige Ausrichtung der bilateralen Beziehungen bildete einen weiteren Schwerpunkt des Austausches mit Premierminister und Außenminister. In diesem Rahmen unterzeichneten Außenminister Tandi Dorji und Karin Kneissl eine gemeinsam erarbeitete Übergangsstrategie der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) 2019-2023. Die Ziele liegen vor allem darin, den Weg für die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen bis 2030 zu ebnen und Unterstützung zur Selbsthilfe zu leisten.

Mit dem Koordinationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Thimphu ist Österreich der einzige EU-Staat mit einer diplomatischen Vertretung in Bhutan. Österreich unterstützt insbesondere den Aufbau des Rechtssystems, einer nachhaltigen Wasserkräftetechnologie, einer funktionierenden Stromversorgung sowie zivilgesellschaftliche Innovationen.

„Bhutan war jahrhundertlang ein isolierter Staat und ist daher bereits seit Jahrzehnten ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“, betonte Außenministerin Karin Kneissl.

In Bhutan besuchte die Außenministerin zudem die „Gross National Happiness Commission“, die staatliche Kommission Bhutans für das Bruttonationalglück, die geschaffen wurde, um das Wohlergehen der BürgerInnen institutionell zu messen und das nationale Glücksempfinden zu fördern. Die spezifischen Ziele dieser Kommission sind die Entwicklung einer dynamischen Wirtschaft als Grundlage für eine lebendige Demokratie, das Leben im Einklang mit Tradition und Natur, die effektive und verantwortungsvolle Unternehmensführung sowie Investitionen in das buthanische Volk.

Indien

Den Abschluß der Reise in die Schwerpunktregion bildeten zwei Tage in New Delhi, die Hauptstadt des 1,4-Milliarden-Landes Indien. Dort traf die Außenminister-



Begrüßung von Karin Kneissl durch den Außenminister Bhutans, Lyonpo Tamdo DORSJI



Unterzeichnungszereemonie für die neue „ADC Transition Strategy 2019-2023“



Besuch im Kyichu Lhakhang Kloster aus dem 7. Jahrhundert

Fotos: BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

rin zunächst ihre Amtskollegin Sushma Swaraj zum bilateralen Arbeitsgespräch. Sie diskutierten über globale Themen wie Migration und Terrorismus und thematisierten auch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Mit einem Wachstum von 7,4 Prozent war Indien im Jahr 2018 die weltweit am schnellsten wachsende Volkswirtschaft und bietet zahlreiche Chancen für österreichische Unternehmen.

Am zweiten Tag ihres New Delhi-Besuchs sprach die Außenministerin mit Vertretern der indischen NGO „Chhany – Acid Survivors“, welche sich für Frauen einsetzt, die Opfer von Säureattacken geworden sind. Viele dieser Frauen, meist angegriffen vom eigenen Partner, sind entstellt und finden keinen Anschluß in der indischen Gesellschaft. 2016 gab es in Indien 330 bekannte Fälle, die Dunkelziffer beträgt jedoch möglicherweise mehr als das Dreifache.

Mit Repräsentanten der außenpolitischen Think-Tanks Carnegie India und Brookings India, des India-China-Institute und der Universität JNU tauschte sich die Außenministerin in New Delhi über geopolitische Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Region Südasiens aus. Zum Abschluß hielt sie auf Einladung der indischen Observer Research Foundation einen Vortrag über die globale Energiezukunft zwischen Öl, Gas und erneuerbarer Energie.

Die diplomatischen Beziehungen Österreichs mit Indien feiern diese Jahr ihr 70-jähriges Bestehen. „Es ist wichtig, den Ländern dieser Region durch Besuche unsere Wertschätzung spüren zu lassen“, so Kneissl. ■

<http://www.bmeia.gv.at/>



Außenministerin Karin Kneissl im Gespräch mit ihrer indischen Amtskollegin Sushma Swaraj



Auf Einladung der indischen Observer Research Foundation hielt die Außenministerin einen Vortrag über die globale Energiezukunft zwischen Öl, Gas und erneuerbarer Energie.



Treffen mit VertreterInnen von Think Tanks zum Meinungsaustausch (Carnegie India, Brookings, JNU-University, India-China Institute)

Fotos: BMEIA

EU-Wahl am 26. Mai 2019

Informationen für AuslandsösterreicherInnen

Letzter Termin zur Eintragung in die Wählererevidenz ist der 11. April 2019!

Am 26. Mai 2019 findet die nächste Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments statt. **Stichtag für die Eintragung** von AuslandsösterreicherInnen in die Wählererevidenz zur Europawahl am 26. Mai 2019 bei einer österreichischen Gemeinde ist der **11. April 2019**.

Wenn Sie Ihren Hauptwohnsitz nicht in Österreich haben, vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung das 15. Lebensjahr vollendet haben und sich dennoch an Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen oder Volksbegehren beteiligen wollen, müssen Sie in die Wählererevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sein. Für die Teilnahme an einer Europawahl ist eine Eintragung in die Europa-Wählererevidenz erforderlich.

Was haben Sie als AuslandsösterreicherIn zu unternehmen, um in die Wählererevidenz und/oder die Europa-Wählererevidenz eingetragen zu werden?

Sofern Sie bisher in keiner Gemeinde in die Wählererevidenz/Europa-Wählererevidenz eingetragen sind, müssen Sie einen entsprechenden Antrag auf Eintragung in die jeweilige Evidenz stellen. Hierbei können Sie sich eines hierzu aufgelegten Formulars bedienen. Wenn Sie wollen, können Sie mit einem Formular die Eintragung in beide Wählererevidenzen (Wählererevidenz und Europa-Wählererevidenz) oder auch den Verbleib (wiederrum in einer Wählererevidenz oder in beiden) beantragen. Sie müssen hierzu auf dem Formular mit der – langen – Bezeichnung „Antrag auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wählererevidenz/Europa-Wählererevidenz für österreichische StaatsbürgerInnen, die außerhalb des Bundesgebietes leben“ nur das/die entsprechende(n) Kästchen ankreuzen.

Das Formular ist bei allen österreichischen Gemeinden vorrätig. Ist es Ihnen nicht möglich, mit einer Gemeinde Kontakt aufzunehmen, so können Sie das Formular als ausfüllbare und speicherbare pdf-Datei herunterladen:

https://www.bmi.gv.at/412/files/AF100-Antrag_Waehlerevidenz-gelb-Version_7_E.PDF

Beachten Sie bitte auch die Ausfüllanleitung https://www.bmi.gv.at/412/files/Ausfuellanleitung_2018.pdf

bzw. die leichter zu lesende Ausfüllanleitung https://www.bmi.gv.at/412/files/Ausfuellanleitungleichter_lesen_1.pdf

Wohnen Sie in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, so steht es Ihnen frei, entweder die Mitglieder des Europäischen Parlaments Ihres Wohnsitz-Mitgliedsstaates oder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. Sollten Sie sich dafür entscheiden, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen, so vergessen Sie bitte nicht, dies durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular förmlich zu erklären!

Den Antrag können Sie per Post, Telefax oder per E-Mail (eingescannt) direkt an die Gemeinde, zu der Ihr Anknüpfungspunkt (Lebensbeziehung, Verbindung) zu Österreich besteht, stellen. Die Anknüpfungspunkte sind gesetzlich vorgegeben; es kann immer nur eine bestimmte Gemeinde zuständig sein. Im Fall eines Umzugs ins Ausland wird es sich um den letzten Hauptwohnsitz in Österreich handeln. Schließen Sie bitte dem Antrag Belege an, die zur Glaubhaftmachung des im Formular angeführten Anknüpfungspunktes geeignet sind.

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird Sie die Gemeinde für die Dauer

von zehn Jahren in ihre Wählererevidenz und/oder Europa-Wählererevidenz eintragen. Sollte Ihr Antrag nicht zur Eintragung in die Wählererevidenz(en) führen, so werden Sie darüber von der Gemeinde schriftlich verständigt.

Sie haben in Hinkunft die Möglichkeit, für die Dauer Ihrer Eintragung in die Wählererevidenz(en) durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular eine automatische Zusendung von Wahlkarten zu beantragen. In diesem Fall benötigt die Gemeinde – zwecks Zusendung der Wahlkarten – stets Ihre aktuelle Auslandsanschrift. Wenn Sie keine automatische Zusendung der Wahlkarten beantragen, müssen Sie für die Stimmabgabe im Ausland für jede Wahl, Volksabstimmung und Volksbefragung eine Wahlkarte (Stimmkarte) anfordern.

Die Gemeinde, in deren Wählererevidenz und/oder Europa-Wählererevidenz Sie eingetragen sind, wird Sie spätestens drei Monate vor einer bevorstehenden Streichung informieren, daß die Zehn-Jahres-Frist abläuft und daß Sie die Möglichkeit haben, einen Verbleib in der Wählererevidenz und/oder Europa-Wählererevidenz zu beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt können Sie bei allen bundesweit abzuhaltenden Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen sowie gegebenenfalls bei Europawahlen von Ihrem Wahlrecht (Stimmrecht) Gebrauch machen. Sobald in Österreich eine Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung ausgeschrieben (angeordnet) wird, werden Sie von der Gemeinde verständigt.

Bitte beachten Sie besonders

Bei Verlegung des Hauptwohnsitzes ins Ausland reicht eine Abmeldung nach dem Meldegesetz nicht aus, um als AuslandsösterreicherIn in der Wählererevidenz und/oder Europa-Wählererevidenz zu verbleiben. Sie haben vielmehr ausdrücklich eine diesbezügliche Erklärung abzugeben. Sind Sie bereits in einer der beiden Wählererevidenzen eingetragen (Wählererevidenz oder Europa-Wählererevidenz) und Sie möchten sich in die jeweils andere Evidenz eintragen lassen, ist dies in derselben Gemeinde möglich. Auf einem Antrag können Sie beide Wählererevidenzen ankreuzen. Sofern Sie bereits in einer

Österreich, Europa und die Welt

der beiden Wählerevidenzen geführt werden, beginnt die Zehn-Jahres-Frist hinsichtlich beider Evidenzen neu zu laufen.

Wählen österreichischer Mitglieder des EU-Parlaments oder jener des Wohnsitzmitgliedstaats

AuslandsösterreicherInnen, die sich dauerhaft und rechtmäßig in einem anderen EU-Staat als Österreich aufhalten, haben die Möglichkeit, entweder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen oder jene des Wohnsitzmitgliedstaats.

Voraussetzung dafür ist eine Eintragung in die österreichische bzw. die fremde Europa-Wählerevidenz.

Es erfolgt ein elektronischer Abgleich der Europa-Wählerevidenzen, sodaß eine doppelte Teilnahme an der Europawahl ausgeschlossen ist.

Registrierung als AuslandsösterreicherInnen

Als ÖsterreicherIn mit Wohnsitz im Ausland haben Sie die Möglichkeit, sich bei der für Sie zuständigen Vertretungsbehörde (Botschaft oder Generalkonsulat) zu registrieren. Diese Registrierung dient dazu, Sie und Ihre Angehörigen in einer Krise, einer Notsituation rasch und verlässlich zu erreichen sowie Ihnen für Sie im Ausland relevante Informationen zukommen zu lassen.

Sind Sie bei Ihrer Vertretungsbehörde registriert, erhalten Sie neben allgemeinen Informationen, wie zum Beispiel über Wahlen oder wichtige Gesetzesänderungen in Österreich, gegebenenfalls auch Einladungen zu Veranstaltungen Ihrer Vertretungsbehörde. Bitte füllen Sie das Formular so vollständig wie möglich aus. Die mit *) versehenen Angaben sind für die Registrierung verpflichtend. Besonders wichtig sind Ihre

Angaben zur Erreichbarkeit; vor allem sollten Sie darauf achten, eine aktuelle E-Mailadresse und/oder Mobiltelefonnummer anzugeben (soweit vorhanden auch von Ihren Angehörigen).

Sollten sich Ihre Daten ändern oder Sie sich abmelden wollen, können Sie Ihre Angaben über das Änderungs- bzw. Abmeldeformular einfach aktualisieren.

Selbstverständlich unterliegen Ihre Angaben dem Datenschutz. Die Registrierung ist eine unentgeltliche Serviceleistung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres für österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland und ihre Angehörigen.

Aus der Registrierung erwachsen keine rechtlichen Ansprüche oder Verpflichtungen, weder für die erfaßten Personen noch für die Republik Österreich.

<https://as.bmeia.gv.at/auslandsosterreicherregistrierung/Home/Index/de>

Neuerungen im Personenstandsrecht

Im letzten Jahr hat der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) sich mit Aspekten des Personenstandsrechtes auseinandergesetzt, die 2019 zu einigen Neuerungen in diesem Bereich führen.

In einem dieser Fälle ging es um die behördliche Erfassung von Menschen, deren Geschlecht medizinisch weder eindeutig männlich noch eindeutig weiblich zuordenbar ist (eine sogenannte „Variante der Geschlechtsentwicklung“).

Vielen bekannt ist die Geschichte von Erik Schinegger, der als österreichische Schifahrerin Erika Schinegger sehr erfolgreich war. Nachdem bekannt wurde, daß Erika medizinisch gesehen ein Mann ist, ließ er sich umoperieren und lebte sein Leben ab diesem Zeitpunkt als Mann weiter.

Die Chromosomen, Anatomie oder Hormone von intergeschlechtlichen Menschen entsprechen eindeutig weder dem einen noch dem anderen Geschlecht. Dennoch mußten sie bisher von den Behörden zwingend entweder als „männlich“ oder „weiblich“ erfaßt werden.

Der VfGH hat nunmehr entschieden, daß diese bisherige Rechtslage verfassungswidrig war, da das Verfassungsrecht auf Privat- und Familienleben auch die Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität schützt.

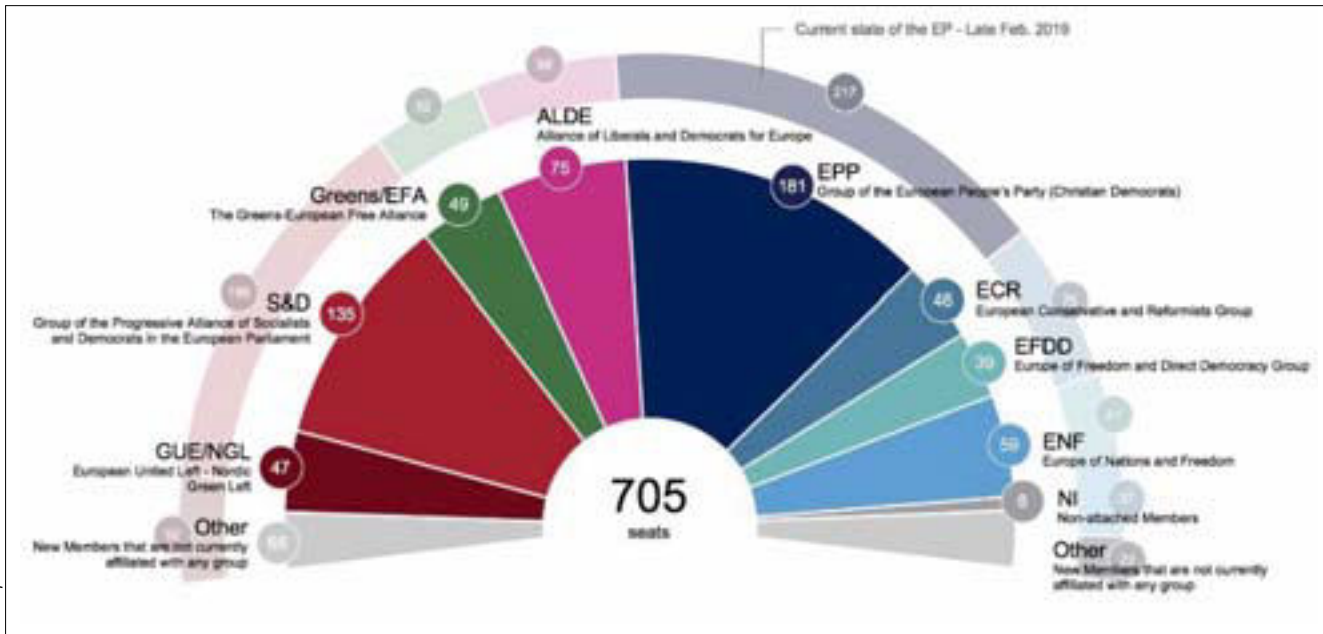
Künftig können daher Personen mit einer „Variante der Geschlechtsentwicklung“ dies auch behördlich eintragen lassen und müssen sich nicht für „männlich“ oder „weiblich“ entscheiden. So können sie in ihren Dokumenten durch die Eintragung „divers“ ihr alternatives Geschlecht zum Ausdruck zu bringen. Für die Eintragung muß ein medizinisches Gutachten einer interdisziplinären Expertengruppe erbracht werden.

Insbesondere entfällt damit für Eltern von Neugeborenen die schwierige Entscheidung für ein Geschlecht, wenn dieses bei Geburt medizinisch nicht eindeutig zuordenbar ist. Anstatt nun gleich zu entscheiden, welches Geschlecht eingetragen werden soll, ist es von nun ab möglich, bei der Anzeige der Geburt in der Rubrik Geschlecht „offen“ einzutragen. Eine Eintragung als „männlich“, „weiblich“ oder „divers“ kann dann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. So wird verhindert, daß vorschnell Entscheidungen getroffen werden (müssen), die später einmal gravierende Auswirkungen auf das Leben des Kindes haben.

Ein Beitrag der Abteilung für Rechtsschutz und Allgemeine Rechtsangelegenheiten im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ▼



Sitzberechnung für das nächste Europäische Parlament



© Europäisches Parlament 2019

Plenum des Europäischen Parlaments auf der Grundlage aktueller Wahlabsichtsbefragungen in 27 EU-Ländern (28 minus Vereinigtes Königreich).

Für die erste Sitzberechnung zur nächsten (9.) Wahlperiode des Europäischen Parlaments (EP) werden die Ergebnisse aktueller Wahlabsichtsbefragungen aus den EU-Mitgliedstaaten auf die bestehenden Fraktionen im EP projiziert. Diese Berechnung wurde vom EP-Referat „Beobachtung der öffentlichen Meinung“ in Zusammenarbeit mit Kantar Public erstellt.

Da die künftige Größe und Zusammensetzung der Fraktionen des Parlaments nicht vorhergesagt werden können, gründen diese Projektionen auf der Struktur des scheidenden Parlaments und sollten als Momentaufnahme der aktuellen politischen Situation angesehen werden, so, wie sie aus den Umfragen hervorgeht.

Wer sind die »Anderen«?

Seit 2014 sind neue politische Gruppierungen in den EU-Mitgliedsstaaten entstanden und könnten nach den bevorstehenden Wahlen nach aktuellen Umfragedaten Sitze im EP bekommen. Da diese Gruppierungen keiner Fraktion im bestehenden EP und auch keiner europäischen politischen Partei angehören, werden diese Parlamentssitze zur Kategorie „Anderen“ gezählt. Da nicht vorhersehbar ist, welche(r/n) Fraktion(en) diese Gruppierungen nach den Wahlen angehören

würden, ist diese Kategorie zu gleichen Teilen links und rechts vom Plenum angesiedelt.

Daten aus öffentlich zugänglichen und vertrauenswürdigen Quellen

Keine der für die Berechnung der Sitzprojektionen verwendeten Wahlabsichtsbefragungen wurde vom Parlament in Auftrag gegeben. Es handelt sich stets um öffentlich zugängliche Umfragen, die von bekannten Meinungsforschungsinstituten in den einzelnen Mitgliedsstaaten veröffentlicht werden. Es werden nur Umfragen aus zuverlässigen Quellen verwendet. Die Auswahl der Umfragen ist nicht erschöpfend.

Wahlabsichtsbefragungen zur Europawahl haben immer Vorrang vor Umfragen zu nationalen Wahlen. Sind während des Beobachtungszeitraums für ein Land mehrere Umfragen verfügbar, werden deren Daten in ein (mathematisch) gemittelt Ergebnis für die einzelnen politischen Parteien umgerechnet, wobei keine Gewichtung oder weitere algorithmische Operation vorgenommen wird. ■

- <http://www.europarl.europa.eu/portal/de>
- ÖVP** – <https://www.dieneuevolkspartei.at/>
- SPÖ** – <https://www.spoe.at/>
- FPÖ** – <https://www.fpo.e.at/>
- GRÜNE** – <https://gruene.at/>
- NEOS** – <https://www.neos.eu/>
- JETZT** – <https://nr-klub.jetzt/>

Prozente	Erwartete Sitze	Kürzel	Name der Partei
27,0 %	6	ÖVP	Österreichische Volkspartei
26,0 %	5	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
22,0 %	5	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
9,0 %	2	NEOS	NEOS – Das neue Österreich
8,0 %	1	GRÜNE	Die Grünen – Die Grüne Alternative
3,0 %	0	JETZT	JETZT – Liste Pilz
5,0 %	0		Anderere Parteien

Demokratieradar zur EU

Die halbjährliche Bevölkerungsumfrage von Donau-Universität Krems und Karl-Franzens-Universität Graz erhebt die Vorstellungen der Bevölkerung zur Zukunft der Europäischen Union.

Wenn am 26. Mai 2019 die ÖsterreicherInnen ihre Abgeordneten für das EU-Parlament wählen, dann geht es dabei auch um die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Welche Richtung die EU künftig einschlagen soll, darüber gehen die Meinungen in der Bevölkerung allerdings auseinander, wie die Ergebnisse des Demokratieradars der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz zeigen. Diese wurden am 5. Feber in Kooperation mit dem Europäischen Parlament in Österreich präsentiert.

„Derzeit sind wir auf europäischer Ebene mit Umbrüchen konfrontiert, daher stellt sich vor allem auch die Frage wie sich Demokratie und sozialer Zusammenhalt in Europa weiter gestalten“, so Christina Hainzl, Leiterin des Research Lab Democracy and Society in Transition an der Donau-Universität Krems.

Bewertung des aktuellen Zustands der EU

Für knapp 30 Prozent kommt die aktuelle EU der eigenen Idealvorstellung schon recht

nahe, für gut 20 Prozent entspricht sie diesem Bild überhaupt nicht. Der weitaus größte Teil der Befragten – rund 50 Prozent – antwortet neutral, ist von der jetzigen EU demnach weder begeistert noch abgeschreckt.

„Für die Bürgerinnen und Bürger gibt es die unmittelbare Möglichkeit die Zukunft der EU selbst zu bestimmen: Indem sie an den Europawahlen am 26. Mai teilnehmen, können sie beeinflussen, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll“, streicht Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments, heraus.

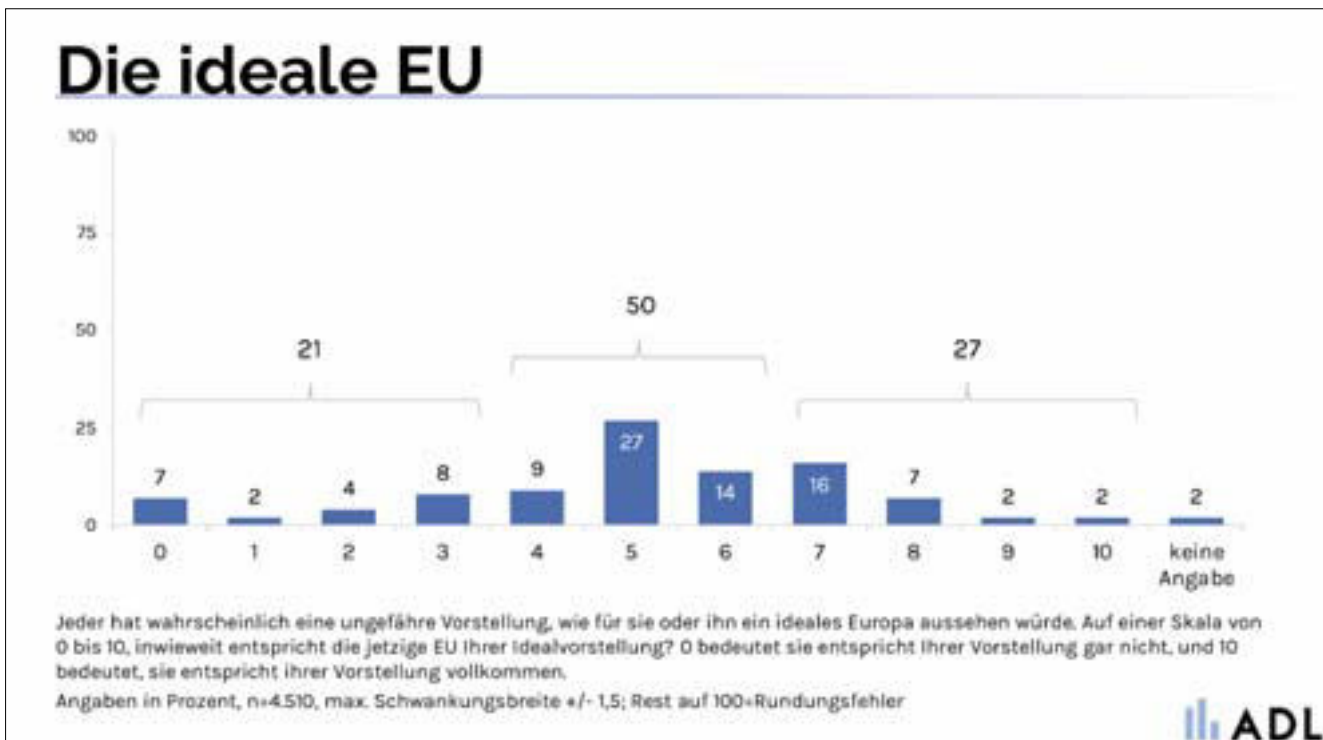
Bewertung möglicher Zukunftsszenarien

Die Befragten können mit verschiedenen Szenarien etwas anfangen. Relativ am wenigsten Zustimmung erhält das Weiterarbeiten mit den aktuellen Strukturen und Zuständigkeiten, relativ am meisten ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. „Es gibt durchaus einen Veränderungswunsch, eine klare Zielvorstellung fehlt allerdings“, sagt Katrin Praprotnik, Politikwissenschaftlerin an der Donau-Universität Krems.

Zwischen den AnhängerInnen der Regierungsparteien zeigen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Bewertung der Zukunftsszenarien: „ÖVP und FPÖ vertreten im Koalitionsabkommen das Szenario ‚Weniger, aber effizienter‘ und damit ein Szenario, bei dem sich die Anhängerschaft beider Parteien in ähnlicher Weise wiederfindet. Im Vergleich zu den ÖVP-SympathisantInnen sind Personen, die der FPÖ nahestehen, allerdings deutlich unzufriedener mit dem aktuellen Stand und stehen einer weiteren Vertiefung der Union skeptischer gegenüber.“ SPÖ- und Grün-SympathisantInnen stehen im Vergleich zu ÖVP-AnhängerInnen für eine politisch engere Zusammenarbeit.

Zur Zukunftsvision der Vereinigten Staaten von Europa

„Als längerfristige Zukunftsvision kann sich mehr als die Hälfte eine Art Vereinigte Staaten von Europa vorstellen, wobei das, was man darunter versteht, individuell vermutlich sehr schwankt“, sagt der Politikwissenschaftler Flooh Perlot von der Karl-Franzens-Universität Graz. Eines der klarsten



Österreich, Europa und die Welt

Ergebnisse zeigt die Studie in Hinblick auf einen Austritt aus der EU: Drei Viertel lehnen einen solchen Schritt Österreichs ab.

Das Demokratieradar ist eine halbjährliche Studie der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz. Sie basiert auf einer Umfrage unter rund 4.500 Personen in Österreich. Das Demokratieradar ist Teil des Austrian Democracy Lab (ADL), das seit Anfang 2018 den Zustand der Demokratie in Österreich analysiert und Vor-

schläge zu ihrer Weiterentwicklung ausarbeitet.

Demokratieradar

Das Demokratieradar ist eine laufende Studie rund um Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Fragen der Demokratie. Sie basiert auf einer breit angelegten Bevölkerungsumfrage, in der in zwei Wellen pro Jahr insgesamt rund 9.000 Personen interviewt werden.

Inhaltlich ist das Demokratieradar zweigeteilt: In einem fixen Teil werden kontinuierlich Daten zu grundlegenden Fragen der Demokratie, zum politischen System in Österreich und zu individuellen politischen Einstellungen erhoben. Diese Fragen werden wiederholt gestellt, um die Ergebnisse in Zeitreihen darstellen und so Veränderungen oder auch gleichbleibende Werte erkennen zu können. ■

<https://www.austriandemocracylab.at/>

Szenarien für die Zukunft

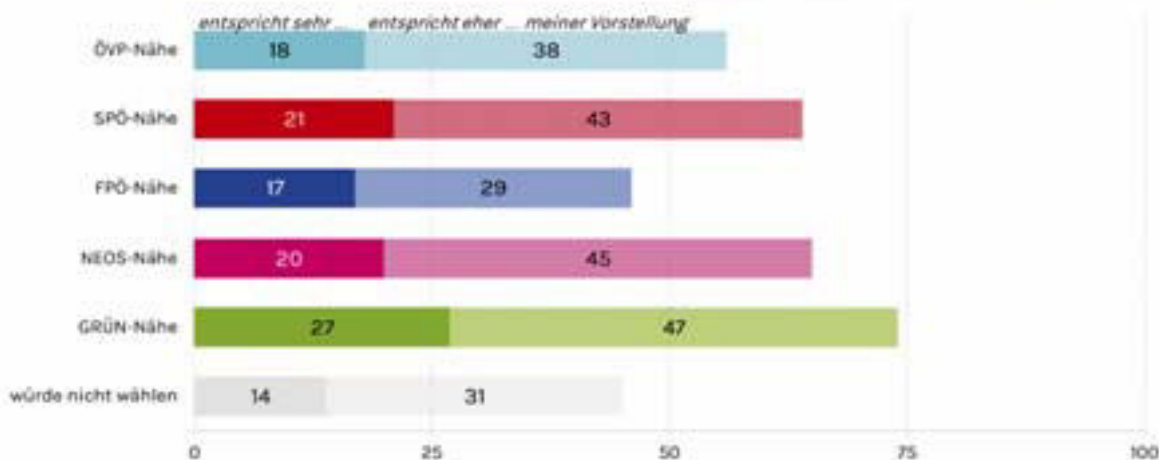


Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie sich die EU weiterentwickeln kann. Ich lese Ihnen nun fünf Entwicklungsmöglichkeiten vor. Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Möglichkeit Ihrer idealen Vorstellung einer EU sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht entspricht.

Angaben in Prozent, n=4.510, max. Schwankungsbreite +/- 1,5; Rest auf 100=Rundungsfehler



Szenario: Mehr EU, weniger Einzelstaat



Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie sich die EU weiterentwickeln kann. (,) Die Mitgliedstaaten sollen in allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam machen und die Zuständigkeiten dafür an die EU übergeben.

Angaben in Prozent; Rest auf 100=entspricht eher nicht/gar nicht meiner Vorstellung, keine Angabe und Rundungsfehler



Übergangsregion Burgenland

Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits setzen sich in Brüssel für eine starke Förderkulisse 2020+ für das Burgenland ein

Die Bemühungen von Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits rund um die Sicherung Europäischer Zuwendungen für das Burgenland tragen Früchte. Wie die Vertreter des Burgenlandes in der EU nach bilateralen Gesprächen mit Budgetkommissar Günther Oettinger und Regionalkommissarin Corina Cretu am 7. Feber berichteten, wird davon ausgegangen, daß das Burgenland auch in der kommenden Förderperiode 2021-2027 als Übergangsregion einen besonderen und in Österreich einzigartigen Förderstatus genießen wird.

In der bevorstehenden Tagung des Europäischen Parlaments sollen die vom Burgenland unterstützten höhere Förderraten der EU abgestimmt werden, zeigen sich die beiden Mandatäre nach Gesprächen mit den Europaabgeordneten Evelyn Regner, Karoline Graswander-Hainz und Karin Kadenbach zuversichtlich. Diplomatische Flankierung fanden ihre Forderungen in Gesprächen mit beiden in Brüssel ansässigen Botschaftern Österreichs Elisabeth Kornfeind und Nikolaus Marschik.

Ein besonderes Novum stellt ein länder- und parteiübergreifender Schulterschuß des Burgenlandes mit den deutschen Übergangsregionen dar, dem ein intensiver Austausch mit EVP-Delegationsleiter im AdR Michael Schneider, Staatssekretär der Übergangsregion Sachsen, vorausging.

Laut Vorschlag der Europäischen Kommission sollen die drei Kategorien für die Zuerkennung von Strukturförderungen – ins Burgenland flossen seit dem EU-Beitritt rund 1,5 Milliarden Euro, die Gesamtinvestitionen in der Höhe von rund 4 Milliarden Euro auslösten – beibehalten werden. Zudem sollen die Kriterien für die Zuerkennung des Status angepaßt werden. Mit einem durchschnittlichen regionalen EU BIP (Bruttoinlandsprodukt) von mehr als 90 Prozent soll das Burgenland als sogenannte Übergangsregion weiterhin erhöhte Fördermittel beziehen, bis es den europäischen Durchschnitt zu 100 Prozent erreicht hat. Dies erklärte Regionalkommissarin Corina Cretu im persönlichen Gespräch.

Als einzige Übergangsregion Österreichs schmiedet das Burgenland Allianzen mit



v.l.: Landeshauptmann Hans Niessl, Regionalkommissarin Corina Cretu und Landtagspräsident Christian Illedits



Fotos: Bgfd, Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Budgetkommissar Günther Oettinger

Gleichgesinnten. Im Zuge eines Arbeitsgespräches aller österreichischen und deutschen AdR-MandatarInnen betonte Niessl, am Besprechungstisch neben Oettinger, die Relevanz einer starken regionalen Vernetzung. Diese gipfelte in der Übereinkunft eines starken partei- und länderübergreifenden Schulterschlusses zwischen Niessl, Illedits und Europastaatssekretär Michael Schneider, Leiter der EVP Delegation im AdR und Vertreter Sachsens, das sich, wie das Burgenland, um die kritische 90 Prozent EU BIP-Marke bewegt.

„Ziel ist es, in der zukünftigen EU Programmperiode 2021-2027 eine starke Förderkulisse für alle EU-Regionen zu sichern, unabhängig vom Grad ihrer Wirtschafts-

kenndaten. Hier gilt es in besonderer Weise eben die mittlere Entwicklungsstufe zu fokussieren um die hart erarbeiteten Standards zu sichern und zu heben,“ so Niessl, und weiter: „Die territoriale Dimension der Kohäsionspolitik ist die wichtigste, weil sie die wirtschaftliche, soziale und alle anderen inkludiert. Politik passiert immer vor Ort – auch Europapolitik“, betont er den Stellenwert einer starken Regionalförderung mit spürbarem Mehrwert für die BürgerInnen. „Hierbei gilt es, an bestehenden nationalen Grenzen vorbei, in funktionellen Regionen zu denken“, so Illedits.

Unklar ist noch die Höhe der Mittel, die in die künftigen Übergangsregionen fließen werden. Das neue Budget wird, internen Informationen zufolge, wohl erste gegen Ende 2019 beschlossen werden. Abhängig vom Austritt Großbritanniens aus der EU und den damit verbundenen Auswirkungen auf den EU Haushalt, könnten die Kohäsionsmittel dann um bis zu 10 Prozent gekürzt werden. Daher sei es wichtig, sich in erster Linie auf europäischer Ebene gegen diese immense Kürzung einzusetzen, mit stichhaltigen Argumenten auf die besondere Situation des Burgenlandes hinzuweisen, um eine ähnlich hohe Förderkulisse wie aktuell zu erreichen, sind sich die beiden SP-Mandatäre einig. ■

<https://www.burgenland.at/>

Haßpostings

Ausschuß der Regionen mit Kärntens LH Kaiser beschließt Aufforderung an EU-Führung und rumänischem Ratsvorsitz zu gemeinsamer Initiative

Jetzt wird auch die EU gegen Haßpostings aktiv: Durch einen am 7. Februar gefaßten Entschließungsantrag des 350köpfigen Ausschusses der Regionen (AdR), in dem auch Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser ständiges, die Interessen Kärntens vertretendes Mitglied ist, werden die EU-Kommission, das EU-Parlament, der Präsidenten des EU-Rates und der rumänische Ratsvorsitz mit dem Thema Haßpostings beschäftigt. „Mit dem Antrag machen wir die maßgebenden EU-Institutionen darauf aufmerksam, daß die Zunahme von Hetze und Haßkriminalität sowie die Verrohung des öffentlichen Diskurses durch Gewalt, Extremismus, Propaganda und Intoleranz aller Art das Fundament und die Grundintentionen des friedensichernden Europäischen Aufbauwerkes untergräbt“, erklärte Kaiser.

Wie angekündigt, meldete sich Kaiser vor seinen AdR-Kollegen selbst zu Wort für ein Plädoyer der Notwendigkeit einer gemeinsamen, Mitgliedsstaaten übergreifenden Initiative gegen Haß im Netz. „Die schrecklichen und bedrohlichen Folgen nehmen weiter zu und sind kein Phänomen in einem einzelnen Land. Hetzjagden auf Menschen wie in Chemnitz, die Ermordung des Danziger Bürgermeisters und AdR-Mitgliedes Pawel Adamowicz als Folge auch von über soziale Medien verübten Verbalattacken und extremistischer Propaganda dürfen ebenso wenig Normalität werden, wie unzumutbare verbale Übergriffe auf Frauen und andere Personengruppen“, so Kaiser.

Jede und jeder Einzelne, insbesondere aber die Politik, seien gefordert, dem einen Riegel vorzuschieben. „Dazu braucht es klare gesetzliche Kompetenzen und Konsequenzen ebenso wie die Vermittlung von Medienkompetenz und Bewußtseinsbildung auf allen Ebenen – vom Elternhaus über die Schule bis hin zu Vereinen, Arbeitgebern und Medien“, so Kaiser. Und weiter: „Wir alle und vor allem junge Menschen sollten in der Lage sein, Hetze und Haßkriminalität zu erkennen und online und offline dagegen vorzugehen.“

Besonders die Politik müsse sich ihrer Verantwortung bei politischen Kampagnen bewußt sein, verweist Kaiser auf die möglichen Folgen ideologisch motivierter Hetz-



Foto: Büro LH Kaiser

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser bei seinem Plädoyer der Notwendigkeit einer gemeinsamen, Mitgliedsstaaten übergreifenden Initiative gegen Haß im Netz.

kampagnen wie beispielsweise das dumpfe „Ali-Video“.

Der AdR wolle, so Kaiser, mit dem Entschließungsantrag alle Regierungschef- und Verwaltungsebenen auffordern, Maßnahmen zu treffen, um Gewalt, Belästigung, Hetze und Haßkriminalität zu verhindern und die Menschen davor zu schützen. Dafür brauche es auch eine bessere Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen allen Regierungschef- und Verwaltungsebenen, der Polizei, den Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie den Organisationen der Zivilgesellschaft.

Kaiser, aktuell auch Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, verwies auch darauf, daß auf seine Initiative hin mit Justizminister Josef Moser in Österreich bereits die Einsetzung einer Bund-Länder-Experten-Arbeitsgruppe beschlossen wurde. Diese soll bis zur nächsten Landeshauptleutekonferenz (15./16. Mai in Kärnten) rechtliche Grundlagen für ein wirkungsvolles Gesamtsystem erarbeiten, um gegen Haß im Netz konsequent vorgehen zu können.

<https://www.ktn.gv.at/>

Der AdR

Der Europäische Ausschuß der Regionen ist die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union (EU). Er vertritt die

lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten Europäischen Union und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab, die Auswirkungen auf die Regionen und Städte haben (70 Prozent aller EU-Rechtsvorschriften).

Der AdR ist eine politische Versammlung und besteht aus 350 Mitgliedern und 350 Stellvertretern aus allen EU-Staaten (gegliedert nach Parteien, mit einem Präsidenten an der Spitze), die auf kommunaler oder regionaler Ebene gewählt wurden, etwa als Bürgermeister oder als Präsident einer Region. Die Mitglieder kommen sechs Mal jährlich nach Brüssel, um Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu debattieren und Entschließungen über weitere Maßnahmen zu verabschieden, die die EU ergreifen soll.

Mit seiner Arbeit will der AdR den UnionsbürgerInnen die EU näherbringen. Durch Einbindung der regionalen und kommunalen MandatsträgerInnen, die mit den tagtäglichen Anliegen ihrer WählerInnen vertraut sind, sowie durch die Einladung von BürgerInnen zu verschiedenen Veranstaltungen und Debatten trägt der AdR dazu bei, die Kluft zwischen der Arbeit der EU-Institutionen und den UnionsbürgerInnen zu verringern. ■

<https://cor.europa.eu/de/>

NÖ Hilfe für Tansania

Land Niederösterreich und cargo-partner unterstützen Entwicklungsprojekt

Im Sommer 2018 besuchte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner während ihrer Afrika-Reise das Entwicklungsprojekt der beiden österreichischen Ärztinnen Christina Wallner und Cornelia Wallner-Frisee. „Nach meinem Aufenthalt in Tansania habe ich den Auftrag gegeben, daß wir in Absprache mit den NÖ Landeskliniken dringend benötigte Hilfsmittel für das Projekt zusammentragen. Und jetzt bringen wir wichtige medizinische Geräte nach Afrika. Wir unterstützen etwa mit Patienten-Betten, Überwachungsmonitoren oder einer mobilen OP-Lampe. Geräte, die bei uns nicht mehr gebraucht werden, aber voll und ganz einsatzfähig sind und daher in Tansania dringend benötigt werden“, betonte die Landeshauptfrau.

Für einen reibungslosen Transport der Gerätschaften nach Afrika unterstützt die cargo-partner GmbH mit Hauptsitz in Fischamend. „Ein großes Dankeschön an Geschäftsführer Mag. Stefan Krauter und dem Team von cargo-partner für die Bereitschaft sich an unserer Unterstützungsleistung zu beteiligen. Das ist eine schöne Partnerschaft, die den Menschen in Tansania mit Sicherheit hilft“, freut sich Mikl-Leitner über die gute Zusammenarbeit.

Das Projekt „Afrika Amini Alama“ setzt sich seit vielen Jahren für die Bereiche Medizin, Bildung, Soziales und Partnerschaften ein. Insbesondere das im Jahr 2010 eröffnete Health Center leistet wichtige Arbeit für die



Foto: NLK / Pfeiffer

Hilfsgüter für Tansania: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Stefan Krauter, Geschäftsführer der cargo-partner GmbH

Gesundheitsversorgung in und rund um Momella. Mittlerweile werden jährlich rund 20.000 Patienten unter der Führung von Wallner und einem Team afrikanischer Ärzte behandelt.

„Im vergangenen Jahr haben wir bereits einige Laptops an das Health Center über-

reicht. Jetzt bringen wir wichtige medizinische Geräte nach Tansania. Die Menschen sind auf jede Hilfe und Unterstützung angewiesen, um ihnen vor Ort ein besseres Leben zu ermöglichen“, so Mikl-Leitner. ■

<http://www.noel.gv.at/>

<http://africaaminialama.com/>



Foto: Africa Amini Alama

Die Krankenstation in Momella, Kernstück von „Africa Amini Alama“, wurde 2010 eröffnet und behandelt über 20.000 Patienten pro Jahr.

»Deal or No Deal«: Oberösterreich ist vorbereitet

Von LH Stelzer beauftragtes »Öö. Brexit-Begleitgesetz« wird dem Öö. Landtag im März zum Beschluß vorgelegt

Das Zustandekommen eines Austrittsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien wird mit jedem Tag unsicherer. Aus diesem Grund müssen auch auf Landesebene kurzfristige Vorkehrungen für einen möglichen unregelmäßig Austritt Großbritanniens („No-Deal-Brexit“) getroffen werden.

Das Land Oberösterreich ist auf dieses Szenario vorbereitet und hat bereits den Entwurf eines Landesgesetzes über Begleitmaßnahmen für den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien aus der Europäischen Union (Öö. Brexit-Begleitgesetz) vorbereitet, welches vom Öö. Landtag am 7. März 2019 beschlossen werden soll.

Im Mittelpunkt des Landesgesetzes stehen jene britischen StaatsbürgerInnen, die zum Zeitpunkt des Austritts auf Grund ihres Wohnsitzes oder ihrer beruflichen Tätigkeit in den Anwendungsbereich des oberösterreichischen Landesrechts fallen; ohne Begleitregelung würden diese mit einem Schlag als Drittstaatsangehörige gelten, denen von den meisten Landesgesetzen keine oder nur sehr eingeschränkte Rechte zugestanden werden.

„Falls das Risiko eines unregelmäßig Austritts eintreten sollte, müssen wir bereits vorher die gesetzlichen Maßnahmen ergriffen haben, um Chaos zu vermeiden. So geben wir auch den 765 britischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Oberösterreich die notwendige Sicherheit“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer am 18. Feber.

Zusammengefaßt folgt das Öö. Brexit-Begleitgesetz drei Grundgedanken:

Wahrung der Rechte

Der EU-Austritt soll nicht zu Lasten von in Oberösterreich lebenden britischen BürgerInnen ausgetragen werden. Ziel des Gesetzes ist es daher, Härtefälle zu vermeiden und als Übergangsregelung eine grundsätzliche Gleichstellung mit Angehörigen eines EU-Mitgliedsstaates vorzunehmen. Dies entspricht auch der von der britischen Regierung mehrfach zugesicherten bevorzugten Behandlung von im Vereinigten Königreich ansässigen StaatsbürgerInnen von EU-Mitglieds-



Foto: Land Öö / Denise Stinglmayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer (r.) mit dem britischen Botschafter in Österreich, Leigh Turner, bei einem Arbeitsgespräch am 14. Jänner 2019 in Linz

staaten. In Großbritannien leben derzeit ca. 25.000 ÖsterreicherInnen.

Einfache Regelungsform

Die Anpassung des Landesrechts an einen No-Deal-Brexit soll nicht durch eine aufwändige Änderung jedes einzelnen betroffenen Landesgesetzes erfolgen, sondern durch eine für das gesamte Landesrecht geltende Generalklausel.

Zeitliche Befristung

Das Gesetz soll nach fünf Jahren außer Kraft treten, damit wird der öö. Rechtsbestand automatisch wieder bereinigt, wenn diese Sonderregeln nicht mehr erforderlich sind. Härtefälle sind nach dem Ablauf von fünf Jahren nicht mehr zu erwarten, da danach die zeitlichen Voraussetzungen für den

Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EU“ erfüllt sein sollten, welche einem die einer Unionsbürgerschaft angenäherte Stellung verleihen würde.

Gesetz tritt nur im Fall eines hard Brexit in Kraft

Wie die Verhandlungen zum Brexit in London nun weitergehen, ist ungewiß: Das Landesgesetz ist jedenfalls so formuliert, daß es tatsächlich nur im Fall eines britischen Austritts ohne Abkommen mit der EU in Kraft tritt; dadurch kann auch auf etwaige kurzfristige politische Entwicklungen auf EU-Ebene oder in Großbritannien im Zeitraum zwischen der Beschlußfassung des Gesetzes und dem Austrittsdatum des 29. März 2019 Rücksicht genommen werden. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Trinkwasser für 30.000 Menschen in Ayn al-Fijeh

Land Salzburg unterstützt die Wiederinstandsetzung der Infrastruktur in Syrien

Sauberes Trinkwasser – für uns eine Selbstverständlichkeit, rund 2.500 Kilometer entfernt, in Syrien, eher Mangelware. Für etwa 30.000 Menschen nordwestlich von Damaskus soll sich dies nun ändern. „Das Land unterstützt ein Entwicklungshilfeprojekt in Ayn al-Fijeh im Wadi Barada mit 500.000 Euro. Ziel ist es, die Trinkwasserversorgung in diesem Gebiet wiederherzustellen“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Landesrätin Andrea Klambauer am 21. Feber. Es handelt sich um ein Vorhaben des Roten Kreuzes Salzburg in einer Region etwa 25 Kilometer nordwestlich der syrischen Hauptstadt, dessen Umsetzung vom Entwicklungspolitischen Beirat des Landes empfohlen wird. Abgeschlossen sein soll es bis Sommer nächsten Jahres.

Professionelle Abwicklung durch Rotes Kreuz

„Für das Projekt des Roten Kreuzes spricht dessen Professionalität als Durchführungsorganisation“, ist Haslauer überzeugt: „Und in Syrien selber gibt es eine bewährte Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen sowie mit dem Arabischen Halbmond bei ähnlichen Konzepten zur Instandsetzung der humanitären Infrastruktur.“

Syrern eine Perspektive in ihrer Heimat geben

„Wasser ist Leben! Mangelnde Trinkwasserversorgung ist eine Fluchtursache, denn der Zugang dazu ist Voraussetzung für individuelle Gesundheit und die Verhinderung von Armut und Konflikten. Mit diesem Projekt wird Trinkwasser für 30.000 Menschen in Syrien sichergestellt. Es wird ein Grundbedürfnis gestillt und eine Lebensgrundlage vor Ort geschaffen“, so auch Landesrätin Andrea Klambauer und betont weiters: „Es ist uns ein Anliegen, mit den Geldern der Entwicklungszusammenarbeit den Menschen in Syrien eine Perspektive in ihrer Heimat zu geben.“

Menschen auf ihrem Weg in die Normalität unterstützen

Sabine Kornberger-Scheuch, Landesgeschäftsführerin des Roten Kreuzes Salzburg,



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

v.l.: Anton Holzer (Rotes Kreuz), Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Sabine Kornberger-Scheuch (Rotes Kreuz), Landesrätin Andrea Klambauer, Amelie Höring und Saleh Kaddura



Foto: ÖRK / Anna Stöcher

Trinkwasseraufbereitung des Roten Kreuzes

betont: „Wir freuen uns, daß wir als Rotes Kreuz Salzburg dieses Projekt durchführen werden und der notleidenden Bevölkerung Syriens helfen können. Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Thema des Roten Kreuzes Salzburg. Mit diesem Projekt werden wir die Menschen in Syrien auf ihrem Weg in die Normalität unterstützen.“

Ein Drittel der Bevölkerung ohne sauberes Trinkwasser

Der Syrien-Konflikt dauert nun bereits acht Jahre. Für die Zivilbevölkerung blieb die humanitäre Lage weiterhin katastrophal. Etwa 35 Prozent aller Syrer haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bis zu 30 Prozent der Wasserversorgungssysteme sind nicht in Betrieb. „Sauberes Wasser und ausreichende Infrastruktur sind zentral für den

Wiederaufbau und die Rückkehr der Menschen in ihre Heimatgemeinden“, sagt Landesrettungskommandant Anton Holzer und setzt fort: „Durch die Wiederinstandsetzung der Infrastruktur in Ayn al-Fijeh sind die Menschen weniger gefährdet, durch verunreinigtes Wasser krank zu werden. Sie müssen dann auch nicht mehr nach Wasserquellen in Gebieten suchen, die von Blindgängern und Minen verseucht sind. So kann sich die Bevölkerung aktiv am Wiederaufbau ihrer Heimat beteiligen.“

Pumpstationen und Leitungen instand setzen

Konkret geht es bei dem Hilfsprojekt unter Salzburger Federführung darum, die im Laufe des bewaffneten Konfliktes zerstörten Pumpstationen im Ort Ayn al-Fijeh sowie in Galia instand zu setzen und die Gemeinde und deren Einzugsgebiet wieder mit Trinkwasser zu versorgen. Dazu müssen Rohre und Leitungen ausgetauscht oder repariert werden, das Speicherbecken saniert und ein Wasserstandmeßgerät sowie ein neues Pumpensteuerungssystem eingebaut werden. Die laufenden Qualitätskontrollen erfolgen durch die Wasserbehörde der Hauptstadt Damaskus. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://www.rotekreuz.at/salzburg/>

Steiermark und harter Brexit

Fortsetzung der EU-Gipfelgesprächsreihe mit der steirischen Europalandsrätin Eibinger-Miedl und Bürgermeistern der Schöckl-Gemeinden: Das Bundesland wäre von einem hartem Brexit am stärksten betroffen.

Zum EU-Gipfelgespräch am Grazer Hausberg Schöckl trafen sich die Europalandsrätin der Steiermark, Barbara Eibinger-Miedl und die Bürgermeister der Schöckl-Gemeinden, Hannes Kogler aus St. Radegund und Gottfried Rieger aus Semriach, mit Paul Schmidt von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und Georg Pfeifer, dem Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments, am 15. Feber.

Eibinger-Miedl sagte in der Diskussion: „Der Schöckl ist ein idealer Ort für dieses EU-Gipfelgespräch. Man sieht weit ins Land und über die Grenzen bis nach Ungarn und Slowenien. Das ist auch ein gutes Symbol für die europäische und internationale Ausrichtung der Steiermark.“ Un sie betonte die große Bedeutung der Europäischen Union und die vielen positiven Effekte der Grenzöffnung und EU-Erweiterung für die Steiermark: „Die Steiermark hat sich immer schon als Tor nach Südosteuropa verstanden. Umgekehrt hat die Steiermark viele wertvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unseren Nachbarstaaten gewonnen, die zur Arbeit in unser Land pendeln.“

Mehr als andere Bundesländer wäre die Steiermark von einem ungeordneten Brexit betroffen, sagte Eibinger-Miedl: „Großbritannien ist für die Steiermark das viertwichtigste Exportland. Unser Automobilsektor aber auch zahlreiche Forschungseinrichtungen sind mit Großbritannien sehr stark verzahnt. Um unsere heimischen Unternehmen bestmöglich über aktuelle Entwicklungen zu informieren, hat das Land Steiermark eine eigene Brexit-Hotline eingerichtet.“

Hannes Kogler, der als Bürgermeister von St. Radegund auch gleichzeitig EU-Gemeinderat ist, erzählte vom jahrhundertelangen europäischen Bezug seiner Gemeinde: Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts war St. Radegund ein beliebter Ferien- und Kurort für Gäste aus dem gesamten südosteuropäischen Raum: „Seit der Öffnung der Grenzen knüpfen wir an diese Zeit an. Durch diese europäische Dimension haben wir hier eine weltoffene Sicht und eine starke Identifikation mit der EU.“ Kogler berichtete auch von Projekten, die mit EU-Geldern umge-



Foto: europarl.eu / Wolfgang Machreich

v.l.: Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich, Paul Schmidt, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, LR Barbara Eibinger-Miedl, BGM Gottfried Rieger (Semriach) und BGM Hannes Kogler (St. Radegund).

setzt werden konnten und ohne diese Förderungen nicht möglich gewesen wären. Als konkretes Beispiel nannte er den sogenannten „Dokortereich“, dessen Revitalisierung zu 70 Prozent mit EU-Geldern finanziert wurde. Richtung Land Steiermark bemühte er die teilweise langwierige und bürokratische Abwicklung von Förderansuchen.

Gottfried Rieger, der Bürgermeister von Semriach, nannte als weiteres Beispiel für eine gelungene EU-Förderung das Wasserpilotprojekt Lurgrotte, die größte aktive Wasserhöhle Österreichs. Dieses Projekt hat auch die beiden Gemeinden Semriach und St. Radegund zusammengeführt, was am Schöckl-Gipfel mit einem symbolischen Handshake über Gemeindegrenzen hinweg besiegelt wurde. Rieger verglich die EU mit einer Ehe: „Wie in einer Ehe sollte man sich immer wieder in Erinnerung rufen, warum man zusammengegangen ist. Und wie in einer Ehe ist nicht immer alles schön und gut. Beide Seiten sind gefordert, intensiv an der guten Fortsetzung des Beziehung zu arbeiten.“ Denn, so Rieger: „Für viele, besonders die Jugend, ist die EU zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Eine erfolgreiche Fortsetzung des Friedensprojekts ist aber nicht selbstverständlich.“

Diesen pro-europäischen Geist zu fördern, ist die Intention der EU-Gipfelgespräche in den neun Bundesländern, sagte Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik: „Für

die ÖGfE ist eine Regionalisierung der EU-Debatte ein zentrales Anliegen. Dieses Ziel verfolgt auch diese EU-Gipfelgesprächsreihe. Unser Motto lautet ‚Einen Rucksack für Europa packen!‘ Die steirischen Inhalte für diesen Rucksack mit EU-Anliegen aus den Bundesländern haben wir heute vom Schöckl mitgenommen – und werden diese bei der Spitzenkandidaten-Diskussion im Mai 2019 im Audimax präsentieren.“

Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Wien: „Die Steiermark ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie es gelingen kann wirtschaftlich wie kulturell vom gemeinsamen Europa zu profitieren. Wir laden vom Schöckl aus alle steirischen Bürgerinnen und Bürger ein, sich an der Informationskampagne ‚Diesmal wähle ich‘ zu beteiligen, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.“

Die EU-Gipfelgespräche-Tournee von Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) führt durch alle Bundesländer und bietet Politik, Zivilgesellschaft bzw. MedienvertreterInnen Gelegenheit auch über diesen Draht ihre europäischen Ideen, Vorschläge, Anliegen etc. in die Diskussion im Vorfeld der EU-Wahlen einfließen zu lassen. ■

<https://www.steiermark.at/>

<https://oegfe.at/>

<http://www.europarl.europa.eu/austria/de/>

<https://www.diesmalwaeleich.eu/>

ProMemoria Auschwitz 2019

Erinnerungskultur für Jugendliche

Jedes Jahr begeben sich 50 Tiroler Jugendliche gemeinsam mit Gleichaltrigen aus Südtirol und Trentino im Rahmen des grenzüberschreitenden Jugendbildungsprojekts „ProMemoria Auschwitz“ auf eine gemeinsame „Reise der Erinnerung“. Auch heuer nahmen SchülerInnen und StudentInnen aus Tirol am Projekt teil. Insgesamt reisten 700 junge Menschen vom 31. Jänner bis 6. Feber in einem Sonderzug nach Polen.

„Die Reise nach Krakau mit dem Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau ist ein äußerst wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur unseres Landes, weil sich die Jugendlichen intensiv mit unserer NS-Vergangenheit und den damit verbundenen Gräueln auseinandersetzen“, ist Kulturlandesrätin Beate Palfrader überzeugt.

„Wer solche Orte des Schreckens sieht, erkennt eher, wie wichtig es ist, sich für Demokratie und den damit einhergehenden Werte wie Religions- und Meinungsfreiheit einzusetzen.“

Jugendlandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf dazu: „Ich bewundere die Jugendlichen sehr, die mit viel Engagement die Erinnerung an diese schreckliche Zeit lebendig halten und sich kritisch mit der eigenen Landesgeschichte auseinandersetzen. Der Besuch in Auschwitz und die Aufarbeitung der damaligen Historie sind prägend für das Demokratieverständnis.“

Neben einem Besuch im ehemaligen jüdischen Ghetto in Krakau und im Konzen-

trationslager Auschwitz-Birkenau besichtigten die Jugendlichen auch das Oskar-Schindler-Museum. Bereits im Vorfeld wurden die jungen Menschen mittels eines mehrtägigen Seminars und eines Besuchs in der Synagoge im Südtiroler Meran auf die Reise vorbereitet. Das Erlebte vor Ort wurde dann in Workshops gemeinsam besprochen und verarbeitet.

Informationen zum Projekt

Das länderübergreifende Jugendbildungsprojekt wird seit neun Jahren von der Arbeitsgemeinschaft der Jugenddienste in Zusammenarbeit mit Deina Alto Adige Südtirol

sowie Arciragazzi organisiert und durchgeführt. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino steht das Projekt seit vier Jahren auch Tiroler Jugendlichen offen. Um außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit für junge Menschen unterschiedlichsten Hintergrundes zugänglich zu machen, fördert das Land Tirol „ProMemoria_Auschwitz: Die Reise der Erinnerung – Il viaggio della memoria“ mit rund 40.000 Euro. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Auschwitz



oben: Landesrätin Beate Palfrader verabschiedete die Jugendlichen am Bahnhof in Innsbruck
unten: Die Jugendlichen waren von der „Reise in die Vergangenheit“ tief betroffen.



Besuch in Graubünden

Vorarlbergs Landesregierung diskutierte grenzübergreifend neben anderen Themen über Öffentlichen Verkehr, Tuberkulose beim Rotwild und Hochwasserschutz



Foto: Standeskanzlei Graubünden

Die Vorarlberger Landesregierung besuchte am 19. Feber den Kanton Graubünden auf Einladung der Bündner Regierung. Bei einem Arbeitsgespräch wurden unter anderem die grenzübergreifenden Themen öffentlicher Verkehr, Tuberkulose beim Rotwild und Hochwasserschutz diskutiert.

Die Vorarlberger Delegation wurde bei ihrem Besuch im Kanton Graubünden angeführt von Landeshauptmann Markus Wallner. Landesstatthalter Karlheinz Rüdissler, Landesrat Christian Bernhard, Landesrat Johannes Rauch, Landesrätin Katharina Wiesflecker, Landesrätin Barbara Schöbi-Fink, Landesrat Christian Gantner sowie Landesamtsdirektor Günther Eberle begleiteten ihn.

Die beiden Delegationen trafen sich in Cazis und besichtigten dort den Rohbau der neuen Justizvollzugsanstalt Cazis Tigne. Danach stand das Arbeitsgespräch in den Räumlichkeiten der Klinik Beverin auf dem Programm.

Arbeitsgespräch mit aktuellen grenzübergreifenden Themen im Fokus

Beim Arbeitsgespräch wurden die Verkehrsprojekte „Mobil im Rheintal“ (S-18 Bodensee-Schnellstraße), „S-Bahn FL.A.CH“ sowie der Stundentakt Graubünden-St. Margrethen-Bregenz-Lindau-Allgäu diskutiert.

oben: Die Bündner und die Vorarlberger Delegation bei ihrem Besuch in Cazis; unten: Landeshauptmann Markus Wallner (l.) und Regierungspräsident Jon Domenic Parolini



Foto: Standeskanzlei Graubünden

Zur Sprache kamen neben den Themen Tuberkulose bei der Rotwildpopulation und Hochwasserschutz am Alpenrhein auch der Naturpark Rätikon sowie der Themenbereich Tourismus.

Der Besuch der Vorarlberger Landesregierung diente auch der Pflege freundschaftlicher Beziehungen sowie dem kulturellen,

wirtschaftlichen und politischen Erfahrungsaustausch.

Die traditionell wichtigen und engen Beziehungen sind durch ein großes Einvernehmen in vielen Bereichen und die gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit gekennzeichnet. ■

<https://www.vorarlberg.at/>

OWHC-Konferenz in Wien

Welterbestädte im Spannungsfeld von Entwicklung und Bewahrung

Mehr als 50 VertreterInnen aus nahezu 25 UNESCO Weltkulturerbestädten folgten in der vorletzten Feber-Woche der Einladung des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig zu einer Tagung der OWHC, der Organization of World Heritage Cities, im Wiener Rathaus, um sich über die Herausforderungen dynamischer Städte im Hinblick auf die Entwicklung und Bewahrung ihres Weltkulturerbes auszutauschen und zu beraten.

Die Stadt Wien engagiert sich bereits seit Jahren im Netzwerk der Organisation der Weltkulturerbestädte OWHC und wurde bereits wiederholt in das Präsidium dieser Organisation gewählt. Innerhalb dieses Netzwerks, das sich in Regionalsekretariaten organisiert, nimmt Wien dank seiner günstigen zentralen Lage in Europa eine wertvolle vermittelnde und regionenübergreifende Position ein, wie schon vorangegangene gemeinsame Initiativen und ein erfolgreicher Workshop gezeigt haben. Diesmal wurde dem weltweiten Charakter der Organisation Rechnung getragen, und Städte von Mexiko bis China sandten ihre Delegationen nach Wien. Neben europäischen UNESCO Welterbestädten wie Amsterdam, Berlin, Bordeaux, Brügge, Brüssel, Budapest, Dubrovnik, Krakau, Prag, Riga und Warschau waren u.a. auch das historische Zentrum von Baku, Moskau, Istanbul, St. Petersburg und Tel Aviv vertreten.

Denis Ricard aus Quebec, Generalsekretär der OWHC, schätzt die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Wien: „Es überrascht mich nicht, daß gerade Wien eine so international besetzte Konferenz der Welterbestädte initiiert hat. Ein Spaziergang durch die Wiener Innenstadt zeigt, wie dynamische Entwicklung, Lebensqualität für die Bewohner und die Bewahrung des kulturellen Erbes mit viel Engagement vereinbart werden können.“

Die 1993 gegründete OWHC mit ihrem Sekretariat in Quebec umfaßt mehr als 300 Städte, die als UNESCO Weltkulturerbe ausgezeichnet sind.

Die Vorbereitung und Organisation dieser Konferenz, die von Wiens Erstem Landtagspräsidenten Ernst Woller, ständiger Vertreter der Stadt Wien bei der OWHC, initiiert wurde, erfolgte nicht nur in Zusammenarbeit mit



Foto: PID / Alexandra Kromus

Workshop und Konferenz in der Stadt Wien und Unterzeichnung der Vienna Declaration (v.l.): LTP Ernst Woller, OWHC Secretary General Denis Ricard und Bürgermeister Michael Ludwig

der OWHC. Unterstützung kam auch vom Bundeskanzleramt und dem zuständigen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Auch UNESCO und ICOMOS, der Internationale Rat für Denkmalpflege, konnten als Partner der Tagung gewonnen werden. Der besondere Stellenwert der Konferenz wurde durch die aktive Teilnahme der Direktorin des Welterbezentrums der UNESCO, Mechthild Rössler, und der Präsidentin von ICOMOS Österreich, Univ.Prof.in Caroline Jäger-Klein, unterstrichen.

Eröffnet wurde die Konferenz von Bürgermeister Michael Ludwig, der in seiner Begrüßungsrede einmal mehr betonte, daß Wien den Schutz und die Pflege des kulturellen Erbes ernst nehme. „Die Stadt Wien investiert stark in die Altstadterhaltung und den Schutz ihres Kulturgutes. Unsere Stadt ist lebendig, unsere Stadt entwickelt sich weiter, sie ist kein Museum. Dieses Spannungsfeld von Bewahrung und Entwicklung gilt es zu bearbeiten“, so der Wiener Bürgermeister.

Landtagspräsident Ernst Woller faßt die Herausforderungen für Welterbestädte zusammen: „Weltweit lebt mehr als die Hälfte der Menschen in Städten. Viele diese Städte haben auch Welterbestätten, die geschützt werden müssen. Fast alle Städte sind jedoch auch mit einem starken Wachstum und einer damit einhergehenden dynamischen Entwicklung konfrontiert, die es gilt, in Einklang mit dem Schutz des Welterbes zu bringen. Städte haben auch eine soziale Verantwortung und

müssen lebendiger und lebenswerter Raum für die Menschen bleiben, die in ihnen wohnen“.

Die ExpertInnen und PolitikerInnen aus den OWHC-Mitgliedsstädten hatten Gelegenheit, in einem zweitägigen Workshop ihre jeweiligen Herausforderungen in der urbanen Entwicklung im Weltkulturerbe zu präsentieren und den Austausch darüber zu suchen. Die gemeinsam erarbeiteten Programmpunkte wurden in einer „Wiener Deklaration“ zu „Bewahrung, Entwicklung und Management von Weltkulturerbe in dynamischen Städten“ zusammengefaßt und am 15. Feber im Wiener Rathaus von den beteiligten Städten unterzeichnet.

„Wien ist eine Stadt, die sich ihres wertvollen historischen Erbes sehr bewußt ist und die alles dafür tut, um den Schutz des baukulturellen Schatzes der Stadt sicherzustellen. Gleichzeitig entscheiden sich Immer mehr Menschen dafür, hier zu leben, zu arbeiten oder zu studieren und die hohe Lebensqualität der Stadt zu genießen. All das in Einklang zu bringen, ist eine Herausforderung, vor der nicht nur Wien steht: Der rege Andrang an der Konferenz bestätigt, daß sich viele Städte um einen gangbaren Weg zwischen Wachstum und Bewahrung bemühen“, so Wiens Vizebürgermeisterin und Planungsstadträtin Maria Vassilakou, die sich aktiv an der Diskussion beteiligte. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.ovpm.org/>

»Gold« für Hartmut Koschyk

Staatssekretärin Karoline Edtstadler ehrte den ehemaligen deutschen Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten im »Haus der Heimat« in Wien

Am 31. Jänner 2019 konnte der Generalsekretär des Verbands der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ), Norbert Kapeller, zahlreiche Gäste zu einer besonderen Veranstaltung im Kulturzentrum „Haus der Heimat“ begrüßen, denn die Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler, zeichnete den ehemaligen deutschen Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich aus.

„Die VLÖ-Vorstandsmitglieder und Funktionäre fühlen sich wirklich sehr geehrt, daß diese Auszeichnungsfeier für den ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär im deutschen Bundesfinanzministerium bei uns im Kulturzentrum ‚Haus der Heimat‘ stattfindet“, so Kapeller, der anlässlich dieser Feierstunde zahlreiche Ehrengäste begrüßen konnte: Zu den VLÖ-Vorstandsmitgliedern und Verbandsfunktionären mit Rudolf Reimann an der Spitze, gesellten sich unter anderem der deutsche Botschafter in Österreich, Johannes K. Haindl, Ondrej Pöss und Erika König vom Karpatendeutschen Verein in der Slowakei (KDV), Chefredakteur Johann Schuth von der „Neuen Zeitung“ in Budapest sowie Nationaldirektor Herbert Rechberger vom Hilfswerk „Kirche in Not“, der am 27. Mai 2019 einen Vortrag im „Haus der Heimat“ halten wird.

In ihren einleitenden Worten ging die Staatssekretärin auf ihre eigene Familiengeschichte ein und wies dabei auf die sudetendeutschen Wurzeln ihrer Großmutter hin. In ihrer Laudatio würdigte sie den ehemaligen deutschen CSU-Parlamentarier Hartmut Koschyk, der von 1990 bis 2017 dem deutschen Bundestag angehörte, bis 2013 Parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Bundesfinanzministerium war und von 2014 bis 2017 die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten innehatte.

„Ihr Wirken war nicht nur wesentlich für in Deutschland sesshaft gewordene Vertriebene, sondern auch für über 500.000 in Österreich angesiedelte Heimatvertriebene, für die Sie sich unermüdlich eingesetzt haben“,



v.l.: VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller, Staatssekretärin Karoline Edtstadler, Hartmut Koschyk und Leiter der Wiener Verkehrsabteilung, Brigadier Michael Takacs

Fotos: Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich



so die Staatssekretärin in ihrer Laudatio. Sie erwähnte darüber hinaus auch das Engagement Koschyks gemeinsam mit dem VLÖ im Sinne der deutschen altösterreichischen Volksgruppe in Slowenien und die Unterstützung anspruchsberechtigter Donauschwaben bei Restitutionsfragen in Serbien.

Hartmut Koschyk bedankte sich bei Staatssekretärin für ihre Worte und unterstrich besonders seine Freude darüber, diese hohe Auszeichnung gerade in Wien in Empfang nehmen zu dürfen.

„Für mich war es immer wichtig, den großen kulturellen Zusammenhang, was die Heimat der Vertriebenen, Aussiedler und deutschsprachigen Minderheiten anbelangt,

grenz- und nationenübergreifend zu sehen“, so der ehemalige Bundestagsabgeordnete mit oberschlesischen Wurzeln, den es schon als BdV-Generalsekretär in den 1980er Jahren in die Heimatgebiete der deutschen Volksgruppen gezogen hat.

Nicht unerwähnt ließ Koschyk dabei auch seine Tätigkeiten auf gemeinsamer parlamentarischer Ebene mit dem österreichischen Nationalrat und seinen gedanklichen Austausch mit dem Völkerrechtler Prof. Felix Ermacora. Am Beispiel der Situation der deutschen Volksgruppe in Slowenien lobte Koschyk die Zusammenarbeit der deutschen wie auch der österreichischen Vertreter auf diplomatischer Ebene und unterstrich deren wichtigen gemeinsamen Einsatz für das Wohl der heimatverbliebenen deutschen Minderheiten in den verschiedensten Ländern.

„Wie müssen die kulturellen Beziehungen lebendig erhalten und sie sind auch ein Stück des europäischen Geistes. Lebendige Kulturbeziehungen, wo nicht die Nation und Grenzen entscheidend sind, sondern die eigene Identität. Daß Heimat dort sein kann, wo man lebt und Heimat nicht infrage gestellt wird“, verwies Koschyk in seinen abschließenden Worten auf sein Buch „Heimat-Identität-Glaube“, aus dem er auch einige Passagen vortrug und welches über den VLÖ erhältlich ist. ■

<http://www.vloe.at/>

<https://www.landesratforum.de/>

Österreich trifft Vorkehrungen für unregelmäßigten Brexit

Breite Mehrheit im Parlament für Brexit-Begleitgesetz – EU-Chefverhandler Michel Barnier für den Brexit informiert österreichische Abgeordnete

Sollte es beim geplanten Brexit-Fahrplan bleiben und Großbritannien am 29. März ohne Abkommen aus der Europäischen Union austreten, ist Österreich so gut es geht gewappnet, wie Europa- und Kanzleramtsminister Gernot Blümel im Nationalrat bekräftigte. Die entsprechenden gesetzlichen Vorkehrungen wurden am 27. Februar mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, NEOS und der Liste JETZT beschlossen. Anderer Meinung ist hingegen die SPÖ, die das Brexit-Begleitgesetz zu kurz greift. Sie vermisst Vorkehrungen etwa bei den Sozial- und Pensionsversicherungen und spricht von einer „Beruhigungsspielle“ für die Bevölkerung.

Das Brexit-Begleitgesetz sei ein Placebo mit dem Versuch, der Bevölkerung zu suggerieren, daß alles in Ordnung sei, bekräftigte Peter Wittmann (SPÖ) die von der Regierung ausgearbeiteten gesetzlichen Regelungen für den Fall eines harten Brexit. Von allen Gesetzen, die es in Österreich gibt, seien nur 16 geändert worden, in fünf davon gebe es eine Verordnungsermächtigung für MinisterInnen, ohne zu wissen, wofür, so die weitere Kritik des SPÖ-Abgeordneten. Seiner Meinung wird für den Ernstfall zu wenig Vorsorge getroffen, schon jetzt würden Probleme auf der Hand liegen, die das Brexit-Gesetz nicht abdeckt. Vonseiten des Wirtschafts- und Umweltministeriums habe es beispielsweise keine einzige Regelung in das Sammelgesetz geschafft.

Zu hinterfragen ist Wittmann zufolge außerdem, warum das Innenministerium im Brexit-Begleitgesetz von „zukünftigen weiteren Austritten“ spricht. „Das ist die Denkweise der FPÖ“, kritisierte er. Diese sei nur an einer Auflösung der EU interessiert, wie Wittmann mit Verweis auf einen 2016 von den Freiheitlichen eingebrachten Antrag für eine Öxit-Volksabstimmung sagte.

Auch seine Fraktionskollegin Selma Yildirim (SPÖ) mahnte von der Regierung ein, Schäden bestmöglich von betroffenen BürgerInnen abzuwenden und ihre Rechte zu schützen. In der derzeitigen Situation sei das nämlich nicht der Fall, die Regierung bleibe entgegen ihrer öffentlichen Ankündigungen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundesminister Gernot hofft auf Annahme des Austrittsvertrags durch das britische Parlament

säumig. Es gehe immerhin um existentielle Fragen wie Sozialversicherungs- und Pensionsansprüche oder das Aufenthaltsrecht. Das Brexit-Gesetz läßt ihrer Meinung viele Bereiche unregelmäßig.

Entgegen der SPÖ-Kritik meinte Europa- und Kanzleramtsminister Gernot Blümel, daß von den Ministerien und Sozialpartnern alle Gesetze hinsichtlich notwendiger Brexit-Vorkehrungen durchforstet worden seien. Das Begleitgesetz sei auch mit der Kommission durchbesprochen worden, diese habe keine Beanstandungen geäußert. „Es ist eine Katastrophe, daß die Briten die Union verlassen“, so Blümel, der Schaden müsse so gering wie möglich gehalten werden.

Wolfgang Gerstl (ÖVP) beklagte, daß Großbritannien seit seinem Nein zum Austrittsvertrag im britischen Unterhaus für BürgerInnen und Unternehmen Chaos produziere. Als besonders positiv bewertete der Abgeordnete, daß die Mitgliedsländer der verbleibenden EU27 mit einer Stimme sprechen.

Wer ist schuld am Brexit?

Die Debatte über das Brexit-Begleitgesetz war im Nationalrat insbesondere ge-

prägt von gegenseitigen Anschuldigen und der Frage, wer für den Austritt Großbritanniens aus der EU verantwortlich ist.

Die Kernfrage sei nämlich, ob die EU eine Mitverantwortung am Brexit hat, wie der Freiheitliche Markus Tschanke in den Raum stellte. Daß die FPÖ jemals einen Öxit gefordert hätte, wie von der SPÖ angesprochen, sei jedenfalls „grundlegend falsch“. Es gehe um die strategische Ausrichtung der EU. Wer Europa liebt, müsse bei Fehlentwicklungen Kritik üben, so der Abgeordnete. Die Willkommenspolitik der Deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel spalte die Gesellschaft bis heute und gefährde den Frieden in Europa. Der Brexit sei aus seiner Sicht vermeidbar gewesen mit einem Europa, das schützt. Den EU-Austritt der Briten sieht Tschanke allerdings auch als Chance, umzudenken und sich an den Wünschen der europäischen Völker zu orientieren.

Nicht der Austritt der Briten sei die Ursache für alle Nachteile, die daraus entstehen werden, sondern die Falschentwicklung der EU, meinte ebenfalls Günther Kumpitsch (FPÖ). Den Brexit zu verantworten habe eine völlig verfehlte Migrations- und Sicherheitspolitik mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung, wie Terroranschläge und blutige Angriffe auf Frauen zeigen würden.

ÖVP-Abgeordneter Josef Lettenbichler (ÖVP) schloß sich der EU-Schuldzuweisung der FPÖ teilweise an. Die Verantwortung dürfe nicht nur im Vereinigten Königreich gesucht werden, sondern auch in der EU selbst. Diese habe in den vergangenen Jahren auch Fehler gemacht, eine Tendenz, die auch der ÖVP nicht gefallen habe. Die neue Regierung habe nun allerdings den richtigen Weg eingeschlagen, um die Union bürgernäher und sicherer zu machen. Sein Fraktionskollege Wolfgang Gerstl (ÖVP) erinnerte an die Migrationswelle nach Europa 2015. Dadurch seien viele Menschen in Großbritannien verunsichert worden und seien dann Populisten aufgesessen.

„Nicht die EU oder Angela Merkel sind schuld am Brexit, sondern rechte und konservative PolitikerInnen, die die Leute belo-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Abg.z.NR. Eva Maria Holzleitner (S), Abg.z.NR. Bruno Rossmann (J), Abg.z.NR. Georg Strasser (V), Michel Barnier EU-Chefverhandler, Abg.z.NR. Kai Jan Krainer (S), Abg.z.NR. Michaela Steinacker (V), Abg.z.NR. Martin Engelberg (V) und Abg.z.NR. Stefanie Krisper (N)

gen haben“, hielt Claudia Gamon (NEOS) dagegen. Eine populistische und machtgierige Politik habe zu verantworten, daß die Chancen von hunderttausenden jungen EuropäerInnen einfach vom Tisch geschoben werden. Die Menschen seien über die Folgen des Brexit belogen worden, nun werde es für die Briten außerhalb der EU aber teuer. Insbesondere Desinformation habe dabei eine wichtige Rolle gespielt. „Wir müssen aufhören damit, die EU für Dinge verantwortlich zu machen, für die wir selbst die Verantwortung tragen“, appellierte Gamon.

Katharina Kucharowits (SPÖ) sieht einen Grund für das „Leave“ der Briten beim Brexit-Referendum in einer Politik, die von Austerität und Schuldenbremsen geprägt gewesen sei. Die Menschen hätten so das Vertrauen in die EU verloren. Diese Stimmung hätten Rechtskonservative und PopulistInnen sowohl in Großbritannien als auch in anderen Ländern schließlich genutzt, mit falschen Versprechungen auf den Rücken der BürgerInnen und auf Kosten des Zusammenhalts und des EU-Friedensprojekts gezündelt.

Verwundert über den Inhalt der Debatte zum Brexit-Begleitgesetz zeigte sich ÖVP-Abgeordneter Martin Engelberg (ÖVP). Es sei im Moment die Aufgabe des Parlaments, den zehntausenden Betroffenen Klarheit zu verschaffen und ihnen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, als zu analysieren, wer schuld am Brexit hat. Für fahrlässig hätte es Engel-

berg gehalten, das Begleitgesetz zu einem späteren Zeitpunkt auf den Weg gebracht zu haben. „Wir wissen fast stündlich nicht, was in London passiert“, so Engelberg. Laut seinen Informationen werden die österreichischen BürgerInnen auch im Fall eines harten Brexit mit den weitgehend gleichen Rechten im Vereinten Königreich leben können.

Österreichs Vorkehrungen für einen ungeregelten Brexit

Im Brexit-Begleitgesetz geht es insbesondere um den Aufenthaltsstatus von in Österreich lebenden britischen StaatsbürgerInnen, Bestimmungen für Studierende sowie Übergangsregelungen für britische Gesellschaften, die im Vereinigten Königreich registriert sind und einen Verwaltungssitz in Österreich haben. Auch für heimische Vorsorgekassen und Versicherungen, die in britische Kapitalanlagefonds investiert haben, sind Übergangsfristen vorgesehen. Wirksam werden sollen die einzelnen Bestimmungen nur dann, wenn kein Vertrag zwischen der EU und Großbritannien über den Brexit zustande kommt.

Die Regierung geht davon aus, daß vom Brexit rund 11.000 in Österreich gemeldete britische StaatsbürgerInnen und ihre drittstaatsangehörigen Familienmitglieder betroffen sind. Ihnen soll die vereinfachte Erlangung eines Aufenthaltstitels nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz mit freiem

Arbeitsmarktzugang ermöglicht werden. Wer sich Ende März 2019 schon mehr als fünf Jahre rechtmäßig in Österreich aufgehalten hat, soll demnach auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EU“ umsteigen können. Den anderen steht ein erleichterter Zugang zur „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“ offen. Laut Erläuterungen wird in den meisten Fällen nur zu prüfen sein, ob die betreffende Person eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellt. Beantragt werden muß der neue Aufenthaltstitel innerhalb von sechs Monaten nach dem Brexit.

Ergänzend zum Brexit-Begleitgesetz wurde auch eine Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes beschlossen, der eine Übergangsbestimmung für fondsgebundene Lebensversicherungen vorsieht. Damit will man vermeiden, daß Anteile an bestimmten britischen Kapitalanlagefonds bis zum Wirksamwerden des Austritts möglicherweise unter Verlusten veräußert werden müssen.

Barnier gegen Aufschüren des Austrittsvertrags

Der zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausverhandelte Brexit-Vertrag ist die einzige Möglichkeit für einen geordneten Austritt des Vereinten Königreichs aus der EU. In seinen Gesprächen mit österreichischen Abgeordneten im Parlament stellte EU-Chefverhandler Michel Bar-

nier am 28. Feber klar, daß das Abkommen nicht noch einmal aufgeschnürt werde, und schloß auch für den Fall einer Fristverlängerung neue Verhandlungen aus.

Großbritannien bleibt Freund, Partner und Verbündeter

Das Europäische Parlament habe jedenfalls das letzte Wort, zumal es den Brexit-Vertrag annehmen müsse, betonte Barnier, der volle Transparenz zusicherte und in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Kontakte zu den nationalen Parlamenten unterstrich. Wichtig sei es nun vor allem, die Beziehungen zu Großbritannien für die Zeit nach der „Scheidung“ zu regeln. Verhandlungen darüber könnten allerdings erst nach dem Austritt begonnen werden. Klar ist für Barnier dabei, daß das Vereinigte Königreich auch weiter ein befreundetes Land, ein wichtiger Wirtschaftspartner und Verbündeter Europas bleiben werde.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



EU-Chefverhandler Michel Barnier

Schutz der Rechte der betroffenen BürgerInnen im Vordergrund

Nach dem Brexit werde es bis Ende 2020 eine Übergangsphase mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit geben, in der der Status Quo weitergilt. Priorität in den Verhandlungen über die Zeit nach 2020 räumt die EU den Rechten der vom Brexit betroffenen BürgerInnen ein – EU-BürgerInnen in Großbritannien ebenso wie britische Staatsangehörige in der EU. Auch im Fall eines No-Deals gehe es darum, die Lebensinteressen und Rechte der BürgerInnen zu schützen. Verhandelt werde zudem über die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen inklusive Verkehr, die universitäre Zusammenarbeit, polizeiliche und justizielle Kooperation sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Lösung für Grenzfrage in Irland noch ausständig

Was die besondere Situation auf der irischen Insel betrifft, strebe man eine dauerhafte Lösung an, die sicherstellt, daß es keine Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland gibt. Man stehe vor der Herausforderung, notwendige Kontrollen – etwa hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit – auch ohne Grenze durchzuführen. Gelingt es nicht, ein Abkommen für diesen Sonderfall abzuschließen, komme es jedenfalls zum Backstop als Rückfallposition, bei dem Nordirland in die Zollunion eingegliedert werde. Nachdem dies aber von London abgelehnt wurde, habe die EU vorgeschlagen,

das gesamte Vereinigte Königreich solle in der Zollunion verbleiben, solange keine andere Lösung gefunden wird. Seitens der Union suche man nun Garantien für die Briten, um sicherzustellen, daß es zu keinem Backstop kommt. Barnier bekräftigte mit Nachdruck, eine halbe Zollunion, wie dies von London angeboten wurde, sei für Brüssel nicht akzeptabel, würde dies doch Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen bringen. Die Briten müßten sich bewußt sein, daß sie alle Konsequenzen eines Austritts zu tragen haben, ein „Rosinenpicken“ könne es nicht geben.

Brexit für Barnier Lose-Lose-Situation

Insgesamt bringe der Brexit keinerlei Mehrwert, sondern sei vielmehr eine Lose-Lose-Situation für alle, faßte Barnier zusammen, wobei er anfügte, er persönlich bedauere den Austritt der Briten. Ähnlich sieht dies auch ÖVP-Abgeordneter Georg Strasser, der das Gespräch auf österreichischer Seite leitete. „Ich hoffe, daß uns die Briten nicht ganz abhandenkommen“, meinte er und stellte die Frage nach den Lehren aus dem Brexit. Einig mit Barnier war er sich in der Einschätzung, daß es nunmehr gelte, auf das Unbehagen der BürgerInnen vor einem Zuviel an Entscheidungen aus Brüssel zu reagieren. Die Union sollte sich mehr um die großen Fragen und nicht um Kleinigkeiten kümmern, bekräftigte der EU-Chefverhandler.

Von Erasmus bis zu den EU-Wahlen: Abgeordnete sehen zahlreiche offene Fragen

Michaela Steinacker (ÖVP) ortete ebenso wie Petra Steger (FPÖ) Probleme bei den kommenden EU-Wahlen, sollte der Brexit aufgeschoben werden. Bei einer Verlängerung der Frist über den 23. Mai hinaus müste Großbritannien EU-Wahlen abhalten, bestätigte Barnier, wobei er allerdings zu bedenken gab, daß ein Aufschub der Zustimmung durch das britische Parlament und aller 27 EU-Staaten bedürfe. Für SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer wiederum sind die Freiheiten des Binnenmarkts unteilbar, so daß eine Beschränkung einzelner Rechte im Fall des Brexit nicht in Frage komme. Seine Fraktionskollegin Eva Maria Holzleitner sorgte sich um die Zukunft des Erasmus-Programms und zahlreicher EU-Forschungsprojekte vor dem Hintergrund eines No-Deal-Szenarios. Stephanie Krisper (NEOS) rief zum Schutz der Rechte der BürgerInnen auf, während Bruno Rossmann (JETZT) die Möglichkeit eines zweiten Referendums in den Raum stellte.

Barnier schloß das Briefing mit dem Appell an die EU-27, ihre in den Brexit-Verhandlungen gefundene Einigkeit weiter zu behalten und für die neuen politischen Herausforderungen zu nutzen. ■

<http://www.parlament.gv.at/>
<http://ec.europa.eu/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Brexit – Folgen für Österreich und die EU

In dieser kurzen Forschungsarbeit untersucht die Universität Salzburg die internationalen Auswirkungen eines Brexit-Schocks

Der unerwartete Ausgang des Brexit-Referendums im Juni 2016 hatte deutliche Auswirkungen auf das makroökonomische Umfeld im Vereinigten Königreich. In den Jahren nach dem Referendum begannen Unternehmen und Finanzinstitutionen, die in mehreren EU-Mitgliedsstaaten tätig sind, aber ihren Hauptsitz in Großbritannien haben, sich an die zunehmende Unsicherheit anzupassen. Firmen reduzierten ihre Investitionsausgaben und veränderten ihre Personalpolitik. Dies führte zu einem Rückgang des privaten Konsums und hatte negative Folgen für die Firmen- und Konsumentenstimmung.

In dieser kurzen Forschungsarbeit untersuchen Prof. Florian Huber, Prof.in Sonja Puntscher-Riekmann und Prof. Stefan Griller von der Universität Salzburg die internationalen Auswirkungen eines Brexit-Schocks auf ausgewählte Mitgliedsstaaten der Eurozone und das Vereinigte Königreich.

Diese Analyse geht von zwei Szenarien aus:

Soft Brexit

Basierend auf einer Analyse der Bank of England (2018) erwartet man einen eher schwachen Einbruch der Wirtschaftsaktivität in Großbritannien. Die Grundannahme dieses Szenarios ist, daß Großbritannien und



Foto: Universität Salzburg / Peter Hautzinger

v.l.: Prof. Florian Huber, Prof.in Sonja Puntscher-Riekmann und Prof. Stefan Griller

die EU zumindest in einer abgeschwächten Form der Wirtschaftspartnerschaft verbleiben.

Hard Brexit (no-deal Brexit)

Für die Studie werden die konservativen Schätzungen des zweiten Szenarios der Bank of England verwendet und die Ergebnisse entsprechend skaliert. Dies führt zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung in

Großbritannien von rund 7,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahreswert.

Die untenstehende Tabelle zeigt die maximalen Effekte beider Szenarien. Beachtenswert sind die starken makroökonomischen Reaktionen in den einzelnen Ländern, mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in Österreich um rund 4,5 und im Fall Deutschlands um 4,2 Prozentpunkte im Falle eines harten Brexit. Der Effekt auf die Infla-

Reaktionen im Falle eines soft und hard Brexit

	Soft Brexit					Hard Brexit				
	IP	Infl.	Zinsen	Aktien	WK	IP	Infl.	Zinsen	Aktien	WK
GB	-1.305	-0.081	-0.081	-1.336	-1.301	-7.556	-0.467	-0.466	-7.732	-7.533
AT	-0.656	-0.021	-0.1	-1.512	0.26	-4.494	-0.124	-0.58	-8.755	1.502
DE	-0.725	0.016	-0.047	-3.339	0.367	-4.196	0.095	-0.274	-19.332	2.126
FR	-1.006	-0.071	-0.056	-0.849	0.169	-5.827	-0.412	-0.326	-4.916	0.981
ES	-0.794	-0.102	0.016	-3.392	0.167	-4.599	-0.591	0.091	-19.637	0.97
IT	-1.027	0.035	-0.069	-5.356	0.277	-5.944	0.201	-0.397	-31.008	1.604

Hinweis: Schrumpfung der Industrieproduktion (IP, in Prozentpunkten), Inflation (Infl., in Prozentpunkten), zehnjährige Renditen auf Staatsanleihen (Zinsen, in Prozentpunkten), Aktienkurse (Aktien, in Prozent – 1 entspricht 1%), realer effektiver Wechselkurs (WK, in Prozent – 1 entspricht 1%). Quelle: Universität Salzburg

Österreich, Europa und die Welt

tion ist um einen vielfachen stärker als im Falle eines soft Brexit, wobei die Reaktionen in Frankreich (-0,41 Prozentpunkte) und Spanien (-0,59 Prozentpunkte) am ausgeprägtesten sind. Langfristige Zinsen und Aktienkurse fallen ebenfalls stark, mit einem substantiellen Effekt auf die italienischen Aktienmärkte. Dieser Effekt ist jedoch stark von der aktuellen Diskussion um das italienische Haushaltsdefizit und den starken internationalen Vernetzungen italienischer Banken getrieben. Das Britische Pfund wertet in einem no-deal Szenario gegen seine Handelspartner um rund 7,5 Prozent ab, wohingegen der Euro leicht aufwertet.

Rechtliche und politische Implikationen

„Hard Brexit“ bedeutet, daß bis 30. März das Austrittsabkommen nicht ratifiziert ist und das Vereinigte Königreich ab diesem Zeitpunkt daher ein Drittland ohne besondere rechtliche Beziehungen zur EU wird. Tritt hingegen das Austrittsabkommen rechtzeitig in Kraft kommt es zu einer Übergangszeit bis Ende 2020, in der ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen auszuhandeln ist. In der Übergangszeit bleibt der status quo im Wesentlichen gleich. Allerdings scheiden die Vertreter des Vereinigten Königreichs aus allen EU-Organen aus.

Das aktuelle Haupthindernis für den Abschluß des Austrittsabkommens ist der sogenannte „Backstop“ für Nordirland. Nach dieser Regelung soll, wenn im Übergangszeitraum keine andere Lösung vereinbart wird, das Vereinigte Königreich weiterhin ein einheitliches Zollgebiet mit der EU bilden, und Nordirland darüber hinaus im Binnenmarkt verbleiben. Damit wäre gesichert, daß es keine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland gibt. Gleichzeitig müsste es aber Grenzkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs geben. Der Backstop ist eine – vorab vorsorglich vereinbarte – mögliche Variante eines „soft Brexit“.

Das Ende oder zumindest die Reduktion der Unsicherheit kann nur durch eine politische Entscheidung über das Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien nach dem Austritt herbeigeführt werden. Doch in dieser Hinsicht bleiben 50 Tage (*Stand 12. Februar, Anm.*) vor dem Austritt noch wichtige Fragen offen. Während der ausgehandelte Vertrag eine deutliche Ablehnung im britischen Parlament erfuhr, tauchen nun neue Vorschläge vor allem zur Lösung des Backstops auf, deren Wirkungen umstritten sind.

Die Spaltungen innerhalb und zwischen den britischen Parteien, das zunächst dominierende Interesse von Labour und ihres Vorsitzenden Jeremy Corbyn am Sturz der Regierung, die variierenden Mehrheiten zu unterschiedlichen Positionen lähmten die Diskussion. Die von den EU-27 beklagten Verzögerungen in der britischen Präferenzformation haben die Unsicherheit kontinuierlich gesteigert. Wir erleben nun ein riskantes „chicken game“, in dem jene Seite den Sieg davonträgt, die am längsten die Nerven behält. Mit der Studie zu den ökonomischen Folgen verschiedener Brexit-Szenarien für Großbritannien und ausgewählte EU-Staaten wollen Prof. Florian Huber, Prof.in Sonja Puntschner-Riekman und Prof. Stefan Griller einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.

Zusammenfassung und Ausblick

Diese kurze Forschungsnotiz liefert vorläufige Erkenntnisse über die internationalen Folgen eines vom Brexit induzierten Unsicherheitschocks. Im Einklang mit vorliegenden Resultaten anderer Studien dämpft ein solcher Schock die Investitionen in Großbri-

tannien, was sich negativ auf das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum auswirkt. Interessanterweise sind aber auch in den übrigen Ländern des Euroraums deutlich negative Auswirkungen zu verzeichnen. Zu den Herausforderungen für politische Entscheidungsträger auf höchster Ebene wird zählen, die negativen Auswirkungen der Produktion auszugleichen und gleichzeitig den disinflationären Druck zu bekämpfen. In Anbetracht der evident negativen Folgen des Brexit sind auch Verwerfungen an den europäischen Aktienmärkten zu erwarten. Diese Effekte betreffen ebenfalls internationale Währungsmärkte, wobei das britische Pfund an Außenwert verliert und der Euro tendenziell aufwertet. Dieser Effekt führt zu einer Verteuerung der EU-Exporte. Diese Verteuerung würde sich negativ auf die Exportaktivitäten auswirken und dies würde, in weiterer Folge, eine Abschwächung der Wachstumsdynamik bedingen. Darüber hinaus würden Importe günstiger werden, was zu einem erhöhten Deflationsdruck führen würde. ■

<http://www.uni-salzburg.at>

Folgen des Brexit auf den Tourismus

Der drohende „harte Brexit“ wirft, so Tirols Wirtschaftsverbandsobmann und Nationalratsabgeordneter Franz Hörl, für den heimischen Tourismus wesentliche Fragen auf. „Dabei geht es nicht nur um die neuen Regelungen für künftig nicht mehr als EU-Bürger einreisende Gäste, sondern vor allem auch um die Beschäftigung von britischen Arbeitskräften in Tirol“, so Hörl.

„Dies ist auch besonders dringend, denn während beispielsweise in Tirol für manche Bereiche auf landesgesetzlicher Ebene bereits Übergangsregelungen geschaffen wurden, gibt es noch immer offene bundesgesetzliche Baustellen mit teils brisanter Bedeutung – auch für den Standort Tirol. Zu den zentralen Themen zählt dabei unter anderem die Zukunft jener britischen ‚Tour Operators‘, die Gesamtpakete in Tirol anbieten. Diese bieten ihren Gästen vor allem im Winter Komplettangebote an und setzen diese vor Ort mit eigenem Personal um. Dazu zählen nicht nur die Skilehrer, sondern auch die Arbeitskräfte in den Unterküften. Wenn es künftig nicht mehr möglich ist, Briten als Saisonarbeitskräfte einzusetzen, droht dieses in manchen Tourismusregionen durchaus

umsatzrelevante Modell einzubrechen“, so Hörl. Dieses bringt zwar den Umstand mit sich, daß heimische Arbeitskräfte und Unternehmen nur gering von der Wertschöpfung profitieren, dennoch habe ein Wegfall negative Konsequenzen. „Ich denke da allein an den Flughafen Innsbruck, der besonders in der Wintersaison nicht unerheblich von Ankünften aus Großbritannien profitiert“, so Hörl. Daher gelte es, sich auf politischer Ebene rasch und durchdacht den noch offenen Fragestellungen in Zusammenhang mit dem Brexit zu widmen. „Wir müssen alles daran setzen, für Österreich praktikable Lösungen zu finden, um im Vergleich zu anderen EU-Ländern und deren gesetzlichen Antworten auf den Brexit nicht ins Hintertreffen zu geraten!“ Denn ansonsten, so Hörl, würden sich britische Reiseanbieter in Zukunft sehr rasch anderen Wintersportdestinationen in den Nachbarländern zuwenden.

Für TouristInnen, die nach Österreich reisen ist derzeit geplant, daß britische StaatsbürgerInnen 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen visumsfrei in die EU einreisen dürfen – dies gilt übrigens auch umgekehrt von EU nach Großbritannien. ■

Brexit – und jetzt?

Der EU-Austritt Großbritanniens und die steuerlichen Folgen.

Von Yasmin Wagner und Christian Oberkleiner *)



Foto: <http://www.bilderbox.com/>

Wird Großbritannien künftig EU-Mitglied bleiben oder nicht? Diese Entscheidung darüber muß möglichst bald im Britischen Parlament fallen.

1. Brexit – und jetzt?

1.1. Chronik und Szenarien des EU-Austritts Großbritanniens und Nordirlands

Am 23. Juni 2016 hat die Bevölkerung von Großbritannien und Nordirland (United Kingdom – UK) mit einer knappen Mehrheit von 51,89 % für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt (Brexit – British Exit). Das Austrittsgesuch wurde am 29. März 2017 an den Europäischen Rat übergeben; damit wurde der Fristenlauf der zweijährigen Verhandlungsphase über den Austritt ausgelöst.

*) Yasmin Wagner ist Expertin für internationales Steuerrecht und Partnerin der TPA Steuerberatung in Wien. Weiters hat sie sich auf die Strukturierung von nationalen und internationalen Unternehmen, Umgründungen und Verrechnungspreise spezialisiert.

Christian Oberkleiner, ebenfalls Partner der TPA Steuerberatung in Wien, ist Experte für Rechtsformgestaltung und nationale und internationale Umgründungen von Unternehmen und verfügt über langjährige Erfahrung im Bereich Konzernsteuerrecht, M&A und Due Diligence.

Informationsstand Jänner 2019, Änderungen vorbehalten. Ohne Gewähr. Die Informationen sind stark vereinfacht und können die individuelle Beratung nicht ersetzen.

Das in dieser Phase zwischen der EU und UK entwickelte „Austrittsabkommen“ und die politische Erklärung über das künftige Verhältnis wurden am 15. Jänner 2019 vom britischen Parlament abgelehnt.

Denkbar sind nun im Wesentlichen folgende Szenarien für das Verhältnis der EU zu Großbritannien und Nordirland:

Annahme des Austrittsabkommens durch das UK / deal

Wird das Austrittsabkommen vom britischen Parlament in einem neuen Anlauf noch angenommen, könnte es doch zu einem geordneten Austritt mit 29. März 2019, 23.00 Uhr britischer Uhrzeit, kommen. In der Übergangsphase bis 2020 würde Großbritannien weiterhin wie ein EU-Mitgliedsstaat behandelt werden. Grundsätzlich wäre auch eine Verlängerung der Verhandlungsphase um bspw. 1 Jahr möglich. In beiden Varianten ergäben sich für 2019 keine unmittelbaren steuerlichen Auswirkungen.

Rücknahme des Austrittsgesuchs

Am 10. Dezember 2018 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxem-

burg, daß UK das Austrittsgesuch einseitig – dh ohne Zustimmungserfordernis der EU – zurücknehmen kann. Damit würde UK in der EU verbleiben.

Ungeregelter Brexit / no deal

Da das Austrittsabkommen durch das britische Parlament Mitte Jänner 2019 abgelehnt wurde, ist die Wahrscheinlichkeit eines unregulierten Brexit („no deal-Brexit“) deutlich gestiegen.

Kommt es zum „no deal“-Brexit, werden Großbritannien und Nordirland – ohne Übergangsphase – Ende März zum Drittstaat. In einem solchen Fall ist eine Reihe von ertragsteuerlichen Änderungen zu bedenken, die im Folgenden im Überblick dargestellt werden.

1.2. Ertragsteuerliche Auswirkungen des „no deal-Brexit“

Im österreichischen Ertragsteuerrecht findet sich eine Reihe von Begünstigungen die im Verhältnis zu EU-/EWR-Staaten anzuwenden sind. Diese Bestimmungen finden ab Ende März 2019 keine Anwendung mehr auf Großbritannien. Insbesondere folgende Begünstigungen sind betroffen:

Wegzugsbesteuerung

Bisher: Im Bereich des Einkommensteuergesetzes (EStG) und des Umgründungssteuergesetzes (UmgrStG) kann im Falle des „Wegzuges“ von Betrieben oder Vermögensgegenständen in einen anderen EU-Staat eine sofortige Besteuerung der stillen Reserven der „wegziehenden“ Vermögensgegenstände vermieden werden. Anstelle einer sofortigen Besteuerung kann die Steuerlast in Raten bezahlt werden.

Für bis zum Abgabenänderungsgesetz 2015 in einen anderen EU/EWR-Staat weggezogene Betriebe und Vermögensgegenstände kam das „Nichtfestsetzungskonzept“ zur Anwendung: Die stillen Reserven werden idR erst besteuert, wenn es zur Veräußerung oder Verlagerung des Wirtschaftsgutes in einen Drittstaat kommt.

Das Nichtfestsetzungskonzept kommt im Bereich der Kapitaleinkünfte natürlicher Personen auch aktuell noch zur Anwendung.

Nachher: Wird UK zum Drittstaat, dann ist für Wegzugsfälle ab Ende März 2019 das Ratenzahlungskonzept – bzw. für bestimmte Kapitalvermögen das Nichtfestsetzungskonzept – nicht mehr anwendbar. Es kommt zu einer sofortigen Besteuerung der stillen Reserven einschließlich eines Firmenwertes.

Für Umgründungen, die zu einem Verlust des Besteuerungsrechts Österreichs im Verhältnis zu Großbritannien und Nordirland führen, gilt dies analog, wenn sie nach dem Brexit beschlossen werden.

Besonders interessant ist, was mit jenen Wirtschaftsgütern passiert, die noch unter Anwendung des Nichtfestsetzungs- oder Ratenzahlungskonzeptes nach Großbritannien und Nordirland überführt wurden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen löst eine Verlagerung des Wirtschaftsgutes in einen Drittstaat die zuvor nicht festgesetzte Besteuerung aus. Da der Brexit aus dem Vereinigten Königreich einen Drittstaat „macht“, könnte der Brexit als Verlagerung des Wirtschaftsgutes in einen Drittstaat interpretiert werden.

Hierzu hat das Bundesministerium für Finanzen in einer Information festgehalten, daß der Brexit nicht zu einer sofortigen Besteuerung des in der Vergangenheit erfolgten Wegzuges führt.

Zinsen, Lizenzen, Dividenden

Bisher: Im Bereich der EU führt die Mutter-Tochter-Richtlinie (MTR) sowie die Zins- und Lizenzrichtlinie dazu, daß Dividenden-, Zins- und Lizenzzahlungen einer österreichischen Kapitalgesellschaft an ein verbundenes



Yvonne Wagner



Christian Oberkleiner

Unternehmen in Großbritannien und Nordirland unter bestimmten Voraussetzungen ohne Einbehalt von Quellensteuer ausbezahlt werden können.

Weiters kann eine EU/EWR-Körperschaft, welche mit österreichischer Kapitalertragsteuer auf Ausschüttungen belastet wurde (im Allgemeinen sind dies jene Fälle, bei denen die MTR nicht anwendbar ist), eine (teilweise) Rückerstattung der Kapitalertragsteuer beantragen, soweit diese in ihrem Ansässigkeitsstaat nicht angerechnet werden kann.

Nachher: Wird das Vereinigte Königreich zum Drittstaat, sind nach österreichischem Steuerrecht auf

- Dividenden und (in bestimmten Fällen) Zinsen 25 % und
- Lizenzen 20 % Quellensteuer einzubehalten, auch wenn die Zahlungen an ein ver-

bundenes Unternehmen im Vereinigten Königreich gezahlt werden. Die Quellensteuer kann aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Großbritannien reduziert werden. Das mit Ende 2018 vom Nationalrat und Bundesrat beschlossene Abkommen (noch nicht in Kraft) sieht eine Quellensteuerbefreiung für Schachteldividenden (Beteiligung mindestens 10 %), Zinsen und Lizenzen vor.

Ausschüttungen, die nicht als Schachteldividenden qualifizieren, unterliegen nach dem neuen DBA einem 10%igen Quellensteuerabzug.

UK-Gesellschaften, die mit österreichischer Kapitalertragsteuer (KESt) belastet werden, die sie im Vereinigten Königreich nicht anrechnen können, steht die Möglichkeit des Rückerstattungsantrages in Österreich nicht mehr offen.

1.3. Zusammenfassung

Im Falle eines „no deal-Brexit“ kommt es zu deutlichen ertragsteuerlichen Nachteilen im Bereich

- der Wegzugsbesteuerung und der Umgründungen sowie
- von Zahlungen (Dividenden, Zinsen, Lizenzen) an UK-Unternehmen.

TPA Tipp

Sollten Sie daher eine dieser Transaktionen planen, ist es anzuraten, diese noch vor Ende März durchzuführen bzw. Umgründungen noch vor Ende März zu beschließen und vertraglich zu vereinbaren. Überdies sollten zur Vermeidung künftiger österreichischer Quellensteuern Umstrukturierungen raschest überlegt werden.

2. Umsatzsteuer

Im Falle eines ungerichteten Austritts des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland (UK) aus der EU – im Folgenden auch kurz Brexit – können insbesondere bei grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen folgende umsatzsteuerliche Änderungen von Relevanz sein:

2.1. Innergemeinschaftliche Lieferung → Ausfuhrlieferung

Warenlieferungen zwischen Unternehmen innerhalb der EU sind grundsätzlich als innergemeinschaftliche (ig) Lieferungen von der Umsatzsteuer befreit. Nach einem Brexit treten bei Lieferungen in das Vereinigte Königreich (echt steuerfreie) Ausfuhrlieferungen an die Stelle von (echt steuerfreien) innergemeinschaftlichen Lieferungen.

Spezialfall: Hat die Warenbewegung im Rahmen einer Lieferung vor dem Brexit begonnen und befindet sich der Gegenstand der Lieferung zum Zeitpunkt des Brexit bereits im Vereinigten Königreich, so bleibt es nach Ansicht des BMF – mangels (faktischer) Möglichkeit eines Ausfuhrnachweises – bei einer innergemeinschaftlichen Lieferung.

2.2. Innergemeinschaftlicher Erwerb → Einfuhr

Der Wareneinkauf zwischen Unternehmen innerhalb der EU erfolgt ohne Grenzformalitäten und unterliegt der Umsatzbesteuerung als innergemeinschaftlicher (ig) Erwerb. Diese Umsatzsteuer auf den Erwerb (kurz Erwerbsteuer) ist im Unternehmen zu berechnen und kann als Vorsteuer abgezogen werden. Steuerschuldner ist der Erwerber, als Steuersätze kommen bei einem ig Erwerb in Österreich dieselben Prozentsätze zur Anwendung wie bei der Umsatzsteuer im Inland, nämlich idR 20 %, 13 % oder 10 %.

Lieferungen aus Staaten außerhalb der EU (Drittstaaten) unterliegen der Einfuhrumsatzsteuer. Nach einem „no-deal“ Brexit würde das Vereinigte Königreich als Drittstaat zählen; somit sind Lieferungen (dies betrifft auch sinngemäß den Versandhandel) aus dem Vereinigten Königreich nach Österreich grundsätzlich als Einfuhr zu bewerten. Importe aus dem Vereinigten Königreich fallen dann unter das Zollregime und es fällt grundsätzlich Einfuhrumsatzsteuer an.

Der Vorsteuerabzug ist unter den allgemeinen Grundsätzen möglich.

Der Tatbestand der Einfuhr gilt auch für die Verlagerung des Lieferortes bzw. für die Abfuhrverpflichtung, die für die Haftung der Umsatzsteuer maßgeblich ist.

Spezialfall: Hat die Warenbewegung im Rahmen einer Lieferung vor dem Brexit begonnen und befindet sich der Gegenstand der Lieferung zum Zeitpunkt des Brexit bereits in Österreich, bleibt es nach Ansicht des BMF wiederum beim innergemeinschaftlichen Erwerb. Es liegt keine Einfuhr vor, weil maßgeblich ist, daß sich der Gegenstand der Lieferung bereits in Österreich befindet.

2.3. Elektronische Dienstleistungen – kein MOSS mehr!

Mit dem Mini-One-Stop-Shop (MOSS) haben Unternehmer, die elektronisch erbrachte sonstige Leistungen an Nicht-Unternehmer in EU Mitgliedsstaaten erbringen, die Möglichkeit, sich in einem EU-Mitgliedsstaat (Mitgliedsstaat der Identifizierung =



Im britischen Hafen Dover werden jährlich Waren im Wert von 15,5 Milliarden Pfund umgeschlagen – im Falle eines hard Brexit könnte sich das aber dramatisch ändern...

MSI) zu registrieren. Über den MSI werden ihre Umsätze erklärt und die daraus resultierende Umsatzsteuer bezahlt.

Nützt ein Unternehmer den MOSS, entfällt somit die Verpflichtung, sich in jedem Mitgliedsstaat, in dem er derartige Leistungen erbringt, registrieren zu lassen, Steuerklärungen einzureichen und dort Zahlungen zu tätigen.

Nach einem Brexit kann MOSS (Österreich als MSI) für Umsätze in das Vereinigte Königreich nicht mehr angewendet werden. Die im Vereinigten Königreich steuerbaren Umsätze sind nach den dortigen vorgesehenen Regelungen zu behandeln.

2.4. Weitere umsatzsteuerliche Änderungen

Weitere umsatzsteuerliche Änderungen sind beispielsweise:

- Nach einem Brexit ist bei grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich die Abgabe von Zusammenfassenden Meldungen (ZM) nicht mehr erforderlich.
- Die Vereinfachungsregelung des Dreiecksgeschäftes ist nach einem Brexit nur noch eingeschränkt möglich.
- Nach einem Brexit richtet sich die Rechnungslegung im Falle von im Vereinigten Königreich steuerbaren B2B-Dienstleistungen nicht mehr nur nach dem österreichischen Umsatzsteuergesetz, sondern auch nach den britischen Vorschriften.

- Nach einem Brexit sind innergemeinschaftliche Güterbeförderungsleistungen an Nichtunternehmer nicht mehr am Abgangsort, sondern entsprechend der Beförderungsstrecke steuerbar.
- Bei sonstigen Leistungen („Katalogleistungen“) kann es nach einem Brexit zu Verlagerungen des Leistungsortes (vom Drittlandsgebiet ins Inland und umgekehrt) kommen.

2.5. Zusammenfassung

Ein unregelter Brexit („no deal-Brexit“) würde im Bereich der Umsatzsteuer erhebliche Änderungen mit sich bringen. Das Vereinigte Königreich würde dann ab 29. März 2019, nach 23.00 Uhr britischer Uhrzeit, als Drittland gelten; insbesondere die EU-Vorschriften zu steuerfreien innergemeinschaftlichen Lieferungen und Erwerben wären dann nicht mehr anwendbar.

Nach britischem Umsatzsteuerrecht ist auch zu prüfen, ob ab 30. März 2019 ausländische Unternehmer britische Formalvorschriften zu beachten haben, insb. ob (erst-mals) eine umsatzsteuerliche Registrierung im Vereinigten Königreich erforderlich ist. Dies würde (erheblichen) Umstellungs- und Mehraufwand für alle EU-Unternehmen mit sich bringen, die in (laufender) Geschäftsbeziehung zu UK-Unternehmen stehen. ■

<https://www.tpa-group.at>
<https://www.tpa-group.com>

Brexit: Vorsicht bei der Urlaubsplanung!

Der ÖAMTC verrät, wie sich Reisende auf einen »harten« Brexit vorbereiten können

Während ein geregelter, „weicher“ Brexit keine bedeutenden Auswirkungen für Reisende hätte, ergäben sich im Falle eines „harten“ Brexits teils gravierende Konsequenzen. Nach dem 29. März würde im Vereinigten Königreich dann kein EU-Recht mehr gelten. „Reisende sollten daher auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Es gilt abzuwarten und sich bis dahin immer wieder kurzfristig zu informieren“, rät ÖAMTC-Juristin Verena Pronebner. Flugexperten erwarten zudem Ausfälle und Verzögerungen. „Insgesamt sind Pauschalreisende, die im Reisebüro oder online buchen, besser geschützt, da der Veranstalter das Gelingen der Reise in jedem Fall garantiert“, stellt die Expertin des Mobilitätsclubs dar.

„Ratsam für kurzfristige Flugbuchungen ist es, die AGB der Airline genau zu lesen – denn eine eventuelle ‚Brexit-Klausel‘ könnte den entschädigungsfreien Ausfall des Fluges aufgrund des Austritts vorsehen“, so Pronebner. „Wer demnächst eine Fernreise plant, sollte Zwischenstopps in Großbritannien vermeiden. Denn es lässt sich nicht abschätzen, wie groß das Chaos nach einem Brexit sein wird.“ Sie kennt weitere wichtige Details:

- **Fluggastrechte:** Zwar hat das Vereinigte Königreich angekündigt, die EU-Fluggastrechte weiterhin zu wahren (genauso die Passagierrechte von Bahn-, Bus- und Schiffsreisenden) – Passagiere hätten damit wie gewohnt Ansprüche bei Verspätung oder Annullierung. „Auf der sicheren Seite ist man jedoch, wenn man eine Airline bucht, die ihren Sitz in der EU hat“, weiß Pronebner.
- **Einreise nach Großbritannien:** Daß man nach dem Brexit nur noch mit Visum einreisen darf, ist unwahrscheinlich. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, daß britische Staatsangehörige für Kurzaufenthalte (bis 90 Tage) in der EU kein Visum brauchen – sofern daðelbe für EU-BürgerInnen, die nach Großbritannien reisen, gilt. „Es empfiehlt sich aber, rechtzeitig vor der Reise Kontakt mit der britischen Botschaft in Wien aufzunehmen“, so die ÖAMTC-Expertin.

- **Anreise mit Auto:** Die britischen Behörden haben angekündigt, daß sich für BesitzerInnen eines EU-Führerscheins auch nach dem Austritt nichts ändern wird. Das Mitführen eines internationalen Führerscheins ist nicht notwendig. „War die Mitnahme der Grünen Versicherungskarte bisher nur eine Empfehlung, wird sie künftig jedoch zum Muß“, weiß die Juristin. „Außerdem sollten Autoreisende die Bedingungen ihrer Kfz-Haftpflicht-, Kasko- und Rechtsschutzversicherung prüfen, ob diese auch Schäden im Gebiet des Vereinigten Königreichs abdeckt.“

EU-Heimtierausweis und Krankenversicherungskarte wären in GB ungültig

- **Reisen mit Haustieren:** „Im Falle eines ‚harten‘ Brexits verliert der EU-Heimtierausweis vermutlich seine Gültigkeit und es könnten zusätzliche veterinärmedizinische Dokumente notwendig sein“, warnt Pronebner. „Es obliegt dem Vereinigten Königreich, Einfuhrbestimmungen für Tiere aus EU-Ländern festzulegen. Auch hier gilt: Reisende sollten sich informieren, die Medienberichterstattung verfolgen bzw. die Botschaft kontaktieren.“
- **Krankenversicherung:** Die Europäische Krankenversicherungskarte (EKVK) wird von den gesetzlichen Krankenkassen ko-

stenlos zur Verfügung gestellt und ist meist auf der Rückseite der e-Card zu finden. Im Falle eines ‚harten‘ Brexits würde die EKVK jedoch ihre Gültigkeit verlieren. Dann empfiehlt es sich, eine Auslandsrankenversicherung abzuschließen – ÖAMTC-Clubmitglieder sind mit einem -Schutzbrief im Falle von Krankheit oder Unfall gut abgesichert.

- **Roaming:** „Nach dem Brexit könnten für Reisende, die ihr österreichisches Mobiltelefon im Vereinigten Königreich nutzen, wieder Roaming-Gebühren anfallen“, sagt die Juristin. „Die Mobilfunkbetreiber der EU sind jedoch verpflichtet, ihre Kunden über allfällige Roaming-Kosten bei Reisen nach Großbritannien zu informieren.“
- **Zoll:** Bei einem „No deal“-Szenario ist die Einführung von Zollkontrollen wahrscheinlich. Dann muß am Flughafen der „grüne“ Ausgang durch die Zollkontrolle gewählt werden. Außerdem dürfen Flugreisende aus Großbritannien nur mehr Waren im Wert von 430 Euro (mit anderen Verkehrsmitteln 300 Euro, für Jugendliche unter 15 Jahren 150 Euro) nach Österreich einführen bzw. unterliegen Waren wie Tabak und Alkoholika strengeren Beschränkungen. ■

<http://www.oeamtc.at>



Auch für die EU-Einreise durch den Eurotunnel wird man wohl künftig ein Visum benötigen.

WirtschaftsOskar 2019 in Los Angeles vergeben

Die Gewinner des USA-BIZ AWARD für österr. Spitzenleistungen am amerikanischen Markt sind Wewalka, KNAPP, KTM, Anton Paar, AVL List und StreamUnlimited

Am Rande des Oscar-Verleihung hat das AußenwirtschaftsCenter Los Angeles auch heuer wieder österreichische Spitzenleistungen am amerikanischen Markt mit dem USA-BIZ AWARD ausgezeichnet. „Wir sind wieder WirtschaftsOskar! Der USA-BIZ AWARD, der so genannte WirtschaftsOskar der Aussenwirtschaft Austria, holt die herausragenden Leistungen österreichischer Unternehmen am hart umkämpften US-Markt auf den roten Teppich und in das mediale Scheinwerferlicht“, so Walter Koren, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles.

Der WirtschaftsOskar wurde heuer bereits zum neunten Mal in folgenden Kategorien vergeben: Startup, Market Footprint, Trendsetter, Investition, Innovation und Spectacular.

Die Gewinner sind...
...in der Kategorie Startup

Wewalka GmbH Nfg.KG (Niederösterreich) Seit 2015 vertreibt Wewalka in den USA ein speziell auf die Bedürfnisse der amerikanischen Konsumenten abgestimmtes Frischteigsortiment. Neben dem allerersten Blätterteig und dem ersten runden Pizzateig, zählt Flammkuchenteig zum bisherigen Produktsortiment. Die bisher größte Innovation gelang Wewalka 2018 mit dem Konzept der „auf Backpapier gerollten Frischteige“ und der damit verbesserten Back-Convenience in den US-Haushalten. Auch gelang der Sprung von der Ost- an die Westküste mit dem Listing beim Handelsgiganten Safeway Albertsons, zusätzlich zu Walmart sowie Kroger national. Damit werden Wewalka-Produkte in bereits 10.000 US-Einkaufsstätten angeboten. Auch für die Zukunft ist gesorgt: Ein neuer veganer Mürbteig für die unzähligen Pie Lovers Amerikas ist im Ausrollen.

Weiters waren nominiert:

ms.GIS GmbH
Cropster GmbH

...in der Kategorie Market Footprint

KNAPP AG (Steiermark) zählt zu den Markt- und Technologieführern unter den



Walter Koren, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles bei der Begrüßung



Ein Blick auf die Gäste der Aussenwirtschaft Österreich anlässlich der Verleihung

Anbietern intralogistischer Komplettlösungen, automatisierter Lagersysteme und Logistiksoftwarelösungen für die Branchen Healthcare, Fashion, Retail, Food Retail und Industry. Das Unternehmen ist Pionier und führender Anbieter von Shuttle-Systemen und weiteren revolutionären Technologien wie Vision-Systemen mit Bilderkennungstechnologie, dem Pick-it-Easy Roboter, leistungsstarken Pocket Sorter-Lösungen für E-

Commerce-Anwendungen und Pharma-Lösungen mit Six-Sigma-Genauigkeit. KNAPP AG mit seinem US-Headquarter in Kennewick, Georgia, konzentriert sich im nordamerikanischen Markt auf Fortune 1000-Betriebe, E-Commerce und neue Unternehmen mit hohem Wachstumspotential. Das Unternehmen erzielte 2018 das beste Ergebnis seit Bestehen bei einer Wachstumssteigerung von 375 Prozent innerhalb der letzten vier Jahre-

Österreich, Europa und die Welt

Weiters waren nominiert:
Rosenbauer International AG
König Maschinen GmbH

...in der Kategorie Trendsetter

KTM AG (Oberösterreich) Europas größter Motorradhersteller mit den Marken KTM und Husqvarna Motorcycles ist auf US-Wachstumskurs. Per Motorcycle Industry Council hält KTM North America mit 8,1 Prozent einen größeren Marktanteil als die Top Marken aus Europa zusammen. Die Marken KTM und Husqvarna Motorcycles haben in den USA eine beneidenswerte Position, weil sie in den Kernsegmenten quer durch ihr breites Modellangebot die jüngsten Bevölkerungsgruppen in der Motorradindustrie anziehen. KTM und Husqvarna Motorcycles sind die US-Marktführer im Off-Road Motorradbereich mit 39,9 Prozent Marktanteil. Nun fiel der Startschuss zur gezielten Vermarktung einer Reihe von Straßenprodukten der nächsten Generation von branchenführenden, intelligenten, extremen und aufregenden Powersport-Lösungen. Das hervorragende Image, gepaart mit den tollen Erfolgen bei der Rallye Dakar, setzt neue Trends.

Weiters waren nominiert:
Wikitude GmbH
Wiesner-Hager Möbel GmbH

...in der Kategorie Investition

Anton Paar GmbH (Steiermark) Der Meßtechnikkonzern baut seine Aktivitäten in den USA massiv aus. 2018 wurden zwei neue Standorte eröffnet. Außerdem kaufte das Unternehmen aus Graz die Firma Quantachrome Instruments in Florida und verfügt nun über einen produzierenden Standort in den USA. Treiber dieses jüngsten Wachstumskurses waren die neuen Firmenstandorte in Houston, Texas und Los Angeles, Kalifornien, die 2018 eröffnet wurden. Dazu kommt ein mobiles Labor, das durch die USA tourt und die Anton Paar Meßtechnik zu den Kunden bringt. Auch wird jetzt ein Demonstrationslabor in Chicago, Illinois sowie ein modernes technisches Zentrum in der Zentrale in Ashland, Virginia den offiziellen Betrieb aufnehmen. „Unsere Regionalisierungsstrategie zielt darauf ab, den Vor-Ort-Service in den Regionen zu verbessern und die Wege für unsere Kunden zu vereinfachen“, erklärt Reinhard Eberl, Geschäftsführer von Anton Paar USA.

Weiters waren nominiert:
Tiger Drylac
AHT Cooling Systems GmbH



Kategorie Startup (v.l.): Angelika Ahrens, Wirtschaftsjournalistin/ORF NY-Korrespondentin, Barbara Sprick, Digital Media & PR Manager, Wewalka Trading, und Walter Koren



Kategorie Market Footprint (v.l.): Walter Koren, Max-Mario Prinz v. Schaumburg-Lippe, Gernot Rupp, S.VP Knapp Logistics, Kevin Reader, Director Business Development & Marketing Knapp Logistics, Gerhard Apfelthaler, Dekan School of Management California Lutheran University



Fotos: AussenwirtschaftsCenter Los Angeles

Kategorie Trendsetter (v.l.): Angelika Ahrens, Wirtschaftsjournalistin/ORF NY-Korrespondentin, Viola Mader, KTM, und Walter Koren

Österreich, Europa und die Welt

...in der Kategorie Innovation

AVL List GmbH (Steiermark) gewinnt einen Großauftrag für integrierte Prüfstandsysteme für das weltgrößte Zero-Emission-Labor in Kalifornien. Die kalifornische Regierungsbehörde „California Air Resources Board“ (CARB) hat an AVL 2018 den Auftragszuschlag für die Belieferung der gesamten Hard- und Software für eine neue Prüf- und Forschungseinrichtung für Fahrzeugemissionen vergeben. Dies ist ein großer Schritt auf dem Weg in eine Zukunft mit besserer Luftqualität und weniger Schadstoffemissionen in Kalifornien. Dieser US-Bundesstaat ist Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel und engagierter Befürworter des Pariser Klimaschutzabkommens.

Weiters waren nominiert:

Getzner Werkstoffe GmbH
Jerich Austria GmbH



Kategorie Investment (v.l.): Walter Koren, Thomas Carson, Vice President Western Region Anton Paar USA, Gerhard Apfelthaler, Dekan School of Management California Lutheran University, und Max-Mario Prinz v. Schaumburg-Lippe

...in der Kategorie Spectacular

StreamUnlimited (Wien) mit seiner global führenden Embedded Streaming Technologie revolutioniert das Musikstreaming von z.B. Spotify Connect und die Sprachsteuerung von Google Assistant, Apple AirPlay 2 oder Tencent Voice. Der US-Markt wird aus Mountain View, Kalifornien, bedient und brachte 2018 Produkteinführungen bei weiteren OEMs wie Bose oder SiriusXM. Ein weiteres großes US-Wachstumssegment sind Internet of Things (IoT) und Haushaltgeräte/Smart Home-Unternehmen, die ihre Produkte mit Audio Streaming und Voice Assistent-Kapazitäten von Stream Unlimited erweitern lassen wollen. Und es ist das erste österr. Unternehmen, das heuer von Amazon als „Alexa System Integrator“ rechtzeitig vor der Consumer Electronics Show (CES) 2019 zertifiziert wurde – und zu den Superstars unter den Voice Assistent-Firmen weltweit zählt. Weiters waren nominiert:

Schiebel Elektronische Geräte GmbH
#Julius Blum GmbH

„Auch 2020 wird es wieder einen WirtschaftsOskar geben. Die Zutaten für den Gewinn sind das Herausragende, Innovative und Spektakuläre der österreichischen Wirtschaft in den USA, verpackt in einen komprimierten Email-Pitch“ so Koren abschließend. ■

<https://www.advantageaustria.org/>

<http://www.wewalka.com/>

<https://www.knapp.com/>

<https://www.ktm.com/>

<https://www.anton-paar.com/>

<https://www.avl.com/>

<http://www.streamunlimited.com/>



Kategorie Innovation (v.l.): Walter Koren, Laura Miller, AussenwirtschaftsCenter Los Angeles, Don Manvel, Chairman & CEO AVL Americas, und Prof. Fritz Prinz, Stanford University



Kategorie Spectacular (v.l.): Walter Koren und Markus Wagner, Aufsichtsrat der StreamUnlimited und CEO der i5invest

Fotos: AussenwirtschaftsCenter Los Angeles

Europas Rückhalt im Pongauer Fels

Im St. Johanner Regierungsbunker speichert die EU wichtige Sicherheits-Daten

Wo die gesamte Bundesregierung im Berg verschwindet, wenn es brenzlich wird, warum man im Pongau einen riesigen geheimen Datenschatz hütet und woran hunderte Menschen tief im Fels arbeiten, geht dieser aktuelle „Salzburger Grenzfall“ aus der gleichnamigen Serie auf den Grund.

Lange Zeit galt sie als eines der bestgehüteten Geheimnisse der Alpenrepublik: Die ab den späten 1970ern errichtete „Einsatzzentrale Basisraum“ ist ein „Kind des Kalten Kriegs“. Sie sollte der Bundesregierung im Falle eines vom Osten befürchteten Angriffs Schutz tief im Pongauer Fels bieten. 300 Meter unter der Erdoberfläche befindet sich nach wie vor eine kleine Stadt auf fünf Etagen, „Regierungsbunker St. Johann“ genannt, und bietet bis zu 250 Menschen einen Arbeitsplatz.

50 Millionen mal Verlorenes und Gesuchtes

Die Gefahr aus dem Osten ist dem Zusammenwachsen in ganz Europa gewichen. Doch die Zeiten ohne Grenzkontrollen erfordern mehr Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Herzstück im dafür entwickelten Schengen-Informationssystem (SIS) sind Datensätze, Millionen von Datensätzen. Was 1995 mit 2,9 Millionen begann, wuchs inzwischen auf rund 77 Millionen Einträge zu Personen und Dingen an. Den Löwenanteil machen gestohlene Ausweisdokumente, Kraftfahrzeuge, Banknoten, Boote, Container oder Schußwaffen aus, etwas mehr als ein Prozent der Einträge betreffen Personen, die vermisst oder zur Fahndung ausgeschrieben sind.

Auch Fingerabdrücke gespeichert

Vergleichsweise wenig, aber sehr gefragt, lösen sie doch mehr als ein Drittel aller Treffer aus. Zugriff haben Justizbehörden, das europäische Polizeiamt Europol und institutionelle Sicherheitsdienste über die nationalen polizeilichen und sicherheitsdienstlichen IT-Systeme, die mit der zentralen Datenbank ständig verbunden sind. Seit 2018 sind auch Fingerabdrücke gespeichert, was Fahndungsanfragen deutlich erleichtert.



Foto: Bundesheer

Tief im Inneren des Heukarecks führen Stollengänge zum Ausfallspeicher für EU-Fahndungsdaten.

Hochsichere Daten tief unten

Was das alles mit der Pongauer Bezirkshauptstadt zu tun hat? Nun, man hatte seinerzeit sehr großzügig geplant. Schon 1982 zog das Zentrale Ausweichsystem des Bundes im Bunker im Heukareck ein. An einem nach menschlichem Ermessen sicheren Ort stehen dort IT-Systeme im Krisenfall bereit. Auch die Landesverwaltungen und Privatnutzer wie Notare oder die Wiener Wirtschaftsuni lassen die Kopien ihrer heikelsten Daten im Fels verwahren. Platzreserven und die Lage im Berg waren auch die besten Voraussetzungen, als für die EU-Fahndungsdaten ein sicheres Reservesystem gesucht wurde.

Bei Ausfall übernimmt der Pongau

Ab 2008 wurde der „Regierungsbunker“ schrittweise zu Europas Datenrückhalt zusätzlich zum Hauptspeicher im französischen Straßburg. Nicht nur als Backup für SIS der zweiten Generation, sondern ab

2011 auch für das Visa-Informationssystem. Die Feuertaupe wurde bereits gemeistert: „Als 2018 technische Probleme und Wartungsarbeiten das Rechenzentrum in Straßburg lahmgelegt haben, lief der Datenverkehr vier Monate lang über den Pongauer Server. Wir sind also gerüstet, den Betrieb der Polizei-Systeme für ganz Europa zu übernehmen“, schildert Florian Bilek vom Bundeskanzleramt. Er ist der Herr über die IT-Systeme im Berg.

Kurioses über Grenzen hinweg

Die Salzburger Grenzfälle versammeln Kuriositäten rund um die Grenzen Salzburgs und bilden eine aufschlußreiche Lektüre zu Geschichte, Landeskunde und Politik des Landes. Autor Stefan Mayer beschäftigt sich seit 2002 mit grenzfälligen Besonderheiten in und um Salzburg, die bereits vier Bücher füllen. ■

<http://www.salzburg.gv.at/grenzfaelle>

mdw ist die Nr. 1 weltweit bei Musik und darstellender Kunst

Univ.-Prof. Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Österreichs Kunstuniversitäten werden weltweit geschätzt



Foto: mdw / Michael Maritsch

Der Campus der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien am Anton-von-Webern-Platz 1 im 3. Wiener Gemeindebezirk

Die mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien – belegt zusammen mit der US-amerikanischen Juilliard School den ersten Platz weltweit im Bereich Musik und darstellende Kunst im QS-World-University-Ranking 2019, das am 27. Feber veröffentlicht wurde. Die mdw ist damit die erste österreichische Universität, die in einem weltweiten Universitätsranking den ersten Platz erreichen konnte.

Ben Sowter, Forschungsdirektor bei QS: „In diesem Jahr kann sich keine im Bereich Musik und darstellende Kunst tätige Universität auf ein höheres Ansehen beim akademischen Fachpersonal dieses Bereichs berufen als die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Auch ist aus keiner auf diesem Gebiet tätigen Institution in Österreich ein höherer Anteil an beschäftigungs-fähigen AbsolventInnen hervorgegangen. Die Ergebnisse von 2019 – basierend auf den ExpertInnenmeinungen von 1.219 auf diesem Gebiet tätigen akademischen Fachkräften und von rund 3.100 ArbeitgeberInnen, welche AbsolventInnen solcher Institutionen beschäftigen – zeugen vom hohen akademischen

Standard dieser Universität. Sie verweisen auch auf die Tatsache, daß diese Universität im Bereich Musik und darstellende Kunst als weltweit führend angesehen wird.“

„Überglücklich“, ist mdw-Rektorin Ulrike Sych: „Es ist uns gelungen, die mdw in meiner ersten Amtsperiode als Rektorin auf den ersten Platz zu führen. Mein Dank gilt allen Angehörigen der mdw, die diesen Weg mit mir gegangen sind.“ Besonders stolz ist Sych auf die hervorragenden Rückmeldungen potentieller ArbeitgeberInnen der AbsolventInnen der mdw: „Unsere AbsolventInnen haben die besten Chancen am Arbeitsmarkt. Das freut mich ganz besonders.“

Erreicht habe die mdw diesen Erfolg, so Sych, „einerseits durch unsere hohen Qualitätsstandards und die enorme fachliche Kompetenz unserer Lehrenden. Andererseits aber auch durch eine Haltung, die unverhandelbar ist: nämlich die Wahrung der Würde und Rechte aller Menschen ungeachtet ihrer unterschiedlichen Herkunft, Orientierung und Zugehörigkeit.“ Die internationale Spitzenposition der mdw sei auch ein Beitrag, den Ruf Österreichs als hervorragende Kul-

turnation zu sichern. „Sie muß aber durch konsequente Finanzierung und Weiterentwicklung für alle zukünftigen Generationen weiter garantiert werden“, so Sych.

Faßmann: Österreichs Kunstuniversitäten weltweit geschätzt

In den „QS World University Rankings by Subject 2019“ sind acht österreichische Universitäten unter den besten 50. Alle konnten ihre Position im Vergleich zu 2018 verbessern. Die mdw erreichte im Studienfach „Performing Arts“ sogar den sensationellen ersten Platz.

„Ich gratuliere der Musikuniversität Wien zu ihrer hervorragenden Leistung. Der Spitzenplatz belegt ihren herausragenden Ruf in der akademischen Gemeinschaft weltweit“, so Faßmann, „erstmalig konnte eine österreichische Universität in einem globalen Universitätsranking den ersten Platz erreichen. Das verdient höchsten Respekt und Anerkennung. Ich danke allen, die mit ihrem täglichen Einsatz, ihrer Forschung und wissenschaftlichen Arbeit zu dieser Leistung beigetragen haben!“

Österreich, Europa und die Welt

Für das Ranking wurden 83.000 AkademikerInnen und 42.000 ArbeitgeberInnen befragt. Zusätzlich wurden 150 Millionen Zitierungen ausgewertet und insgesamt mehr als 1.200 Universitäten aus knapp 80 Ländern bewertet.

Die mdw konnte dabei das perfekte Ergebnis von 100 von 100 möglichen Punkten erreichen, die Universität Mozarteum Salzburg wird ebenfalls als eine der besten Musikhochschulen der Welt bezeichnet und erreicht im Fach „Performing Arts“ Rang 32. Die Wirtschaftsuniversität Wien belegt weltweit den 38. Platz.

Faßmann: „Das Ranking beweist die hohe Qualität des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Österreich. Acht Universitäten unter den besten 50 der Welt zu haben ist eine hervorragende Leistung, auf die Österreich stolz sein kann.“

Zum QS-Hochschulranking

QS Quacquarelli Symonds veröffentlichte 2004 ihr erstes QS World University Ranking. Seither hat sich das Ranking von QS zur weltweit populärsten Quelle für vergleichende Daten zur Leistung von Universitäten entwickelt. Die Subject-Rankings-Tabellen wurden im Jahr 2018 über 37 Millionen Mal und die Gesamttranglisten über 73 Millionen Mal aufgerufen. Die 2019 QS World University Rankings by Subject sind QS bisher größte Auswertung.

mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Die mdw wurde 1817 gegründet und zählt zu den weltweit größten und renommiertesten Universitäten für Musik, Theater und Film. Über 3.000 Studierende aus mehr als 70 Ländern genießen in 115 Studienrichtungen aus den Bereichen Musik, darstellende Kunst, Wissenschaft, Forschung und Pädagogik ihre Ausbildung. Zu den insgesamt 24 Instituten der mdw gehören u.a. das Max Reinhardt Seminar sowie die Filmakademie Wien.

Das Betreuungsverhältnis in Einzel- und Gruppenunterricht liegt bei 4,7 Studierenden pro Lehrperson. Die mdw ist somit auch in der Betreuungsrelation führend in Österreich.

Die mdw zählt darüber hinaus mit rund 1300 Veranstaltungen pro Jahr zu den größten Kulturveranstaltern Österreichs. Dazu zählen auch Kooperationen mit Kulturanbietern wie dem Wiener Musikverein, Konzerthaus Wien, MuTh, Museumsquartier und dem Brucknerhaus Linz, die den Studierenden attraktive Auftrittsmöglichkeiten bieten



Foto: mdw / Marcell Nimführ

Am dem 22. Mai 2018 verlieh die mdw Paul Badura-Skoda die Ehrenmitgliedschaft der Universität – im Bild mit Rektorin Ulrike Sych beim Festakt Joseph Haydn-Saal.

und damit die Gelegenheit von Beginn an Auftrittspraxis zu sammeln. Zur langen Reihe bedeutender AbsolventInnen zählen Claudio Abbado, Barbara Albert, Achim Benning, Alfred Brendel, Rudolf Buchbinder, Friedrich Cerha, Friedrich Gulda, Angelika Kirchschlager, Patricia Kopatchinskaja, Elisabeth Kulman, Gustav Mahler, Zubin Mehta, Birgit Minichmayr, Wolfgang Mumberger, Elisabeth Orth, Kirill Petrenko, Ödön Rácz, Stefanie Reinsperger, Kurt Rydl, Hubert Sauper, Heinrich Schiff, Götz Spielmann, Florian Teichtmeister, Mitsuko Uchida und Johanna Wokalek.

Die mdw 1817 – 2017

Das Gründungsdatum der mdw erstreckt sich eigentlich über mehrere Jahre. Pläne zur Errichtung eines Konservatoriums nach Pariser Vorbild in Wien gab es bereits um die Jahrhundertwende. Die 1812 etablierte Gesellschaft der Musikfreunde in Wien sah im Betrieb eines Konservatoriums eine ihrer zukünftigen Hauptaufgaben, bis sie 1817 unter tatkräftiger Beteiligung von Antonio Salieri eine Singschule mit Klassen für je zwölf Knaben und Mädchen einrichtete, die am 1. August des Jahres ihren Betrieb aufnahm.

Der Reihe nach kamen Instrumentalklassen hinzu, zunächst eine Violinklasse ab 1819, 1833 die erste Klavierklasse und 1852 begann der Schauspielunterricht. Das berühmte neue Musikvereinsgebäude am Karlsplatz war ab 1870 als Konservatorium ebenso bekannt wie als Konzerthaus. 1896 wurde die Musikpädagogik durch LehrerInnenbildungskurse etabliert, und das Konservatorium mit inzwischen fast 1000 Studierenden

stand dank visionärer Lehrender und Studierender im Zentrum des glanzvollen „Wien um 1900“. Die Verstaatlichung und Errichtung einer Akademie folgte 1909, ein eigenes neues Gebäude in der Lothringerstraße, vor dem Wiener Konzerthaus, konnte 1913 eröffnet werden.

Die nächsten 100 Jahre standen weiter im Zeichen von Wachstum sowie der Entwicklung von Musik und darstellender Kunst – das Max Reinhardt Seminar, die Filmakademie, mehrere wissenschaftliche Institute und das Kulturmanagement, um nur einige zu nennen, kamen hinzu. Die Nazi-Herrschaft hinterließ auch an der zur Staatsakademie gewandelten Institution ihre Wunden. In weiteren Metamorphosen zur Hochschule und schließlich zur Universität mit mehr als 3000 Studierenden entstand eine der heute weltweit bedeutendsten und größten Kulturinstitutionen ihrer Art. In Erinnerung bleiben legendäre Lehrende und Generationen großartiger KünstlerInnen, PädagogInnen und WissenschaftlerInnen, die weit über Österreich hinaus wirkten und wirken.

Die Geschichte der mdw entpuppt sich als Inbild für zwei Jahrhunderte österreichischer Kulturgeschichte, geschrieben von klassischen, modernen und zeitgenössischen KomponistInnen, glanzvollen Burgtheater-Mimen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts, von legendären InterpretInnen bis hin zu KünstlerInnen audio-visueller Ausdrucksformen im 21. Jahrhundert, von prägenden PädagogInnen und Studierenden, die alle eines gemeinsam haben: Den Aufstieg zur Weltbühne. ■

<https://www.mdw.ac.at/>

<https://www.topuniversities.com/>

NÖ Landesrechnungshof wird europaweit hoch geschätzt

Der niederösterreichische Landesrechnungshof hat europaweit einen guten Ruf und die Arbeit von Direktorin Edith Goldeband und ihrem Team wird geschätzt. Aus diesem Grund kommen immer wieder VertreterInnen anderer europäischer Prüfeinrichtungen nach Niederösterreich, um sich über die Arbeit der heimischen PrüferInnen zu informieren. Erst kürzlich war mit Vilma Mazeikiene die Leiterin des Kontrollamts der litauischen Stadt Kupiskis zu Gast in Niederösterreich.

„Als Landtagspräsident macht es mich stolz, daß die Arbeit unseres Landesrechnungshofs europaweit hochgeschätzt wird und es zu einem Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Einrichtungen kommt. Davon kann auch unser Landesrechnungshof profitieren und als Organ des Landtags die Abgeordneten bei ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung bestmöglich unterstützen“, erklärte Landtagspräsident Karl Wilfing beim Treffen mit Vilma Mazeikiene.

Auch für Edith Goldeband hat dieser Erfahrungsaustausch, der im Rahmen von EURORAI, der Europäischen Organisation



Foto: NLK / Burchhart

v.l.: Landtagspräsident Karl Wilfing mit Vilma Mazeikiene (Kontrollamtsleiterin der litauischen Stadt Kupiskis), LRH-Direktorin Edith Goldeband und Franz Berger vom LRH Niederösterreich

der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des öffentlichen Finanzwesens, stattfindet, einen Mehrwert. Sie dankte Wilfing für die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, der sich im Vorfeld der Rezertifizie-

rung als besonders wertvoll erwies. Und sie versicherte, daß das dabei gewonnene Wissen der Finanzkontrolle und damit dem Landtag zugutekommen wird. ■

<http://www.landtag-noe.at/>

OÖ. Tanzakademie beim »Chinese New Year Festival«

Große Ehre und Auszeichnung für die OÖ. Tanzakademie: 12 Schülerinnen des Ensembles wurden nach Hong Kong eingeladen, um dort – gemeinsam mit TheFRE-AKS aus St. Valentin – beim „Chinese New Year Festival“ live vor mehr als 150.000 ZuschauerInnen aufzutreten. Der Auftritt, zu dem die künstlerische Leiterin der Tanzakademie Ilja van den Bosch die Choreografie geschaffen hat, wird live im chinesischen Fernsehen übertragen.

Landeshauptmann Thomas Stelzer hat die jungen Tänzerinnen aus Oberösterreich bei ihrer letzten Probe kurz vor dem Abflug in Linz besucht: „Oberösterreich kann sich keine besseren Botschafterinnen wünschen als die Mitglieder unserer Tanzakademie. Es ist eine besondere Auszeichnung, daß sie eingeladen wurden, unser Land in Hong Kong zu repräsentieren. Toi, toi, toi für den Auftritt!“

Die OÖ. Tanzakademie ist ein gemeinsames Projekt der OÖ. Landesmusikschulen mit dem Landestheater Linz. Seit dem Schuljahr 2013/14 ermöglicht sie tanzbegeisterten Kindern und Jugendlichen gezielte Förderung. Neben einem mehrmals wö-



Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer mit der künstlerischen Leiterin Ilja van den Bosch und Mitgliedern der OÖ. Tanzakademie vor ihrer Abreise zum „Chinese New Year Festival“

chentlich stattfindenden Grundlagentraining umfaßt die Ausbildung auch eine Vielzahl von Aufführungen im professionellen und

semiprofessionellen Bereich. ■

<https://www.landesmusikschulen.at/>

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Täglich Wien Tokio-Haneda

Seit 17. Februar, fliegt die größte japanische Fluglinie All Nippon Airways (ANA) täglich und year-round zwischen Wien und Tokio-Haneda. Japan ist ein wichtiger Wachstumsmarkt für den Flughafen Wien und den gesamten Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich. Allein 2018 stieg das Passagieraufkommen in den Fernen Osten um über 33 Prozent. Die neue Flugverbindung wurde von Flughafen Wien-Vorstand Julian Jäger, Kiyoshi Koinuma, Botschafter Japans in Österreich und Akira Nakamura, Senior Vice President EMEA von ANA im Zuge des Erstfluges eröffnet. Österreich und Japan feiern heuer ein besonderes Jubiläum.

„Diese neue Strecke ist ein weiterer Wachstumsimpuls für Reisen in den Fernen Osten, wo wir im letzten Jahr über 33 Prozent mehr Passagiere verzeichnen konnten. Die Region ist ein wichtiger Wachstumsmarkt, nicht nur für den Flughafen Wien, sondern auch für den gesamten Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich. Der Start der neuen Route nach Tokio ist daher eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden Streckenangebot und ein wichtiger Schritt zur Stärkung der seit 150 Jahren bestehenden Tourismus-



Foto: Flughafen Wien / Josef Schuster

Akira Nakamura, Senior Vice President EMEA von All Nippon Airways, und Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, vor dem Boeing 787-9 Dreamliner in „Star Wars“-Lackierung

und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Österreich“, so Jäger.

Nicht zuletzt aufgrund der hohen Servicequalität, welche dem Motto „Inspiration of Japan“ folgt, wurde ANA seit 2013 jährlich mit dem Top-Ranking von fünf Sternen von

SKYTRAX prämiert. ANA ist die einzige japanische Fluglinie, der diese angesehene Auszeichnung sechs Jahre in Folge zuerkannt wurde. ■

<https://www.viennaairport.com/>

<https://www.ana.co.jp/group/en/>

Mehr Langstrecke ab Wien nach China

Der Flughafen Wien setzt sein Langstrecken-Wachstum fort: Ab 18. Juni 2019 fliegt mit China Southern die größte Airline Asiens dreimal wöchentlich von Wien nach Ürümqi und Guangzhou in der Volksrepublik China. Der Gabelflug hebt dabei Dienstag, Donnerstag und Samstag aus Wien ab.

Von Wien aus landet China Southern zunächst in Ürümqi, der Hauptstadt der autonomen Region Xinjiang Uygur im Nordwesten Chinas. Die Stadt liegt direkt an der historischen und auch geplanten „neuen“ Seidenstraße, die die Wirtschafts- und Produktionsstandorte Asiens mit Europa verbindet. Anschließend geht der Flug weiter in die bedeutende Industrie- und Handelsstadt Guangzhou, die auch als „Fabrik der Welt“ bezeichnet wird. Mit über zehn Millionen Einwohnern ist sie bedeutendste Metropole im Perflußdelta, einer der größten zusammenhängenden Stadtlandschaften weltweit.

„China ist einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs in Asien, die Wirtschafts- und Tourismusströme zwischen beiden Ländern prosperieren. Destinationen in China zählen im Jahr 2018 zu den Top-Zielen im Langstreckenangebot am Flughafen



Foto: China Southern

China Southern fliegt ab Juni 2019 mit einer Boeing 787 Dreamliner nach Wien

Wien. Die neue Flugverbindung von China Southern ist ein weiterer Schritt zur Ausweitung des Flugangebots nach Asien, insgesamt sind nun fünf Destinationen in China von Wien aus erreichbar. Das stärkt den Wirt-

schafts- und Tourismusstandort Wien und Österreich“, sagte Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG. ■

<https://www.viennaairport.com/>

<http://www.csair.com/en/>

Steirischer Biodiesel-Pionier eröffnet Produktion in Mumbai

Der Unterschied zwischen dem was wir tun, und was wir tun könnten würde unsere Probleme lösen. Also der Unterschied zwischen darüber reden und es wirklich anpacken. Wir haben es angepackt und haben den größten Internationalisierungsschritt in der Geschichte unseres Familienunternehmens gesetzt“, so Michael Münzer, gemeinsam mit seinem Bruder Ewald- Marco Münzer geschäftsführender Gesellschafter der Münzer Bioindustrie GmbH. „Unser indisches Tochterunternehmen, die Münzer Bharat Pvt. Ltd. eröffnet seine Biodiesel-Produktionsanlage in Mumbai. Wir sind nun zum ersten Mal seit der Unternehmensgründung 1991 außerhalb Europas vertreten, und dann gleich in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt.“

Münzer Bharat (zu Deutsch „Münzer Indien“), wurde im September 2016 in Mumbai, mit dem Ziel Altspeisefett zu sammeln und zu Biodiesel zu veredeln gegründet. „Viele fragen uns, warum gerade Indien. Die Frage ist einfach zu beantworten, wir wurden Seitens der Indischen Regierung eingeladen, das Land dabei zu unterstützen, eines ihrer großen Probleme zu lösen, die falsche



Foto: Münzer Bioindustrie GmbH

Michael und Ewald-Marco Münzer vor ihrer „National Used Cooking Oil“-Produktion in Mumbai

Entsorgung und Handhabung von Altspeisefett“, ergänzt Ewald-Marco Münzer. Indien steht, genau wie Europa, vor der Problemstellung, ihre Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und die

Treibhausgasemissionen in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus hat das Müllproblem, besonders bei flüssigen Abfällen ein dramatisches Ausmaß erreicht. ■

<http://www.muenzer.at/>

Autozulieferer aus OÖ knüpfen Kontakte zu Renault

Das Know-how oberösterreichischer Autozulieferer stand am 30. Jänner im Mittelpunkt eines Lieferanteninnovationstages bei der Groupe Renault in Paris. Der französische Autohersteller empfing den Automobil-Cluster der oö. Standortagentur Business Upper mit 19 Unternehmen im Technocenter Paris.

Auf Initiative des Automobil-Clusters der oö. Standortagentur Business Upper Austria und in Kooperation mit dem AußenwirtschaftsCenter Paris standen Ideen zu Technologien wie Connected Mobility, Lightweight sowie Electric Drivetrain im Mittelpunkt. „Die französischen Autobauer schätzen österreichisches Know-how“, betont Cluster-Manager Wolfgang Komatz, „die Renault Firmenleitung, deren Ingenieure und Einkäufer besuchten unsere Messestände und ließen sich von österreichischen Technologien überzeugen.“

Unter den Teilnehmern waren u.a. Mark Metallwaren, die Polytec Group, Magna International Europe, Rübigen, Carcoustics, Tributech, Gruber & Kaja sowie Rockwell Automation Solutions. Sie nutzten den Exklusivtermin bei Renault, um ihre Innovationen,



Foto: Business Upper Austria

Vertreter von Magna präsentierten beim Lieferanteninnovationstag im Technocenter Paris ihre Innovationen den Managern und Ingenieuren von Renault.

Technologien und Verfahren unmittelbar den zuständigen und entscheidenden Managern, Ingenieuren und Einkäufern vorzustellen.

Der Automobil-Cluster organisiert regelmäßig Lieferanteninnovationstage (LIT) zu

Automobilherstellern, um Unternehmen bei der Anbahnung von Geschäften zu unterstützen und österreichische Technologien zu promoten. ■

<http://www.automobil-cluster.at/>

Bischof Wilhelm Krautwaschl besuchte Guatemala

Der Grazer Bischof Wilhelm Krautwaschl ist am 3. Feber von einer zweiwöchigen Mittelamerika-Reise zurückgekehrt. Nach der Teilnahme am katholischen Weltjugendtag in Panama besuchte er Projektpartner der katholischen Kirche in Guatemala. Das einzige Land Lateinamerikas mit indigener Bevölkerungsmehrheit kämpft mit enormen Problemen: Der Großteil der natürlichen Ressourcen, des wirtschaftlichen Vermögens und der politischen Macht liegt in der Hand weniger Personen. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Armut.

Ein Besuch beim Menschenrechtsbüro der Diözese Santiago in Guatemala machte deutlich, daß die Aufarbeitung des 36jährigen Bürgerkrieges noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Erinnerung daran wird oft an Bischof Juan Gerardi festgemacht, der nach der Veröffentlichung des Wahrheitsberichtes über die Schrecken des Bürgerkrieges 1998 ermordet wurde. Das Menschenrechtsbüro führt seine Arbeit weiter, unterstützt durch die Dreikönigsaktion.

In Santa Cruz del Quiché begegnete Bischof Wilhelm Krautwaschl im neuen Bildungszentrum Jugendlichen. Ein Jugendpro-



Foto: privat

Bischof Krautwaschl in der Diözese Quiché

jekt stärkt durch moderne pädagogische Mittel das Selbstwertgefühl und betont die indigene Herkunft als Reichtum. In einem Dorf nahe Santa Cruz del Quiche besuchte der Bischof ein Projekt für biologischen Landbau.

Über die „Interamericana“ ging es weiter nach Quetzaltenango. Dort wurde mittels Sketches und persönlichen Zeugnissen die Fundación Tierra Nuestra vorgestellt, die mit Jugendlichen arbeitet. Mit Unterstützung von Welthaus Graz, der Dreikönigsaktion und Misereor wird unter anderem politische Bildung gefördert. Die Stiftung hilft jungen Menschen auch beim Aufbau kleiner, nachhaltiger Produktionsstätten für Brot, Shampoo, Joghurt, Stoffe oder Taschen.

In Guatemala Ciudad besuchte der Bischof das Projekt „Miriam“ zur Stärkung von Frauen, das von der Aktion Familienfasttag der Katholischen Frauenbewegung unterstützt wird. Frauen schilderten, wie es gelingen könne, Traumata aus der Kindheit mittels Workshops zu verarbeiten. Mittels Stipendien an Studierende wird dieses Wissen in anderen Departements weitergegeben. Ein wichtiges Projekt in einem nach wie vor vom „Machismo“ geprägten Land. Ein Besuch beim Menschenrechtsprokurator beendete die Reise.

Auf seinem Weblog zeigte sich der Bischof tief beeindruckt von den Eindrücken der Reise. ■

<http://www.krautwaschl.info>

Äthiopien-Projekt zur Gesundheitsversorgung

Die Kindersterblichkeit in Äthiopien ist 28-mal höher als in Österreich. Ein 262.000-Euro-Projekt mit Beteiligung der Johannes Kepler Universität Linz soll die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern radikal verbessern. 2019 geht es in die Umsetzungsphase.

48 von 1000 Säuglingen sterben in dem afrikanischen Land innerhalb der ersten Lebenswoche (Österreich: 1,7 von 1000). Ein Viertel der Todesfälle von Frauen im Alter von 14 bis 49 Jahren sind in Afrika auf Komplikationen bei der Schwangerschaft oder Geburt zurückzuführen. Das größte Problem: mangelnde medizinische Versorgung. Dem will ein Projekt des Österreichischen Austauschdienstes (OeAD GmbH) nun gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsinformatik der JKU und dem Kepler Universitätsklinikum entgegenwirken.

Das Projekt macht sich die Tatsache zunutze, daß Äthiopien über eine gut ausgebauten Telefon- und Internet-Anbindung verfügt: „Diesen Vorteil nutzen wir für die Information der Patientinnen, zur Weiterbildung und Vernetzung der Betreuerinnen und zur Zusammenführung der Patientendaten.



Foto: JKU / Sametinger

Eine Mutter mit ihren Kindern in der Pilotregion in Butajira

Unser Ziel ist es, mit diesen Puzzlesteinen die medizinische Versorgung zu verbessern“, erklärt Projektleiter a.Univ.-Prof. Johannes Sametinger. Nachdem im vergangenen Jahr eine IT-Infrastruktur aufgebaut wurde, beginnt nun die Umsetzungsphase: Rund 300 Han-

dys und Tablets werden in der Pilotregion verteilt, an Schwangere, junge Mütter und die „Health Workers“, die oft die einzigen medizinisch geschulten Ansprechpersonen sind.

„Nun werden die verschiedenen Software-Anwendungen, die wir vergangenes Jahr im Rahmen des Projekts entwickelt und getestet haben, eingesetzt“, erklärt Sametinger. „Ende des Jahres werden wir die Ergebnisse auswerten und mit einer Kontrollgruppe vergleichen, die nicht auf das Informations- und Datennetz zurückgreift. Dann wissen wir, ob wir uns in die richtige Richtung bewegen und welche Maßnahmen weiter notwendig sind.“

Wissenschaft und Praxis

Das Projekt, für das der OeAD 262.000 Euro zur Verfügung stellt, ist auf drei Jahre angelegt. Es ist kein reines Entwicklungshilfeprojekt – auch der Forschungsaspekt und die Nachhaltigkeit sind wichtig. Die Projektleitung an der JKU arbeitet eng mit dem Kepler Universitätsklinikum und der Universität Addis Abeba zusammen. ■

<http://www.jku.at>

Neues von den Panda-Zwillingen aus China

Es gibt Neuigkeiten von den Panda-Zwillingen Fu Feng und Fu Ban, die Anfang Dezember 2018 vom Tiergarten Schönbrunn nach China übersiedelt sind. Tiergartendirektorin Dagmar Schratzer: „Die vorgeschriebene Quarantäne-Zeit hat mittlerweile geendet. Die Zwillinge sind nun in der Panda-Station in Gengda vom Quarantänebereich in eine große Anlage übersiedelt, wo sie auch für die Besucher der Panda-Station zu sehen sind.“ Ein Panda-Fan aus Japan, Ming Mei, hat dem Tiergarten tolle Fotos der Zwillinge geschickt, die die beiden Bären gemeinsam auf einer Plattform und beim Herumtollen zeigen.

Die Panda-Zwillinge sind sogar für einen Preis nominiert, für den Panda-Fans aus aller Welt bei den 6. Giant Panda Global Awards für die beiden ihre Stimme abgeben konnten. Der Tiergarten Schönbrunn war bei diesen „Oscars der Panda-Welt“ insgesamt gleich in fünf von 15 Kategorien nominiert. Die Zwillinge sind sowohl in der Kategorie „Rückkehrer des Jahres“ als auch mit ihrer Rückkehr als „Panda-Moment des Jahres“ zu finden. Nominiert waren auch ihre mensch-



Foto: Ming Mei

Die Panda-Zwillinge Fu Feng (l.) und Fu Ban fühlen sich offensichtlich auch in China wohl...

lichen Betreuer: Zoologin Eveline Dungal, die die Großen Pandas in Schönbrunn von Anfang an betreute, sowie das gesamte Tierpfleger-Team. In der Kategorie „Unterhalt-

same Bildungsarbeit“ war der neue Bildband „Pandas. Eine Erfolgsgeschichte aus dem Tiergarten Schönbrunn“ nominiert. ■ <http://www.zoovienna.at/>

»A bisserl Ö schadet nie« – Österreichische Lebenskultur für alle

Unter diesem Motto lebt und arbeitet die gebürtige Burgenländerin Isa Stirn seit 16 Jahren in Deutschland. Hier hat sie die Leidenschaft für ihre Heimat zum Beruf gemacht. Als Ösa, Botschafterin für österreichische Lebenskultur, entwickelt und realisiert sie Konzepte und Events rund um Kulinarik, Gesellschaft und Kultur. Sie bietet österreichischen Unternehmen eine Plattform, um sich in Deutschland zu positionieren und kuratiert feine Produkte von kleinen Manufakturen.

Isa Stirn ist 42 Jahre alt, verheiratet, Mutter zweier Kinder und stammt aus einer Großfamilie. Mit 25 Jahren zog es die studierte Grafik- und Marken-Designerin zunächst nach Hamburg. Dort wurde sie zur „Ösa“ – die Isa aus Österreich. Jetzt lebt sie in Frankfurt am Main und Ösa ist ihr Markenname. „Ich will die österreichische Lässigkeit, den Schmah und die ‚Es-geht-sich-schon-aus‘-Einstellung verbreiten“, erklärt sie. Und natürlich spielen auch das tolle Essen, der gute Wein und viele andere Produkte aus Österreich eine wichtige Rolle. Die Gründerin betont: „Das Ö soll eine Bereicherung sein, zum Spaß an der Vielfalt beitragen.“



Foto: Sunita Benzling

„Auf gute Projekte und spannende Kooperationen habe ich immer einen Gusta“, freut sich Isa Stirn – mit „Gusta“ sind Lust oder Appetit gemeint

Ein Beispiel: Ösa veranstaltet „Schimpf-Wörkshops“ – „Scheiß di ned an! – Nimms entspannt“, so der Titel. Teilnehmer lernen, wie man auf Österreichisch schimpft und so Dampf abläßt. Schimpfen bzw. Grantln und Motschgern heißt, seinem Unmut kundzutun, und das ist in Österreich eine Lebens-

philosophie. Der Wörkshop bietet einen Kurzurlaub nach Österreich, es geht um gute Laune, Entspannung und Beziehungen – ideal auch als Teambuilding-Maßnahme für Unternehmen. Abgerundet wird das Ganze mit österreichischen Schmankerln. ■ <http://www.ösa.at/>

Dachverband – PaN

Partner aller Nationen, ein Netzwerk von Freundschaften



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Vizepräsident Oskar Wawra, Vorstand Petra Schneeberger, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, PaN-Präsident Hermann Mückler, Vorstand Alice Alsch-Harant, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Vorstand Greet Machek-Voss und Vorstand Karl Semlitsch

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Freundschaftsgesellschaften, kurz PaN, ist die Dachorganisation und damit Heimat von derzeit 123 bilateralen Freundschaftsgesellschaften und agiert als Netzwerk, Serviceeinrichtung und Informationsdrehscheibe für ihre Mitglieder.

Das Ziel der bilateralen Freundschaftsgesellschaften ist es, das Verständnis für andere Länder und Kulturen zu vertiefen und ein dichtes Netz der Völkerverständigung und

vielfältige Kooperationen zu schaffen. Alle diese Gesellschaften sind ehrenamtlich tätig.

Die ersten Schritte

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wirtschaft und Kultur die Österreichisch-Sowjetische und die Österreichisch-Amerikanische Freundschaftsgesellschaft gegründet, weitere Gesellschaftsgründungen folgten aufgrund der positiven

Entwicklung, sodaß es bereits 1959 zu einer Art Vorläuferorganisation des Dachverbandes mit Sitz im Wiener Palais Palffy kam – wobei die Eigenständigkeit und Freiheit der einzelnen Mitgliedsgesellschaften gewährleistet blieb.

Sukzessives Wachstum

Anfang 1990 zählte der Dachverband bereits beinahe 30 Gesellschaften, die nach der Einbindung des Dachverbandes in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und die verstärkte Einbindung diplomatischer und internationaler Einrichtungen Mitte der 1990er-Jahre auf über 40 Gesellschaften anwuchsen. Die Kontaktpflege zu den diplomatischen Vertretungen in Österreich wurde verstärkt, und zahlreiche bilaterale und multilaterale Aktivitäten sowie Delegationsreisen zu Partnerorganisationen forciert. Anlässlich der Publikation des Buches „Rotweißrote PaN-Geschichten 1945-2005“ im Unterrichtsministerium Wien überstieg die PaN-Mitgliederszahl bereits die Zahl 100.

Stetige Erweiterung

Seit diesem Zeitpunkt ist die Zahl der bilateralen Gesellschaften auf 123 Mitglieder angestiegen, wobei derzeit eine Reihe weiterer Länder auf Aufnahme in den Dachverband angesucht haben, die „Aufnahme-



Österreich, Europa und die Welt

verfahren“ sind aber noch nicht ganz abgeschlossen.

Der derzeitige siebenköpfige ehrenamtliche PaN-Vorstand ist seit 2012 im Dachverband tätig und wurde 2016 von der PaN-Generalversammlung für weitere vier Jahre bestätigt.

Der PaN-Beirat, dem Persönlichkeiten des offiziellen Lebens auf Landes und Bundesebene sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur angehören, unterstützt den PaN-Vorstand bei der Bewältigung seiner Aufgaben und Zielsetzungen.

Der Dachverband-PaN ist übrigens der einzige Verein in Österreich, welcher sowohl den Bundespräsidenten sowie die beiden Nationalrats- und Bundesratspräsidenten als Ehrenpräsidenten anführen kann. Das Ehrenkuratorium bilden die jeweiligen neun Landeshauptleute.

PaN-Präsident ist seit 2016 Hermann Mückler (Universitätsprofessor), Vizepräsident Oskar Wawra (ehem. Bereichsleiter im Wr. Rathaus), Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz (ehem. WKW-Geschäftsführer). Der Vorstand besteht aus Alice Alsharant (Parlament Bundesratsdirektorin), Greet Machek-Voss (Managerin Festspiele Halbturn), Botschafterin Petra Schneebauer (BMeiA) und der ehemalige Militarkommandant von Wien, Generalmajor Karl Semlitsch.

„Herr Prof. Mückler, welche Aktivitäten plant der Dachverband im Jahr 2019?“

Das Jahr 2019 ist für den Dachverband und seinen bilateralen Freundschaftsgesellschaften ein ganz besonderes, da der Dachverband heuer sein 60-jähriges Bestehen gemeinsam mit seinen Mitgliedsgesellschaften, Sponsoren und Kooperationspartnern gebührend feiern möchte. Den Höhepunkt soll eine festliche Gala am 26. November im Festsaal des Wiener Rathauses sein – im Beisein des Herrn Bundespräsidenten, des PaN-Ehrenpräsidiums, dem PaN-Ehrenkuratorium, den PaN-Beiräten, ein bis zwei Repräsentanten der jeweiligen PaN-Mitgliedsgesellschaften sowie Repräsentanten und Unterstützern aus dem öffentlichen Leben, der Wirtschaft, Kunst und Kultur bilden.

Begleitend werden gemeinsam mit unseren Mitgliedsgesellschaften aus diesem Anlaß mehrere Gedenkveranstaltungen stattfinden. So planen wir, wie in den letzten Jahren, eine Kooperation mit „Kulturen bitten zu Tisch“ am 23. Mai im Sigmund Freud Park rund um den PaN-EU-Erweiterungstisch. Das PaN-Gartenfest wird voraussichtlich im September in Tulln/NÖ in Koopera-



Foto: Dachverband-PaN / Florian Wieser

Beim PaN-Herbstfest im Burgenland (v.l.): Vila Vita-Chef Bert Jandl, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Landeshauptmann Hans Niessl, PaN-Präsident Hermann Mückler und PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz

tion mit dem Land Niederösterreich stattfinden. Das PaN-Jubiläumsjahr starten wir am 8. März, um 10.00 Uhr mit dem PaN-Weltfrauentag und einer Einladung in das Heeresgeschichtliche Museum im Arsenal.

Das PaN-Jubiläumsjahr gibt Anlaß zur Verfassung einer Festschrift, in der die völkerverbindenden Aktivitäten des Dachverbandes und seiner demnächst fast 130 Mitglieder zählenden Freundschaftsgesellschaften in den 60 Jahren dargestellt werden. Letztendlich soll auch das PaN-Booklet demnächst neu aufgelegt und verteilt werden. Wir laden jetzt schon alle PaN-Freundschaftsgesellschaften ein, auch im Sinne des 60-Jahr-Jubiläums gemeinsame Aktivitäten zu setzen, wobei das vor kurzem kreierte PaN-60 Jahre-Jubiläumslogo, alle Aktivitäten visuell unterstützen helfen soll.

Herr Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz, was waren im abgelaufenen Jahr 2018 die Höhepunkte der Dachverbandsaktivitäten?

Der Höhepunkt im vergangenen Jahr bildete das PaN-Herbstfest Anfang Oktober in der Vila Vita Pannonia im Seewinkel im Burgenland, wo die Preisträger des PaN-Projektwettbewerbs nämlich Argentinien, Guatemala und Namibia, von Landeshauptmann Hans Niessl persönlich die vom Land Burgenland gestifteten Förderpreise in der Höhe von jeweils 2000 Euro in Empfang nehmen konnten.

Im Rahmen dieses Festprogrammes würdigte der Präsident des Dachverbandes, Hermann Mückler, die außerordentlichen Ver-

dienste für die Völkerverständigung von Landeshauptmann Hans Niessl und Vila Vita-Chef Bert Jandl mit der höchsten Auszeichnung, die der Dachverband-PaN zu vergeben hat: dem PaN-Persönlichkeits-Award 2018.

Weiters wurde am Weltfrauentag im März ein Besuch des Weltmuseums für rund 30 weibliche Vorstandsmitglieder organisiert.

Im April wurde gemeinsam mit der Association „Memoire et Avenir“ der französischen Kriegsgefangenen im 2. Weltkrieg im Offizierslager-OFLAG XVIIA Allentsteig mit einer Veranstaltung in der französischen Botschaft in Wien und tags darauf mit einer Gedenkfeier am Truppenübungsplatz Allentsteig gedacht.

Im Wiener Rathaus fand im Oktober die Präsentation der PaN-Siegerprojekte 2018 statt, in der Wiener Hofburg wurde das Kooperationsabkommen mit dem „Senat der Wirtschaft“ feierlich unterzeichnet.

Es folgte die Infoveranstaltung im Hotel Kempinski Hansen zum Thema DSGVO für alle PaN-Mitgliedsgesellschaften.

Im November lud die burgenländische Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska den PaN-Vorstand ins adaptierte Parlament in die Hofburg zu einem Erfahrungsaustausch ein.

Das Jahr schloß mit einem Erfahrungsaustausch mit dem PaN-Kooperationspartner LASK sowie der beliebten PaN-Adventfeier im VINOWIEN mit vorweihnachtlicher musikalischer Umrahmung ab.

Alle weiteren Informationen zum Dachverband PaN finden Sie im Internet. ■
<http://www.dachverband-pan.org/>

Ball der Österreicher – Wiener Ball 2019 in Berlin

Der erst Ball der Österreicher in Berlin fand bereit 1949 statt.



Foto: Starface Ingo Schwarz

Ein Blick in den beeindruckenden Ballsaal des Hotel maritim mit den Tanzpaaren, die vom Salonorchester Christoph Sanft begleitet wurden.

Am 16. Feber fand in den Räumen des Hotels maritim der Ball der Österreicher „Wien-Ball“ in Berlin statt. Und dies, nachdem 1949 der erste Österreich-Ball in Berlin stattfand. Ein denkwürdiges Jahr für den heutigen Verein „Österreichisch-Deutsche Gesellschaft Berlin-Brandenburg“, der auch diesen Ball mit der Unterstützung der Bundeshauptstadt Wien ausrichtete. 1949 von AuslandsösterreicherInnen in Berlin gegründet, die in einem fremden Land doch der Heimat verbunden waren, sollte der Verein ein Hort der Zusammengehörigkeit sein. Es waren immer wieder Menschen, die bereit waren, sich einzusetzen, damit es Möglichkeiten gab, einander zu treffen und auch zu helfen.

Es ist auch 70 Jahre her, daß Berlin durch die Luftbrücke versorgt wurde und dadurch nicht von der Welt vollkommen isoliert war. Zurzeit leben ca. 250.000 ÖsterreicherInnen in Deutschland unter der Betreuung des Auslandsösterreicher-Weltbundes, ca. 500.000 sind in der ganzen Welt. Daß dies möglich

ist, ist vielen unermüdlichen Menschen zu verdanken, die sich immer wieder für die Belange österreichischer StaatsbürgerInnen in der ganzen Welt bemühen. Dies ist auch ganz wichtig und dafür sollte auch einmal Dank ausgesprochen werden.

Nach dem Sektempfang im Foyer begrüßte der Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft, Werner Götz, all die zahlreich erschienenen Gäste mit ganz herzlichen Worten und ganz persönlich: Gesandten Andreas Somogyi und Gattin; den Vertreter der Bundeshauptstadt Wien, Kommerzialrat Peter Hanke mit seiner Delegation; die Landtagspräsidentin der Steiermark, Bettina Vollath; Generalkonsul Robert Eberwein mit Gattin Viktoria Wagner, Direktorin des Kulturforums an der Österreichischen Botschaft; Reinhard Führer, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses a. D. und Gattin; den Ehrenpräsidenten des Weltbundes, ausgezeichnet mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich, Gustav Chlestil; den Präsidenten des Auslands-

österreicher-Weltbundes und Präsident der Österreichischen Gesellschaft Bonn, Jürgen Em; die Präsidentin des Salzburger Vereins in Bielefeld, Margrit Kempgen; Erika Ide, Präsidentin des Altbayerisch-Schwäbischen Vereins mit ihrem Gatten Egbert; Fritz Dertnig, stellvertretender Vorsitzender des Dachverbandes Österreichischer Vereinigungen in Deutschland und Präsident des Österreich-Stammtischs in Hamburg; Irene Ernst, Herausgeberin der Zeitschrift „Diplomatisches Magazin“; den Präsidenten des Austria-Club zu Berlin, Prof. Thomas Mairinger und Gattin; den Präsidenten des Vereins der Bayern in Berlin, Helmut Amberger; den Vizepräsidenten der ÖDG und Beirat im Dachverband, Ekkehard Mannig und Gattin.

Ein Dank ging auch an das Hotel maritim und seinem Direktor, Chris Jung.

Es wurden die Tanzpaare der Tanzschule Broadway in Spandau und das Salonorchester Christoph Sanft begrüßt

Viele weitere Persönlichkeiten, die aus Zeitgründen nicht alle namentlich genannt

Österreich, Europa und die Welt



Der Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft, Werner Götz, bei seiner Begrüßung



Überbrachte die Glückwünsche der Stadt Wien nach Berlin: Kommerzialrat Peter Hanke



Der Vertreter Österreichs in Berlin, Gesandter Andreas Somogyi

werden konnten, wurden um Nachsicht gebeten.

Als Vertreter der Bundeshauptstadt Wien brachte Kommerzialrat Peter Hanke seine Glückwünsche für den Jubiläums-Ball in Berlin zum Ausdruck. Er sprach über die besondere Beziehung Wiens zu Berlin und umgekehrt, nicht nur in Bezug auf die bis ins 18. Jahrhundert zurückgehende Balltradition. Auch die unvergänglichen Walzerklänge liegen ganz im Sinne der langen freundschaftlichen Beziehungen beider Städte. Die Grußbotschaft wurde von allen anwesenden Gästen mit viel Beifall aufgenommen.

Durch den Vertreter Österreichs, den Gesandten Andreas Somogyi, wurde der Ball dann offiziell eröffnet und schon schwebten die TänzerInnen der Tanzschule Broadway in den Saal, um traditionell nach beschwingten Melodien ihre Kunst zu zeigen. Danach hieß es dann: „Alles Walzer“.

Das ließ man sich nicht zweimal sagen und im Handumdrehen tanzte dann alles bei schönsten Walzerklängen vom Salonorchester Christoph Sanft. Mit den servierten Speisen, guten Getränken, Aufritten des Meisterpaares der Tanzschule Ascania nahm dann der Abend so richtig Fahrt auf. Das Musikprogramm bot für alle Altersstufen richtig schöne Tanzmusik, sodaß jeder den Abend genießen konnte. Gute Gespräche machten allen große Freude.

Als Stargast trat um Mitternacht die Sopranistin Elisabeth Schwarz von der Wiener Volksoper mit ihrer Pianistin Jacqueline Simon aus Graz auf. Ihr wunderbarer Sopran bezauberte die Gäste mit klassischen Wiener Liedern und forderte zu einer Zugabe direkt heraus. Die Champagnerarie – das Schwipslied – aus der Fledermaus war dann auch das I-Tüpfelchen. Die Gäste waren begeistert und verabschiedeten Beide mit viel Applaus.

In den Pausen unterhielt Helmut Brinda die Gäste am elektronischen Klavier.

Nach dem offiziellen Ende der Tanzmusik versammelte sich der kleiner gewordene Kreis der Feierlustigen im Wiener Café – Heurigenstube, wo es mit flotter Musik von Fredi Trügler an der Zither und Helmut Brinda an der Hammondorgel in ausgelassener Partystimmung noch so richtig gemütlich wurde. Das offizielle Ende des Balles war dann um 5 Uhr in der Früh.

Ich hoffe und wünsche, daß alle Gäste glücklich und zufrieden zu Hause angekommen sind. Auf ein gesundes Wiedersehen beim Wiener Ball am 22. Februar 2020!

Maria Zettl

<https://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de/>

Vorsitzwechsel im Bundesrat

Bundesratspräsident Ingo Appé: Öffentliche Wasserversorgung für die Zukunft schützen – Landeshauptmann Peter Kaiser: Regierung solle Lehren aus Ökostromnovelle ziehen



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Die 889. Sitzung des Bundesrates in der Hofburg, dem Ausweichquartier des Parlaments während der Renovierung und Neugestaltung

Wasser ist ein öffentliches Gut und muß ein öffentliches Gut bleiben“, sagte der neue Bundesratspräsident, der Kärntner Ingo Appé, am 14. Feber in seiner Antrittsrede vor der Länderkammer im Parlament in Wien. Kärnten, das seit Jahresbeginn den Vorsitz im Bundesrat führt, trete Privatisierungsplänen in der Trinkwasserversorgung entschieden entgegen, um das „Lebensmittel Nummer Eins“ für künftige Generationen zu sichern. Grundsätzlich sei der Erhalt von qualitativ hochwertigem Trinkwasser von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft, bekannte sich Appé zum nachhaltigen Schutz österreichischer Gewässer vor Verunreinigung. In einer Enquete mit ExpertInnen will er konkrete Maßnahmen zum Trinkwasserschutz erörtern.

Zur Arbeit des Bundesrats generell hielt Präsident Appé fest, er suche bei seinen Vorhaben im Sinne der Länderinteressen den Dialog mit allen demokratischen Parteien. Nicht zuletzt das Vertrauen der Bevölkerung in die Zweite Kammer gelte es dabei zu stärken. Immerhin könne der Bundesrat mit seinem Vetorecht weitergehende Beratungen über Gesetzesvorschläge beziehungsweise deren Überarbeitung erwirken, unterstrich der Bundesratsvorsitzende die Wichtigkeit des Gremiums bei der Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene.

Erhalt intakter Umwelt als Verpflichtung

In seinen Ausführungen zum Trinkwasserschutz erinnerte Bundesratspräsident Appé

an den Schwerpunkt seiner Vorgängerin Inge Posch-Gruska, die für das Burgenland die Kinderrechte ins Zentrum ihrer Präsidentschaft gestellt hatte. „Die Zukunft sind unsere Kinder“, so Appé, daher sei man verpflichtet, ihnen eine intakte Umwelt und die gesicherte Verfügbarkeit sauberen Wassers zu hinterlassen. „Wasserverunreinigung und Wasserknappheit können erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten, aber auch zukünftige Konflikte verursachen.“ Das Land Kärnten beabsichtige zum Schutz der Wasserressourcen mit einer eigenen „Wassercharta“ das kostbare Gut in Verfassungsrang zu heben, beschrieb er das vom Kärntner Landesrat Daniel Fellner vorangetriebene Vorgehen gegen „Privatisierungsbestrebungen“ in diesem Bereich. Slowenien, das den

Innenpolitik

Wasserschutz seit 2016 in der Verfassung hat, nehme man dabei als Vorbild.

Als Bürgermeister von Ferlach verwies Appé außerdem darauf, wie er gegen viele Widerstände schon vor Jahren die Hauptwasserquelle seiner Gemeinde in deren Besitz gebracht hatte, um ihre Übertragung in Privatbesitz zu verhindern. Obwohl Österreich noch in der glücklichen Lage sei, über ausreichend hochwertiges Trinkwasser zu verfügen, dürfe man gerade angesichts des Klimawandels und folglich vermehrter Trockenperioden nicht vergessen, daß „Trinkwasser nicht selbstverständlich“ ist. Bei einer Bundesratsenquete am 8. Mai 2019 werde man Herausforderungen und Maßnahmen zum Erhalt sauberen Wassers diskutieren, nach dem Motto „Wasser – die Quelle der Zukunft“.

Zukunftskammer Bundesrat öffentlich positionieren

Die Länderkammer ist für Bundesratspräsident Appé gleichzeitig auch „Zukunftskammer und Europakammer“, setze sie doch zukunftsweisende Themen, die von der Regierung aufgegriffen werden, und wirke maßgeblich an der EU-Gesetzgebung mit. Er spielte damit auf die aktive Interessensvertretung der Länder durch den EU-Ausschuß des Bundesrats an. In der öffentlichen Wahrnehmung müsse der Bundesrat allerdings noch besser positioniert werden, räumte Appé ein. Dementsprechend liege ihm viel daran, der Zweiten Kammer als „Brücke zwischen den Ländern und dem Bund“ in der Öffentlichkeit jene Wertschätzung zukommen zu lassen, die sie verdient. So trage die doppelte Beratung von Gesetzesvorschlägen in beiden Parlamentskammern dazu bei, wohlüberlegte und konsensfähige Beschlüsse zu erzielen, hob der Bundesratspräsident hervor.

»Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa«

Mit einer Erklärung des Kärntner Landeshauptmanns Peter Kaiser, die unter dem Motto „Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa“ stand, startete der Bundesrat dann seine Beratungen. Niemand wisse wohl besser als Kärnten, daß schwierige Situationen nur gemeinsam gemeistert werden können, spielte er auf die erfolgreiche Bewältigung des Hypo-Debakels an.

Die nun auf der Agenda stehende Ökostromnovelle sei ein aktuelles Beispiel dafür, warum Gespräche auf Augenhöhe vor einer Beschlußfassung einer wichtigen Materie der bessere und der zielführendere Weg gewesen



Bundesratspräsident Ingo Appé bei seiner Antrittsrede



Kärntners Landeshauptmann Peter Kaiser bei seiner Erklärung

wären. Er hoffe, daß daraus die richtigen Lehren gezogen werden und im Interesse Österreichs rasch eine breit getragene Lösung gefunden wird. Überdies legte Kaiser ein klares Bekenntnis zu Europa ab, das angesichts der globalen Situation noch stärker auftreten müsse.

Kaiser übt Kritik an Sozialpolitik und steht für »Rechtsanspruch statt Almosen«

Der Landeshauptmann erinnerte zunächst an seine erste Rede vor dem Bundesrat im Jahr 2014, als sich Kärnten in keiner einfachen Situation befand. Nur durch das gemeinsame Zusammenstehen aller im Landtag vertretenen Parteien, des Nationalrats,

des Bundesrats und der Bundesregierung sei es gelungen, diese schwierige Phase zu bewältigen. Dafür bedankte er sich im Namen des Bundeslands Kärnten ausdrücklich. In Fortsetzung dessen habe er mit Bundesratspräsident Ingo Appé nun das Motto „Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa“ gewählt. Es ziele darauf ab, daß Politik immer nur in engster Abstimmung mit der Bevölkerung und auf Basis einer guten Gesprächsebene zwischen allen Parteien stattfinden könne. So wie es in Österreich und in Kärnten zwischen den Bundesländern und den Gemeinden eine gute Zusammenarbeit gebe, so müsse auch auf europäischer Ebene agiert werden, ist Kaiser überzeugt. Miteinander reden, verhandeln, diskutieren, einbin-

Innenpolitik

den – das seien die elementaren Bestandteile einer Politik, die reüssieren könne. Gerade als Vertreter des Bundeslandes Kärnten, das schwierige Zeiten erlebt habe, könne er nur einmal mehr appellieren, den auf Zusammenarbeit zwischen allen politischen Ebenen basierenden Weg auch in Zukunft zu beschreiten.

Daran anknüpfend wolle er aber auch ein Plädoyer für das Prinzip der Gewaltentrennung aussprechen – die Exekutive habe das zu vollziehen, was die Legislative entscheidet. So hätte sich Kaiser etwa bei den Verhandlungen über die 15-Vereinbarung zur Kinderbetreuung gewünscht, daß die VertreterInnen aller Bundesländer von Anfang an eingebunden worden wären. Und gerade heute bei der Debatte über die Ökostromnovelle, wo der Bundesrat seine Bedeutung und Stärke beweisen könne, zeige sich anschaulich, warum das Miteinander so wichtig sei. Das gelte nicht nur für die österreichische, sondern auch für die europäische Ebene, merkte Kaiser unter Hinweis auf die aktuellen Brexit-Verhandlungen an. In enger Abstimmung mit Minister Blümel habe man sich auf eine außerordentliche Landeshauptleutekonferenz verständigt, um ein einheitliches Auftreten Österreichs in dieser Frage zu ermöglichen.

Es müsse auch das gemeinsame Ziel der Länder und der Bundesregierung sein, daß es im Zuge der Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen zu keinen Kürzungen im Bereich der Kohäsionspolitik und der Regionalförderungen kommt.

Wenn man sich generell die Entwicklungen in der Gesellschaft genauer anschaut, dann sei ein immer stärker werdendes Empathiedefizit festzustellen, urteilte Landeshauptmann Kaiser. Dies sei leider auch in politischen Debatten zu beobachten, wenn es etwa um soziale Maßnahmen geht. „Es geht mir nicht besser, wenn es anderen schlechter geht“, unterstrich Kaiser, für den die Prämisse „Rechtsanspruch statt Almosen“ im Vordergrund stehen. Das österreichische Gesundheitssystem müsse auch in Zukunft für alle Menschen den gleichen Zugang zu den gleichen Leistungen anbieten. Außerdem dürfe es durch die – sehr unterschiedlich bewertete – Sozialversicherungsreform zu keinen Benachteiligten für die Länder kommen. Weiters kam Kaiser auf die Hospiz- und Palliativmedizin zu sprechen, wo es dringend eine nachhaltige Regelung brauche.

Als einen weiteren Bereich, in dem gemeinsames Agieren erforderlich sei, nannte Kaiser den Kampf gegen Haß im Netz. In en-

ger Zusammenarbeit mit Justizminister Josef Moser überlege man sich weitere Schritte, die bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz erörtert werden. Es dürfe in diesem Bereich keine Straffreiheit geduldet werden; niemand soll sich in der Anonymität des Internets verstecken können. Denn von der Gewalt der Worte sei es nur ein kleiner Schritt zur Gewalt der Taten; und davon sei Österreich in jüngster Zeit besonders betroffen. Gemeinsam mit Bundesratspräsident Ingo Appé wolle er den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz nutzen, um Lösungen für aktuelle und zukünftige Fragen, wie etwa den Schutz des Wassers, zu finden. Wenn es um das Wohl der Menschen geht, könne es Bundesländern sogar gelingen, EU-Rechtsprechung zu konterkarieren, wie das Beispiel Glyphosat zeige.

Plädoyer für lösungsorientierte Sachpolitik und Dialog auf Augenhöhe

Das Motto „Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa“ sei in Zeiten wachsender Egoismen und Nationalismen sehr gut gewählt, meinte Bundesrat Günther Novak (SPÖ/K). Besonders am Beispiel des Brexit stelle man mit Schrecken fest, mit welcher Kurzsichtigkeit derzeit vorgegangen wird.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Bundesratspräsident Ingo Appé bei seiner Antrittsrede – ein Blick über die Mitglieder des Bundesrats

Innenpolitik

Bei allen bestehenden Unzulänglichkeiten dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Europäische Union die bedeutendste zivilisatorische Leistung der Nachkriegszeit darstellt, gab Novak zu bedenken. Es handle sich bei der EU nicht nur um eine Wirtschafts-, sondern vor allem um eine Wertegemeinschaft, die mit großen globalen Herausforderungen wie etwa Migration, Klimawandel, gerechte Vermögensverteilung, Besteuerung der Großkonzerne etc. konfrontiert ist. Deshalb müsse man bei der Bevölkerung wieder mehr Begeisterung für die europäische Idee wecken, um ein gerechtes und handlungsfähiges Europa zu gewährleisten. Was die nationale Ebene angeht, so übte Novak Kritik an der Bundesregierung, die etwa mit der Einführung des 12-Stunden-Arbeitstags, der Zerschlagung der Sozialversicherung oder der Kürzung der Mindestsicherung seiner Meinung nach in die falsche Richtung gehe. Die SozialdemokratInnen hingegen stünden dafür, daß jeder Mensch die Möglichkeit haben müsse, ein gutes Leben zu führen – mit dem Recht auf eine gute Ausbildung, eine fair bezahlte Arbeit, beste medizinische Versorgung und Unterstützung, wenn es notwendig ist. Durch die Fusion der Krankenkassen werde die Selbstverwaltung ausgehebelt und ein gut funktionierendes System zerstört, bemängelte sein Fraktionskollege Gerhard Leitner (SPÖ/K), der noch weitere Verschlechterungen für die Versicherten befürchtete. In Kärnten gehe man einen anderen Weg und habe mit dem Modell der Pflegenahversorgung eine österreichweite Vorreiterrolle eingenommen.

Die EU ist nach Auffassung von Bundesrätin Ewa Dziedzic (GRÜNE/W) noch nie vor größeren Herausforderungen gestanden als es jetzt der Fall ist. So werde etwa mit Großbritannien zum ersten Mal ein Mitgliedsland die Gemeinschaft wieder verlassen. In zahlreichen Staaten seien anti-europäische Regierungen an der Macht, wodurch der Rechtsstaat, die Demokratie und die Selbstbestimmungsrechte der Frauen in Gefahr seien. Mit den Ängsten und Sorgen angesichts von Migration, kriegerischen Auseinandersetzungen, Klimawandel und Artensterben werde politisches Kleingeld geschlagen. Daran beteilige sich bedauerlicherweise auch die österreichische Regierung, die etwa mit der beschlossenen Indexierung der Familienbeihilfe nicht auf Solidarität setze, sondern zur Spaltung beitrage, kritisierte die Bundesrätin. Im Vorfeld der EU-Wahlen sei es daher dringend erforderlich, das Versprechen gegenüber Europa zu erneuern.

ÖVP und FPÖ bedauern Haltung der SozialdemokratInnen in Sachen Ökostromnovelle

Bundesrat Christian Buchmann (ÖVP/St) stimmte mit Novak darin überein, daß es derzeit große Umwälzungen gebe und der globale Kontext immer mitgedacht werden müsse. Er hielt es daher für wichtig, daß den Menschen angesichts der vielen Problemlagen ein Stück mehr Sicherheit vermittelt werde. Dazu könne u.a. eine gute Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern beitragen. Als Beispiel führte er die Kooperation zwischen Kärnten und Steiermark im Rahmen von Technologie Cluster an, die darauf abziele, gemeinsam den Wirtschaftsraum zu entwickeln. Auch bei den laufenden Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen müsse man sich dafür einsetzen, nicht nur die Mittel für den ländlichen Raum abzusichern, sondern auch neue Akzente in Richtung Innovation und Forschung sowie im Jugendbereich zu setzen, unterstrich Buchmann. In Richtung des Landeshauptmanns merkte er noch an, daß er sich ein gemeinsames Vorgehen natürlich auch bei der Ökostromnovelle gewünscht hätte.

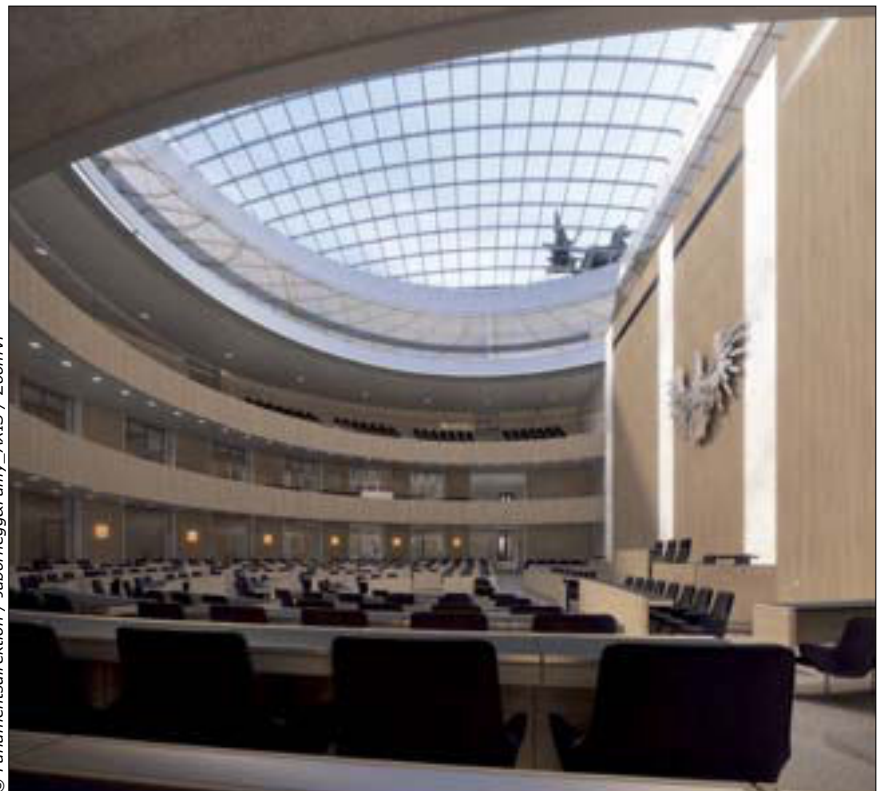
Auch Bundesrat Josef Ofner (FPÖ/K) erachtete das Miteinander in der Politik für

sehr wichtig, eine gelebte Demokratie müsse jedoch auch unterschiedliche Standpunkte aushalten. Seine Fraktion stehe zu Europa, das sich als Friedensprojekt über viele Jahrzehnte hinweg bewährt habe. Ablehnend stand Ofner aber der Überbürokratisierung sowie dem Konzept eines Europas der Vereinigten Staaten gegenüber. Seiner Meinung nach brauche es daher auch weiterhin die Regionen und den Nationalstaat, die eine starke Identifikation für die Menschen darstellen. Kärnten etwa könne stolz darauf sein, daß es sich vor fast 100 Jahren in einer Volksabstimmung für die Demokratie entschieden hat. Die vom Landeshauptmann beschworene politische Zusammenarbeit auf allen Ebenen klinge in der Theorie toll, die Praxis sehe aber anders aus, merkte Ofner kritisch an. Kaiser agiere nämlich sehr oft als oppositionelle Speerspitze, wenn es darum gehe, gegen die Regierung „Attacken zu reiten“. Auch in Kärnten selbst habe man noch schnell vor der Landtagswahl eine Verfassungsänderung durchgeführt und den Proporz abgeschafft. Außerdem fühle man sich bei der Besetzung von Posten in der Verwaltung an die 70er Jahre zurückversetzt. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Apropos »Zwischenquartier«



So wird der neue Nationalratssitzungssaal im Hohen Haus am Ring 2020 aussehen...

Finanzminister bekräftigt kumulierte Entlastung

Dringliche Anfrage im Nationalrat zu Versprechen aus dem Wahlkampf

Die NEOS drängen auf eine umfassende Steuerreform mit einer spürbaren Entlastung und werfen der Regierung in diesem Zusammenhang „Showpolitik“ und „gebrochene Wahlversprechen“ vor. Sie gehen davon aus, daß die Regierung lediglich eine „Marketing-Steuerreform“ plant. 49 Detailfragen dazu enthielt die Dringliche Anfrage, die Beate Meinl-Reisinger am 27. Feber seitens ihrer Fraktion im Plenum des Nationalrats an Finanzminister Hartwig Löger richtete.

Bundeskanzler Sebastian Kurz habe im Wahlkampf Einsparungen von 14 Mrd. € und Vizekanzler Heinz-Christian Strache von 12 Mrd. € jährlich versprochen, so die NEOS-Klubobfrau in der Begründung der Anfrage. Um bei der Abgabenquote die psychologische Grenze von 40 % mittelfristig unterschreiten zu können, bräuchte es eine jährliche Abgabentlastung von mindestens 10 Mrd. €, also insgesamt einen Betrag von 30 Mrd. € in den Jahren 2020 bis 2022, zumal die Abgabenquote 2018 noch bei 42,4% lag, rechnete Meinl-Reisinger vor. Die Pläne der Regierung würden sich im Gegensatz dazu für diese Periode aber auf lediglich 4,5 Mrd. € belaufen. Allein das Hinausschieben der Abschaffung der Kalten Progression führe in diesem Vergleichszeitraum zu einer Belastung von 1,5 Mrd. €, womit eine Netto-Entlastung von lediglich 3 Mr. € übrig bliebe.

Finanzminister Hartwig Löger wies auf bereits erfolgte Entlastungen hin und versicherte, daß das versprochene Volumen von 14. Mrd. € Ende der Legislaturperiode eingehalten werde. Zudem bekräftigte er den Konsolidierungskurs im Budget und kündigte für 2019 erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Budgetüberschuß an.

Meinl-Reisinger fordert umfassende Strukturreformen, spürbare Entlastung und Schuldenbremse in der Verfassung

Für eine spürbare Entlastung wären laut NEOS echte Strukturreformen notwendig. Potential orten sie etwa in den Bereichen Verwaltung und Föderalismus in der Höhe von 8 Mrd. €, bei den Krankenhäusern und



Finanzminister Hartwig Löger

der Verwaltung in der Sozialversicherung von 3 Mrd. € und bei den Förderungen von 6 Mrd. €. Das größte Reformpotential sehen sie aber bei der Altersvorsorge. Würde das tatsächliche Pensionsantrittsalter durch beschäftigungswirksame Maßnahmen auf schwedisches Niveau angehoben, so könnte die Pensionslücke im Bundeshaushalt von 18,6 Mrd. € geschlossen werden.

Eine solche Trendwende fehlt den NEOS jedoch, sie vermissen den nötigen Reformeffort, denn die einnahmenseitige Budgetsanierung stehe weiterhin im Vordergrund. Während Finanzminister Schelling 2017 tatsächlich auf der Ausgabenbremse gestanden sei, seien die Bundesausgaben 2018 wieder stark um 2,6 % angestiegen, so die Kritik. In allen Steuerklassen habe es in den vergangenen Jahren massive Steigerungen gegeben, der Finanzminister habe an der guten Konjunkturlage hervorragend verdient, das niedrige Zinsniveau habe eine günstige Refinanzierung ermöglicht. Trotz der günstigen Rahmenbedingungen – sprudelnde Einnahmen und keine unvorhergesehenen Ereignisse und Krisen – sei der Nettofinanzierungsbedarf bei 1,1 Mrd. € gelegen.

„Österreich hat ein Ausgabenproblem“, folgerte Meinl-Reisinger, man brauche dringend eine Schuldenbremse. Sie forderte ein einfacheres Steuerrecht, eine Entlastung vor allem des Mittelstands zum jetzigen Zeit-

punkt und Strukturreformen. In diesem Zusammenhang sprach sie von einer „Verpflichtung“. Angesichts der schlechteren Konjunkturerwartungen und der weiteren kalten Enteignung durch die niedrigen Zinsen, vorgegeben von der EZB, sei es notwendig, alles zu tun, damit sich die Menschen von ihrem Einkommen Wohlstand erarbeiten können, mahnte sie.

Konkret trat die NEOS-Klubobfrau für eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, eine radikale Entlastung des Faktors Arbeit und die Abschaffung der Kalten Progression sowie eine Ökologisierung des Steuersystems ein – auch im Sinne einer Generationenfairness, wie sie sagte. Junge Leute brauchen Chancen, sie müssen privat vorsorgen können, so Meinl-Reisinger, die sich in diesem Zusammenhang auch für eine Stärkung des Kapitalmarkts aussprach.

Löger unterstreicht Budgetkurs: Steuerentlastung und Budgetkonsolidierung

Den Vorwurf der „Showpolitik“ wies Löger entschieden zurück und erinnerte daran, daß bereits 950.000 Menschen durch den Familienbonus sowie GeringverdienerInnen durch die Senkung der Arbeitslosenbeiträge entlastet worden seien. Auch die Tourismusbranche habe im Bereich der Umsatzsteuer eine Entlastung verspürt, sagte er. Die nächsten Schritte seien in Vorbereitung. Mit den bereits beschlossenen und noch zu beschließenden Maßnahmen werde das Wahlversprechen eingehalten. Die bereits erfolgte Entlastung von 1,5 Mrd. € werde durch eine zusätzliche Ausmaß von rund 4,5 Mrd. € jährlich ergänzt, das dann kumuliert bis zum Ende der Legislaturperiode rund 14 Mrd. € ausmache. „Das ist das Faktum“, so Löger.

Das Programm „Entlastung Österreich“ sehe eine umfassende und nachhaltige Entlastung in drei Stufen bis 2022 vor. 2020 werde es zu einer weiteren Entlastung von GeringverdienerInnen, zu einer Ökologisierung des Steuersystems und Entbürokratisierung kommen. 2021/22 sei eine Entlastung der Lohn- und Einkommensteuer über die Steuertarife, eine Attraktivierung des Wirt-

Innenpolitik

schaftsstandorts und eine Vereinfachung des Steuerrechts geplant. Dabei seien durch eine solide Finanzpolitik auch der strikte Budgetvollzug, Überschüsse und die Entschuldung Österreichs gesichert. 2019 werde Österreich erstmals mit einem Überschuss abschließen und damit einen Schlußstrich unter die Schuldenpolitik ziehen, sagte Löger, womit auch eine Grundlage für einen fairen Generationenvertrag gelegt werde. Der Pfad zur Reduktion der Abgabenquote weise eine Tendenz auf, wonach diese von 42,4 % auf 40,9 % gesenkt werde, tatsächlich werde dieser Wert deutlich unterschritten, zeigte er sich überzeugt.

Auch wenn sich die Konjunktur abschwächen sollte, hätte dies keinerlei Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit der Steuerreform, beziehungsweise auf die Kalte Progression, stellte der Finanzminister fest. Österreich habe durch eine vorsichtige Budgetpolitik das mittelfristige Budgetziel erreicht und dadurch gebe es einen großen Sicherheitsabstand zur Maastricht-Defizit-Marke von 3 %. Die aktuelle Planung sei auch dann nicht gefährdet, wenn das BIP im Jahr 2019 um 2 Prozentpunkte niedriger wäre als 2018. Der Budgetvollzug 2018 bestätige eindeutig den Kurs zur Konsolidierung.

Was die Schuldenbremse im Verfassungsprogramm betrifft, so sei diese im Regierungsprogramm verankert. Die EU-Kommission habe im Jahr 2017 einen Vorschlag vorgelegt, den Fiskalpakt in eine EU-Richtlinie zu transformieren, und das würde einen umfassenden Reformbedarf bedeuten. Deshalb wolle man den Ausgang der Diskussion auf EU-Ebene abwarten.

ÖVP und FPÖ: Wesentliche Entlastungspakete bereits in kurzer Zeit umgesetzt

August Wöginger (ÖVP) verwies ebenso wie Hermann Brückl (FPÖ) darauf, daß die Regierung etwa mit dem Familienbonus Plus und der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bzw. der Nächtigungssteuer im Tourismus bereits in kurzer Zeit wesentliche Entlastungspakete umgesetzt habe. Zudem arbeite man an einer Steuerentlastung, die in den Jahren 2020 bis 2022 wirksam werden soll. Zuerst müsse man über diesen Punkt reden, dann erst über die Kalte Progression, so Wöginger. Die Regierung arbeite mit Hochdruck an dieser Steuerentlastung, daher erschließe sich ihm die Dringlichkeit der Anfrage zu diesem Zeitpunkt nicht. Wöginger appellierte darüber hinaus an die NEOS, bei dem Vorhaben der Senkung der



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Beate Meini-Reisinger

Krankenversicherungsbeiträge für GeringverdienerInnen mitzugehen. Über allem stehe die Senkung der Abgabenquote, ergänzte Brückl, um für die Möglichkeit zu Eigentum zu sorgen und Sicherheit im Alter sowie Vertrauen zu geben. Auch die Steuerstrukturreform im Einkommensteuergesetz 2020 stehe noch vor dem Sommer an, so Brückl. Zudem werde auf ökologische Maßnahmen eingegangen.

Angelika Winzig (ÖVP) meinte, daß die Regierung von den WählerInnen als gerecht empfunden werde, immerhin würde die Hälfte der knapp 80 Mrd. € in den Sozialbereich fließen. Sie verstehe, wenn es der Opposition wehtut, daß die Regierung bereits einige Entlastungen auf den Weg gebracht habe. Ihre Fraktionskollegin Angela Baumgartner (ÖVP) verwies auf die aus ihrer Sicht spürbaren Steuerentlastungen der Regierung wie den Familienbonus Plus. Die Entlastungen würden deswegen Schritt für Schritt durchgeführt, um das Budget nicht noch weiter zu belasten und letztlich einen Überschuss erwirtschaften zu können.

Maximilian Linder (FPÖ) meinte, daß in Österreich mit der Familie der wichtigste Konzern entlastet werde. Die gute Konjunktur sei sinnvoll dafür genutzt worden, um die Schuldenquote zu senken und Investitionen in die Zukunft zu setzen.

SPÖ wirft Regierung vor, Einkommensschere zu verschlimmern

Kai Jan Krainer (SPÖ) warf der Regierung vor, vorrangig über „die da oben“ nachzudenken. Aus seiner Sicht zahlen diejenigen, die arbeiten gehen ebenso wie KMUs zu viel, jene die Kapital und Vermögen besitzen sowie große Betriebe und Konzerne zu wenig. Mit der angekündigten Steuerreform

würden diese Probleme noch verschlimmert, befürchtet Krainer. Es geht ihm darum, für kleine und mittlere Einkommen die Steuern und Abgaben nachhaltig zu senken. Das „oberste Prozent“ müsse einen gerechten Beitrag einzahlen.

Die einzig wirklich spürbare Entlastungsoffensive sei jene für internationale Konzerne, beklagte Doris Margreiter (SPÖ), bei der geplanten Steuerreform sollte es nicht nur um Entlastung gehen, sondern auch um Steuergerechtigkeit. Diese sei im Untermertum schon längst nicht mehr gegeben.

„Was wir erleben, ist eine spürbare Showpolitik“, sagte Reinhold Einwallner (SPÖ). Eine Alleinerzieherin profitiere nicht vom Familienbonus Plus, auch nicht die ArbeitnehmerInnen vom 12-Stunden-Tag. Die Regierung betreibe Klientel- anstatt Finanzpolitik. Außerdem gebe es keine Fortschritte bei der Besteuerung von global agierenden Digitalkonzernen. Scurril sei es zudem, daß im Parlament über die Dringlichkeit eines Antrags diskutiert werde.

Für eine Ökologisierung der Finanz- und Steuerpolitik setzte sich Petra Bayr (SPÖ) ein. Dies sei nicht gleichzusetzen mit Steuererhöhungen, es gehe vielmehr um intelligente Lenkungsabgaben, die sozial gerecht und treffsicher seien. Dazu würden etwa eine Lkw-Maut auf allen Straßen, eine effektive Förderung von thermischer Sanierung oder das Aus für die Steuerbefreiung der Kohlebestromung zählen.

JETZT ortet »Schlagzeilenaktivismus«

Bruno Rossmann (JETZT) kritisierte neben der Regierung auch die NEOS für einen „Schlagzeilenaktivismus“ ihrerseits und bezeichnete die Dringliche als „Kraut- und-Rüben-Anfrage“. Richtig sei aber etwa, die Entlastung des Faktors Arbeit und die Ökologisierung zu thematisieren. Grundsätzlich sieht er auf der Steuer-Einnahmenseite eine relativ gleich hohe Belastung von hohen und niedrigen Einkommen, dort gelte es im Sinne einer Entlastungsoffensive anzusetzen. Von den seitens der Koalition genannten, bisherigen Entlastungsmaßnahmen sei im unteren Einkommensdrittel wenig bis nichts angekommen, kritisiert Rossmann, der ganz im Gegenteil eine Umverteilung hin zur oberen Mitte und zu höheren Einkommen ortet. Ihm zufolge ist nicht nur der Faktor Arbeit zu hoch, sondern auch der Faktor Vermögen zu niedrig besteuert. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Das Burgenland hat einen neuen Landeshauptmann

Generationswechsel an der Spitze des Landes Burgenland – Landesregierung zieht Bilanz – Landtag verabschiedet Hans Niessl



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Standing Ovations für den scheidenden Burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl im Sitzungssaal des Landtags in Eisenstadt

Der 28. Feber 2019 stand ganz im Zeichen des Generationswechsels an der Spitze des Landes Burgenland. „Es freut mich sehr, daß sich Hans Peter Doskozil bereit erklärt hat, diese Verantwortung zu übernehmen. Ich bin fest davon überzeugt, daß er gemeinsam mit seinem neuen Team einen eigenen Weg gehen und daß er ausgezeichnete Arbeit für das Burgenland, für die Menschen in diesem Land, leisten wird. Für mich ist der morgige Tag nicht mit Wehmut verbunden. Ich blicke auf mehr als 18 Jahre Landeshauptmann mit Dank und Demut zurück, denn diese 18 Jahren standen ganz im Zeichen von massiven Veränderungen, von vielen Herausforderungen und von großartigen Leistungen“, so der Landeshauptmann am 27. Feber in seiner Abschluß-Pressekonferenz im Landhaus in Eisenstadt.

Für den Hans Peter Doskozil ist der Wechsel an der Spitze des Landes ein besonderer Moment: „Hans Niessl hat mit Selbstdisziplin und einem enormen Arbeitspensum das Burgenland geprägt. Durch ihn hat dieses Land einen Weg eingeschlagen, der Österreichweit, aber auch auf europäischer Ebene herzeigbar ist. Er hat in diesen 18 Jahren als Landeshauptmann eine Basis geschaffen, auf der wir das Burgenland weiterentwickeln können. In meinen verschiedenen Funktionen war es aber auch immer wichtig, von Persönlichkeiten, von politischen Weggefährten, wie Hans Niessl, auf die man sich verlassen kann, einen Rückhalt im Burgenland zu verspüren, denn man kommt als Politiker nicht auf die Welt, sondern man wird geformt und gefordert. Für mich persönlich ist es deshalb eine ehrenvolle Aufga-

be, dieses Amt des Landeshauptmannes bekleiden zu dürfen.“

Das Burgenland ist in der Ära von Landeshauptmann Hans Niessl mit der EU-Erweiterung im Jahr 2004 endgültig von einer Randlage in das Zentrum eines neuen Europas gerückt. Als einzige Region, die an drei neue EU-Länder angrenzt, war das für das Burgenland eine ganz große Chance, aber auch eine große Herausforderung – vor allem was den Arbeitsmarkt und das Thema Sicherheit betrifft. Das Burgenland hat sich zur wachstumsstärksten Region entwickelt. Seit dem Jahr 2000 gibt es um 30 Prozent mehr Arbeitsplätze und um 30 Prozent mehr Nöchtigungen im Tourismus. Das Burgenland ist aber auch das sicherste Bundesland. „Das zeigt, daß wir diese besonderen Herausforderungen einer Grenzregion gut be-

wältigt und die Chancen dieser Veränderung auch gut genutzt haben“, so Niessl.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Ausbau der erneuerbaren Energie. Im Jahr 2000 hat das Burgenland 3 Prozent des Strombedarfs selbst erzeugt, heute sind es über das Jahr gerechnet 150 Prozent. Ein Wert, den man durch den Ausbau der Windkraft erreichen konnten. 2013 ist im Burgenland die Energiewende gelungen und man ist heute Europameister bei der Nutzung erneuerbarer Energie. Ein Bereich, der für den scheidenden Landeshauptmann am Wesentlichsten ist und in dem sich das Burgenland ebenfalls zur Modellregion entwickeln konnte, ist die Bildung – mit der höchsten Maturantenquote, bei der Kinderbetreuung, mit den kleinsten Volksschulklassen, mit dem Ausbau der Fachhochschule.

„Ich war in diesen 18 Jahren aber auch Wohnbaureferent. Es war mir stets wichtig, daß Wohnen im Burgenland in höchster Qualität leistbar bleibt. Von 2000 bis 2018 hat es aus der Wohnbauförderung insgesamt Förderungen in der Höhe von 3,84 Milliarden Euro gegeben. Diese Förderungen sind in Summe in fast 72.000 Wohneinheiten geflossen. Wir haben im vergangenen Jahr mit der ‚Wohnbauförderung Neu‘ weitere deutliche Verbesserungen geschaffen – mit höheren Einkommensgrenzen bzw. höheren Förderungen und merken bereits eine steigende Anzahl bei den Förderanträgen“, betonte Niessl.

Eine OECD-Studie bestätigt, daß das Burgenland im Zeitraum 2000 bis 2016 das wachstumsstärkste Bundesland war. Die Zahl der Unternehmensgründungen hat sich verdoppelt. Bei den Einkommen gibt es ein Plus von 47,4 Prozent. Das ist der stärkste Zuwachs aller Bundesländer. Niessl dazu: „Diese Zahlen zeigen, daß sich das Burgenland besser entwickeln konnte, als andere Bundesländer. Das Burgenland ist heute in vielen Bereichen eine Modellregion in Österreich, aber auch in Europa! Daher empfinde ich ganz großen Dank. Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang auch den Sozialpartnern, die immer ganz wichtige Mitstreiter für das Land waren. Das hat sich besonders im Jahr 2008 gezeigt, als wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Kraftpaket für das Burgenland geschnürt haben, für die heimische Wirtschaft, für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Burgenland. Ich bin davon überzeugt, daß dieses Miteinander, dieses sozialpartnerschaftliche Modell auch Zukunft hat, weil große Aufgaben nur gemeinsam und durch Zusammenhalt gelöst werden können. Ich danke vor allem aber



Foto: Bgld. Landesmedienervice

Generationswechsel an der Spitze des Landes Burgenland: Alt-Landeshauptmann Hans Niessl (l.) mit seinem Nachfolger Hans Peter Doskozil vor dem Landeshauptmann-Büro

den Burgenländerinnen und Burgenländern, die diesen Aufstieg und diesen Erfolg des Landes durch ihren Einsatz möglich gemacht haben.“

Landesregierung zog Bilanz

Den Rückzug von Hans Niessl aus der Politik nahmen die Regierungsparteien schon einige Tage zuvor zum Anlaß, Bilanz zu ziehen. Die letzten dreieinhalb Jahre rot-

blauer Landesregierung seien geprägt gewesen von einem neuen Stil des Vertrauens und des respektvollen Umgangs miteinander. Neue Rekorde bei Beschäftigung, Investitionen in den Tourismus, ein markanter Rückgang der Arbeitslosigkeit, zahlreiche Betriebsansiedlungen, Bestwerte im Bildungsbereich, der Beschluß wegweisender Gesetze und die Sicherung weiterer EU-Förderungen sind Teil dieser Erfolgsbilanz, die der



Foto: Bgld. Landesmedienervice

LH-Stellvertreter Johann Tschürtz und die Klubobleute LAbg. Ingrid Salamon und LAbg. Géza Molnár übergaben LH Hans Niessl zum Abschied eine „Koalitions-Torte“.

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Bei der letzten Sitzung mit Hans Niessl als Landeshauptmann mit Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz (l.), Hans Peter Doskozil (r.) und Landesrätin Verena Dunst

Landeshauptmann und sein Stellvertreter Johann Tschürtz gemeinsam mit ihren Klubobleuten LABg. Ingrid Salamon und LABg. Géza Molnár am 22. Feber präsentierten.

Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungspartnern sei „von Vertrauen, Respekt und von konstruktiver Arbeit geprägt“, stellte Tschürtz fest. „Wir haben mit diesem neuen Stil gemeinsam viele Vorhaben erfolgreich umsetzen können.“ Der Erfolg der rot-blauen burgenländischen Landesregierung sei in erster Linie der Erfolg von Landeshauptmann Hans Niessl. „Er wollte und will immer, gemeinsam mit uns, das Beste für das Land und die burgenländische Bevölkerung erreichen“, hob Tschürtz den partnerschaftlichen Umgang hervor. Dieser Weg finde österreichweit Anerkennung. Die Landesregierung habe in allen Bereichen positive Ergebnisse vorzuweisen. Die Bildung des Konzerns Burgenland, wo es in den Beteiligungen nach Abbau des Proporz nur mehr einen Geschäftsführer gibt, Investitionen in den Tourismus – 6,5 Millionen Investitionen in den Umbau des AVITA-Resorts in Bad Tatzmannsdorf, bis zum Jahr 2023 rund 28 Millionen Euro in den Ausbau der Sonnentherme Lutzmannsburg und in das Hotel Sonnenpark –, der Bau der S7 oder die neue Wohnbauförderung seien Beispiele für die lösungsorientierte Arbeit der Landesregierung unter Niessls Federführung. Besonders wichtig sei der Bereich Forschung, wo das Land mit der 5 Prozent-Beteiligung des Landes am Joanneum Research und dem zukunftsweisenden Forschungsprojekt Open Rail Lab erste wichtige Akzente gesetzt habe. Nicht zuletzt sei auch im Sicherheitsbereich viel weiterge-

bracht worden, diesen habe man höchste Priorität eingeräumt. Auch der Bau der S7, der nun auf Schiene sei, sei vor allem ein Erfolg Niessls.

Erfreut zeigte sich Niessl darüber, daß Bürgerbefragungen die erfolgreiche Bilanz und auch die Arbeit der Landesregierung eindrucksvoll bestätigt hätten: „Vier von fünf Burgenländerinnen und Burgenländer sagen, daß die Landesregierung eine gute Arbeit macht. 85 Prozent sind der Meinung, daß die Lebensqualität im Burgenland sehr gut oder gut ist.“ Diesen Erfolg habe das Regierungsteam gemeinsam erreicht: „Das ist auch ein Verdienst der Klubobleute, die immer wieder Lösungen erarbeitet haben. Das Vertrauen ist gewachsen und heute sehr groß.“ Die-

ses Bemühen um Gemeinsamkeit und um Konsens sei Basis und Garant einer erfolgreichen Arbeit so Niessl, der sich davon überzeugt zeigt, „je mehr Meinungen einfließen, desto besser ist die Qualität der Arbeit“.

Es gehe ihr vor allem darum, einem Politiker danke zu sagen, „dem es immer wichtig war: Was kommt bei der Bevölkerung an, wie können wir unser schönes Burgenland weiter voranbringen?“, betonte Salamon. Niessl habe auch den Mut besessen, „wenn es für das Land gut ist, eingetretene Pfade zu verlassen und einen eigenen Weg einzuschlagen. Dies gilt auch für die Bildung der SPÖ-FPÖ Koalition im Burgenland.“

Niessls Entscheidung, mit den Freiheitlichen ein Regierungsbündnis einzugehen, sei eine „Entscheidung von historischem Ausmaß“ gewesen, die durchaus auch Gefahren für die SPÖ barg, so Molnár. Das der scheidende Landeschef dennoch diesen Schritt gesetzt habe, sei ein Zeichen dafür, daß „es ihm immer um das Land und nicht um die Partei gegangen ist.“ Gemeinsam mit LH-Stv. Tschürtz habe Niessl eine sehr stabile Basis für eine Zusammenarbeit gelegt. Beide hätten einen respektvollen Umgang miteinander vorgelebt. „Da ist das eigentliche Erfolgsrezept der Koalition.“ Es gebe keine Kennzahl die heute schlechter sei als vor 18 oder vor drei Jahren. Auch deshalb sei es ihm ein ehrliches Anliegen, dem scheidenden Landeshauptmann Danke zu sagen.

Landtag verabschiedet Hans Niessl

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Landhaus in Eisenstadt wurde Landeshaupt-



Landtagspräsident Christian Illedits, Landeshauptmann Hans Niessl mit Alt-Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit, die zur Verabschiedung aus Wien angereist waren.

wir nun die weiteren Erfolge für das Land aufbauen können“, würdigte Landtagspräsident Christian Illedits den scheidenden Landeshauptmann.

Die Wahl

Hans Peter Doskozil (SPÖ) wurde am 28. Feber im Rahmen einer Sondersitzung von 20 der 33 Mitglieder des Burgenländischen Landtages zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt und auf die Landesverfassung angelobt. „Ich bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen und bin stolz, diese Funktion mit Demut im Sinne des Burgenlandes, im Sinne der Menschen dieses Landes, ausüben zu dürfen. Ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen für ein ganz besonderes Land, für unser Heimatland Burgenland. Dieses Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer benachteiligten



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landtagspräsident Christian Illedits, der designierte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann Hans Niessl und Eisenstadts Bischof Ägidius Zsifkovics

mann Hans Niessl am 28. Feber in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, mit Bundespräsident a.D. Heinz Fischer an der Spitze, als Landeshauptmann des Burgenlandes von den Mitgliedern des Burgenländischen Landtages und der Burgenländischen Landesregierung verabschiedet. „Es ist weder Wehmut noch Abschiedsschmerz, der mich begleitet, sondern ich blicke mit Dank und Demut auf 18 Jahre zurück, in denen ich als Landeshauptmann für unser Burgenland arbeiten und einen Beitrag zum Aufstieg und Erfolg unseres großartigen Heimatlandes leisten durfte. Dieser Erfolg ist der Erfolg aller Burgenländerinnen und Burgenländer, die hart gearbeitet haben, aber auch viele der heute hier anwesenden Persönlichkeiten haben das Burgenland unterstützt und damit wesentlich zur dynamischen Entwicklung unseres Landes beigetragen. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß mit dem neuen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eine wichtige Weichenstellung zum Wohle des Landes vorgenommen wird und damit die besten Voraussetzungen für die Zukunft des Burgenlandes geschaffen werden“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl.

Das Burgenland ist in den vergangenen 18 Jahren ein anderes Burgenland geworden. Die Chancen, die sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ergeben haben, wurden genutzt. Das Burgenland ist in das Zentrum eines neuen Europas gerückt und ist zu einem selbstbewußten und leistungsfähigen Bundesland geworden. „Wir präsentieren uns heute als ein modernes, dynamisches und selbstbewußtes Bundesland



Foto: Bgld. Landesmedienservice / Roland Schuller

Der neu gewählte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit der neuen Landtagspräsidentin Vera Dunst – der ersten Frau an dieser Position in der Geschichte des Burgenlands

mit einer eigenständigen Identität, das konkurrenzfähig, zukunftsfit und international als eine Vorzeigeregion anerkannt ist. Das ist eine gemeinsame Leistung aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aller Verantwortlichen, aller Parteien im Land – die aber auch ganz klar eine Handschrift trägt, die Handschrift von Landeshauptmann Hans Niessl. Mit Hans Niessl verläßt ein ganz Großer das politische Parkett. Er war in all den Jahren ein Pragmatiker, ein Mann mit Hand-schlagqualität, ein Politiker mit Herz, bei dem die Menschen im Mittelpunkt gestanden sind. Über 18 Jahre lang hat er gemeinsam mit zahlreichen Mitstreitern ein gutes und solides Fundament geschaffen, auf dem

Grenzregion zu einem Vorbild für viele andere Regionen Europas entwickelt und ist zu einem Land geworden, in dem die Menschen gut und gerne leben. Es ist mir deshalb eine Ehre, für die Menschen dieses Landes arbeiten zu dürfen und ich verspreche ihnen: Ich werde mich mit voller Leidenschaft und Intensität für sie einsetzen“, so der neue Landeshauptmann des Burgenlandes.

Als konkrete Schwerpunktthemen für die kommenden Monate nannte Doskozil die Vorlage eines umfassenden Pflegekonzeptes, die Absicherung der 5 Krankenanstalten-Standorte, die Umsetzung von 1.700 Euro Mindestlohn, die starke Positionierung des Sektors Staat, die Etablierung des Burgenlandes

zu einem europäischen Bio-Musterland, die Aufwertung des Bildungssystems hinsichtlich Sprachkompetenz sowie die flächendeckende Ausweitung des Gratiskindergartens.

Zur neuen Präsidentin des Burgenländischen Landtages – und damit erstmals in der Geschichte des Burgenlandes eine Frau – wurde die ehemalige Landesrätin Verena Dunst (SPÖ) gewählt. Neue SPÖ-Regierungsmitglieder sind der ehemalige Präsident des Burgenländischen Landtages Christian Illedits sowie Daniela Winkler und Heinrich Dorner. Die ehemalige Bundesrätin Inge Posch-Gruska wurde als neues Mitglied des Burgenländischen Landtages angelobt. Im Gegenzug wechselt der SPÖ-Landtagsabgeordnete Günter Kovacs als Vertreter des Burgenlandes in die 2. Kammer der Republik Österreich, den Bundesrat.

Der neue Landeshauptmann

Das Motto des neuen Landeshauptmanns von Landesrat Hans Peter Doskozil ist ein Zitat des langjährigen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt: „Die Politik muß den Menschen dienen und nicht umgekehrt.“

„Das Amt des Landeshauptmannes im Burgenland ist ein großartiges Amt“, so Doskozil. „Es ist mir eine Ehre, dem Land und den Menschen hier dienen zu dürfen und ich werde mich mit voller Leidenschaft und vollem Einsatz für das Burgenland einsetzen.“

Das Burgenland habe sich in den vergangenen Jahren von einem Grenzland zu einem Aufstiegsland entwickelt. „Dank dieser guten Entwicklung können wir auch zuversichtlich in die Zukunft blicken. Aber wir dürfen nicht stehenbleiben und uns auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Mein Ziel heißt kluges Wachstum fürs Burgenland. Das heißt aber nicht nur Wirtschaftswachstum im Land, sondern auch unseren BIO-Weg weiter zu gehen, die Anhebung des Mindestlohns, eine bessere Kinderbetreuung und die Reform der Pflege. Die Zukunft wird viele Veränderungen bringen und wir werden dafür die entsprechenden Schritte setzen“, so der neue Landeshauptmann. Sein Vorgänger Hans Niessl „hat 18 Jahre großartige Arbeit für das Burgenland geleistet und ich werde diesen Weg weiterführen. Gemeinsam als starke Landesregierung setzen wir uns für die Burgenländerinnen und Burgenländer ein!“, so Doskozil.

Wollen die Sozialpartnerschaft leben

„Was mir besonders wichtig ist, daß wir die Sozialpartnerschaft leben wollen. Das



Die neue Landtagspräsidentin Verena Dunst gelobte (v.l.) Christian Illedits, Daniela Winkler und Heinrich Dorner als Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung an.



Alllandeshauptmann Hans Niessl übergibt das Burgenland seinem Nachfolger Hans Peter Doskozil auch symbolisch in Form einer Landkarte mit Erfolgs-Wünschen

heißt: Das Gespräch mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern suchen, den Ausgleich suchen“, so Doskozil. Das Ziel sei klar: gemeinsam das Burgenland auf der wirtschaftlichen Erfolgsspur halten und eine Politik für alle Burgenländerinnen und Burgenländer zu machen. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft sei ein Schlüssel dazu, betonten WK-Präsident Peter Nemeth und AK-Präsident Michalitsch unisono.

Er habe seine erste Pressekonferenz nach dem Amtsantritt bewußt unter das Zeichen der Sozialpartnerschaft gestellt, so Doskozil. „Kompromisse suchen, Kompromisse finden und letztendlich auch leben! Das Ziel der Landesregierung ist es, eine Politik für alle Burgenländerinnen und Burgenländer zu

manchen.“ Das bedeute, daß man schauen wolle, wie „man Anliegen der Arbeitnehmer stärken, aber zugleich auch wirtschaftspolitische Akzente setzen kann, die in den Betrieben ankommen“. Man habe seitens der politischen Verantwortlichen schon bisher eine den Klein- und Mittelbetrieben sehr entgegenkommende Wirtschaftspolitik gemacht, wie bei der Wirtschaftsförderung oder der Ansiedlungspolitik. Das sei der Schlüssel für den Erfolg. Eine klare Absage erteilt Doskozil deutschen Verhältnissen: „Wir müssen uns die Frage nach dem Wert der Sozialpartnerschaft stellen. Verhältnisse, wie in Deutschland mit Hartz 4, münden in einer Sackgasse. Diese Entwicklungen müssen wir hintanhalten.“

Die Angelobung

Hans Peter Doskozil, der am 28. Februar von den Mitgliedern des Burgenländischen Landtages zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt wurde, ist – begleitet von einer burgenländischen Delegation, mit Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und weiteren Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung an der Spitze, am 4. März in der Wiener Hofburg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf die Österreichische Bundesverfassung angelobt worden. Mit den Worten „Ich gelobe“ verpflichtete sich Hans Peter Doskozil, alle Gesetze der Republik Österreich zu beachten und die mit dem Amt des Landeshauptmannes verbundenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

„Das Burgenland hatte als jüngstes Bundesland Österreichs eine historisch bedingte schwere Zeit. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat dieses Land als Brücke zum geöffneten Osten mit Unterstützung der Fördermittel aus der Europäischen Union aber in vielen Themenbereichen eine äußerst positive Entwicklung genommen. Die Menschen des Burgenlandes haben aber nicht nur ihren Fleiß, sondern im Zuge der großen Fluchtbewegung 1956 auch ihre Hilfsbereitschaft bewiesen. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zu einem Miteinander hat auch der damalige Landespolizeidirektor und jetzige Landeshauptmann durch sein um-



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (l.) wurde von Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf die Bundesverfassung angelobt

sichtiges und verantwortungsvolles Handeln im Jahr 2015 bei der Ankunft Tausender Flüchtlinge in Nickelsdorf unter Beweis gestellt. Mit dem heutigen Tag trägt Mag. Hans Peter Doskozil Verantwortung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer zum Wohle des Landes. Eine Aufgabe, für die ich ihm viel Glück und den größtmöglichen Erfolg wünsche“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen. ■

<http://www.bundespraesident.at/>
<http://www.burgenland.at/>
https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Peter_Doskozil/
<https://www.facebook.com/doskozil/>

Hinweis: Auf den folgenden Burgenland-Seiten wird von Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Hans Peter Doskozil die Rede sein – da alle Beiträge vor dem Wechsel an der Spitze des Landes entstanden sind.

Die Redaktion



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, Landesrat Christian Illredits, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Landesrätin Daniela Winkler und Landesrat Heinrich Dörner

Pakt für Beschäftigung

... vernetzt und fördert innovative Projekte im Burgenland



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Pakt für Beschäftigung: Landeshauptmann Hans Niessl (Mitte links) mit VertreterInnen der zwölf burgenländischen Institutionen

Innovative Projekte, die Vernetzung der Paktpartner und die Betreuung des Qualifizierungsverbundes Gesundheitstourismus standen auf der Agenda des Pakts für Beschäftigung 2018. 2019 stehen die Themen Pflege, Soziales, Fachkräfte und Digitalisierung im Fokus. Das AMS Burgenland und das Land Burgenland sind neben den weiteren zwölf Partnern die Hauptvertragspartner des Pakts für Beschäftigung. Der Abstimmungsprozeß im Pakt für Beschäftigung mit den zwölf burgenländischen Institutionen, dem AMS Burgenland und dem Land Burgenland ist durch unterschiedliche Gremien abgesichert.

Fachliche Inputs für und mit Paktpartnern erarbeiten

In diese unterschiedlichen Gremien des Pakts für Beschäftigung werden thematische Fachinputs eingebracht, die die Themenfelder der Paktpartner betreffen. Gemeinsam mit den Partnern wurde die Wichtigkeit ältere ArbeitnehmerInnen in Betrieben durch das Fachsymposium „Generationenmanagement – Alternsgerechtes Arbeiten“ im November 2018 in die Öffentlichkeit auch mittels Praxisbeispielen (Vossen GmbH & Co

KG und Lenzing Fibers GmbH) gebracht. Der Kooperationspartner war „arbeit&alter“ (Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer Österreich).

Als Keynote-Speaker konnte Professor Florian Kunze (Universität Konstanz) gewonnen werden.

Projekte mit den Paktpartnern in Umsetzung bringen

Vor allem aber stand die Förderung innovativer Projekte, die zu den Themen Ältere, Frauen, Integration und Jugendliche & Berufsorientierung umgesetzt werden, im Vordergrund. Insgesamt befanden sich 2018 vier genehmigte Projekte in Durchführung:

„Karrierecenter – Berufspraktische Tage für SchülerInnen“

Projektträger: Burgenländisches Schulungszentrum Neutal
Schwerpunkt: Jugendliche & Berufsorientierung

„GemeinsamGutArbeiten – Gewaltfreie Arbeitswelt“

Projektträger: Österreichischer Gewerkschaftsbund
Schwerpunkt: Frauen

„Bare Münze – Finanzcoaching als aktiver Beitrag zum Erhalt des Arbeitsplatzes“

Projektträger: Frauenberatungsstelle Oberpullendorf
Schwerpunkt: Frauen

„GPS: Mit ‚GPS‘ durchstarten im Südburgenland“

BBZ Burgenland – Bildung und Beschäftigungszentrum
Schwerpunkt: Ältere

„Job to Go! – Girls, ihr seid bereit für die Arbeitswelt“

Verein „die Tür“ Frauenservicestelle Mattersburg und Eisenstadt
Schwerpunkt: Jugendliche & Berufsorientierung

Im Arbeitsprogramm 2019 wird der Schwerpunkt auf die Förderung von kleinen und innovativen Projekten gelegt. So sind bereits zwei Projekte genehmigt, die 2019 in Umsetzung gehen. Ziel ist es, weitere Projekte im Bereich Pflege, Soziales und Fachkräfte in Genehmigung zu bringen. Zusätzlich steht das Thema Digitalisierung auf der Agenda des Pakts für Beschäftigung. Eine

weitere Aufgabe des Pakts für Beschäftigung ist die Betreuung des Qualifizierungsverbundes Gesundheitstourismus. Bisher wurden 86 Kurse mit 514 TeilnehmerInnen (weiblich: 377) durchgeführt. Zu den Qualifizierungsmaßnahmen der MitarbeiterInnen der beteiligten Leitbetriebe und KMU zählen: 1 Partner sind: Sonnentherme Lutzmannsburg-Frankenau GmbH (Leadpartner), Avita Resort GmbH & Co KG, Kurbad Tatzmannsdorf Aktiengesellschaft, Heilbad Sauerbrunn Betriebsgesellschaft m.b.H., Kurz GmbH & Co. KG, Sporthotel Kurz GmbH & Co. KG., ALL IN RED Thomas Angerer e.U., Glatz GmbH und Angerer HotelbetriebsgmbH Qualitäts- und Kundenmanagement, Kommunikations- und Verkaufsschulungen aber auch Maßnahmen des Online-Marketings und weitere Spezialausbildungen.

Im Weiteren werden in diesem Jahr mit den unterschiedlichen Paktpartnern Kooperationsveranstaltungen durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie auf <http://www.unserpakt.at/>

Informationen zum Pakt für Beschäftigung

Das AMS Burgenland und das Land Burgenland sind neben den weiteren zwölf Partnern die Hauptvertragspartner des Pakts für Beschäftigung.

Folgende weitere Partner sind im Pakt für Beschäftigung vertreten:

- Burgenländischer Gemeindebund
- Industriellenvereinigung Burgenland
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland
- Referat für Frauen, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung
- Bildungsdirektion für Burgenland
- Landwirtschaftskammer Burgenland
- Österreichischer Gewerkschaftsbund Burgenland
- Regionalmanagement Burgenland GmbH
- Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband Burgenland
- Sozialministeriumservice – Landesstelle Burgenland
- Wirtschaft Burgenland GmbH
- Wirtschaftskammer Burgenland

Die Koordinationsstelle des Pakts für Beschäftigung ist in der Regionalmanagement Burgenland GmbH (kurz: RMB) angesiedelt. Innovative Projekte können weiterhin bei der Pakt-Koordinationsstelle eingebracht werden. Diese werden in den Pakt-Gremien behandelt. ■

Burgenland ist Nummer 1 bei der Nutzung erneuerbarer Energie



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Energie Burgenland-Vorstandsvorsitzender Michael Gerbavits und Landeshauptmann Hans Niessl überzeugten sich am 10. Feber in einem Windrad in Weiden am See von der hohen Produktion, die an diesem Tag den fünffachen Wert des Stromverbrauches erreichte.

Am Wochenende vom 9. und 10. Feber wurde fünf Mal mehr Strom erzeugt als im Burgenland verbraucht wurde. Landeshauptmann Hans Niessl betonte, daß das Burgenland „europaweit die Nummer 1 bei der Nutzung erneuerbarer Energie ist“. Zu Beginn seiner Tätigkeit als Landeshauptmann im Jahr 2000 seien 3 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie abgedeckt worden – heute sind es über das Jahr gerechnet rund 150 Prozent. Diesen Wert erreiche keine Region in der Europäischen Union. Nun wurde also sogar fünf Mal mehr Strom erzeugt, als im Burgenland verbraucht wurde.

„Wir haben die Energiewende in den vergangenen 18 Jahren im Burgenland realisiert – durch die Nutzung hauptsächlich der

Windkraft, von Photovoltaik und in kleinerem Ausmaß auch der Biomasse“, so Niessl weiter. „Das Burgenland leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz – große Mengen an CO₂ werden eingespart.“ Besonders wichtig und erfreulich sei auch die Tatsache, daß der Energieversorger des Burgenlandes, die Energie Burgenland, keinen Atomstrom importiert, sondern zu 100 Prozent auf Ökostrom setzt.

Um nicht nur stromautark, sondern auch energieautark werden zu können, sie es notwendig, daß seitens des Bundes gute Rahmenbedingungen in Form eines modernen Ökostromgesetzes geschaffen werden – mit einer sinnvollen Kombination aus Windkraft, Photovoltaik und Biomasse. ■

<https://www.energieburgenland.at/>

Verkehrssicherheitsbilanz 2018

Tschürtz: »Verkehrssicherheitsarbeit im Burgenland wirkt« – Massiver Rückgang der Verkehrstoten auf Burgenlands Straßen um rund 50 Prozent

Ein Rückblick auf das Jahr 2018 und Schwerpunkte für 2019 im Bereich der Verkehrssicherheit im Burgenland präsentierten Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, Landespolizeidirektor-Stellvertreter Generalmajor Werner Fasching und Oberst Andreas Stipsits, Leiter der Verkehrsabteilung (LVA) am 7. Feber. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden ist demnach von 803 im Jahr 2017 auf 778 im Jahr 2018, die Zahl der getöteten Personen um 12 auf 13 Personen gesunken. Hauptursachen für Unfälle waren wie schon zuletzt zu hohe Geschwindigkeit, Alkohol und Drogen sowie Ablenkung etwa durch das Mobiltelefon. Auf diese Delikte werden im kommenden Jahr auch die Schwerpunkte gesetzt; neben repressiven Maßnahmen sind weiterhin Bewußtseinsbildung und Prävention wesentliche Elemente. „Die Bilanz zeigt, daß die Verkehrssicherheitsarbeit im Burgenland wirkt, wenngleich jedes Todesopfer eines zu viel ist“, betont Tschürtz.

Eine wichtige Richtschnur für die Verkehrssicherheitsarbeit im Burgenland sei das „Verkehrssicherheitsprogramm 2017–2021“, so Tschürtz, die darin enthaltenen Maßnahmen und Projekte setze man Schritt für Schritt um. So habe man im Rahmen der Workshops zum Thema „Ablenkung im Straßenverkehr für Jugendliche“ 316 SchülerInnen die Gefahr von ablenkenden Tätigkeiten im Straßenverkehr aufgezeigt. Die Workshops wurden vom Kuratorium für Verkehrssicherheit durchgeführt und vom Land Burgenland unterstützt. Ein weiteres Beispiel für bewußtseinsbildende und präventive Maßnahmen das „CoPilotenTraining“ der AUYA, an dem 271 SchülerInnen sowie Eltern teilgenommen haben. Kindersitz und richtiges Sichern im Auto standen dabei im Mittelpunkt. Weiters, so Tschürtz, wurden 27 bestehende Bushaltestellen im Vorjahr mit einem verkehrstechnischen Amtssachverständigen überprüft.

„Jeder Tote ist einer zu viel. Deshalb setzen wir auch in den kommenden Jahren auf konkrete Maßnahmen, deren Ziel die weitere Reduktion von Verkehrsunfällen ist“, so Tschürtz abschließend. Deshalb werde man Projekte, wie das „CoPilotenTraining“ und Workshops zum Thema Ablenkung 2019



Foto: Bgld. Landesmedienervice

v.l.: Landespolizeidirektor-Stellvertreter Generalmajor Werner Fasching, LH-Stv. Johann Tschürtz und Oberst Andreas Stipsits, Leiter der Verkehrsabteilung

fortsetzen, dies gelte auch die Förderung von Fahrsicherheitstrainings für MotorradfahrerInnen. Das sogenannte AUVA-Radworkshop 2019, eine Bildungsveranstaltung zum Thema „Kindersicherheit auf dem Fahrrad“, wird erstmals vom Land unterstützt. Wieder stattfinden wird der Burgenländische Verkehrssicherheitstag.

Die Verkehrssicherheitsarbeit verfolge drei Ziele, erläuterte Landespolizeidirektor-Stellvertreter Generalmajor Werner Fasching. Das sind neben der Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Reduktion der Verkehrsunfälle sowie die Reduktion der Alko- und Drogenlenker. Um diese Ziele zu erreichen, setzte man auf einen Mix aus repressiven Maßnahmen (z. B. Geschwindigkeits- und Alkoholkontrollen) und Prävention (Verkehrserziehung, mediale Kampagnen und Ankündigungen von Schwerpunktkontrollen).

Mehr als 55.000 Stunden an Geschwindigkeitskontrollen, 13.745 Stunden an Alkoholkontrollen, 2.201 Stunden Abstandkontrollen und 34.742 Stunden an Schwerverkehrskontrollen wurden 2017 durchgeführt, und es gab 16 landesweite Schwerpunktaktionen. Dabei kam es zu 250.528 Anzeigen (2017: 222.073) und 39.252 Organmandaten (2017: 36.602) wegen Geschwindigkeitsüberschreitung. 907 (2017: 919) Anzeigen wegen Alkohol und 90 (2017: 76) Anzeigen wegen Drogen weist die Statistik für 2018 aus. Im Bereich des Schwerverkehrs gab es 1.517 allgemeine Anzeigen (2017: 1.818),

3.878 (2016: 4.939) Anzeigen wegen Überschreitung von Lenk- und Ruhezeiten und 8.611 (2016: 8.440) Anzeigen wegen technischer Mängel. 1.151 LKW-Lenkern wurden die Kennzeichen abgenommen.

237.691 Radar- (2017: 207.164) und 10.530 Laseranzeigen (2017: 13.850) wurden ausgestellt, in der Statistik zu Buche schlagen auch 33.197 Organstrafverfügung nach Lasermessungen (2017: 32.534). Stark zugenommen haben die Verstöße wegen zu geringen Abstand – von 2.794 im Jahr 2017 auf 6.113.

Gesunken ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden – von 803 im Jahr 2017 auf 778 im Vorjahr. Dabei wurden 13 Personen getötet (2017: 25), 3 der Todesopfer waren Motorradlenker, 2 ohne Gurt unterwegs, 2 waren Fußgänger, 1 Radfahrer hatte keinen Helm auf.

„Wir werden unsere Strategie des Vorjahres 2019 weiter fortsetzen und Schwerpunkte bei jenen Delikten setzen, die hauptverantwortlich sind für Verkehrsunfälle, nämlich Geschwindigkeit, Abstand, Alkohol und Drogen im Straßenverkehr und Unachtsamkeit wie die Handybenutzung am Steuer oder das Nichtanlegen des Gurtes“, so Oberst Andreas Stipsits, Leiter der Verkehrsabteilung. Für die Polizei seien nicht nur repressive Maßnahmen wichtig, sondern auch Prävention und Bewußtseinsbildung, wobei die Verkehrserziehung an Schulen ein wesentlicher Bestandteil ist. ■

Lehrlinge mit Energie gesucht

Burgenländischer Leitbetrieb setzt auf die Ausbildung von jungen Talenten und führt neuen Lehrberuf ein

Um die in absehbarer Zeit im Öffentlichen Dienst, in den landesnahen Unternehmen, aber auch im privatwirtschaftlichen Sektor in größerer Dimension bevorstehende Pensionierungswelle qualitativ und quantitativ in entsprechender Form kompensieren zu können, will Landesrat Hans Peter Doskozil Jugendliche für einen Lehrberuf begeistern.

„Man kann nicht früh genug damit beginnen. Deshalb wird es hier notwendig sein, junge Menschen unter Einbindung der Eltern bereits im Pflichtschulalter abzuholen und dort hin zu führen, wo ihre beruflichen Neigungen liegen. Eine Image-Optimierung der Bildungslandschaft, eine zielorientierte und qualitativ hochstehende Ausbildung, eine – Stichwort Mindestlohn – entsprechende Bezahlung, eine Attraktivierung des Berufsbildes, eine dementsprechende Wertschätzung dem Lehrberuf, aber auch den Menschen gegenüber, die ihn ausüben, sowie Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sind hier die wesentlichsten Ansatzpunkte“, betonte der Landesrat am 7. Feber bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, in Eisenstadt.

Die Energie Burgenland geht hier bereits seit Jahren mit gutem Beispiel voran, denn die laufende Ausbildung von jungen Talenten ist für den landesnahen Leitbetrieb eine wichtige Investition in die Zukunft des Unternehmens und Teil ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Das Unternehmen bildet insgesamt 40 Lehrlinge in zehn Berufen aus. „Als Experten der Zukunft leisten gut ausgebildete Fachkräfte für uns einen maßgeblichen Beitrag zum Unternehmenserfolg. Wir investieren daher kontinuierlich in die Lehrlingsausbildung und bieten unseren Lehrlingen einen attraktiven Ausbildungsplatz. So können sich unsere Nachwuchstalente wertvolle Zusatzqualifikationen aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern aneignen“, sagte dazu der Gerbavits.

Um möglichst viele Bewerber für die ausgeschriebenen Lehrstellen zu begeistern, bietet die Energie Burgenland attraktive Extras. So gibt es beim Energieunternehmen die Möglichkeit von Jobrotation, um andere Bereiche kennen zu lernen. Außerdem setzt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Energie Burgenland setzt als Leitbetrieb auf die Ausbildung von jungen Talenten (v.l.): Landesrat Hans Peter Doskozil, Julian Ernst, Bürokaufmann-Lehrling, Sabine Trimmel, Mitarbeiterin IT-Abteilung, Beate Pauer-Zinggl, Leiterin Personalmanagement u. Corporate Affairs, und Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland

das Unternehmen bei der Ausbildung auf modernste Standards und fördert während der Lehre auch die sozialen Kompetenzen der Nachwuchstalente. Dazu Doskozil: „Der Fachkräftemangel betrifft viele Branchen. Es ist daher für die Betriebe des Burgenlandes besonders wichtig, schon heute junge Menschen als Fachkräfte von morgen für sich zu gewinnen. Dieser Weg der Energie Burgenland, Jugendliche für das eigene Unternehmen als Facharbeiter zielorientiert auszubilden, sollte deshalb Vorbild, Auftrag und Verpflichtung für jeden Leitbetrieb im Burgenland, aber auch für die privatwirtschaftlichen Unternehmungen insgesamt sein.“

Die Energie Burgenland bietet folgende Lehrberufe an: Betriebslogistikkaufmann/frau, Bürokaufmann/frau, Informations- und TelekommunikationstechnikerIn, KonstrukteurIn, MetalltechnikerIn, ElektrotechnikerIn, Koch/Köchin, Technische/r ZeichnerIn, Installations- und GebäudetechnikerIn und ApplikationsentwicklerIn-Coding an. In diesen Lehrberufen werden beim burgenländischen Energiedienstleister jährlich durchschnittlich 40 Lehrlinge ausgebildet. Das Berufsbild ApplikationsentwicklerIn-Coding kommt heuer erstmals neu hinzu. „Damit

sind wir am Puls der Zeit. Die Digitalisierung fordert von den Mitarbeitern eine spezielle Expertise. Fachkräfte im IT-Bereich sind derzeit Mangelware, daher bilden wir unseren Nachwuchs selbst aus“, sagte Beate Pauer-Zinggl, Personalchefin der Energie Burgenland.

Seit 2009 gibt es für alle Lehrlinge auch die Möglichkeit, eine Lehre mit Matura abzuschließen. Dadurch ist sichergestellt, daß dem Unternehmen Fachkräfte mit hohem Know-How zur Verfügung stehen. Gute Erfahrung hat die Energie Burgenland im Rahmen der integrativen Lehre außerdem in der Ausbildung von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen.

„Die Energie Burgenland übernimmt damit gesellschaftliche Verantwortung, im Gegenzug bereichern diese jungen Menschen die Unternehmenskultur. Diversität nimmt im Unternehmen einen wichtigen Platz ein“, so Pauer-Zinggl. Die Energiewirtschaft ist eine spannende Branche mit vielen unterschiedlichen Themenbereichen.

„Während der Ausbildung bekommt man einen ausgezeichneten Einblick in das Unternehmen und kann sich ein äußerst umfassendes Wissen aneignen. Die Energie Bur-

genland ermöglicht uns Lehrlingen, zum Beispiel, auch einen internationalen Lehrlingsaustausch. Das finde ich besonders spannend“, sagte Julian Ernst, der derzeit seine Lehre als Bürokaufmann bei der Energie Burgenland absolviert. Erst im Sommer kam der Lehrling aus Ohio zurück und berichtete begeistert von seinen Erfahrungen in den USA.

Junge Leute wählen allerdings oft fast dieselben Berufe wie vor 20 Jahren. Mädchen bewerben sich bei der Energie Burgenland

nach wie vor kaum für technische Berufe. In der Energie Burgenland findet man Frauen bereits im Informationstechnik-Bereich. „Als Applikationsentwicklerin kann ich meine Affinität zur Technik ausleben. Meine Aufgaben sind sehr abwechslungsreich und oft ist meine Kreativität gefragt. Mit den kontinuierlichen Neuerungen im digitalen Bereich bleibe ich auch immer am Puls der Zeit“, so Sabine Trimmel, Mitarbeiterin in der IT-Abteilung der Energie Burgenland. Die körperliche Konstitution, die oft bei

technischen Berufen erforderlich ist, ist kein Ausschlusskriterium. Mit neuen Arbeitsmethoden und Werkzeugen können Mädchen die gleiche Leistung erbringen wie Burschen. „Derzeit sind wir auf der Suche nach guten Lehrlingen für technische Berufe. Es ist uns dabei ein besonderes Anliegen, Mädchen dafür zu begeistern“, betonte Beate Pauer-Zinggl. Informationen zu den freien Lehrstellen sind auf der Website der Energie Burgenland zu finden. ■

<https://www.energieburgenland.at/unternehmen/karriere/lehrlingsinitiative.html>

Wirtschaftsstandort steht hoch im Kurs

Landeshauptmann Hans Niessl besuchte am 21. Feber die Unternehmen Sigmapharm/MoNo und der SEP Group in Hornstein. Die beiden Betriebe haben sich dort neu angesiedelt. „Das Burgenland kann stolz auf solche Unternehmen sein. Sie werten den Standort auf und schaffen neue Arbeitsplätze. Das Burgenland ist ein sehr guter Wirtschaftsstandort“, so Niessl. Das Land habe mit der Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

„In den letzten 18 Jahren war die Wirtschaftspolitik über die Parteigrenzen hinweg immer ein gemeinsames Anliegen. Das ist auch richtig so“, sagt Niessl, und erntet seitens der Unternehmer Zustimmung. Das Burgenland habe den roten Teppich ausgerollt, „und das sage ich auch allen unseren Partnern. Es war die richtige Entscheidung, ins Burgenland zu kommen“, so Bernhard Wittmann, Geschäftsführer der Sigmapharm Arzneimittel GmbH, zur Standortwahl. Das auf Arzneimittelherstellung spezialisierte Pharmaunternehmen ist gerade dabei, die Produktion aus Wien ins Burgenland zu verlegen. Insgesamt 20 Millionen Euro werden in Hornstein investiert. Mit der Produktion sowohl flüssiger Arzneimittel als auch Medizinprodukten soll noch in diesem Jahr gestartet werden.

Bereits produziert wird in den Hallen der SEP Group, einem Unternehmen in den Bereichen Software Engineering, Digitalisierung und Sondermaschinenbau. „Wir bieten mittlerweile das gesamte Portfolio eines Anlagenbauers an. Unser Geschäft liegt dort, wo es ins Tüfteln geht, wo wir uns von den anderen abheben“, erklärt der für den Vertrieb zuständige Geschäftsführer Bernhard Haas. SEP entwickelt und fertigt roboterbasierte Automatisierungs-, Montage- und Bearbeitungsanlagen und Sondermaschinen für die



v.l: Hornsteins Vize-Bgm. Florian Hofstetter, Bbm. LAbg. Christoph Wolf, Landeshauptmann Hans Niessl, WIBUG-GF Harald Zagiczek und Sigmapharm-GF Bernhard Wittmann



Bei SEP (v.l.): SEP-Geschäftsführer Andreas Fischer, Landeshauptmann Hans Niessl und Hornsteins Vizebürgermeister Florian Hofstetter

Automobil-, Luftfahrt-, Elektronik- und metallverarbeitenden Industrie sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Darüber hinaus entwickeln und programmieren die MitarbeiterInnen der Hightech-Schmiede

komplette Software- und Digitalisierungslösungen für den hochtechnologisierten Maschinenbau und die Industrie. ■

<http://www.sigmapharm.at/>
<https://www.sep-group.at/>

Mehr Lebensräume für Bienen

Das Eisenstädter Erfolgsprojekt Schmetterlingswiesen wird erweitert.

Im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung „Eisenstadt tut mir gut“ wurden in den letzten beiden Jahren an verschiedenen Plätzen Wiesen voller Blumen und Gräser angelegt. Mit der Aktion „bienenfreundliche Stadt“ wird nun das Erfolgsprojekt fortgesetzt und sogar noch erweitert.

Wir alle sind von einem funktionierenden Ökosystem abhängig. Viele Insektenarten und vor allem Bienen als die wichtigsten bestäubenden Insekten nehmen hier eine Schlüsselrolle ein. Dieses System ist jedoch in Gefahr. In vielen Berichten und Artikeln (u.a. in der Zeitschrift „Biological Conversation“) wird eindringlich vor katastrophalen Auswirkungen auf unseren Planeten gewarnt. Ursachen dafür sind das nicht ausreichende Nahrungsangebot, sowie schwindender Lebensraum, Monokulturen, Krankheiten und Parasiten und die Folgen von Pestizideinsatz. Ohne Bienen und Insekten steht es schlecht um unsere Ökosysteme, die biologische Vielfalt und letztlich auch um uns Menschen.

Aktion »bienenfreundliche Stadt«

„Wir wollen nicht zusehen, sondern mit dieser Initiative Taten setzen und einen Beitrag zum Weiterbestand und zur Vermehrung von Bienen und Insekten leisten“, so Bürgermeister Thomas Steiner. „Die Stadt kann mit einem Bündel an Maßnahmen selbst etwas dazu beitragen, aber auch durch gezielte Bewusstseinsbildung die Bevölkerung in diese Aktion einbinden“, ist der Bürgermeister vom Erfolg des Projektes überzeugt.

Der Aktionsplan

- Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat,
- weiterer Ausbau der beliebten Schmetterlingswiesen,
- Bienen- und insektenfreundliche Grünflächenpflege,
- Kooperation mit Imkern zur Vermehrung der Bienen im urbanen Bereich,
- Produktion und gemeinsame Vermarktung eines Original Bio „Stadthonigs“ und
- Aufbau einer Wissensvermittlung für Kinder.

Die Stadt bietet zum Teil bereits jetzt bessere Lebensbedingungen für Insekten als die freie Landschaft. In vielen Privatgärten, Parks und anderen öffentlichen und halböffentlichen Grünflächen, Kleingartenanlagen und



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

„Eisenstadt tut mir gut“ (v.l.): Imker Wolfgang Hirschhofer, Bürgermeister Thomas Steiner, Gemeinderat Otto Prieler und Imker Thomas Gabbichler bei der Projekt-Präsentation

Schutzgebieten ist ein abwechslungsreiches Blütenangebote zu finden.

Eisenstadt denkt nachhaltig, verzichtet seit 2013 auf den Einsatz von Glyphosat und fördert mit rund 6000 m² Schmetterlingswiesen naturnahe Flächen, die den Insekten Lebensraum und Nahrung bieten. Neben einer attraktiven Grünraumgestaltung soll aber auch vermehrt eine bienen- und insektenfreundliche Straßenraumgestaltung Platz greifen. Derzeit werden von den städtischen Mitarbeitern neben Bachläufen und Güterwegen 230.000 m² Grünflächen gemäht. „Ab dem heurigen Jahr sollen Mähintervalle reduziert werden, bzw. bestimmte Rasenflächen nicht bzw. nur behutsam bearbeitet und gemäht werden, um damit mehr Platz und Nahrung für Insekten und Bienen zu schaffen“, so Bürgermeister Steiner.

Eine Biene für jeden Österreicher

„Die Nähe zu den Standorten der Schmetterlingswiesen wird genutzt um aktiv und gezielt die Bienen ins urbane Gebiet von Eisenstadt zu holen. Momentan gibt es in Eisenstadt rund 80 Bienenstöcke, die von Imkern in und um Eisenstadt betreut werden“, berichtete Gemeinderat Otto Prieler.

Die Stadt wird in Zusammenarbeit mit den beiden Imkern Wolfgang Hirschhofer und Thomas Gabbichler in einem ersten Schritt zusätzlich 150 Bienenvölker in Ei-

senstadt ansiedeln. Die Standorte der Bienenstöcke werden unmittelbar im Zentrum der Stadt aber auch in den Ortsteilen St. Georgen und Kleinhöflein sein. „In den Sommermonaten bedeutet das für Eisenstadt ein Plus von nahezu neun Millionen Bienen mehr in der Stadt – auf jeden Österreicher kommt somit eine Eisenstädter Biene“, so Steiner.

Stadthonig: Käuflich zu erwerben

Der Honig, der von den Eisenstädter Bienen erzeugt wird, ist bei ausgesuchten Vertriebspartnern ab Mitte März käuflich zu erwerben: Geführt wird er in den Filialen der Bäckerei Altdorfer, dem Restaurant „Die Alm“, im Tourismusbüro in der Hauptstraße sowie im Shop des Schlosses Esterházy.

Das Thema Wissensvermittlung ist Eisenstadt ein großes Anliegen – aus diesem Grund werden Schaubienenstöcke und Infotafeln an strategisch günstigen Standorten die Thematik der Bienen aufgreifen und der Bevölkerung einen interessanten Einblick in das Leben der Bienen bieten.

Zusätzlich zu den Bienenstöcken werden direkt bei den Schmetterlingswiesen Wildbienenhotels aufgestellt werden. Die Kinder der Eisenstädter Kindergärten werden selber unter Anleitung Lebensräume für Wildbienen basteln und diese bei den Schmetterlingswiesen platzieren. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Sinnvolle Investitionen zum Wohl der Bürger

Der Burgenländische Rechnungshof nahm Mattersburg genau unter die Lupe.

Seit Jahren gilt Mattersburg in punkto Stadtentwicklung und Finanzgebarung als Mustergemeinde. Bei der Gemeinderatsitzung am 20. Feber 2019 wurden sowohl der Rechnungshofbericht des Landes Burgenland als auch der Rechnungsabschluß für 2018 präsentiert. Fazit: Mattersburg steht im Vergleich zu anderen Städten sehr gut da und zählt weiterhin zu den Vorzeigegemeinden des Burgenlandes.

Nach Neusiedl/See war Mattersburg die zweite Stadt, die vom Burgenländischen Rechnungshof genau unter die Lupe genommen wurde. Dessen Aufgabe ist es, mit seinen Prüfberichten und Empfehlungen den Landtag bei der ihm obliegenden Gebarungskontrolle des Landes zu unterstützen.

Bürgermeisterin Ingrid Salamon: „Unsere Stadt ist gut aufgestellt, die vielen Investitionen vor allem im Bildungs- und Umweltbereich, aber auch in die Infrastruktur sorgen für höchste Lebensqualität. Die Empfehlungen des Rechnungshofes werden ernst genommen, viele davon wurden sogar schon im Vorfeld berücksichtigt.“

Überprüft wurde nicht nur die Stadtgemeinde, sondern auch die drei ausgelagerten Gesellschaften Stadtentwicklungs & CO KG, Villa Martini GMBH und FEZ GmbH.

Es wurden insgesamt 2.937 elektronische Dateien oder Dokumente geprüft. Seitens des Landesrechnungshofes wurden 118 Empfehlungen ausgesprochen, davon wurden 13 bereits im Vorfeld umgesetzt, 11 sofort nach Besprechungen mit den Prüfern noch vor Übergabe des Berichtes. Die Empfehlungen sind zum Teil Detailfragen, die interne Arbeitsabläufe betreffen. „Wir sind bemüht, die Empfehlungen soweit wie möglich umzusetzen“, meint dazu die Bürgermeisterin. Betreffend der Organisationsstruktur soll zusammen mit dem Städtebund ein entsprechender Leitfaden ausgearbeitet werden, auch als Muster für andere Städte.

Dynamische Entwicklung

Laut Landesrechnungshof ist die Entwicklung der Stadtgemeinde Mattersburg eine dynamische. Die Investitionen wurden in Infrastruktur und Bildung gesetzt. Vor allem



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Bürgermeisterin Ingrid Salamon

im sozialen Bereich hat Mattersburg viel getan. Das soziale Grätzel in der Mörzgasse mit der Villa Martini, dem betreuten Wohnen, dem pro mente Haus sowie den „Heinzelfrauen“ und „Mein Laden“ ist burgenlandweit einzigartig.

Bei den infrastrukturellen Maßnahmen sind vor allem der Bau von Rückhaltebecken sowie die Umsetzung des Verkehrskonzeptes maßgebend. Auf kultureller Ebene wurden mit der Sanierung der Bauermühle und dem Haus der Musik Akzente gesetzt.

„Alle diese Aktivitäten wurden gezielt zum Wohle der Bürger getätigt,“ erklärt die Bürgermeisterin.

Die gesamten Finanzverpflichtungen inklusive der drei ausgelagerten Gesellschaften lagen Ende 2016 bei 25,9 Mio. Euro.

Rechnungsabschluß: Schulden verringert, Investitionen in Infrastruktur

Der Rechnungsabschluß 2018 der Stadtgemeinde Mattersburg knüpft nahtlos an die sehr guten Ergebnisse der letzten Jahre an und weist trotz einiger Investitionen vor allem im Bildungsbereich und in die Infrastruktur weiterhin eine solide Finanzlage auf. An Gesamteinnahmen standen im Ordentlichen Haushalt 15,261.963,46 Millionen Euro und

im Außerordentlichen Haushalt 555,416,08 Euro zur Verfügung. Es wurde dabei im Jahr 2018 ein Soll-Überschuß von insgesamt 1,141.658,22 Euro und ein Ist-Überschuß von 939.644,29 Euro erwirtschaftet. Besonders positiv: Der Schuldenstand der Stadtgemeinde wurde um 851.954,54 Euro auf insgesamt 12,436.869,12 Euro verringert.

„Wir haben auch im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet und unsere Aufgaben sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig erfüllt. Mit der Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte wie die Aufstockung der Villa Martini wurde in die Zukunft investiert – ohne dabei die Finanzen aus dem Blick zu verlieren. Bei den Leistungen für die BürgerInnen und für die Vereine hat es keine Kürzungen gegeben“, zieht Finanzstadtrat Vizebürgermeister Otmar Illedits zufrieden Bilanz.

Zukunftspläne: Ökologischer Musterkindergarten und City-Bus

Auch in den kommenden Jahren setzt Mattersburg auf Umweltbewußtsein und Lebensqualität. „Mit dem neuen Kindergarten in der Hochstraße, der in umweltfreundlicher Holzbauweise errichtet wird sowie dem City Bus für Mattersburg stehen zwei weitere zukunftsweisende und nachhaltige Projekte mitten in ihrer Umsetzung“, so die Bürgermeisterin. Beim Kindergartenneubau gehen die Bauarbeiten zügig voran. Im Erdgeschoß des künftigen Kindergartens wurde vor Kurzem mit dem Aufbau der Massivholzwände- und Decken begonnen. Die Bauzeit soll 15-18 Monate betragen und im Sommer 2020 abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten werden ca. vier Millionen Euro betragen.

„Umwelt- und Klimaschutz sind wesentliche Eckpfeiler meiner politischen Leitlinien. Der City Bus Mattersburg ist ein Beitrag in diese Richtung und ein Meilenstein in der Stadtentwicklung. Als Klimaschutz und Bodenschutzgemeinde haben wir hier wieder eine umweltpolitische Vorreiterrolle übernommen. Weniger Verkehr, mehr Lebensqualität lautet das Motto unserer Stadtlinie“, meint Ingrid Salamon. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

»1. Burgenländische Pilger(wege)karte« präsentiert

Mehr als eine Million Pilger gibt es jährlich in Österreich – Tendenz steigend, denn Pilgern erfreut sich seit vielen Jahren einer immer größeren Beliebtheit. Pilgern ist dadurch mittlerweile aber auch zu einem nicht unwesentlichen Tourismuszweig geworden, der neue wirtschaftliche Impulse schafft. Das Burgenland hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, alte Pilger- und Wanderwege neu zu beleben. „Pilgern ist für viele Menschen zu einer Art spirituellen Entschleunigung geworden. Es freut mich deshalb sehr, daß wir heute die ‚1. Burgenländische Pilger(wege)karte‘ präsentieren können, bei der die burgenländischen Pilgerwege und kulturhistorischen Gebäude vorgestellt werden. Die neue Pilger(wege)karte bietet interessierten Menschen einen genauen Überblick über alle Pilger- bzw. Wanderwege im Land und soll als kleine Unterstützung und zur Orientierung dienen“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl am 18. Feber.

Bereits vor einigen Jahren wurden im Land die Wege um die traditionellen Pilger- und Wallfahrtsstätten mit den bestehenden Pilgerwegen und Wallfahrtsorten vernetzt und mit zusätzlichen touristischen Angeboten zu



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Initiator Franz Renghofer, Landeshauptmann Hans Niessl, Hannes Anton, GF Bgld. Tourismus, und Generalvikar Martin Korpitsch mit der „1. Burgenländische Pilger(wege)karte“

einem regionalen Gesamtangebot verbunden. Besonders wichtig dabei war es, neben den bedeutenden Pilgerstätten und Wallfahrtsorten die kulturhistorischen Besonderheiten der Regionen in die Routen mit einzu-

beziehen. Weiters wurde darauf geachtet, daß auch Angebote für Radfahrer und Busgruppen geschaffen werden. ■

<http://www.pilgerinfo.at/seiten/projekt.php/>
<https://www.burgenland.info/>

»Brauchland Burgenland« im Jahr der Volkskultur 2019

Das Land Burgenland setzt seit 2004 Schwerpunkte im Volkskulturbereich. 2019 steht das Thema „Brauchland Burgenland“ im Mittelpunkt der Aktivitäten. Inhalte des diesjährigen Schwerpunktjahres sind die Organisation von Symposien und volkskulturellen Workshops, Feldforschungsprojekte, die Erstellung einer Brauchdatenbank, ein Projekt mit den Bibliotheken Burgenland, Kooperationen mit dem Landesmuseum Burgenland, dem Dorfmuseum Mönchhof, dem Österreichischen Jüdischen Museum in Eisenstadt und dem Freilichtmuseum Ensemble Gerersdorf, Ausschreibungen im Schulbereich sowie im Bereich der Bildenden Kunst.

„Wir setzen diese Schwerpunkte, um die Kultur prägnanter zu machen und sie näher zu den Menschen zu bringen, denn Traditionen und Volksbräuche werden in Österreich von West nach Ost unterschiedlich gelebt. Wir wollen deshalb mit diesem Jahr der Volkskultur ein Burgenland-Bewußtsein schaffen, Identität vermitteln und Identität stiften. Wir wollen aber auch durch eine wissenschaftliche Aufarbeitung und durch diverse Veranstaltungen unsere Wurzeln zum Angreifen machen, die Jugend mit an Bord holen und



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Projektkoordinatorin Karin Ritter, Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil und Abteilungsvorständin Claudia Priber präsentierten das Schwerpunktthema für das „Jahr der Volkskultur 2019“

mit diesem Themenschwerpunkt eine Initialzündung für das Jubiläumsjahr 2021 auslösen“, betonte Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Abteilungsvorständin Claudia Priber, Abt. Bildung, Kultur und Gesellschaft,

und Projektkoordinatorin Karin Ritter im Haus der Volkskultur in Oberschützen.

Alle Informationen über Veranstaltungen und Fördermöglichkeiten zum Jahresschwerpunkt „Brauchland Burgenland“:

<http://www.burgenland.at/brauchland>

Kunst- und Kulturpreisausschreibungen 2019

Das Land Burgenland bietet auch heuer wieder Möglichkeiten für burgenländische Künstlerinnen und Künstler, vor den Vorhang zu treten und ihre Werke zu präsentieren. Dazu schreibt das Kulturreferat des Landes dieses Jahr wieder verschiedene Preise und Stipendien aus. „Unsere Wettbewerbe geben burgenländischen Künstlern die Möglichkeit, vor den Vorhang zu treten und ihre Werke zu präsentieren. Ich freue mich, daß wir dieses Jahr neue Preise dabei haben und auch einen Fokus auf junge Künstler legen“, so Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil.

Stipendienwettbewerb – Künstleratelier Paliano

Das Kulturreferat hat gemeinsam mit anderen Bundesländern in Paliano, 80 km südlich von Rom, eine Atelierwohnung angemietet und vergibt diese im Rahmen einer Ausschreibung für die Dauer je eines Monats. Das Bundesländeratelier wird auf Vorschlag des zuständigen Beirates KünstlerInnen aus den Bereichen Bildende Kunst, Fotografie, Film, Literatur und Komposition zur Verfügung gestellt. Mit der Vergabe eines Atelierplatzes ist der Erhalt von einem



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil und Abteilungsvorständin Claudia Priber, Abteilung 7 – Bildung, Kultur und Gesellschaft

Stipendium in der Höhe von 800 Euro verbunden.

<http://www.burgenland.at/kultur-wissenschaft/kultur/kuenstleratelier-paliano>
<https://kultur-burgenland.at/>

Von der Sichel bis zum Mähdrescher

Das Landtechnik Museum Burgenland in St. Michael bietet eine einzigartige Wanderung durch die Geschichte der Landtechnik der letzten 200 Jahre. Auf insgesamt 2.700m² überdachter Ausstellungsfläche zeigt das Museum die Entwicklung von der Sichel bis zum Mähdrescher. Mit viel Liebe zum Detail und Engagement wurden die historischen Exponate – von einfachen Werkzeugen bis hin zu Zug- und Kraftmaschinen – aufwendig restauriert. „Das Landtechnik Museum Burgenland hier in St. Michael ist in seiner Ausdehnung und Reichhaltigkeit eine einzigartige Dokumentation der Entwicklung landwirtschaftlicher Technologie. Neben dieser umfangreichen Sammlung werden auch die Volksgruppen des Burgenlandes, die historische Arbeitswelt der Handwerker und eine äußerst interessante Modellschau präsentiert. Das Landtechnik Museum Burgenland will damit aber keinen Nostalgie-rückblick liefern, sondern nachfolgenden Generationen vielmehr die technologische, aber auch die Entwicklung des Burgenlandes insgesamt anschaulich vermitteln“, so Agrarlandesrätin Verena Dunst, die Museum mit 10.000 Euro unterstützt.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Agrarlandesrätin Verena Dunst mit Direktor Karl Ertler (2.v.r.) und langjährigen ehrenamtlichen Vereinsmitgliedern und MitarbeiterInnen

Mit einer außerordentlichen Vielfalt von rund 2000 Exponaten – rund 75 davon stehen unter Denkmalschutz – wird ein interessanter Überblick über die rasante Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik bzw.

Arbeitsweisen der letzten 200 Jahre und ein umfassender Einblick in die Entwicklung der Landwirtschaft im heutigen Burgenland geboten.

<http://www.landtechnikmuseum.at/>

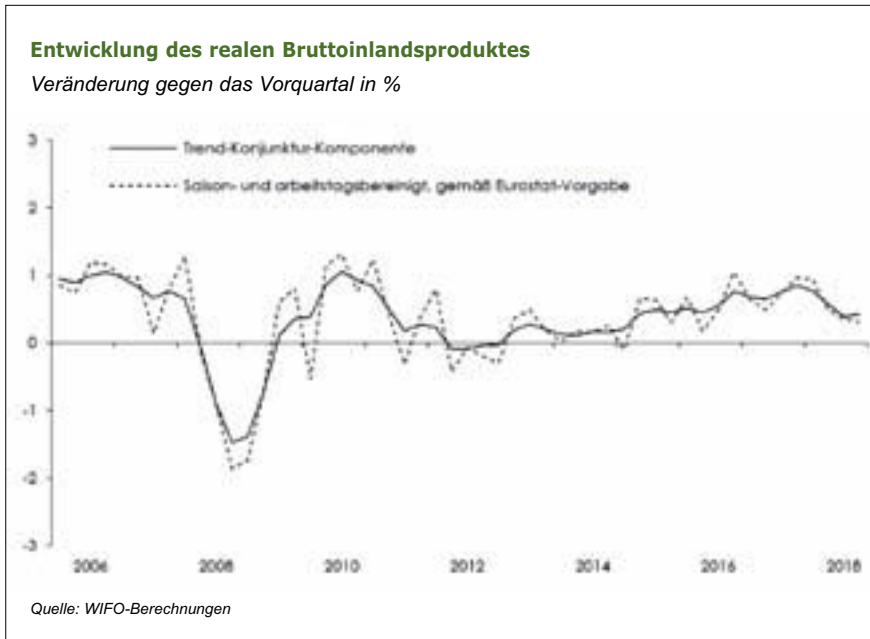
Wachstum im IV. Quartal mit +0,4% bestätigt

WIFO-Quartalsrechnung: Konjunkturdynamik läßt aber nach

Gemäß der aktuellen Quartalsrechnung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO wuchs die österreichische Wirtschaft im IV. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,4 % (III. Quartal ebenfalls +0,4 %). Damit schwächte sich das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte 2018 ab. Impulse kamen weiterhin aus dem In- und Ausland, wobei die Dynamik in nahezu allen Nachfragebereichen verflachte. Auch die Industriekonjunktur verlor im Jahresverlauf an Schwung, während der Bereich Beherbergung und Gastronomie weiterhin stark expandierte. Insgesamt wuchs das BIP 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 %.

Das österreichische BIP wuchs im IV. Quartal gegenüber der Vorperiode um 0,4 % (Trend-Konjunktur-Komponente).

Das unbereinigte BIP lag im IV. Quartal um 2,4 % über dem Niveau des Vorjahres (Revision um +0,1 Prozentpunkt gegenüber



WIFO-Schnellschätzung zur vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2017		2018			
	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorquartal in %, real					
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt, gemäß Eurostat Vorgabe ²⁾	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ¹⁾						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ³⁾	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Staat	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Bruttoinvestitionen	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4
Exporte	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Importe	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾						
Herstellung von Waren	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1
Bauwesen	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Marktdienstleistungen ⁴⁾	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Handel	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Beherbergung und Gastronomie	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,4

Quelle: WIFO-Berechnungen ¹⁾ Trend-Konjunktur-Komponente. ²⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck ⁴⁾ Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE G bis N).

OeNB-Konjunkturindikator 2019

der WIFO-Schnellschätzung von Ende Jänner 2019).

Die saison- und arbeitstagsbereinigte BIP-Veränderungsrate (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe) betrug +0,3 %. Damit wuchs die Wirtschaft in Österreich stärker als im Durchschnitt des Euro Raumes und der EU 28 (beide +0,2 %).

Das Wachstum steht in Österreich weiterhin auf breiter Basis, wenngleich im 2. Halbjahr 2018 für nahezu alle Nachfragekomponenten eine Abschwächung zu beobachten war. Die privaten Konsumausgaben (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) expandierten im IV. Quartal um 0,4 %, die öffentlichen Konsumausgaben aber um nur 0,1 %, sodaß der Konsum insgesamt um 0,3 % zunahm.

Auch die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) verlor in der zweiten Jahreshälfte an Dynamik. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten im IV. Quartal nahezu, wobei vor allem der Rückgang der Nachfrage nach Fahrzeugen das Ergebnis dämpfte (-2,0 %). Die heimischen Unternehmen investierten hingegen abermals mehr in Maschinen und Elektrogeräte (+0,7 %). Positive Impulse kamen auch von den Bauinvestitionen (+0,3 %).

Die Außenwirtschaft entwickelte sich zum Jahresende robust, wenngleich eine Abflachung der Steigerung der Warenexporte (+0,5 %) gegenüber der ersten Jahreshälfte (durchschnittliches Wachstum +1,0 %) zu beobachten war. Aufgrund der stärkeren Dynamik der Dienstleistungsausfuhr stiegen die Exporte insgesamt im IV. Quartal um 0,7 %. Die Importnachfrage erhöhte sich insgesamt um 0,6 %. Der daraus resultierende Außenbeitrag leistete wie im bisherigen Jahresverlauf 2018 einen positiven Wachstumsbeitrag zum BIP.

Die Industriekonjunktur verlor im IV. Quartal weiterhin an Schwung. Nach dem lebhaften Wachstum in der ersten Jahreshälfte (durchschnittlich +1,2 %) stagnierte die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im IV. Quartal nahezu (+0,1 % nach +0,2 % im III. Quartal).

Im Bauwesen verlief die Konjunktur weiterhin robust (+0,4 % nach +0,5 % im III. Quartal). Die Marktdienstleistungen unterstützten ebenfalls das Wirtschaftswachstum. Im Handel wurde die Wertschöpfung im IV. Quartal nur mäßig ausgeweitet (+0,2 %), in der Beherbergung und Gastronomie hingegen weiterhin dynamisch (+1,0 %). ■

<http://www.wifo.ac.at>

Österreichs Wirtschaft sieht sich zusehends mit globalen Konjunkturrisiken konfrontiert und verliert deshalb an Schwung. Aufgrund der robusten Inlandskonjunktur wird die Wachstumsabschwächung in Österreich aber weniger stark ausfallen als im Euroraum. Ein Konjunkturereinbruch zeichnet sich für Österreich nicht ab. Für das erste Quartal 2019 prognostiziert die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose eine leichte Wachstumsverlangsamung des realen BIP auf 0,3 % (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Prognose mußten die Wachstumserwartungen aufgrund des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Für das zweite Quartal 2019 wird mit dem Wirksamwerden des Familienbonus Plus und dem Auslaufen der als temporär eingeschätzten Probleme der europäischen Automobilindustrie mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 0,4 % gerechnet.

Das außenwirtschaftliche Umfeld ist seit geraumer Zeit durch eine Reihe von Abwärtsrisiken gekennzeichnet. Rund fünf Wochen vor dem anvisierten EU-Austritt Großbritanniens am 29. März 2019 ist immer noch unklar, wie der Austritt genau erfolgen wird. Von einer Annahme des mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrags durch das britische Parlament über eine Verschiebung des Austritts bis zu einem ungeordneten Brexit kann derzeit kein Szenario ausgeschlossen werden. Auch Unsicherheiten im Zusammenhang mit den globalen Handelskonflikten und der wirtschaftspolitischen Ausrichtung in wichtigen EU-Staaten wie Italien und Frankreich belasten die europäischen Wachstumsaussichten. Schwierigkeiten der europäischen Automobilindustrie bei der Erfüllung der neuen Abgasnormen führten zum Jahresende 2018 zu einer zusätzlichen – als temporär eingeschätzten – Abschwächung der Konjunkturdynamik im Euroraum. Zuletzt wurden auch die Wachstumsprognosen für Österreichs wichtigsten Handelspartner Deutschland deutlich nach unten revidiert.

Österreichs Wirtschaft kann sich dieser Dynamik nicht gänzlich entziehen, zeigt sich aber dank einer kräftigen Inlandskonjunktur vergleichsweise robust. Im vierten Quartal entsprach das Wirtschaftswachstum mit 0,4 % (gegenüber dem Vorquartal) zwar nur mehr dem langjährigen Durchschnitt, war damit aber doppelt so stark wie im Euroraum (0,2 %).

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist insbesondere im exportorientierten Industriesektor zu spüren und spiegelt sich in einer uneinheitlichen Entwicklung der Vorlaufindikatoren wider. Die Mehrzahl der Indikatoren ist zwar nach unten gerichtet, das zum Teil aber noch immer hohe Niveau läßt jedoch keinen unmittelbar bevorstehenden Einbruch der Export- und Industriekonjunktur erwarten. Stabilisierend wirkt der Dienstleistungssektor, der zuletzt deutlich stärker als die Industrieproduktion gewachsen ist. Dazu trägt nicht zuletzt der Tourismus bei, der im Vorjahr erneut einen neuen Nüchtigungsrekord erzielte und einen erfolgreichen Start in die aktuelle Wintersaison vorweisen kann.

Die Inlandsnachfrage ist weiterhin eine zentrale Stütze der Konjunktur und hilft außenwirtschaftliche Schocks abzufedern. Zwar verlieren die stark von der Industrie- und Exportkonjunktur bestimmten Ausrüstungsinvestitionen an Dynamik, aber die Wohnbauinvestitionen werden sich auch in den kommenden Monaten stabil entwickeln. Sie werden kaum von globalen Konjunkturrisiken bestimmt und profitieren von einer starken Nachfrage, steigenden Immobilienpreisen und anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen. Auch vom privaten Konsum werden im ersten Halbjahr kräftige Konjunkturimpulse ausgehen. Das Beschäftigungswachstum war zu Jahresbeginn mit knapp 2 % weiterhin sehr kräftig und die hohe Zahl an gemeldeten offenen Stellen signalisiert eine Fortsetzung dieses Trends. Darüber hinaus stützen die im Vergleich zum Vorjahr höheren Lohnabschlüsse für das Jahr 2019 das Konsumwachstum ebenso wie der Rückgang der Inflation auf zuletzt 1,7 %.

Vor diesem Hintergrund erwartet die OeNB trotz des schwierigen Umfelds nur eine geringfügige Abschwächung des Wachstumstempos von 0,4 % im vierten Quartal 2018 auf 0,3 % im ersten Quartal 2019. Zur Jahresmitte wird der mit Jänner 2019 in Kraft getretene Familienbonus Plus seine Wirksamkeit entfalten und auch die Probleme in der Automobilbranche aufgrund der neuen Abgastests sollten dann weitgehend gelöst sein. Für das zweite Quartal wird daher mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 0,4 % gerechnet.

Gegenüber der letzten Prognose mußten die Wachstumserwartungen für das erste Quartal um 0,2 zurückgenommen werden. ■

Industrieaufschwung in Österreich geht langsam dem Ende zu

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex setzt im Februar die einjährige Abwärtsbewegung mit einem weiteren Rückgang auf 51,8 Punkte fort, den tiefsten Wert seit drei Jahren

Die Industriekonjunktur in Österreich trübt sich weiter ein. „Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex ist im Februar auf 51,8 Punkte gesunken, den tiefsten Wert seit drei Jahren. Seit dem Allzeithoch zum Jahreswechsel 2017/18 hat sich die Industriekonjunktur durch ein immer stärker forderndes Exportumfeld in Österreich kontinuierlich verschlechtert“, so UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Neben den globalen Einflüssen durch steigende protektionistische Tendenzen im Handel haben verschiedene Ereignisse in Europa wie die Störungen in der Autoindustrie durch den neuen Abgastestzyklus, der bevorstehende Brexit, die Krise in der Türkei und die Sanktionen gegen Rußland die exportorientierte österreichische Industrie in den vergangenen Monaten zunehmend belastet.

„Gestützt auf eine recht gute Binnennachfrage befindet sich die österreichische Industrie derzeit weiter auf Wachstumskurs und zeigt sich damit innerhalb Europas als relativ widerstandsfähig gegenüber den ungünstigen Exporteinflüssen. Während in Österreich der UniCredit Bank Austria Einkaufsmanagerindex weiterhin die Wachstumsgrenze von 50 Punkten überschreitet, ist im Euroraum erstmals seit Sommer 2013 der Indikator für die Industrie mit 49,2 Punkten darunter gefallen, stark gedämpft durch den



Rückgang in Deutschland auf 47,6 Punkte“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Produktionsausweitung trotz sinkendem Neugeschäft

Die österreichischen Industriebetriebe spüren mittlerweile die sinkende Nachfrage aus dem Ausland deutlich. Die Exportaufträge haben im Februar den fünften Monat in Folge abgenommen und gingen so stark wie zuletzt vor mehr als sechs Jahren zurück. Die

Binnennachfrage hat nicht mehr ausgereicht, um diesen Ausfall auszugleichen, sodaß das Neugeschäft insgesamt den zweiten Monat in Folge abnahm.

„Trotz weniger Neugeschäft haben die österreichischen Industriebetriebe im Februar die Produktion mit fast unvermindertem Tempo ausgeweitet. Um die bestehenden Auftragsrückstände aufzuarbeiten, wurde zudem erneut mehr Personal eingestellt. Allerdings war das Tempo des Beschäftigungsaufbaus das geringste seit zweieinhalb Jahren“, meint

UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex und Teilindizes													
	Mär.18	Apr.18	Mai.18	Jun.18	Jul.18	Aug.18	Sep.18	Okt.18	Nov.18	Dez.18	Jän.19	Feb.19	Ø ab 2000
UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex	58,0	58,0	57,3	56,6	56,8	56,4	55,0	53,8	54,9	53,9	52,7	51,8	52,2
Produktionsleistung	55,5	56,8	55,0	56,0	56,2	56,8	53,5	53,5	54,8	53,9	54,1	53,9	53,4
Neuaufträge	54,4	53,1	52,8	52,8	52,1	54,3	51,6	51,4	51,7	50,6	48,5	49,0	51,9
Beschäftigung	60,5	62,1	61,8	57,4	59,4	56,2	56,7	55,8	56,4	55,7	55,3	53,8	51,0
Lieferzeit (inverser Index)	31,3	31,6	32,7	33,0	33,8	36,8	35,4	40,0	38,1	39,4	42,7	47,9	45,3
Vormateriallager	53,6	51,7	52,0	52,5	53,5	52,5	51,4	48,6	51,7	50,4	50,3	50,4	49,1
Exportaufträge ¹⁾	54,8	51,8	51,0	52,0	49,8	51,6	50,9	49,7	48,8	48,1	45,2	45,1	51,1
Einkaufspreise ¹⁾	63,2	64,2	63,7	68,0	67,8	66,1	68,4	66,1	67,5	62,3	58,4	55,8	57,2
Erwartungsindex ²⁾	64,4	63,8	61,4	61,9	58,2	58,4	55,8	52,7	51,8	52,2	54,6	52,9	57,3

¹⁾ nicht im Gesamtindex enthalten

Quelle: IHS Markit, UniCredit Research

Wirtschaft

Pudschedl. Als Folge der gegensätzlichen Entwicklung von Produktion und Neuaufträgen haben sich erstmals seit drei Jahren die Auftragsrückstände in der heimischen Industrie nicht mehr weiter erhöht.

Vermehrte Anzeichen für Industrieabschwächung

Eine Reihe weiterer Details der monatlichen Umfrage unter heimischen Produktionsbetrieben lassen auf eine fortgesetzte Abschwächung der Industriekonjunktur in Österreich schließen. Infolge der verschlechterten Auftragslage ist erstmals seit Anfang 2018 die Einkaufsmenge nicht mehr erhöht worden.

Die Bestände in den Fertigwarenlagern haben sich bedingt durch die schwächere Nachfrage den vierten Monat in Folge aufgebaut. Die Lieferzeiten, die in den vergangenen Monaten deutlich angestiegen sind, verlängerten sich im Februar nur noch geringfügig. Auch die Entwicklung der Einkaufs- und Verkaufspreise weist auf die schlechtere Nachfragesituation hin. Die Preise für Vormaterialien und Rohstoffe haben nur noch mit der schwächsten Rate seit zweieinhalb Jahren zugenommen, gedämpft vor allem durch niedrigere Preise für Stahl und Papierprodukte. Der Anstieg der Verkaufspreise schwächte sich ebenfalls ab. Die nachlassende Nachfrage erhöhte den Wettbewerb um Kunden und verringerte die Preisdurchsetzungsmacht der Betriebe.

Kein Ende des Abwärtstrends in Sicht

Mit dem erneuten Rückgang des UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerindex im Februar um immerhin fast einen Punkt gegenüber dem Vormonat setzt sich der vor einem Jahr begonnene Abschwung der Industriekonjunktur fort. Der Indikator kommt der Neutralitätlinie von 50 Punkten, bis zu der Wachstum angezeigt wird, immer näher. Angesichts des sich weiter verschlechternden internationalen Umfelds, das sich durch den Rückgang der Einkaufsmanagerindizes für die Verarbeitende Industrie des Euroraums und auch Deutschlands zeigt, nimmt die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Endes der dreijährigen Wachstumsperiode der österreichischen Industrie deutlich zu. Dies unterstreicht auch die Entwicklung des Indexverhältnisses der Neuaufträge zu den Verkaufslagern. Seit nunmehr drei Monaten sind die Fertigwarenlager stark genug befüllt, um die Auftragseingänge auch mit einer geringeren Produktionsleistung zu bewältigen.

In früheren Abschwungphasen der heimi-

schen Industrie waren spätestens nach vier bis fünf Monaten die Auftragsrückstände erfüllt und die Produktionsleistung ging in weiterer Folge zurück. „Wenn auch die aktuellen Auftragsdaten die Abschwächungstendenz der Industriekonjunktur durch Probleme in der Autoindustrie etwas überzeichnen könnten, scheint ohne einer klaren Trend-

wende in der Auftragsentwicklung ein Produktionsrückgang der heimischen Industrie unmittelbar bevorzustehen“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Ohne eine klare Trendwende bei den Auftragseingängen könnte sich unsere derzeitige Erwartung eines Wachstums der Industrieproduktion von 3 Prozent im Jahr 2019 als zu optimistisch erweisen.“ ■

Kreativwirtschaft als Wirtschafts- und Innovationsmotor

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer haben am 25. Februar den Achten Österreichischen Kreativwirtschaftsbericht vorgestellt, der von der Kreativwirtschaft Austria (KAT) im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) erstellt wird. Jedes zehnte Unternehmen in Österreich ist der Kreativwirtschaft zuzuordnen. Mit insgesamt 153.000 Beschäftigten (Unselbständige und Selbständige) in 42.300 Unternehmen ist der Bereich auch ein wichtiger Arbeitgeber. „Die Kreativwirtschaft steht oft im Schatten anderer Branchen, dabei ist sie innovativer Leuchtturm unserer Wirtschaft. Der Sektor erwirtschaftet jährlich 22 Milliarden Euro, damit ist der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt fast so hoch wie im Tourismus. Vor allem aber ist die Branche ein Innovationsturbo für andere Branchen und digitaler Vorreiter“, so Schramböck.

WKÖ-Präsident Mahrer ergänzt: „Der aktuelle Bericht bestätigt die Rolle der Kreativwirtschaft als transformative Kraft für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich. Insgesamt entwickelt sich die Kreativwirtschaft zum wichtigsten Bindeglied bei Internationalisierung und Digitalisierung und hat Cross-Over-Effekte in alle Wirtschaftsbereiche.“

Die österreichischen Kreativen sind regional verankert und haben ihre Kundinnen und Kunden, Kooperationspartnerinnen und -partner in unmittelbarer Nähe. Dabei leisten sie wichtige Impulse für ihre Region. Vier von zehn Kreativunternehmen findet man in Wien, weitere 40 % in Nieder- und Oberösterreich, der Steiermark und Salzburg. Am stärksten ist der Bereich Software und Games mit einer Umsatzhöhe von rund € 7 Mrd., gefolgt von Werbung mit € 5 Mrd. Der drittstärkste Bereich der Kreativwirtschaft

ist mit beinahe € 4 Mrd. Umsatz Buch und Verlagswesen, dicht gefolgt vom Markt für darstellende Kunst (€ 3 Mrd.). „Früher wurde die Gaming-Szene oftmals belächelt, heute ist das ein innovatives, hochkompetitives und internationales Geschäftsfeld. Österreichs Unternehmen leisten hier großartige Arbeit und viele Produkte behaupten sich gegen weltweite Konkurrenz. Gaming ist ein wichtiger und niederschwelliger Zugang zu digitalen Technologien und wird mittlerweile auch im Bereich der Pädagogik und bei medizinischen Anwendungen eingesetzt“, so Wirtschafts- und Digitalministerin Schramböck.

WKÖ-Mahrer: Creatives go global – 7 von 10 Unternehmen im Export tätig

„Die Ergebnisse zur Internationalisierung bestätigen unsere Erwartung: die österreichische Kreativwirtschaft ist auch international höchst erfolgreich, bringt als Early Adopter Innovationen aus dem Ausland in alle Bereiche der österreichischen Wirtschaft und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts.“ Jeder fünfte Euro, das entspricht rund € 4 Mrd., wird im Ausland erwirtschaftet. Im Vergleich zu anderen Sektoren wie der Dienstleistungsbranche (12,5 %) ist die österreichische Kreativwirtschaft mit einer durchschnittlichen Exportquote von 19 % äußerst exportstark. Für 86 % der Kreativwirtschaftsunternehmen spielen Auslandsaktivitäten eine entscheidende Rolle. Sieben von zehn Unternehmen sind dabei im Export tätig und das sind rund 29.600 Unternehmen. Der größte Anteil des österreichischen Exports entfällt dabei auf Deutschland. Weitere wichtige Exportmärkte für Österreich sind Italien, die USA und die Schweiz. Bei 60 % der Unternehmen handelt es sich um Einzel-Personen-Unternehmen (EPU). ■

<https://www.kreativwirtschaft.at>

2,75 Mio. hl Wein produziert

Die Weinproduktion 2018 lag um um 11 Prozent über der Vorjahresmenge.

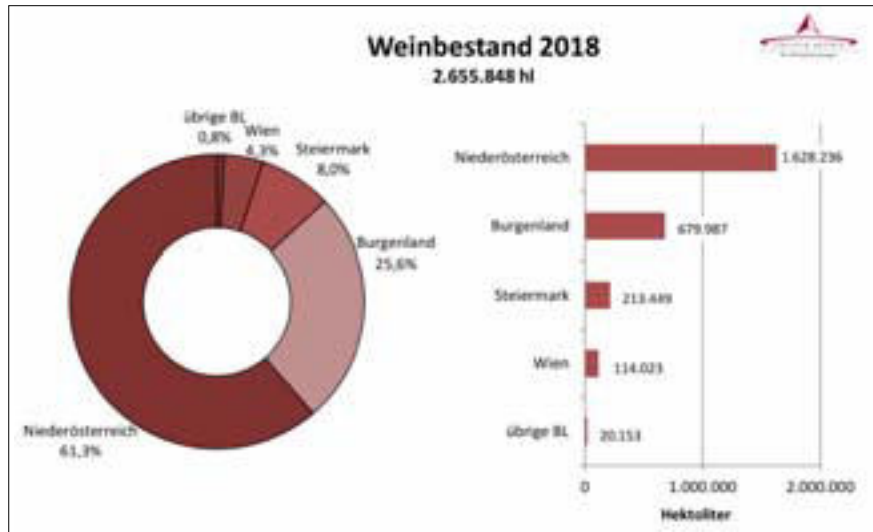
Im Jahr 2018 (Stichtag 30. November) wurden laut Statistik Austria 2,75 Mio. hl Wein produziert. Die Erntemenge lag damit um 11 % über der des Vorjahres und um 24 % über dem Ernteschnitt der vergangenen fünf Jahre. Eine ähnlich gute Weinernte konnte zuletzt im Jahr 2011 eingebracht werden. Weißwein erzielte 2018 gegenüber der Erntemenge des Vorjahres einen Zuwachs von 13 % (+26 % im Vergleich zum Fünfjahreschnitt), und auch bei Rotwein stieg die Erntemenge gegenüber dem Jahr 2017 um 7 % (+19 % im Vergleich zum Fünfjahreschnitt).

Charakteristisch für das Weinjahr 2018 waren die kurze Reblüte, die aufgrund des sehr warmen Frühlings bereits Ende Mai abgeschlossen war, und die außergewöhnlich frühe Lese. Spätfröste und dadurch bedingte Schäden blieben durch die Kälte im Februar/März und den späten Austrieb der Reben aus. Der sehr warme Frühling sowie die heißen, trockenen Sommermonate bewirkten einen Vegetationsvorsprung von zwei bis drei Wochen und ließen qualitativ und quantitativ hohe Erträge erwarten. Daher wurde auch die zulässige Hektarhöchsttragsmenge per Verordnung landesweit angehoben. Ertragsmindernd wirkten sich starke Niederschläge im September aus, die zu starkem Fäulnisdruck führten und vor allem die Südsteiermark trafen.

Zuwächse in Niederösterreich, Burgenland und Wien; Verluste in der Steiermark

Niederösterreich erzielte mit 1,69 Mio. hl eine um 15 % höhere Menge als 2017, der Ernteschnitt der vergangenen fünf Jahre wurde um 20 % übertroffen. Der Zuwachs betraf sowohl Weißweine (1,29 Mio. hl, +16 % zu 2017) als auch Rotweine (406.800 hl, +14 % zu 2017). Besonders deutlich stiegen die Erntemengen im Weinviertel (+18 % zu 2017) sowie im Kremstal (+26 % zu 2017), die im Vorjahr trockenheits- und spätfrostbedingt Ernteeinbußen zu verzeichnen hatten.

Im Burgenland wurde mit einer Weinernte von 784.900 hl ein Plus von 7 % gegenüber 2017 erzielt. Damit wurde der Ernteschnitt der vergangenen fünf Jahre um 34 % übertroffen. Erntezuwächse verzeichneten das Gebiet Neusiedlersee (+10 % zu 2017) und



Leithaberg (+17 %), während hingegen die Erntemenge im Mittelburgenland (-10 % zu 2017) zurückging. In Summe profitierten vor allem Weißweine (355.900 hl; +15 % zu 2017) von den Witterungsbedingungen, während Rotweine mit einer Erntemenge von 429.000 hl annähernd auf Vorjahresniveau blieben (+1 % zu 2017).

In der Steiermark fiel die Ernte mit 241.300 hl um 6 % geringer aus als 2017, im Vergleich zum Fünfjahreschnitt wurde jedoch ein Plus von 24 % erzielt. Für die Rückgänge waren vor allem die starken Niederschläge Anfang September und dadurch bedingte Verluste durch Fäulnis verantwortlich. Diese zeigten sich vor allem in der Südsteiermark mit einem Minus von 15 % gegenüber 2017, wohingegen im Vulkanland um 8 % mehr Wein geerntet werden konnte.

In Wien betrug die Erntemenge an Wein 28.800 hl, was gegenüber dem Vorjahr, in dem die höchste Erntemenge seit 20 Jahren erzielt worden war, einen weiteren Zuwachs von 10 % bedeutete (+23 % im Vergleich zum Fünfjahreschnitt).

Qualitäts- und Prädikatsweinemenge erreicht 2,56 Millionen Hektoliter

Im Hinblick auf die Weinprodukte standen bei Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 2,56 Mio. hl deutlich höhere Mengen als im Vorjahr (+10 %) zur Verfügung (+26 % im Vergleich zum Fünfjahreschnitt). Der Zuwachs für weiße Qualitäts- und Prädikatsweine (1,75 Mio. hl; +12 % zu 2017) fiel

etwas höher aus als für hochqualitative Rotweine (813.600 hl; +6 % zu 2017). Im Segment Wein/Landwein (inkl. Sortenwein und Sturm) wurde mit 158.800 hl ein Plus von 29 % verglichen mit dem Vorjahr ermittelt (+6 % zum Fünfjahreschnitt). Dabei stieg das Volumen an weißem Wein/Landwein um 35 % und das Volumen an rotem Wein/Landwein um 21 %.

Weinbestand 2018 stieg gegenüber dem Vorjahr um 12 %

Der Weinbestand 2018 (Stichtag 31. Juli) verzeichnete mit 2,66 Mio. hl (+12 % zu 2017) ein Plus, womit der rückläufige Trend der vergangenen Jahre gebrochen wurde. Sowohl Weißweine (1,52 Mio. hl; +12 % zu 2017) als auch Rotweine (1,14 Mio. hl; +12 % zu 2017) verzeichneten Zuwächse.

Bei Qualitäts- und Prädikatsweinen nahmen die Bestandsreserven auf 2,15 Mio. hl (+14 % zu 2017) zu. Der Bestand an weißem Qualitäts- und Prädikatswein belief sich auf 1,18 Mio. hl (+15 % zu 2017), an rotem auf 965.300 hl (+13 %).

Wein/Landwein (inkl. Rebsortenwein und Sturm) verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Lagerzuwachs um 17 % auf 270.600 hl, im Vergleich zum Fünfjahresmittel ging der Lagerbestand jedoch um 8 % zurück. Das Wein/Landweinlager setzte sich aus 171.700 hl Weißwein (+16 % zu 2017) sowie 98.900 hl Rotwein (+20 % zu 2017) zusammen. ■

<http://www.statistik.at>

EPU optimistischer als die Gesamtwirtschaft

WKÖ-Wirtschaftsbarometer: Steuerliche Belastung als größte Hürde – WKÖ für Erhöhung der Grenze für Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter

Die aktuellen Ergebnisse des Wirtschaftsbarometers der WKÖ zeigen: Der Aufschwung in Österreich hat sich in den vergangenen Monaten verfestigt und ist in die Breite gegangen. Sie zeigen aber auch, daß die Wachstums-Dynamik – auf hohem Niveau – nachläßt. Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer ist die größte Umfrage der gewerblichen Wirtschaft.

Eine Sonderauswertung widmet sich den Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich: Im EPU-Wirtschaftsbarometer finden sich sowohl Aussagen bezüglich der aktuellen Geschäftsentwicklung als auch hinsichtlich der Erwartungen der EPU für das heurige Jahr.

Stimmungslage: EPU optimistischer als die Gesamtwirtschaft

Die allgemeine Stimmung liegt bei den EPU noch im positiven Bereich – in der Gesamtwirtschaft beginnt sich die Stimmung schon etwas einzutrüben. „Damit haben Österreichs EPU eine optimistischere Einschätzung als die Gesamtwirtschaft“, so Elisabeth Zehetner-Piewald, Leiterin der Abteilung Zielgruppenmanagement EPU.

EPU bei Ersatz- und Neuinvestitionen verhaltener als die Gesamtwirtschaft

Aufgrund des Beitrags zu Wachstum und Beschäftigung sind Neuinvestitionen besonders bedeutend. In Gesamtösterreich liegt der Anteil der Unternehmen, die Neuinvestitionen planen, für die aktuelle Phase der Konjunkturentwicklung mit 43 Prozent eher auf hohem Niveau. Bei den EPU beabsichtigen 30 Prozent Neuinvestitionen zu tätigen.

Steuerliche Belastungen verhindern derzeit ein Mehr an Investitionen

Eine der größten Hürden für Investitionen von EPU stellt deren steuerliche Belastungen dar: 41 Prozent sehen laut EPU-Wirtschaftsbarometer dadurch keinen Spielraum für (zusätzliche) Anschaffungen. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten können helfen, Ausgaben für (zusätzliche) Anschaffungen anzukurbeln.

Positiver Ausblick, geringere Dynamik

- Bisherige Lage wird äußerst positiv bewertet.
- Auch für die kommenden 12 Monate bleiben die Aussichten positiv, auch wenn sie deutlich unter der Einschätzung der bisherigen Lage liegen. In Summe ist der Höhepunkt überschritten und eine Abschwächung der Dynamik im kommenden Jahr zu erwarten.
- Große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten spüren diese Abkühlung zuerst.



© Wirtschaftskammer Österreich / Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

„Daher fordern wir die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten: Dazu gehört die Erhöhung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.500 Euro“, so Zehetner-Piewald. Weiters soll für neue, abnutzbare körperliche Anlagegüter im ersten Jahr eine vorzeitige Abschreibung in Höhe von 50 Prozent genutzt werden können. „Das würde einen wesentlichen Impuls für Investitionen geben“, hält Zehetner-Piewald fest.

Ausblick und Erwartungen

Den Blick des EPU-Wirtschaftsbarometers auf die Zukunft faßt Zehetner-Piewald so zusammen: „Die Geschäftsaussichten der EPU sind überwiegend positiv“. Mehr als ein Drittel der Ein-Personen-Unternehmen erwartet in den kommenden 12 Monaten einen Anstieg der Umsätze. Knapp die Hälfte rechnet mit einer gleichbleibenden Entwicklung. Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im EPU-Wirtschaftsbarometer fällt ähnlich hoch aus wie im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. In Bezug auf die Auftragslage sind die Erwartungen der EPU positiver als jene der Gesamtwirtschaft:

Ein Drittel erwartet in den kommenden 12 Monaten eine positive Entwicklung. Weitere 54 Prozent rechnen zumindest mit einer gleichbleibenden Entwicklung im Jahr 2019. In Summe liegt der Saldo für EPU bei 20.

Zurückhaltung bei der Aufnahme von Beschäftigten

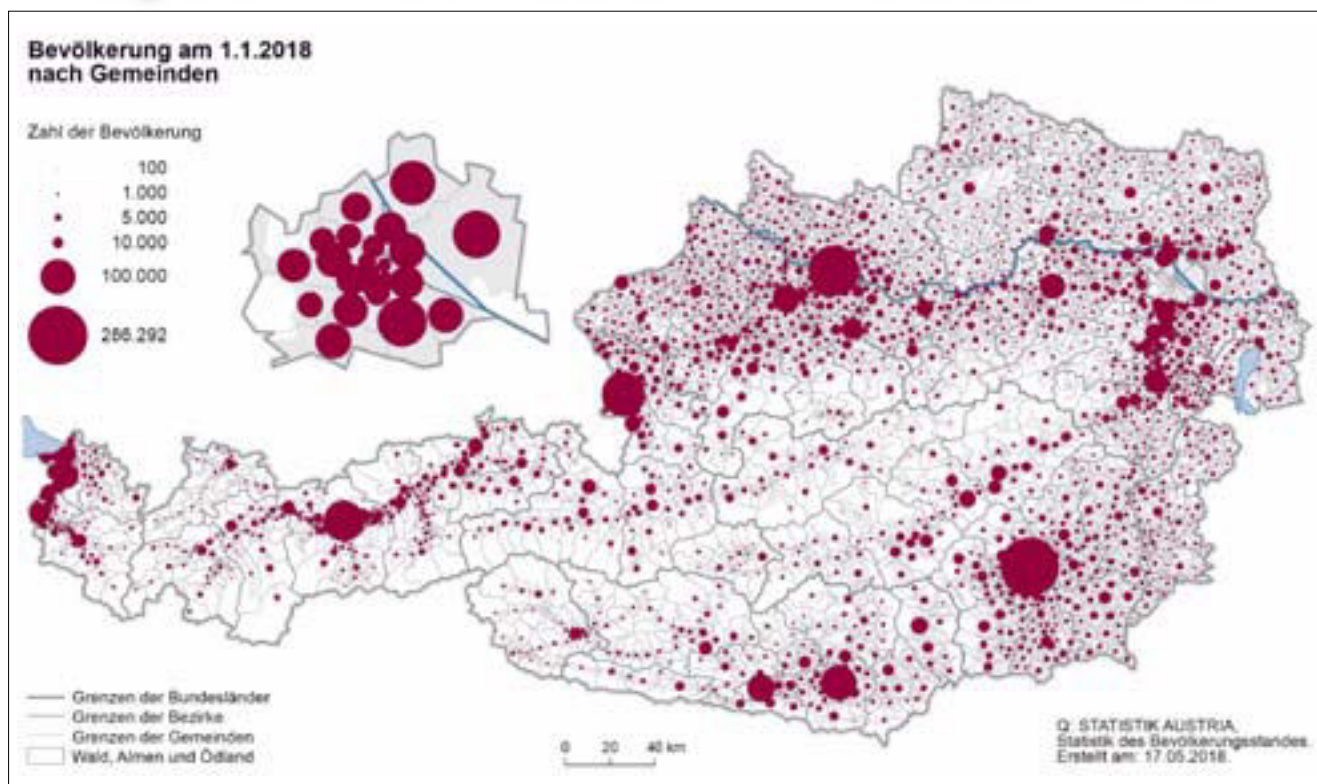
Trotz der tendenziell positiveren Geschäftsaussichten sind die EPU zurückhaltend in Bezug auf eine Ausweitung der Beschäftigten. 84 Prozent geben an, daß sie mit einem gleichbleibenden Personalstand planen, also auch weiterhin ein EPU bleiben wollen. Nur 9 Prozent erwägen, einen ersten Mitarbeiter einzustellen.

Über den WKÖ Wirtschaftsbarometer

Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer ist die größte Umfrage der gewerblichen Wirtschaft. An der aktuellen Befragung haben sich 3.664 Unternehmen beteiligt. Die Sonderauswertung „EPU-Wirtschaftsbarometer“ umfaßt Antworten von 890 Ein-Personen-Unternehmen. ■

<https://www.wko.at/>

8,86 Mio. leben in Österreich



Am 1. Jänner 2019 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge 8.859.992 Menschen in Österreich, um 37.725 Personen (+0,43 %) mehr als zu Jahresbeginn 2018. 2017 stieg die Einwohnerzahl Österreichs noch um 49.402 Personen bzw. 0,56 % an. Damit verzeichnete Österreich 2018 die niedrigste Bevölkerungszunahme der letzten sieben Jahre. 2011 gab es mit +0,39 % zuletzt ein geringeres Wachstum, während in den Jahren von 2012 bis 2017 durchschnittlich Zuwächse von 0,80 % verzeichnet wurden.

Zu Jahresbeginn 2019 lebten 1.439.401 ausländische Staatsangehörige in Österreich. Der Ausländeranteil lag somit bei 16,2 % (gegenüber 15,8 % am 1. Jänner 2018).

Zwischen 2009 und 2017 war Wien stets das Bundesland mit der größten Bevölkerungszunahme Österreichs. 2018 verzeichnete Wien hingegen zusammen mit Tirol und Salzburg (jeweils +0,49 %) nur ein leicht überdurchschnittliches Wachstum. Einen deutlich größeren Einwohnerzuwachs gab es 2018 sowohl in Vorarlberg (+0,63 %) als auch in Oberösterreich (+0,59 %).

Das Bevölkerungswachstum Niederösterreichs entsprach mit +0,43 % exakt dem Bundesdurchschnitt, während sich im Burgenland (+0,26 %) und in der Steiermark

(+0,23 %) etwas geringere Zuwächse ergaben. In Kärnten erhöhte sich die Bevölkerungszahl 2018 hingegen nur um 85 Personen (+0,02 %), blieb also praktisch unverändert.

Auf regionaler Ebene (siehe Karte) ergab sich in den westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich bis auf wenige Ausnahmen ein flächendeckendes Bevölkerungswachstum. In der Osthälfte Österreichs konzentrierte sich die Bevölkerungszunahme hingegen vor allem auf den Ballungsraum rund um Wien sowie die Hauptverkehrsachsen Niederösterreichs und das Nordburgenland. Insgesamt verzeichneten 62 politische Bezirke im Jahr 2018 einen Anstieg ihrer Einwohnerzahlen. Am stärksten wuchsen die Bezirke Bruck an der Leitha (+1,58 %), Wels-Land (+1,39 %), Linz-Land (+1,17 %), Gänserndorf (+1,15 %) und Kufstein (+1,11 %).

Rückläufige Bevölkerungszahlen ergaben sich hingegen im gesamten Waldviertel, in der Obersteiermark, insbesondere im oberen Murtal, im Mittel- und Südburgenland, in weiten Teilen Kärntens, in Osttirol und in den alpinen Regionen Niederösterreichs.

Insgesamt waren 32 politische Bezirke von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, wobei die stärksten Abnahmen in Murau

(-0,92 %), Sankt Veit an der Glan (-0,64 %), Gmünd und Waidhofen an der Ybbs (jeweils -0,63 %) und Murtal (-0,62 %) verzeichnet wurden. Auch Innsbruck verzeichnete mit -0,25 % als einzige Landeshauptstadt Österreichs im Jahr 2018 einen Bevölkerungsrückgang.

Wie aus den vorläufigen Ergebnissen ausserdem hervorgeht, lebten am 1. Jänner 2019 insgesamt 1.439.401 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entspricht 16,2 % der Gesamtbevölkerung und einem Plus von 43.521 Personen im Vergleich zum Jahresbeginn 2018. Die größten drei Nationalitäten waren deutsche (192.462), serbische (121.547) und türkische (117.262) Staatsangehörige. Verglichen mit dem Vorjahr gab es die stärksten Zuwächse bei rumänischen (+10.429), deutschen (+5.621) und ungarischen (+5.619) Staatsangehörigen.

Auf Ebene der Bundesländer gab es zu Jahresbeginn 2019 den größten Ausländeranteil in Wien (30,2 %), aber auch in Vorarlberg (17,8 %) und Salzburg (17,2 %) wurden Werte über dem Bundesdurchschnitt verzeichnet.

Am niedrigsten fiel der Ausländeranteil im Burgenland aus (8,9 %).

<http://www.statistik.at>

Erste Rutschpartie im Schloßberg

Welch rasante Auswirkungen eine Stadtsenatsentscheidung haben kann, erlebten Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl, sein Vize Mario Eustachio und Stadtrat Günter Riegler nun am eigenen Leib, galt es doch bei einer fröhlichen Rutschpartie mit den Ideengebern und Umsetzern Ernst, Andreas und Wolfgang Diesel die höchste Indoor-Underground-Trockenrutsche der Welt auszuprobieren. Am 9. Juni 2017 hatte der Grazer Stadtsenat nämlich mehrheitlich beschlossen, daß die Diesel GmbH den Schacht beim Schloßberglift für den Bau und Betrieb der Rutsche nutzen darf.

Und dabei ging es nun wahrlich rund – flitzten die „TestpilotInnen“ doch mit bis zu 30 km/h durch die 170 Meter lange Edelstahlkonstruktion. „Nochmal, nochmal“ war von manch einem/einer zu vernehmen, während andere – dank der 12 Kurven – erstmal den Drehwurm wieder in den Griff bekommen mußten.

Der Freizeithit, „durch den unser Schloßberg nun noch attraktiver wird, viele – vor allem junge Grazerinnen und Grazer können



Foto: Stadt Graz / Fischer

Mit einer Gesamthöhe von 64 Metern ist die „Slide“ somit die höchste Indoor-Rutsche der Welt.

es ja nicht mehr erwarten“, so Bürgermeister Nagl, kostete die Diesel-Brüder 1,5 Millionen Euro. Die Bauzeit der „Slide“ betrug fünf Monate. Über 40 Rutschenmodule (Kurven) wurden verbunden. Zweimal winden

sie sich sogar um den Schloßberglift. Die große Publikumseröffnung fand am 20. Februar statt.

<https://www.schlossberggrutsche.at/>

<https://www.youtube.com/watch?v=CETqjyflbc#action=share>

Aufmarsch der Salzburger Schützen in Adnet

Laustark und traditionsverbunden: Die 109 Kompanien des Landes Salzburg hielten am 17. Februar ihre alljährliche große Festveranstaltung in Adnet ab. Rund 350 Schützen boten bei der 60. Anton-Wallner-Gedenkfeier ein farbenprächtiges Bild in der Tennengauer Gemeinde. Sieben Mitglieder erhielten dabei Verdienstzeichen des Landes. „Die Salzburger Landesregierung steht hinter unseren Schützen, weil wir um deren Bedeutung für unser Land wissen“, betonte dabei Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl.

„Die Schützen sind ein Garant für Heimat, Zusammenhalt, Kameradschaft und Tradition und tragen ganz wesentlich zu einer funktionierenden Gesellschaft bei. Unser lebendiges Schützenwesen leistet unverzichtbare Dienste für die Gemeinschaft sowie für die Festkultur in den Gemeinden und im ganzen Land“, unterstrich Stöckl, der als offizieller Vertreter des Landes an der Wallner-Feier teilnahm.

Veranstaltet wurde das Großereignis vom Uniformierten Prangerschützenkorps Adnet. Für die musikalische Umrahmung sorgten die Steinhauermusikkapelle Adnet und die



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Verleihung des Verdienstzeichens des Landes Salzburg durch LH-Stv. Christian Stöckl und Staatssekretärin Karoline Edtstadler an Landesschützenkommandant Franz Meißl (2.v.l.) und Oberst Stefan Koutnik.

Trachtenmusikkapelle Krispl-Gaißau sowie die Militärmusikkapelle Salzburg. Mit der Gedenkfeier wird der Freiheitskämpfe 1809 der Tiroler und Salzburger gegen die Franzosen und Bayern gedacht. Anton Wallner wur-

de vom Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer mit der Organisation der Salzburger Landesverteidigung beauftragt. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<http://www.salzburger-schuetzen.at/>

Neuer Cityjet für mehr Reisekomfort auf der Mühlkreisbahn

Die Landeshauptstadt Linz wurde Zeuge spektakulärer Bilder, die sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Feber ergaben: Ein 71 Tonnen schwerer ÖBB-Zug der Modellreihe Desiro wurde vom Bahnhof im Linzer Stadthafen mit einem Spezialtransporter zum Mühlkreisbahnhof verladen. Nachdem seit dem Abtrag der Eisenbahnbrücke im Jahre 2016 keine direkte Schienenverbindung mehr nach Urfahr vorhanden ist, war der Einsatz eines speziellen Tiefladers vonnöten. Der Transport über die Voestbrücke der A7 Mühlkreisautobahn und anschließend über die Freistädterstraße bis zur Reindlstraße knapp vor den Mühlkreisbahnhof fand in der Nacht von 23 Uhr bis 0:30 Uhr statt. Kurzzeitige Sperren entlang der A7, der Freistädter-, Wildberg-, und Reindlstraße mußten eingerichtet werden.

„Mit der Aufwertung der Garnituren erfolgt eine Qualitäts- und Komfortaufwertung für die Reisegäste der Mühlkreisbahn“, ist Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner erfreut. Paul Sonnleitner, Regionalmanager der ÖBB Personenverkehr AG



Foto: Land OÖ / Daniel Kauder

Die neue Desiro-Garnitur wird per Spezialtransport zum Mühlkreisbahnhof gebracht.

in OÖ: „Unsere Kundinnen und Kunden erwarten moderne Fahrzeuge und Komfort. Mit diesem Upgrade der Bestandszüge set-

zen die ÖBB ihre Qualitätsoffensive für die Regionen fort.“

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>

Spektakulärer Schwergutumschlag im Hafen Wien

Am 6. Februar wurde im Hafen Freudenau des Hafens Wien, ein Unternehmen der Wien Holding, eine 103 Tonnen schwere Dampflokomotive von der Schiene auf ein Schiff umgeschlagen. Die 78 Jahre alte Lokomotive, die bis vor kurzem im Eisenbahnmuseum Schwechat zu sehen war, wird über die Donau in ein Dampflok-Ausbesserungswerk nach Sofia, Bulgarien geschifft, um dort betriebsfähig aufgearbeitet zu werden.

Die erste Inbetriebnahme der insgesamt 103 Tonnen schweren Lokomotive erfolgte am 13. August 1941 bei der damaligen Deutschen Reichsbahn, gebaut wurde sie in den Škoda Lokomotiv-Werken in Pilsen in der heutigen Tschechischen Republik. Fahrzeughalter und zuständiges Energieversorgungsunternehmen ist die Schweizer TEE - Trans-Europ Eisenbahn AG. Diese sponsert auch die betriebsfähige Aufarbeitung in Bulgarien.

Um zum Ausbesserungswerk in Sofia zu kommen, wurde historische Dampflok von der Schiene auf ein Schiff umgeschlagen. Dafür wurde ein Spezialkran mit ausreichender Traglast im Hafen Freudenau aufgebaut. Alleine drei LKW mit Ballastgewicht für den Kran waren notwendig, damit dieser die Lok auf ein Schiff hieven konnte.

<https://www.wienholding.at/>

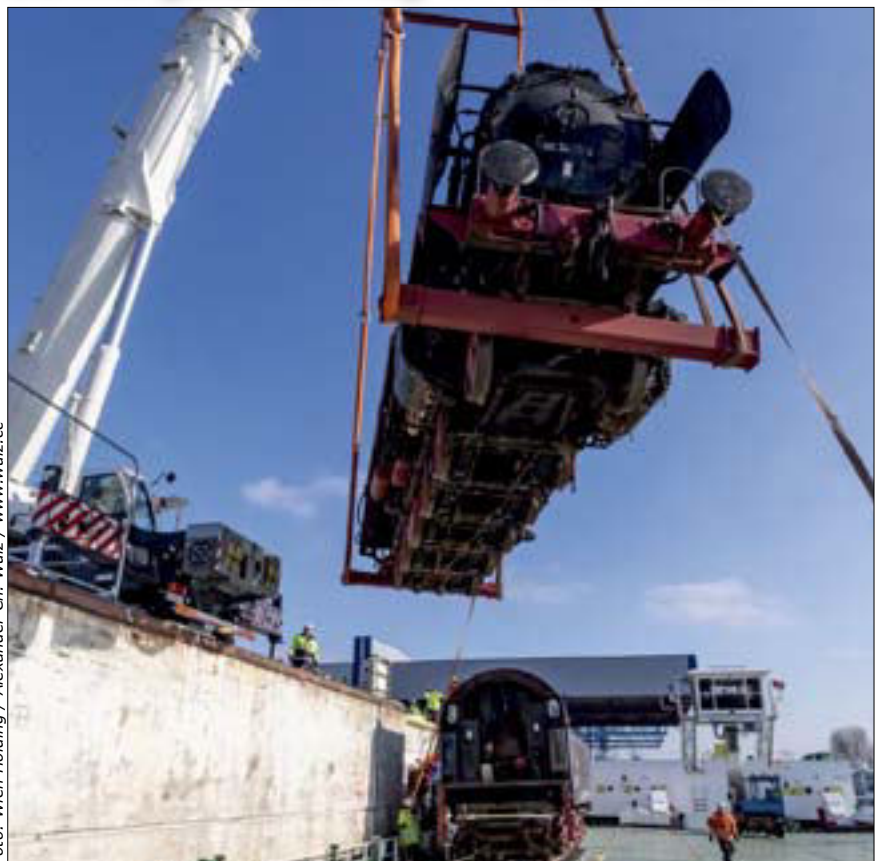


Foto: Wien Holding / Alexander Ch. Wulz / www.wulz.cc

Der Umschlag der Dampflok BR50 auf ein Schiff im Hafen Wien

Burgenländischer Familienpreis

Innovative Ideen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Landesrätin Verena Dunst prämiert

Das Spektrum der familienfreundlichen Maßnahmen und Rahmenbedingungen im Burgenland ist sehr vielfältig. Nicht umsonst ist das Burgenland deshalb das Familienland Nummer 1 in Österreich. Dennoch stellt – gerade im ländlichen Raum – die Betreuung der Kinder in sogenannten Randzeiten, an Wochenenden oder bei Notfällen für viele Familien immer noch eine große Herausforderung dar. Diesen Umstand hat Landesrätin Verena Dunst in Zusammenarbeit mit dem Familienreferat des Landes zum Anlaß genommen und im Herbst des vergangenen Jahres den Wettbewerb „Burgenländischer Familienpreis 2018“ gestartet, bei dem Ideen, Konzepte und Projekte, die Familien bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen, gefragt waren.

„Das Bild der Familie hat sich stark verändert. Es ist bunter und vielfältiger geworden. Die Gesellschaft entwickelt sich rasant und Familien stehen heute oftmals vor neuen Herausforderungen. Mütter und Väter müssen Familie und Beruf miteinander verbinden können. Das dies nicht immer problemlos gelingt, liegt auf der Hand. Deshalb habe ich dazu aufgerufen, Ideen und Vorschläge einzubringen, wie die Kinderbetreuung in ihrer Region konkret verbessert werden kann“, so die Landesrätin.

Aus den vielen Einsendungen ging in der Kategorie A – Gebietskörperschaften, gemeinnützige Vereine und gemeinnützige Unternehmen, Körperschaften öffentlichen Rechts und Arbeitsgemeinschaften – die Initiative „Sitforfree“ und in der Kategorie B – Privatpersonen/Burgenländerinnen und Burgenländer – die Idee der „Mama Cafés“ als Sieger hervor. Den Preisträgerinnen Anika Karall, MA aus Eisenstadt, Obfrau des Vereins „Alleinerziehend – aber nicht allein“, sowie Katharina Thurner aus Donnerskirchen, Initiatorin der Projektidee „Mama Café“, wurden am 8. Februar im Landhaus in Eisenstadt von Familienlandesrätin Verena Dunst die Siegerschecks in Höhe von jeweils 2000 Euro überreicht.

»Sitforfree«

Ziel der Initiative „Sitforfree“ ist die Entwicklung einer App, mit der sich bekannte Familien vernetzen können. Durch die App



Landesrätin Verena Dunst mit Anika Karall, Obfrau von Alleinerziehend – aber nicht allein«...



... und mit Katharina Thurner, Initiatorin der Projektidee „Mama Café“

„Sitforfree“ werden die Bekannten zu Babysittern. Die wechselseitige Kinderbetreuung wird zum Tauschgeschäft. Für die Betreuungsleistungen werden „Sittingpunkte“ vergeben und gegenseitig ausgetauscht. Die Kinderbetreuung bringt Punkte, die im Gegenzug selbst bei anderen Eltern wieder eingelöst werden können.

»Mama Café«

Die Projektidee „Mama Café“ versteht sich als eine Kontaktbörse, in der sich Müt-

ter, Großmütter und Tagesmütter treffen und kennenlernen können. Die Idee ist, daß die Gemeinde dafür Räumlichkeiten als Begegnungszone zur Verfügung stellt, in denen auch die Kinder eine Möglichkeit zur Beschäftigung finden, während die Erwachsenen sich kennenlernen. Mit Buttons für „Suchende“ und „Bietende“ werden Kontaktaufnahme erleichtert und individuelle Vereinbarungen ermöglicht. ■

<http://www.burgenland.at/>
<https://www.alleinerziehend-e.com/>

»Kärntner Gold« für Vanessa Herzog

In ihrem Heimatort Ferlach wurde Vanessa Herzog bereits am 10. Feber gebührend gefeiert. Am 12. Feber stand die Eisschnelllauf-Weltmeisterin über 500 Meter und derzeitige Weltjahresbestleistungshalterin (37,12 Sekunden) im Spiegelsaal des Amtes der Kärntner Landesregierung im Rampenlicht: Sportreferent Landeshauptmann Peter Kaiser überreichte ihr gemeinsam mit Landeshauptmann Stellvertreterin Gaby Schaubig und Armin Egger, in Vertretung von LR Ulrich Zafoschnig, das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Kärnten.

„Vanessa und Tom Herzog sind ein dynamisches, sportliches und privates Erfolgsensemble und ich gestehe insgeheim, daß ich mit einer Medaille gerechnet habe. Daher haben wir schon im Vorfeld eine Gratulations-Presseaussendung vorbereitet, in der wir nur mehr die Medaille und Zeit einfügen mußten. Das es Gold wurde war dann die Krönung“, verrät der Landeshauptmann der Weltmeisterin, ihrem Trainer und den Anwesenden.

Erfreut zeigt sich Kaiser auch darüber, daß die frischgebackene Weltmeisterin ihren Lebensschwerpunkt nach Kärnten verlegt hat



Foto: LPD Kärnten / Gert Eggenberger

Landeshauptmann Peter Kaiser ehrte die Eisschnellläuferin Vanessa Herzog im Spiegelsaal des Amtes der Kärntner Landesregierung

und sich bereits als Kärntnerin fühlt. „Das war für mein Herz wie Honig“, stellte er fest. Neben dem Ehrenzeichen überreicht er an Herzog einen Gutschein für ein Hochleistungs-Ergometer und eine Torte.

Ebenfalls als Gratulanten stellten sich Othmar Braunecker, Präsident des Eislaufverbandes Kärnten und Kelag-Vorstand Manfred Freitag ein. ■

<http://www.vanessaherzog.at>

Oö. Verdienstkreuz für Prof. Alois Brandstetter

Premiere im Kulturland Oberösterreich: Landeshauptmann Thomas Stelzer hat am 6. Feber Prof. Alois Brandstetter die im November 2018 geschaffene neue, höchste Kulturauszeichnung des Landes überreicht: Das „Verdienstkreuz des Landes Oberösterreich für Kunst und Kultur“. Brandstetter ist damit die erste Persönlichkeit, die mit dieser Auszeichnung geehrt wurde.

„Uns war es wichtig, mit der erstmaligen Verleihung dieser neuen Auszeichnung ein Signal zu setzen: Für Wertschätzung, Qualität und Bedeutung des künstlerischen Schaffens in unserem Land, und die herausragende Rolle, die Prof. Dr. Alois Brandstetter darin einnimmt“, erklärte Landeshauptmann Thomas Stelzer. „Prof. Dr. Brandstetter hat mit seinem Werk große Spuren in der österreichischen Literaturgeschichte des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts hinterlassen. Von Pichl bei Wels aus hat er die literarische Welt erobert: Einzigartig in Stil, Ausdruck und auch Form. Seine herausragende Rolle zu würdigen ist Anlaß für die Feierstunde im Steinernen Saal des Linzer Landhauses.“

Im Rahmen des Festaktes hat Joachim Rathke auf Wunsch von Prof. Brandstetter



Foto: Land OÖ / Sandra

Landeshauptmann Thomas Stelzer (l.) und Prof. Dr. Alois Brandstetter mit der höchsten Kulturauszeichnung des Landes Oberösterreich

dessen Text „Der Dichter“ aus „Der Leumund des Löwen“ gelesen. Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde von einem Querflötenensemble der Landesmusikschule Pichl bei Wels.

Brandstetter, geb. 1938 in Pichl, lehrte als Professor für Philologie an den Universitäten Klagenfurt, Salzburg und Saarbrücken und ist Träger zahlreiche Auszeichnungen. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Alois_Brandstetter

Menschenrechtspreis des Landes Steiermark 2018 verliehen

Am 22. Feber wurde der 2001 ins Leben gerufene Menschenrechtspreis des Landes Steiermark im Weißen Saal der Grazer Burg verliehen. Der Preis, der mit 7500 Euro dotiert ist, wird zur Ermutigung von Aktivitäten zur Durchsetzung, Entwicklung und Förderung der Menschenrechte alle zwei Jahre vergeben. Aus insgesamt 14 Vorschlägen hat sich die Jury als diesjährigen Preisträger Gerd Kronheim, Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Vereins Bicycle, entschieden. „Im Dezember haben wir den 70. Jahrestag der Proklamation der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefeiert. Wir müssen immer wieder – so auch heute bei der Verleihung des Menschenrechtspreises – mit Nachdruck darauf hinweisen, daß diese Errungenschaft nicht selbstverständlich ist und das die Menschenrechte universell und unteilbar gelten. Gerd Kronheim trägt mit seinen Initiativen wesentlich dazu bei, daß das Recht auf Arbeit seine Durchsetzung findet. Für dieses Engagement möchte ich Ihnen danken und gratuliere herzlich zum Menschenrechtspreis des Landes Steiermark 2018“, betonte Landesrat Christopher Drexler, der in Vertretung von Landeshauptmann



Foto: steiermark.at / Streibl

Landesrat Christopher Drexler (l.) überreichte Gerd Kronheim den Menschenrechtspreis 2018 des Landes Steiermark.

Hermann Schützenhöfer, den Preis überreichte.

Gerd Kronheim arbeitet seit fast 30 Jahren im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Als Gründungsmitglied und Geschäftsführer

des Vereins Bicycle ist er seit dem Jahr 1989 insbesondere in der Integration von Jugendlichen, die am Arbeitsmarkt an den Rand gedrängt wurden, tätig. ■

<http://bicycle.at/>

Wiener Ehrenzeichen für Hans Menasse

Landeshauptmann Michael Ludwig überreichte Hans Menasse, dem ehemaligen Präsidenten des Filmverleihs „United International Pictures“ und in seiner Jugend erfolgreicher Fußballer in der österreichischen Nationalmannschaft, am 21. Feber das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. An der Ehrung nahmen zahlreiche prominente Gäste aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Society teil, z. B. Erich Hampel, Ioan Holender, Viktor Gernot, Gigi Ludwig sowie etliche Fußballer, z. B. Toni Polster, Ernst Kaltenbrunner und Wolfgang Weber, weitere Mitglieder der großen Menasse-Familie. Die Laudatio hielt Rektor Andreas Mailath-Pokorny. Im Anschluß an die Ehrung wurde ein Buch über das Leben von Hans Menasse präsentiert.

Ludwig erwähnte in seiner Begrüßung, daß Menasse einen großen Teil seines Lebens erfolgreich dem Fußball gewidmet habe. Er würdigte die Leistungen Menasses als Zeitzeuge für Wiener SchülerInnen, da er als jüdisches Kind aus Wien die Kindertransporte in der Nazizeit miterlebt hatte.

Mailath-Pokorny berichtete in seiner launigen Laudatio über die beruflichen, sport-



Foto: PID / C. Jobst

Wiens Landeshauptmann Michael Ludwig (l.) überreichte Hans Menasse im Rathaus das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien

lichen und menschlichen Leistungen Menasses für Wien. Er habe sowohl ein spannendes Fußballerleben gehabt als auch Hollywoodstars wie Steven Spielberg und Charlton Heston in Wien betreut. Mit seiner tragischen

Kindheit und seinem abwechslungsreichen späteren Leben in Wien verkörpere er die Devise „Nichts ist unmöglich“ und gebe Hoffnung, im Leben niemals aufzugeben. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Menasse

Campus der Religionen in der Seestadt aspern

Begegnungs- und Bildungsstätte auf 10.000 Quadratmetern

Nach einem Treffen mit Vertretern der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche AB und HB, der griechisch-orientalischen Kirche, der israelitischen Religionsgemeinschaft, der islamischen Glaubensgemeinschaft, der österreichisch-buddhistischen Religionsgemeinschaft, der neapostolischen Kirche in Österreich und der Religionsgemeinschaft der Sikh erklärte Bürgermeister Michael Ludwig und Kardinal Christoph Schönborn am 26. Feber die weiteren konkreten Schritte.

„Der Campus der Religionen liegt mir sehr am Herzen, weil er zeigt, daß wir in Wien Religionen zusammenführen können. Religionsgemeinschaften sind nach wie vor Gemeinschaften, die für viele Menschen sehr wichtig sind. Und es gibt Teile in der Welt, wo Religionen verwendet werden, um Konflikte auszutragen und sogar Kriege zu führen. In Wien werden wir hingegen einen Campus realisieren, der einen Austausch zwischen den Religionsgemeinschaften ermöglicht und der zeigen wird, daß Religionen über ihre Grenzen hinweg zusammen an einem Strang ziehen können“, sagt Bürgermeister Michael Ludwig.

„Der Campus zeigt, daß in unserer Stadt das Miteinander der Religionen gelebt wird. Die Seestadt ist ein faszinierendes Projekt, das ein Modell des Zusammenlebens in einer Zeit der Gegensätze in der Gesellschaft und unter den Religionen sein kann. In Zeiten, wo Religion als Problem und nicht als positiver Faktor gelebt wird, ist es wichtig zu zeigen: Es gibt einen anderen Weg. Dabei ist das Bild des Campus in einer offenen Gesellschaft wichtig: Dieser ist keine Festung der Religionen, bei denen sich jede Religion gegen die anderen verschanzt. Vielmehr ist ein Campus ein offenes Feld, das darauf angelegt ist, mit der Zivilgesellschaft für das Wohl der Stadt und für das Wohl der Menschen da zu sein“, sagte Kardinal Christoph Schönborn.

Einigartiges Projekt mit großer Symbolkraft

Der Campus der Religionen ist ein einzigartiges Projekt und verfügt über hohe



Foto: PID / C. Jobst

Treffen der Religionsvertreter zum Campus der Religionen in der Seestadt aspern (v.l.): Pater Athanasius Buk, Oberrabbiner Arie Folger, Superintendent Matthias Geist, Präsident Ümit Vurgal, Bürgermeister Michael Ludwig, Kardinal Christoph Schönborn, Gursharan Sing Mangat, Bischofsvikar Dariusz Schutzki, Hirte Walter Hessler und Präsident Gerhard Weissgrub

Symbolkraft. Er ist ein erster großer Schritt, der Welt zu zeigen, was die Zusammenarbeit der Religionen an positiven Strömen für die Gesellschaft auslösen kann. „Mein Dank gilt allen Vertreterinnen und Vertretern der Religionsgemeinschaften, die sich entschlossen haben, beim Campus der Religionen dabei zu sein“, sagte der Bürgermeister. Der

Campus Seestadt aspern ist weiterhin offen für jene Religionsgemeinschaften, die sich bis dato nicht zu einer Teilnahme entschließen konnten.

Begegnungs- und Bildungsstätte auf 10.000 Quadratmetern

Der Campus wird nicht nur interreligiöse Begegnungsstätte, sondern auch Ausbildungsstätte sein. So wird die Kirchliche Pädagogische Hochschule (KPH) ihren neuen Standort in Seestadt aspern haben. Mit den Plänen zur Übersiedelung der KPH mit 3.500 StudentInnen von ihrem Standort in Strebersdorf in die Seestadt, werde der Campus und die Seestadt zu einem wichtigen Ort der interreligiösen Bildungsarbeit, betonte Kardinal Schönborn.

Insgesamt stellt die Stadt Wien eine Fläche von knapp 10.000 Quadratmetern zur

Verfügung. Neben Sakralräumen wird auch ein rund 2.800 Quadratmeter großer gemeinsamer Bereich entstehen. Der für den Grundstücksankauf notwendige Akt wird dem Gemeinderat im März 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach erfolgreichem Architekturwettbewerb und Baugenehmigungsverfahren ist der Spatenstich für das Jahr 2020 geplant. Mit einer Fertigstellung des Campus der Religionen wird für 2022 gerechnet.

Seestadt aspern

Die Seestadt aspern mit ihren 2,4 Millionen Quadratmeter Fläche ist ähnlich groß wie die Wiener City und als Stadtentwicklungsprojekt einzigartig in Europa. Hier entsteht nicht nur hochwertigster Wohnraum für 20.000 Menschen. In der Seestadt werden auch die Rahmenbedingungen für ähnlich viele Arbeitsplätze und Standortvoraussetzungen für Forschungs- und Bildungseinrichtungen geschaffen. Die Seestadt aspern verfügt über leistungsfähige Verkehrsanbindungen sowie flächendeckende Fuß- und Radwegenetze. Sie ist Entwicklungsraum für neue Formen des urbanen Zusammenlebens, Mobilität, Energie und Digitalisierung. ■

<https://www.aspern-seestadt.at/>

Steirisches Kürbiskernöl

Das flüssige Gold der österreichischen Küche



Foto: kernöl.cc

Sehr viele der über 500.000 AuslandsösterreicherInnen und unzählige internationale Gourmets bestellen das Kürbiskernöl regelmäßig online.

In Österreich wächst man damit auf. AuslandsösterreicherInnen vermissen es oft. Es scheidet die Geister: Entweder man liebt es oder man verabscheut es. Die Rede ist von Steirischem Kürbiskernöl.

Steirisches Kürbiskernöl ist ein besonders aromatisches Öl. Es schmeckt und riecht besonders nussig und eignet sich für vielerlei Gerichte sowie zur Körperpflege.

Das Kernöl wird aus dem schalenlosen Samen des Steirischen Ölkürbisses produziert und ist ein reines Naturprodukt. Entstanden ist diese spezielle Kürbissorte vor über 100 Jahren in der Steiermark. Um Kürbiskernöl herzustellen, sind viele Arbeitsschritte notwendig. So werden die Kürbiskerne gewaschen, getrocknet, gemahlen, geröstet und schließlich gepreßt. Das Fruchtfleisch wird am Kürbisacker eingepflügt und düngt das Feld für das Folgejahr.

Eigenschaften und Inhaltsstoffe

Kürbiskernöl hat aufgrund seiner Röstung eine recht dunkle Farbe. Gegen das

Licht gehalten, schimmert es rötlich-grün. Auf einem weißen Porzellanteller geschwenkt hinterläßt es zartgrüne Spuren.

Die Farbe ist übrigens ein Hinweis auf die Qualität und auf die Herstellung. Wurden die Kürbiskerne nämlich zu stark geröstet, ist das Öl von minderer Qualität, da die kostbaren Inhaltsstoffe durch die Hitze zerstört wurden. Daran ist ein reines Steirisches Kürbiskernöl auch für den Laien zu erkennen: Wurden andere Kerne verwendet (viele Produzenten kaufen nämlich mittlerweile billige Kürbiskerne in Osteuropa und China), ist der Geschmack bitterer und die Farbe am Schwenkteller geht mehr ins Braune als ins Grüne.

Gesundheitliche Vorteile

Kürbiskernöl hat einen hohen Anteil an einfach und mehrfach ungesättigten Fettsäuren, an Vitaminen (A, B1, B2 und C) sowie wertvollen Mineralstoffen. Ob Eisen, Fluor, Zink, Jod, Kalium, Kalzium, Kupfer, Magnesium oder Schwefel – alle diese Inhalts-

stoffe machen echtes Kürbiskernöl zu einem Wunder der Natur. Im Volksmund gilt es schon lange als wirkungsvolles Naturheilmittel. Inzwischen bestätigen auch zahlreiche medizinische Studien, daß es bei Prostatabeschwerden hilft, blutdrucksenkend wirkt und Gelenksbeschwerden lindert.

Die gesundheitlichen Wirkungen gehen aber weit darüber hinaus. Eine koreanische Studie attestiert dem Kürbiskernöl zum Beispiel positive Wirkung bei Haarausfall, es soll bei Menopause-Beschwerden helfen und Patienten sogar Diabetes sowie bei Depressionen positiv unterstützen.

Verwendet man Kürbiskernöl aus gesundheitlichen Gründen, sollte man immer vorher mit einer Ärztin, einem Arzt darüber sprechen. Falls die Medizinerin, der Mediziner des Vertrauens noch nicht über die Wirkungen von Kürbiskernöl Bescheid weiß, kann man ihn vielleicht auf die Sammlung von wissenschaftlichen Studien über Kürbiskernöl aufmerksam machen, online zu finden <https://www.kernoel.cc/studien>.

Die kulinarische Verwendung von Kürbiskernöl

Die häufigste Verwendung von Kürbiskernöl findet in der Küche statt. Man sollte das Öl immer kalt verwenden, damit die wertvollen Inhaltsstoffe erhalten bleiben und es nicht bitter wird. Um warme Speisen damit zu verfeinern, gibt man Kürbiskernöl kurz vor dem Servieren über das Gericht.

Man kann Steirisches Kürbiskernöl auf vielerlei Weise einsetzen: Zum Verfeinern von Kürbissuppen, zum Marinieren von Salaten und sogar zum Veredeln von Süßspeisen wie Vanilleeis.

Da Kürbiskernöl lichtempfindlich ist, sollte man das Öl kühl und dunkel lagern. Originalverschlossene Flaschen oder Dosen halten rund 12 Monate. Wenn es angebrochen wird, sollte man es aber innerhalb von drei Monaten aufbrauchen, da der einströmende Sauerstoff das Öl allmählich zum Oxidieren bringt. Am besten kauft man daher kleinere Gebinde.

Beim Kauf von Kürbiskernöl sollte man unbedingt auf die Herkunft achten, um sicher zu sein, daß man für sein Geld auch gute Qualität erhält. Steirisches Kürbiskernöl ist eine regionale Spezialität aus Österreich und trägt die EU-Bezeichnung „g.g.A.“ (geschützte geografische Angabe). Nur Kürbiskernöl mit der nummerierten Banderole darf als Steirisches Kürbiskernöl g.g.A. verkauft werden.

Kürbiskernöl für Haustiere

In den letzten Jahren entwickelte sich unter HaustierbesitzerInnen ein neuer Trend: Kürbiskernöl als Nahrungsmittelergänzung für ihren Vierbeiner. Immer mehr BesitzerInnen von Hunden, Katzen und Pferden vertrauen der gesundheitlichen Wirkung von Kürbiskernöl und geben es ihren Lieblingen etwa bei Nierenleiden oder zur Entwurmung.

Kürbiskernöl als Körperpflegemittel

Aufgrund seiner Inhaltsstoffe wird Kürbiskernöl immer öfter auch als Schönheitsmittel verwendet. Ob als Gesichtsmaske, als Nageltinktur oder als Haarspülung: Sogar Stars wie Gwyneth Paltrow schwören auf die Anti-Aging-Wirkung von Kürbiskernöl.

Auch als Massageöl eignet sich Kürbiskernöl ganz besonders. Und keine Angst, die grüne Farbe bleibt nicht auf der Haut, nach der anschließenden Dusche leuchtet die Haut wieder wie gewohnt, fühlt sich aber besonders fein und gepflegt an. Regelmäßig angewendet, wirkt Kürbiskernöl auf der Haut wahre Wunder.



Foto: kernöl.cc

Die zartgrünen Spuren am Rand eines Porzellantellers sind ein Nachweis für die Qualität von gutem Kürbiskernöl.

Kürbiskernöl - der aufstrebende Star am Kulinarikhimmel

Internationale Spitzenköche wie Johann Lafer oder Heinz Reitbauer haben Kürbiskernöl schon seit vielen Jahren in ihrem Repertoire. Und auch immer mehr Restaurants bieten Kürbiskernöl an ihrer Salatbar an oder verwenden es in ihren Küchen für spezielle Speisen. Für alle Hobbygourmets gibt es online unzählige Ideen und Rezeptvorschläge mit Kürbiskernöl zu finden unter <https://www.kernoel.cc/rezpte>

Kürbiskernöl kann abseits der klassischen Gerichte auch gesundheitlich und kosmetisch genossen werden. In diesem Sinne: Guten Appetit und viel Spaß bei Ihrem nächsten Kürbiskernöl-Experiment!

Kürbiskernöl weltweit online erhältlich

In Österreich erhält man Steirisches Kürbiskernöl in vielen Feinkostläden – über den Landesgrenzen wird es jedoch schon schwieriger, an wertvolles Kürbiskernöl zu kommen. Das ist im Internet-Zeitalter aber kein Problem mehr. Sehr viele der über 500.000 AuslandsösterreicherInnen und unzählige internationale Gourmets bestellen das Kürbiskernöl deswegen regelmäßig online beim

Kürbiskernölportal <https://www.kernoel.cc> (oder <https://www.pumpkinseedoil.cc> auf englisch), das seit bereits seit dem Jahr 2000 Kürbiskernöl in über 100 Ländern in aller Welt versendet hat.

Ein Vorteil von Onlinebestellungen bei kernoel.cc, den der Gründer Eldon Goranovic immer wieder gerne hervorhebt, ist die Frischegarantie. Während abgefüllte Flaschen in Supermarktregalen oft monatelang auf ihre neuen BesitzerInnen warten und dabei manchmal sogar in grellem Sonnenlicht stehen – und Tag für Tag an Qualität verlieren –, wird das online bestellte Kürbiskernöl das ganze Jahr über jede Woche vom Kürbischhof Koller in Fehring frisch gepreßt, abgefüllt und ganz frisch direkt ab Hof im Paket versendet. Schon nach kurzer Zeit hat man so Kürbiskernöl in bester Qualität zuhause, und das zu erschwinglichen, marktüblichen Preisen.

Für alle „Österreich Journal“-LeserInnen gibt es einen 10-Euro-Gutschein, gültig ab einem Einkaufswert von 60 Euro. Geben Sie bei Ihrer Bestellung einfach den Gutscheincode *OEJOURNAL18* ein.

Hier geht es direkt zum Online-Shop: <https://www.kernoel.cc/shop> ■

Wenn Dunkle Materie auf Resonanz stößt

Dunkle-Materie-Teilchen können wie Billardkugeln voneinander abprallen, um sich in Galaxien umzuverteilen – zumindest, wenn sie mit einer bestimmten Geschwindigkeit unterwegs sind.

Dunkle Materie macht mehr als 80 Prozent der Materie im Universum aus. Sie gilt aufgrund ihrer Gravitationskraft als zentraler Baustein für die Herausbildung von Sternen und Galaxien und damit als eine Grundlage unserer Existenz. Trotz ihrer in vielen Theorien wiederholt nachgewiesenen Bedeutung, entzieht sie sich bis heute einer näheren Untersuchung. Viele ihrer Eigenschaften erscheinen nach wie vor mysteriös, wie ein internationales Forschungsteam mit PhysikerInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) im Fachmagazin „Physical Review Letters“ berichtet.

Eines dieser Mysterien der Dunklen Materie ist die Ursache ihrer ungleichen Verteilung: Wenn die einzige Kraft, durch die Dunkle Materie wirken kann, die anziehende Schwerkraft ist, dann müsste die Dichte der Dunklen Materie im Zentrum von Galaxien eigentlich sehr hoch werden. Das trifft auch für größere Systeme wie Galaxiehaufen zu. Allerdings scheint die Dunkle Materie gerade in den Zentren kleiner, lichtschwacher Galaxien – den so genannten Zwergsphäroiden – nicht so dicht zu werden wie erwartet.

Dieses Verhalten kann erklärt werden, wenn die Dunkle Materie in der Lage ist, mit sich selbst zu interagieren. Man kann sich das so vorstellen, wie Billardkugeln, die miteinander kollidieren und sich nach einer Kollision gleichmäßiger am Billardtisch verteilen. Das Problem: Während diese Erklärung sich bei kleineren Systemen astronomisch beobachten läßt, führen die Kollisionen bei größeren Galaxiehaufen aber zu abweichenden Resultaten.

Kinderschaukeln und Teilchenphysik

Bei der Suche nach einer Lösung stießen ForscherInnen des Instituts für Hochenergiephysik der ÖAW gemeinsam mit KollegInnen des Kavli Institute for Physics and Mathematics of the Universe in Japan und des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) nun auf einen neuen Erklärungsansatz: die Resonanz.

„Damit es überhaupt zu einer Kollision zwischen Dunkle-Materie-Teilchen kommen kann, muß eine bestimmte Resonanz getroffen werden – in Form einer niedrigen, aber sehr bestimmten Geschwindigkeit, mit der sich die Teilchen bewegen“, so Xiaoyong Chu, Erstautor der im Fachmagazin „Physical Review Letters“ erschienenen internationalen Studie. „In Zwergsphäroiden bewegen sich die Teilchen der Dunklen Materie generell langsamer. Daher ist die Wahrscheinlichkeit die Resonanz zu treffen wesentlich größer als zum Beispiel in Galaxiehaufen, wo die meisten Teilchen zumeist mit größerer Energie unterwegs sind“, so der PostDoc-Forscher an der ÖAW weiter.

Wie ein Kind auf einer Schaukel, das mit einer ganz bestimmten Frequenz angeschoben werden muß, um höher zu schwingen, bedarf es auch bei der Dunklen Materie einer ganz bestimmten Energie, wie Co-Autor Hitoshi Murayama, Professor an der University of California Berkeley und Principal Investigator am Kavli Institute for the Physics and Mathematics of the Universe, bestätigt: „Die Teilchen der Dunklen Materie kollidieren sehr viel häufiger, wenn sie sich mit einer bestimmten Energie bewegen. Soweit wir wissen, ist dies die einfachste Erklärung für das Rätsel. Sie könnte uns beim Verständnis, was Dunkle Materie ist, ein großes Stück voranbringen“, sagt Murayama.

Schlüssel für Formen von Galaxien

Von der Genauigkeit dieses Lösungsansatzes war das internationale Forschungsteam selbst überrascht. „Zuerst waren wir et-



Foto:

Dunkle-Materie-Teilchen können wie Billardkugeln voneinander abprallen, um sich in Galaxien umzuverteilen...

was skeptisch, ob diese Idee die Daten aus Beobachtungen erklären würde. Als wir es aber ausprobiert haben, hat sich dieser Ansatz vollständig bewährt“, bestätigt Co-Autor Camilo Garcia Cely, Postdoc bei DESY.

Die neue, vom New Frontiers Research Groups Programme der ÖAW geförderte Arbeit will das internationale ForscherInnen-team nun in einem nächsten Schritt mit weiteren Messdaten überprüfen – unter anderem mithilfe des Prime Focus Spektrograph, der derzeit auf Hawaii installiert wird. „Wenn auch diese Daten unsere Ergebnisse bestätigen, wird die zukünftige und detailliertere Beobachtung verschiedener Galaxien zeigen, daß die Streuung der Dunklen Materie tatsächlich von ihrer Geschwindigkeit abhängt“, sagt Murayama. Die Antwort auf dieses jahrelang ungelöste Problem könnte letztlich zur Erklärung beitragen, warum Galaxien – von den kleinsten bis zu den größten – unter der Gravitationskraft der Dunklen Materie ihre jeweilige Form eingenommen haben. ■

<http://www.oew.ac.at>

Für die Zukunft der Quantentechnologie

Weltweit führende WissenschaftlerInnen werden drei Forschungsweige – Photonen, Ionen in Ionenfallen und supraleitende Schaltkreise – bündeln

Ein großes Ziel moderner Forschung und Hoffnung der Industrie ist es, über die Möglichkeiten vorhandener Technologien hinauszugehen. Der am 1. März gestartete FWF-Spezialforschungsbereich BeyondC nutzt dafür die einzigartigen Eigenschaften der Quantenphysik. Elf Forschungsgruppen in Innsbruck, Wien, Klosterneuburg und Garching bei München bündeln ihre vielseitigen Kompetenzen und demonstrieren mit konkreten Systemen die „Quanten-Überlegenheit“.

Die Kontrolle von Quantensystemen ist eine der wichtigsten und einflussreichsten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Insbesondere die Quanteninformationstheorie hat sich zu einem sehr breiten Forschungsgebiet entwickelt, das weit über die eigenen Grenzen hinaus sichtbar ist. Ein prominentes Beispiel ist die intensive Forschung, die in den letzten Jahrzehnten zu Quantenalgorithmen für die Datenverarbeitung mit Quantencomputern geführt hat. Darüber hinaus haben die enormen Fortschritte den Weg für Verfahren zur sicheren Datenübertragung sowie für Vorschläge zum klassischen und quantenmechanischen maschinellen Lernen geebnet. Trotz dieser Entwicklung können aktuelle Geräte zur Quanteninformationsverarbeitung noch immer klassisch simuliert werden. Sie bieten daher noch keinen Vorteil gegenüber ihren klassischen Pendanten. Die Realisierung von großen Quantengeräten mit ihren vielfältigen Anwendungen erfordert weitere Fortschritte in der Quantentechnologie und einen starken theoretischen Einsatz.

Im Rahmen von BeyondC (Quantum Information Systems Beyond Classical Capabilities) haben sich weltweit führende QuantenwissenschaftlerInnen aus Österreich und Deutschland zusammengeschlossen, um die experimentellen Möglichkeiten jenseits der Grenze klassischer Technologien auszuschöpfen. Sie entwickeln nun konkrete Quantensysteme, die „Quanten-Überlegenheit“ – die Fähigkeit von Quantencomputern für ihre klassischen Gegenstücke unausführbare Probleme zu lösen – demonstrieren. Dafür hat der Österreichische Wissenschafts-

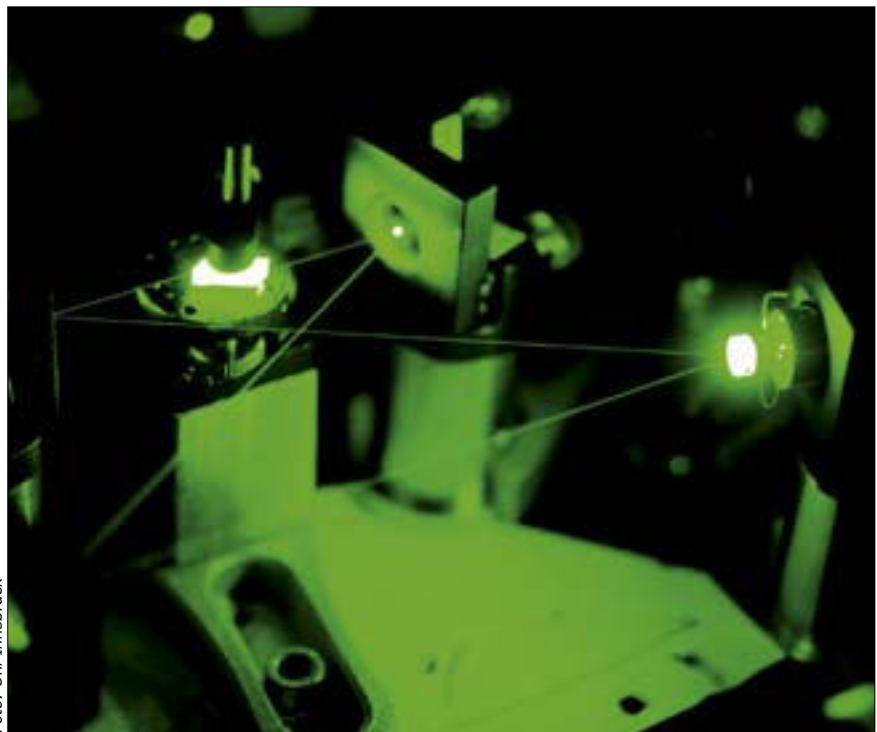


Foto: Uni Innsbruck

In BeyondC werden weltweit führende WissenschaftlerInnen drei Forschungsweige - Photonen, Ionen in Ionenfallen und supraleitende Schaltkreise - bündeln, um mit konkreten Systemen die „Quanten-Überlegenheit“ zu demonstrieren und über die Möglichkeiten klassischer Technologien hinauszugehen.

fonds FWF den neuen Spezialforschungsbereich unter der Leitung von Philip Walther von der Universität Wien und Barbara Kraus von der Universität Innsbruck mit 5,3 Millionen Euro ausgestattet. Hinzu kommen 0,28 Millionen Euro der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG für die Arbeiten in der Theorieabteilung von Ignacio Cirac am Max-Planck-Institut für Quantenoptik (MPQ) in Deutschland. Das Ziel des Konsortiums ist es, neue Methoden und Werkzeuge zur Charakterisierung, Validierung und Manipulation von Quantensystemen zu entwerfen und zu nutzen, die uns darüber hinaus auch an eine industrielle Anwendung heranführen.

Was BeyondC einzigartig macht, ist die vielfältige und interdisziplinäre Expertise des wissenschaftlich herausragenden Konsortiums, das sich einem gemeinsamen Ziel widmet. Renommierete QuantenwissenschaftlerInnen aus sechs experimentellen und sechs

theoretischen Forschungsgruppen an der Universität Innsbruck, der Universität Wien, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), dem IST Austria und dem Max-Planck-Institut für Quantenoptik (MPQ) in Garching, Deutschland, schließen sich im neuen Konsortium zusammen. Die Mitglieder bringen ihre drei Forschungsweige – Photonen, Ionen in Ionenfallen und supraleitende Schaltkreise – ein und schaffen durch Kombination dieser Systeme bisher unerreichte Vorteile.

Die Experimente bereiten Wege, über die Möglichkeiten klassischer Computer hinauszugehen und haben das Potential, wissenschaftliche Meilensteine in zahlreichen Forschungsbereichen mit Anwendungen vom sicheren Datenverarbeiten, über Molekül- und Materialdesign zu Maschinellen Lernen zu setzen. ■

<https://www.uibk.ac.at>

JKU-KI schlägt menschliche ExpertInnen haushoch

Eine Künstliche Intelligenz der Johannes Kepler Universität hat sich einem Wettkampf mit menschlichen ExpertInnen mit dem Ziel gestellt, Proteine in einer Zelle zu erkennen.

Bei Schach und Go haben Künstliche Intelligenzen (KI) längst die menschlichen WeltmeisterInnen geschlagen. Aber auch im medizinischen Alltag erweisen sie sich als zunehmend unverzichtbar. Die Zielsetzung war nicht zufällig gewählt: „Um biologische Prozesse genauer zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, wo in einer Zelle sich ein Protein befindet. Dies ist ein wichtiger Hinweis auf die Funktion des Proteins und hilft auch, Krankheiten besser zu verstehen“, erklärt Elisabeth Rumetshofer, MSc vom Institute für Machine Learning (Leitung: Prof. Sepp Hochreiter).

Mithilfe von tausenden Beispielbildern lernte die KI, Muster zu erkennen. Diese Erkenntnisse helfen ihr, Proteine auch in neuen Bildern zuzuordnen. „Die große Schwierigkeit war, der KI überhaupt mal beizubringen, wie Zellstrukturen aussehen“, so Rumetshofer. Die Algorithmen brauchen zehntausende Bilder, um nach und nach zu lernen eine Zelle zu erkennen. Bis hierhin ist der Mensch im Vorteil: Unser Gehirn erkennt schon nach wenigen Bildern klare Muster.

„Wir waren daher ziemlich gespannt und haben einen offenen Wettkampf erwartet“, sagt die JKU-Forscherin.

Menschliche Gegner mit Spezialtraining

Die JKU-KI trat gegen drei Gegner an: Andere Objekterkennungs-KIs, eine Gruppe aus drei ExpertInnen und eine Gruppe aus 25 Studierenden mit Life Science Hintergrund. Diese erhielten zuvor noch ein spezielles Training, um die KI wirklich herausfordern zu können. Am entscheidenden Tag ging es darum, 200 Bilder zu analysieren, die weder Mensch noch Maschine je zuvor gesehen hatten. „Besonders schwierig war für die KI die hohe Auflösung und die sehr feinen Zellstrukturen“, so Rumetshofer.

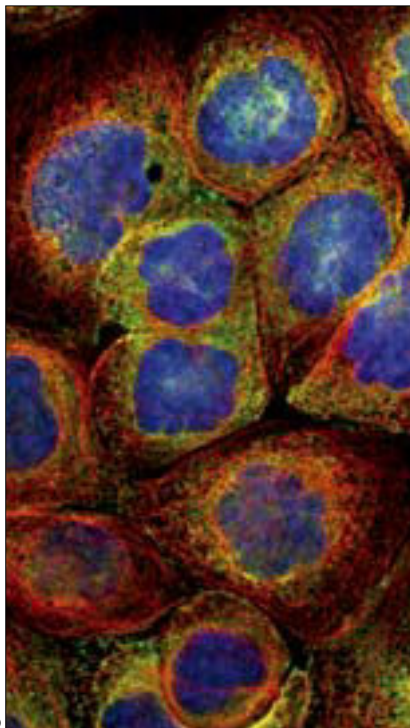
Spiel, Satz und Sieg für die KI

Menschliche ExpertInnen von der Med-Uni Wien und dem Kepler Universitätsklinikum lösten die Aufgabe in rund fünf Stun-



Foto: JKU

Menschliche ExpertInnen lösten die Aufgabe in ca. 5 Stunden, die KI in 26 Sekunden.



© JKU

Zellbild

den. Die Dauer der KI-Analyse: 26 Sekunden. Und während der beste Experte 72 Prozent der Proteine richtig zuordnen konnte, schaffte die JKU-KI 91 Prozent – eine mehr als klare Angelegenheit.

„In der Praxis ist die KI in mehreren Bereichen relevant. Zum einen in der Pathobiologie, wenn es darum geht, genetische Mutationen zu erkennen. Aber auch in der Medikamentenentwicklung, um zu prüfen, wo und wie Proteine überhaupt wirken.“

KI in den Startlöchern

Die JKU-KI wäre technisch für den medizinischen Alltag bereits einsatzbereit. „Das Hindernis liegt in den unterschiedlichen Biotechnologien“, erklärt Rumetshofer. Zu lösen wäre das Problem durch einheitliche Standards. Aber selbst ohne solche Regeln: „Notfalls muß man die KI eben verschiedene Rahmenbedingungen lernen lassen.“

Mittelfristig wird die neue JKU-KI-Technologie aus der Medizinforschung jedenfalls nicht mehr wegzudenken sein. ■

<http://www.jku.at>

Internet der Dinge

TU Graz-Forschende erhöhen die Zuverlässigkeit smarterer Systeme



Seit 2016 arbeitet ein Team der TU Graz an der „Verlässlichkeit im Internet der Dinge“. Mit beachtlichen Erfolgen startet das gleichnamige Forschungsprojekt nun in die zweite Phase.

Smarte Systeme übernehmen immer komplexere Aufgaben unseres privaten und beruflichen Alltags. Damit diese Systeme auch in rauen Umgebungen einwandfrei funktionieren, braucht es sichere und zuverlässige Lösungen. An diesen arbeitet ein interdisziplinäres Forschungsteam der TU Graz im Rahmen des Projekts „Verlässlichkeit im Internet der Dinge“, dem einst ersten „Leadprojekt“ der TU Graz. Im Rahmen dieses Förderprogramms vergibt die Universität Sonderfinanzierungen an interdisziplinäre Projekte im Bereich der Grundlagenforschung, um die wissenschaftliche Profilbildung der TU Graz zu stärken und herausragende Spitzenforschungsbereiche weiterzuentwickeln.

Im Projekt „Verlässlichkeit im Internet der Dinge“ entwickeln die Forschenden keine neuen smarten Anwendungen, sondern sorgen dafür, daß diese garantiert funktionieren: „Das Internet der Dinge wird zunehmend für sicherheitskritische Anwendungen eingesetzt – nicht nur die einzelnen Geräte müssen für sich genommen zuverlässig arbeiten, sondern sie müssen im Gesamtsystem verlässlich und fehlerfrei kommunizieren“, erklärt Projektleiter Kay Römer.

Vielversprechende Ergebnisse als Grundstein für die zweite Projektphase

Die ersten drei Projektjahre lieferten viel-

versprechende Ergebnisse: Das Team entwickelte ein Ortungssystem, das effizienter und genauer als die heute gängigen Systeme arbeitet, sicherte die Kooperation von Geräten verschiedener Hersteller im IoT mittels eines lernfähigen Algorithmus ab, schützte die integrierte Software vor Sicherheitsattacken und entwickelte ein Vorhersagesystem für autonome Fahrzeugkolonnen, das präventiv potentiell gefährliche Situationen umgeht.

Neue Ziele für die nächsten drei Jahre

Das Forschungsprojekt wurde dieser Tage nach erfolgreicher Evaluierung durch eine externe Jury für weitere drei Jahre verlängert. Jetzt wollen die Forschenden die bisherigen Ergebnisse von der Laborsituation auf die tatsächlichen Gegebenheiten hochskalieren, wie Kay Römer erklärt: „Im Kleinen funktionieren unsere Ansätze sehr gut. Bei einem dynamischen System wie dem In-

ternet der Dinge, in dem in Zukunft hunderte Milliarden intelligente Systeme miteinander kommunizieren können, ist die Herausforderung ungleich größer.“

Langfristig soll das Forschungsprojekt in ein Forschungszentrum übergehen, an dem Fachleute aus den unterschiedlichen Bereichen gemeinsam daran arbeiten, die Zuverlässigkeit des IoT weiter zu erhöhen.

Das Leadprojekt „Verlässlichkeit im Internet der Dinge“ ist im Field of Expertise „Information, Communication & Computing“ verankert, einem von fünf strategischen Schwerpunktfeldern der TU Graz. Es erhielt 2015 eine Förderung von zwei Millionen Euro für drei Jahre. Nach der eben erfolgten positiven Evaluierung durch eine externe Fachjury erhalten die Forschenden nun eine einmalige Folgeförderung in der Höhe von zwei Millionen Euro für weitere drei Jahre. ■

<https://www.tugraz.at/v>



Im Projekt „Verlässlichkeit im Internet der Dinge“ arbeiten Forschende der TU Graz daran, daß smarte Systeme auch unter schwierigsten Bedingungen funktionieren.

Wie man Wärmeleitung einfriert

An der TU Wien wurde ein physikalischer Effekt entdeckt, der elektrisch leitende Materialien mit extrem niedriger Wärmeleitfähigkeit ermöglicht. Damit kann man Abwärme in Strom umwandeln.

Jeden Tag geht uns wertvolle Energie in Form von Abwärme verloren – bei technischen Geräten zu Hause, aber auch bei grossen Energieanlagen. Einen Teil davon könnte man mit Hilfe des „thermoelektrischen Effekts“ zurückgewinnen. Dabei wird aus einer Wärmedifferenz zwischen einem heissen Gerät und der kalten Umgebung direkt elektrischer Strom gewonnen. Allerdings braucht man dafür Materialien, die einerseits Strom gut leiten, andererseits aber relativ schlechte Wärmeleiter sind.

Nach solchen Materialien wird weltweit gesucht. Als besonders vielversprechend erwiesen sich Materialien mit Käfigstruktur, zu denen auch die an der TU Wien untersuchten Clathrate gehören. Nun wurde nach aufwändigen Untersuchungen ein bemerkenswerter Effekt nachgewiesen, der die besonders niedrige Wärmeleitfähigkeit dieser Materialien erklären kann.

Gefängniszellen für Atome

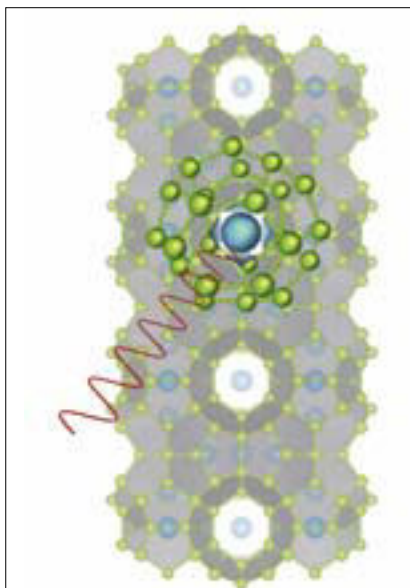
„Clathrate sind Kristalle mit einer ganz besonderen Struktur“, erklärt Prof. Silke Bühler-Paschen vom Institut für Festkörperphysik der TU Wien. „Sie bestehen aus winzigen Gitterkäfigen, in denen einzelne Atome eingesperrt sind.“ Ein solches Atom kann in seiner Einzelzelle hin und her schwingen, es ist aber nicht fest in das Kristallgitter eingebaut.

Die Wärme in einem Festkörper ist nichts anderes als das Schwingen der Atome. Erwärmt man einen Kristall, werden die Schwingungen immer größer und heftiger, bis irgendwann die Bindungen zwischen den Atomen aufgebrochen werden und der Kristall schmilzt. „Man unterscheidet zwischen zwei Arten von Schwingungen“, sagt Silke Bühler-Paschen. „Sind benachbarte Atome stark aneinander gebunden, so überträgt sich die Schwingung eines Atoms gleich auf den Nachbar und eine Wärmewelle breitet sich im Material aus. Je stärker die Kopplung zwischen den Atomen, desto schneller die Ausbreitung der Welle und desto größer die Wärmeleitung. Ist ein Atom jedoch nur sehr schwach an seine Nachbarn gebunden, wie eben das Atom im Clathratkäfig, so schwingt es weitgehend unabhängig von den anderen und die Wärmewelle ist extrem langsam.“



© TU Wien

Prof. Silke Bühler-Paschen



© TU Wien

Das Atom im Käfig kann in zwei Richtungen schwingen.

Neuer Effekt: Die Kondo-artige Phononenstreuung

Matthias Ikeda stellte im Rahmen seiner Dissertation bei Silke Bühler-Paschen fest, daß es einer bestimmten Wechselwirkung zwischen diesen beiden Arten von Schwingungen zu verdanken ist, daß Clathrate so

guten Wärmeisolatoren sind. Ikeda führte präzise und umfangreiche Messungen durch. Ganze Serien von Kristallen mit jeweils leicht unterschiedlichen Eigenschaften wurden an der TU Wien hergestellt und sorgfältig vermessen. „Am Ende konnten wir nachweisen, was uns anfangs noch niemand glauben wollte: Es gibt hier einen bisher unbekannt physikalischen Effekt, der die Wärmeleitfähigkeit unterdrückt – wir bezeichnen ihn als Kondo-artige Phononenstreuung“, sagt Matthias Ikeda.

Aufgrund der Kristallstruktur schwingt ein Atom im Clathratkäfig bevorzugt in zwei bestimmten Richtungen. „Wenn jetzt eine Wärmewelle ankommt, kann sie für eine gewisse Zeit einen gebundenen Zustand mit einer solchen Schwingung eingehen. Die Wärmewelle ändert dabei die Schwingungsrichtung des Atoms im Clathratkäfig“, sagt Silke Bühler-Paschen. „Dadurch wird die Wärmewelle abgebremst, und genau das reduziert die Wärmeleitung. Obwohl Clathrate elektrischen Strom leiten, sind sie daher gute thermische Isolatoren“.

Besseres Material für Thermoelektrika

Genau diese Kombination braucht man, um den thermoelektrischen Effekt großtechnisch zu nutzen: Man verbindet etwas Heisses mit etwas Kaltem mit dem passenden Material und kann den Energiefluß dazwischen direkt in elektrischen Strom umwandeln. Dafür muß das Material einerseits elektrischen Strom leiten, soll den Temperaturunterschied aber nicht durch Wärmeleitung rasch ausgleichen, weil der Effekt sonst nicht mehr genutzt werden kann.

„Das Projekt war sehr aufwendig, neben zahlreichen Experimenten mußten auch umfangreiche Computersimulationen entwickelt werden, um die quantenphysikalischen Prozesse hinter diesem Effekt zu verstehen“, sagt Silke Bühler-Paschen. „Aber es hat sich gelohnt: Mit unserem Konzept der Kondo-artigen Phononenstreuung kann man das Verhalten von Clathraten nun viel besser verstehen und damit auch gezielter daran arbeiten, die effizientesten Materialien für thermoelektrische Anwendungen zu finden.“

<http://www.tuwien.ac.at>

Das ganze Habsburger-Imperium in Vintage Maps

MAPIRE: Recherche-Tool für ExpertInnen und für Hobby-HistorikerInnen



Habsburgermonarchie (1869-1887) – Franzisco-Josephinische Landesaufnahme (1:25000)

MAPIRE – Maps of the Habsburg Empire – wurde mit dem Ziel gegründet, die historische (Land-)Kartenserie des Habsburgerreiches und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in einer gemeinsamen Datenbank anzuzeigen. Diese und viele andere Archive sind nun für jeden Interessierten online zugänglich.

Die Basis von MAPIRE sind Militärkarten, Katasterkarten und Stadtpläne. Militärkarten sind im Maßstab 1:28.800 und 1:25.000 verfügbar, Katasterkarten und Stadtpläne sogar in einer mindestens zehnmal so großen Auflösung. Diese Karten und Serien von Karten aus Tausenden von Segmenten hat ein Experten-Team von MAPIRE in jahrelanger Arbeit zu einer einzigen Karte zusammengefaßt und georeferenziert. Die Ergebnisse wurden auf die Google-Karten von heute aufgetragen. Das erste Projekt stammt aus der Zeit von Kaiserin Maria Theresia (1740 bis 1780), das zweite aus der Zeit der

Napoleonischen Kriege (1792 bis 1809) und das dritte Projekt ist mit dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich datiert (1867).

Eine der wichtigsten Kartensammlungen der Welt

Die Karten der ungarischen Gebiete wurden vorwiegend mit Material aus Ungarn erstellt, die anderen Gebiete aus der Habsburgermonarchie wurden mit historischen Karten aus dem Österreichischen Staatsarchiv digitalisiert. MAPIRE konnte bei diesem Projekt die Wiener Kriegsarchive-Sammlung, die vielleicht wichtigste Kartensammlung in Europa und sogar auf der ganzen Welt, digitalisieren. Diese Kartenserien wurden zu einer großen europäischen Karte zusammengefügt, sodaß man erstmals das gesamte Europa des 18. und 19. Jahrhunderts detailliert sehen kann.

Während der Arbeit stellte sich heraus, daß es im Kriegsarchiv detaillierte historische

Karten auch anderer Gebiete gibt. Mit dem MAPIRE-Projekt als Referenz meldeten sich auch weitere Länder, etwa Irland, Norwegen, Finnland und Belgien, mit dem Wunsch nach einer digitalen Erfassung. Sie haben ihre historischen Karten ebenfalls zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden auch viele Stadtpläne digitalisiert, die mit noch höheren Auflösungen als die Länderkarten verfügbar sind.

Einzigartige Erkenntnisse und neue Details

Das Kartenmaterial enthält aufgrund seiner hohen Auflösung und seines größtenteils militärischen Charakters auch grundlegende Informationen über diese Epochen, die in vielen Fällen nicht aus anderen Quellen zu erschließen sind. Für Archäologen ist das spannend, weil die Karten in der Zeit vor der Urbanisierung und der mechanisierten Landwirtschaft erstellt wurden. Daher sind viele



© Akos Szabo

Zufällig ausgewählte synchronisierte Ansicht der (Innen-)Stadt von Wien auf mapire.eu

antike Ruinen in den Karten berücksichtigt, die heute nirgendwo mehr erfaßt, geschweige denn zu sehen sind.

Weiters liefern diese Karten auch in der Siedlungsgeschichte einzigartige Erkenntnisse: Die Struktur und der Entwicklungsstand der Siedlungen der jeweiligen Epoche können sehr gut rekonstruiert werden. Aus industriehistorischer Sicht spannend ist etwa, welche Papierfabriken und andere Industrieanlagen zum Beispiel am Verlauf der Flüsse auf diesen Karten eingezeichnet sind. Für Disziplinen von Ökologie bis hin zum Umweltschutz, Wasserforschung, Forstwesen, sowie Straßenplanung, Architektur oder

Familienforschung dienen diese Karten daher als wertvolle Basis.

Vergangenheit und Gegenwart in einer Karte und in 3D

MAPIRE bietet interessierten Laien und WissenschaftlerInnen eine Reihe von Funktionen, die die Recherchearbeit unterstützen. Einerseits werden die Karten von damals auf die Satelliten- und Vektorkarten von heute aufgetragen, so daß die Vergangenheit und die Gegenwart unmittelbar verglichen werden können.

Zum anderen ist es möglich, zwei Karten aus zwei verschiedenen Zeiten in zwei sepa-

raten Fenstern zu vergleichen. Dadurch kann zum Beispiel die Siedlungsstruktur einer Stadt oder eines Dorfes im Lauf von 100 oder mehr Jahren dargestellt werden. Ebenso bietet MAPIRE einzigartige Informationen über Zustand und Struktur des einstigen Straßen- und des Schienennetzes.

Die akribische und exakte Vermessungsarbeit der einstigen Kartographen – die Übertragung von Höhenunterschieden und Steigungen erfolgte in verschiedenen Farben und durch Linien in den Karten – macht es möglich, das alte Kartenmaterial heute dreidimensional und mit exakten Proportionen umzusetzen und somit beeindruckende Topographien aus vergangenen Jahrhunderten zu erschaffen.

All die von MAPIRE verwendeten Karten waren zuvor nicht öffentlich zugänglich, es sei denn, jemand hatte als WissenschaftlerIn Zugang in die kartographischen Sammlungen der Bibliotheken. Doch selbst dann konnte man gleichzeitig nur ein kleines Detail von Europa betrachten. Dank digitaler und dreidimensionaler Darstellung ist praktisch jeder Ort der heutigen Welt erschlossen, mit MAPIRE kann man jetzt auch uneingeschränkt in der reichen Vergangenheit Europas stöbern. ■

<http://www.mapire.eu/>

<https://www.youtube.com/watch?v=ihEsOdGqMwo>



© Akos Szabo

Österreich ob und unter der Enns (1809–1818) – Franziszeische Landesaufnahme

HoHo Wien

Erste Mieter des mit 24 Stockwerken höchsten Holzhauses der Welt ziehen ein

Nach einer rund zweijährigen Entwicklung erfolgte im Oktober 2016 mit dem Spatenstich der feierliche Startschuß für das Leuchtturmprojekt HoHo Wien in aspern Die Seestadt Wiens. Bis 2019 entstehen auf 24 Ebenen rund 20.000 m² Mietflächen in Holz-Hybridbauweise. Investor Günter Kerbler und Caroline Palfy, Projektleiterin des HoHo Wiens, investieren rund 65 Millionen Euro in diese Innovation aus Holz. Entworfen wurde das HoHo Wien vom Architekturbüro RLP Rüdiger Lainer + Partner mit den Tragwerksplanern, Woschitz Group. Die Handler Gruppe wurde mit der Ausführung der Bauarbeiten beauftragt. Im Team dabei ist auch STRABAG teamconcept, die die innovative Fassade für die Konzern-Tochter Züblin Timber ausführt.

Mit dem HoHo Wien entsteht ein ganz spezieller Hot Spot: Hier wächst nicht nur ein Business-Standort, sondern es wird ein klares Statement für Innovation, Nachhaltigkeit und moderne Work-Life-Balance gesetzt. Beginnend von den servierten Co-Working-Spaces und Großraum-Einheiten im Businessbereich über Hotel, Restaurant und Apartments bis hin zum Fitness, Beauty und Wellness-Erlebnis – alle sieben Bereiche finden im puren Raumerlebnis Holz ihren gemeinsamen Nenner. Caroline Palfy betont: „Die künftigen Mieter des HoHo Wien suchen das Besondere. Denn das Bürogebäude der Zukunft verfügt nicht nur über alles was das Arbeitsleben erleichtert, sondern bietet auch zahlreiche tolle Aktivitäten für die Mittagspause und After-Work.“

Die ersten Mieter, die in die weltweit einzigartige Holz-Umgebung des HoHo Wien ziehen, stehen fest. Zum einen werden Eigentümer und Bauherr Günter Kerbler sowie Projektleiterin Caroline Palfy mit dem gesamten Team der Kerbler Holding und der Tochter cetus Baudevelopment in eines der Business-Stockwerke im HoHo Wien übersiedeln. Die Kerbler Holding GmbH hält branchenübergreifende Beteiligungen in verschiedenen Geschäftsfeldern. Die cetus Baudevelopment GmbH ist spezialisiert auf Immobilien- und Liegenschaftsentwicklung in besonders dynamischen Wachstumsstadien im Wiener Raum und hat das innovative und weltweit höchste Holzhochhaus HoHo Wien entwickelt.



© Rüdiger Lainer u Partner Architekten ZT GmbH

Visualisierung HoHo Wien und HoHo Next in der Seestadt aspern



© HoHo Wien / Foto: Hertha Humaus

Ein Blick in ein Musterbüro des HoHo Wien

„Viele werden mir nicht glauben, daß ich die Innenstadt verlasse und in die Peripherie Wiens ziehe, aber für jeden Arbeitsprozeß soll es ja die perfekte Umgebung geben und ich war schon vor über zehn Jahren der Meinung, daß Holz atmosphärisch einzigartig ist“, erklärt Günter Kerbler. „Im HoHo können wir alle Annehmlichkeiten unseres in house-Nutzungskonzepts genießen. Ab und zu soll ein Perspektivenwechsel nicht schaden – vor allem auch für unsere vielen jun-

gen Kolleginnen und Kollegen, die neue, moderne und kreative Arbeitswelten schätzen“, so Kerbler weiter.

Das Bürokonzept bietet hier größtmögliche Flexibilität: Wer konzentriert arbeiten möchte, nutzt Einzelkojen, für Teamarbeiten eignen sich die Großraumbereiche. Zum Brainstorming wird der Konferenzsaal im 15. Stockwerk genutzt – inklusive Blick über die Seestadt. ■

<http://www.hoho-wien.at>

Rubens bis Makart

Die Fürstlichen Sammlungen Liechtenstein –
von 15. Februar bis 10. Juni 2019 in der Albertina

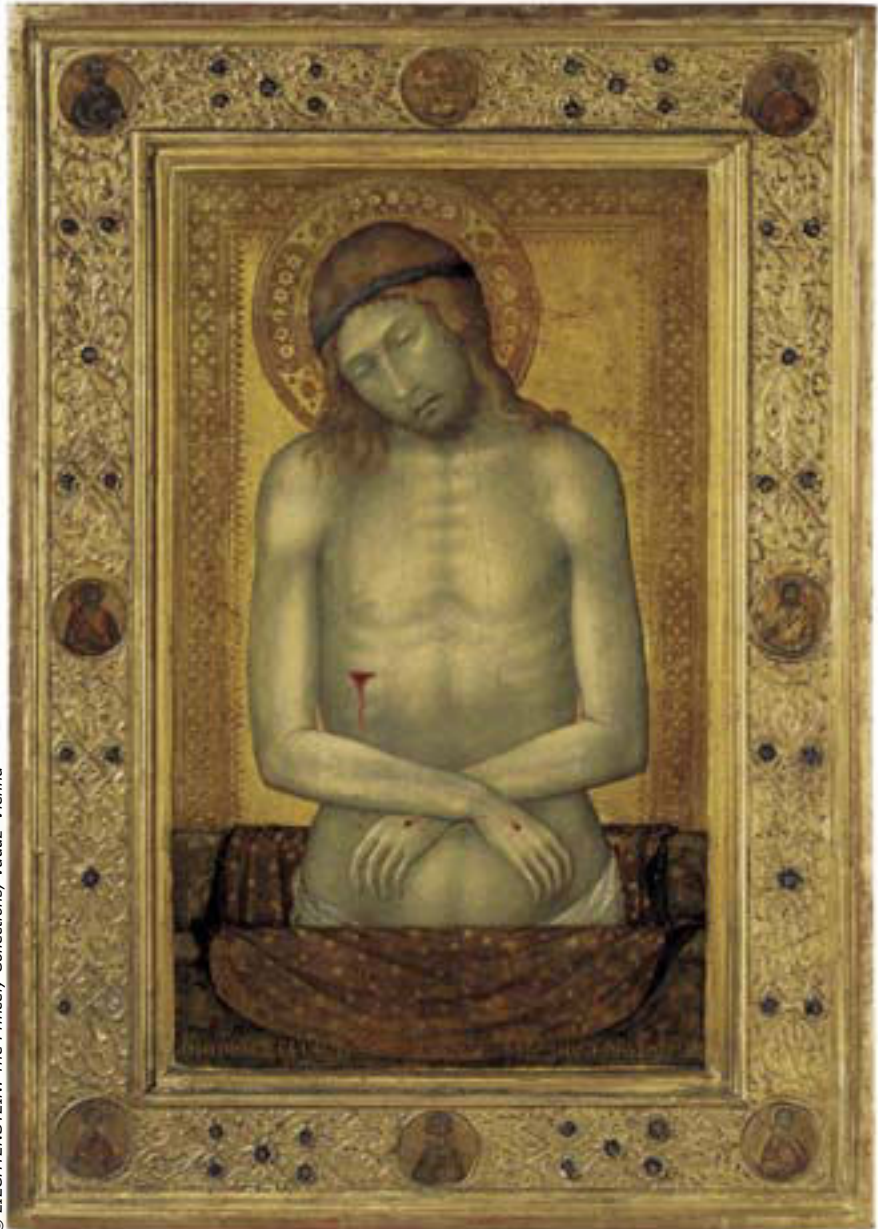
Anlässlich des 300jährigen Gründungsjubiläums des Fürstentums Liechtenstein präsentiert die Albertina unter dem „Titel Rubens bis Makart“ eine umfassende Auswahl der herausragendsten Werke der Sammlungen des Fürsten von und zu Liechtenstein. Gleichzeitig widmet die Albertina unter dem Titel „Rudolf von Alt und seine Zeit“ dem Wiener Aquarell als einem wesentlichen Kernbestand der Fürstlichen Sammlungen eine Jubiläumsausstellung.

Fünf Jahrhunderte Kunstgeschichte

Weit über 100 der bedeutendsten Gemälde und Skulpturen aus der erlesenen Kollektion eines der traditionsreichsten Häuser Europas spannen einen beeindruckenden Bogen von der italienischen Frührenaissance über das Zeitalter des Barocks bis zum Wiener Biedermeier und dem Historismus der Makart-Ära. Ikonische Werke wie Anticos erst jüngst für die Fürstlichen Sammlungen erworbene Büste des Marc Aurel, die lebensgroßen Bronzeplastiken des Adrian de Fries oder Peter Paul Rubens' berühmte Venus vor dem Spiegel stehen dabei im Mittelpunkt einer Schau, die eine veritable Promenade durch fünf Jahrhunderte Kunstgeschichte ermöglicht.

Private Sammelleidenschaft höchsten Ranges

Seit mehr als 400 Jahren ist die kontinuierliche und leidenschaftliche Sammeltätigkeit der Fürsten dokumentiert: Geprägt von außerordentlichen Persönlichkeiten und ihren individuellen künstlerischen Vorlieben formte sich so eine private Kollektion, die bis heute ihresgleichen sucht. Als Ort, an dem die Fürstliche Familie bis 1938 einen ständigen Wohnsitz unterhielt, hat Wien eine exzeptionelle Bedeutung: Unter Fürst Johann Adam Andreas I., auf den auch die Erwerbung zahlreicher Hauptwerke des flämischen Barocks zurückgeht, wurde die Sammlung ab 1705 in der zweiten Beletage des neuen liechtensteinischen Stadtpalais in der Bankgasse (ehemals Schenkenstraße) präsentiert. Im Jahr 1810 machte Fürst Johann I. von Liechtenstein seine Meisterwerke im Gartenpalais in der Rossau erstmals der Wiener



Naddo Ceccarelli, *Christus als Schmerzensmann*, um 1347, Tempera und Gold auf Holz

Öffentlichkeit zugänglich. Während des Zweiten Weltkriegs verlegte die Familie ihren Wohnsitz und damit auch die Sammlungen nach Liechtenstein. Sitz der Sammlungen ist bis heute Vaduz, während in den Galerien des Garten- und Stadtpalais Liechtenstein in Wien ausgewählte Werke dauerhaft im Rahmen von Führungen zu besichtigen sind.

Neue Kontextualisierung

Die Ausstellung zeigt die größten Schätze der liechtensteinischen Sammlungen und führt so exemplarisch ihren überragenden Reichtum vor Augen. Im Unterschied zur permanenten Präsentation in den beiden Wiener Palais, in denen die Werke mehr oder weniger in ihrem angestammten Kontext erlebbar sind, liegt eine der zentralen Absich-

beide Bilder: © LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna



Quentin Massys der Ältere, *Die Steuereintreiber*, späte 1520er Jahre, Öl auf Holz



Pier Jacopo Alari-Bonacolsi gen. Antico, *Büste des Marc Aurel*, um 1500, Bronze, vergoldet

ten dieser Ausstellung in der neuen Kontextualisierung: Der reduzierte Rahmen der Albertina und ihrer modernen Räumlichkeiten ermöglicht einen frischen Blick auf die gezeigten Hauptwerke. Vorrangiges Ziel war dabei weniger eine kunsthistorisch stringente als vielmehr eine von ästhetischen Gesichtspunkten bestimmte Form der Präsentation. Durch alternative Gruppierungen oder gezielte Isolation erzählen die Gemälde und Skulpturen nun gänzlich andere Geschichten.

Einleitung

Die prachtvollen Sammlungen des Fürstenhauses Liechtenstein zählen mit jenen des britischen Königshauses zu den bedeutendsten und größten Privatsammlungen der Welt. Sie vereinigen imposante Skulpturen und Gemälde der Renaissance und des Barocks von Adrian de Vries, Rubens und van Dyck, großartige Arbeiten der italienischen und französischen Künstler Giambologna, Canaletto und Hyacinthe Rigaud, Meisterwerke des Wiener Biedermeiers von Amerling und Waldmüller sowie erlesene Gemälde der Makart-Zeit.

Das ursprünglich österreichische Adelsgeschlecht der Liechtenstein verfügt im Mittelalter in Niederösterreich und Mähren über umfangreiche Besitzungen. 1599 kon-

vertiert Karl I. von Liechtenstein vom Protestantismus zum Katholizismus. 1608 wird er in den erblichen Fürstenstand erhoben und legt damit den Grundstein für den Aufstieg des Hauses Liechtenstein. Anfang des 18. Jahrhunderts werden die in verschiedenen fürstlichen Schlössern und Palästen aufbewahrten Sammlungen in das Wiener Stadtpalais gebracht.

Vor 300 Jahren, im Jahr 1719, erhebt Kaiser Karl VI. die benachbarten Besitztümer Vaduz und Schellenberg zum Reichsfürstentum: Liechtenstein wird ein eigenständiger Staat innerhalb des Heiligen Römischen Reiches. Ab 1807 lässt Johann I. von Liechtenstein die umfangreiche Bildergalerie vom Wiener Stadtpalais in das vor den Stadtmauern gelegene Gartenpalais überführen. 1810, fünf Jahre nach Herzog Albert, dem Gründer der Albertina, macht auch das Haus Liechtenstein seine Sammlungen der Öffentlichkeit zugänglich.

Schon ein Jahr davor kämpft Fürst Johann I. von Liechtenstein an der Seite von Generalissimus Erzherzog Carl in der Schlacht von Aspern (1809). Er lässt diesen ersten Sieg gegen die Truppen Napoleons von Johann Peter Krafft in einem monumentalen Gemälde festhalten (heute als Dauerleihgabe der Fürstlichen Sammlungen in den Prunkräumen der Albertina).

Fürst Alois II. und sein Sohn Johann II. werden im 19. Jahrhundert zu den größten Auftraggebern und Sammlern des Wiener Biedermeiers. Hunderte Gemälde von Waldmüller, Fendi, Amerling und Rudolf von Alt in den Wiener Sammlungen gehen auf Schenkungen Johanns II. zurück.

Den Ersten Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie überstehen die Sammlungen des Hauses Liechtenstein unbeschadet. In den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs werden sie in das neutrale Fürstentum Liechtenstein in Sicherheit gebracht. In den Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis und der Enteignungen nach der Teilung Europas in Ost und West werden viele Gemälde veräußert, darunter Hauptwerke von Leonardo, Canaletto und Rubens. Erst unter Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein wächst die Kunstsammlung wieder in einem beträchtlichen Umfang.

Mit den schönsten und bedeutendsten Meisterwerken der Fürstlichen Sammlungen feiert die Albertina im Palais Herzog Alberts und Erzherzog Carls, die mit dem Haus Liechtenstein einst so enge Beziehungen pflegten, den 300. Geburtstag des Fürstentums.

Naddo Ceccarelli

Neben der Madonnendarstellung wird ab dem Trecento auch der Bildtypus des Ecce



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

Giuseppe Arcimboldo, *Die Erde*, um 1570, Öl auf Holz

Homo zu einem zentralen Thema christlicher Kunst. Naddo Ceccarelli (tätig um 1330–60) bringt in seinem Gemälde des Christus als Schmerzensmann ebenso wie Marco Palmezzano (1459–1539) das stille Leiden Jesu in unvergleichlicher Weise zum Ausdruck. Die beiden Werke verkörpern Höhepunkte im Bestand religiöser Kunst aus den Fürstlichen Sammlungen. Die Gestalt des toten Erlösers präsentiert sich in der bereits für die Ikonenmalerei typischen Pose als Halbfigur im Sarkophag. Seine unnatürliche Körperhaltung verdeutlicht das Göttliche des als Mensch verstorbenen Christus. Auch ein im 15. Jahrhundert in Ferrara entstandenes Andachtsbild soll die Betrachter zu Anteilnahme und

Mitleid bewegen. Der Heiland trägt den Krönungsmantel und die Dornenkrone, seine Gesichtszüge vermitteln weniger Leid als stille, in sich gekehrte Trauer. Dieser Darstellungstypus, in dem die Christusfigur aus jedem erzählerischen Kontext gelöst ist, wird als Herrgottsruh bezeichnet.

Antico

Der Medailleur, Goldschmied und Bildhauer Pier Jacopo Alari-Bonacolsi (um 1455–1528) ist der bedeutendste Mantuaner Bildhauer seiner Zeit. Sein Spitzname „Antico“ bezeugt seine tiefgreifende Kenntnis der klassischen Welt. Die um 1520 datierte Büste eines Jünglings entsteht möglicherweise

im Auftrag von Isabella d'Este. Der junge Mann wendet seinen Kopf leicht zur Seite, seine Augen blicken nach unten ins Leere, als höre er in sich hinein. Seine Nachdenklichkeit verbindet sich mit einem Anflug von Melancholie, doch ist sein Ausdruck wach und sprechend. Das reich gelockte Haar schenkt dem Haupt große Plastizität. Trotz des Wechsels von polierten Flächen, hervortretenden Formen und linearen Akzenten verleiht Antico der Büste größte Geschlossenheit. In kaum einem anderen Werk gelingt dem Künstler eine derart feinsinnige psychologisierende Vertiefung des Dargestellten.

Die prachtvolle Skulptur des Marc Aurel stellt eine der spektakulärsten Antworten der italienischen Renaissance auf die Antike dar. Der römische Kaiser war für seine Weisheit berühmt und wurde im 16. Jahrhundert als Autor der Selbstbetrachtungen gefeiert. „Antico“ erschafft ein völlig neues Abbild, das den erfahrenen Herrscher am Höhepunkt seiner Macht, aber auch in der Blüte seiner männlichen Kraft präsentiert.

Die Vergoldung legt nahe, daß es sich um einen außergewöhnlich teuren Auftrag gehandelt haben muß. Der römische Hof des Papstes erscheint als wahrscheinlichstes Entstehungsumfeld eines so prachtvollen und luxuriösen Objekts wie der Büste des Marc Aurel.

Quentin Massys

Das Gemälde *Die Steuereintreiber* entsteht während der Finanzkrise der 1520er-Jahre in Antwerpen. In jener Stadt, die als Wiege des Kapitalismus schnell zum wichtigsten Handelsplatz Europas avanciert, thematisiert Quentin Massys (1466–1530) die Versuchungen von Geiz und Habgier. Der Text des im Vordergrund liegenden Buchs gibt Hinweise auf den Beruf der beiden Dargestellten: Der Brillenträger mit rotem Turban verbucht als Gemeinde- oder Stadtschatzmeister die Belege der letzten Monate; sein aus dem Bild heraus auf den Betrachter blickender Kumpane ist als Akzisor für das tatsächliche Eintreiben der Steuern verantwortlich und liefert die eingeforderten Schätze bei seinem Vorgesetzten ab. Mit unvergleichlicher Meisterschaft in der Ausführung kleinster Details setzt Massys das zwischen Moral- und Genredarstellung angesiedelte Sujet ins Bild.

Giuseppe Arcimboldo

Die Köpfe aus Fischen, Vögeln oder Säugetieren Giuseppe Arcimboldos (1527–

1593) entstehen auf der Grundlage von genauen Naturstudien. Ebenso wie die Gedichte des Humanisten Giovanni Battista Fonteo, der gleichzeitig mit ihm am Hof Kaiser Maximilians II. in Wien arbeitet, thematisieren sie auf allegorische Weise die vier Jahreszeiten und die vier Elemente. Die Erde ist als eine für den Künstler typische Komposition aus heimischen und exotischen Säugetieren zusammengesetzt. Einige der dargestellten Kreaturen sind symbolisch mit dem Herrscherhaus verbunden: Geweihe und Hörner formen eine Kaiserkrone, Löwenkopf und -fell symbolisieren das Königreich Böhmen, können aber auch als Löwenfell des Herkules interpretiert werden, von dem die Habsburger ihre Abstammung herleiten. Der Widderkopf an der Brust fungiert als Metapher für das Goldene Vlies, den habsburgischen Hausorden.

Peter Paul Rubens

Das um 1616 entstandene Porträt der Clara Serena Rubens gehört zu den großartigsten Kinderporträts der europäischen Kunstgeschichte. Es zeigt die älteste Tochter Peter Paul Rubens' (1577–1640) im Alter von fünf Jahren. Mit absoluter Meisterschaft setzt der Künstler die Farbe zur lebendigen Inszenierung des Bildnisses ein und lässt das warme Kolorit des Inkarnats aus der graugrünen Tonigkeit des Bildgrunds hervortreten.

Die skizzenhaft flüchtige Ausführung des Gewands kontrastiert effektiv mit dem feiner gemalten Gesicht des Mädchens. Aller Wahrscheinlichkeit nach war das Porträt für den privaten Gebrauch bestimmt und nicht als Verkaufsobjekt konzipiert: In einem knapp gefaßten Ausschnitt führt Rubens den Betrachter ganz dicht an das Kind, das den Blick mit beinahe rührender Offenheit reuert.

Mit der Auffindung des Erichthoniusknaben greift Rubens ein selten dargestelltes Thema aus Ovids Metamorphosen auf und belegt so sein großes Wissen um die antike Kultur und Formensprache. Als Sohn des Hephaistos und der Erdgöttin Gaia wird Erichthonius mit Schlangenbeinen geboren. Athene nimmt sich des Knaben an und übergibt ihn in einem Korb den drei Töchtern des attischen Königs Kekrops. Rubens zeigt in seinem Gemälde den dramatischen Augenblick, in dem die neugierige Aglauros den Deckel des Behältnisses lüftet und den Knaben wie ihre beiden Schwestern zum ersten Mal sieht. Das klassische Sujet bot dem Künstler einen willkommenen Anlaß zur Dar-



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

oben: Peter Paul Rubens, Porträt der Clara Serena Rubens, der Tochter des Künstlers (1611–1623), um 1616, Öl auf Leinwand auf Holz; unten: Giovanni Antonio Canal gen. Canaletto, Ansicht der Mündung des Canale di Cannaregio, ca. 1735-1742, Öl auf der Leinwand



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

stellung antikisierender Figuren in einer beeindruckend detailreich ausgeschmückten arkadischen Landschaft.

Die Venus vor dem Spiegel ist eines der wenigen durchwegs eigenhändigen Werke des Peter Paul Rubens und gilt als besonderes Glanzstück seiner vielbewunderten Inkarnatmalerei. Gerade dem Bad entstieg, sitzt Venus, dem Betrachter den Rücken zukehrend, auf einem tiefroten Hocker, ihr langes goldenes Haar wird von einer Dienerin gekämmt. Amor hält der Göttin der Liebe einen oktogonalen Spiegel entgegen, über den sie in Blickkontakt mit dem Betrachter tritt. In der zeitgenössischen Kunsttheorie ist das Motiv des Spiegels von großer Bedeutung: Im Wettstreit zwischen der Malerei und der Bildhauerei erlaubt die Darstellung von Reflexionen eine Vielansichtigkeit, die ansonsten der dreidimensionalen Rundplastik vorbehalten ist.

Anthonis van Dyck

Der Heilige Hieronymus ist die früheste großformatige religiöse Komposition Anthonis van Dycks (1599–1641). Der Heilige ist als alter, von Einsiedlerdasein und Bußübungen ausgezehrt, aber muskulöser Mann dargestellt.

Über seine Aufgabe gebeugt und vom Betrachter abgewandt, ist er völlig auf seine Schreibe konzentriert. Der rote Mantel, der auf seine historisch nicht belegbare Kardinalswürde anspielt, bildet eine wirksame optische Barriere.

In ihrem Volumen sowie im breiten, verrienen Farbauftrag steht sie in starkem Kontrast zu dem kleinteilig, fast zeichnerisch ausgeführten Kopf. Van Dyck stellt den gealterten Heiligen ohne Idealisierung dar und paart hier den Naturalismus Caravaggios mit dem Kolorit und der Technik der venezianischen Malerei.

Die Darstellung der Maria de Tassis ist eines der anspruchsvollsten Bildnisse im umfangreichen Porträtschaffen Anthonis van Dycks. Mit freundlichem, aber eindringlichem Gesichtsausdruck wendet sich die junge Frau aus dem Bild heraus direkt an den Betrachter. Ihre aufmerksame Mimik, das angegedutete Lächeln, die zart geröteten Wangen und die locker ins Gesicht fallenden Strähnen ihres gewellten Haars vermitteln eine große Momenthaftigkeit und ungezwungene Lebendigkeit, die effektiv mit dem materiellen Reichtum der dargestellten Gewänder und Juwelen kontrastiert. In der überbordenden Pracht des Werks spiegelt sich das große Selbstbewusstsein der außer-



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

Anthonis van Dyck, *Porträt der Maria de Tassis*, um 1629/30, Öl auf Leinwand

ordentlich vermögenden katholischen und spanientreuen Elite in den Südlichen Niederlanden, der die Dargestellte zweifellos angehört: Das Geschlecht der Tassis oder Taxis erlangte mit der Einführung eines europäischen Postsystems im späten 15. Jahrhundert allgemeine Bekanntheit.

Jan Jansz. den Uyl

Auf einem Tisch mit dunkelgrünem Tafelkleid sind verschiedene prunkvolle Gegenstände und Speisen drapiert. Das Beschauezeichen am Hals des großen Zinnkrugs zeigt eine kleine Eule – niederländisch „uyl“ – und verweist so auf den Schöpfer des Gemäldes, den Amsterdamer Maler Jan Jansz. den Uyl (1595/96–1639). Der vorgeblich nüchternobjektiven Wiedergabe der Wirklichkeit liegt

bei aller vermeintlichen Unordnung eine überaus balancierte Bildkonstruktion zugrunde. Die labile Position vieler Objekte – das umgefallene Glas, die nach links geneigte Schale oder die gefährlich nahe an der Tischkante platzierten Teller – erinnert an die Vergänglichkeit allen irdischen Daseins. Auch Luxusgüter wie Gläser oder Zitrusfrüchte fungieren im calvinistisch geprägten Entstehungskontext des Gemäldes als Verweise auf die Nichtigkeit weltlichen Reichtums und sind beliebte Vanitas-Symbole.

Canaletto

Der italienische Veduten- und Landschaftsmaler Giovanni Antonio Canal (1697–1768), genannt Canaletto, erlangt mit zahlreichen Ansichten seiner Heimatstadt Vene-

beide Bilder: © LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna



oben: Jan Jansz. den Uyl, *Frühstück mit Zinnkanne*, 1635, Öl auf Holz
links: Hyacinthe Rigaud, *Porträt des Fürsten Joseph Wenzel I. von Liechtenstein im Ornat des Ordens vom Goldenen Vlies* (1696–1772), 1740, Öl auf Leinwand

dig Berühmtheit: Seine nahezu fotorealistisch genauen Darstellungen entstehen unter Mithilfe einer Camera obscura. Der Canale di Cannaregio bietet einen pittoresken Blick auf die Lagunenstadt: Mehrere Boote und Menschen beleben die Szenerie, die in warmes Licht gehüllt ist. Die im Schatten liegende Brücke im Mittelgrund bildet eine räumliche Trennung zwischen den strahlenden Palazzi des Vordergrunds und den in etwas dunklerer Färbung gehaltenen Häusern des Ghettos. Der Markusplatz in Venedig zeigt das prominente Motiv der Piazza di San Marco, das Canaletto immer wieder aus unterschiedlichen Blickwinkeln festhält. Vom Palazzo Ducale aus erstreckt sich der Platz mit der heutigen Biblioteca Marciana und den Procuratie Nuove. Verkaufsstände und bunte Staffagefiguren beleben das Bild und geben ihm ein alltägliches Gepräge.

Hyacinthe Rigaud

Um den glorreichen Moment seiner Ernennung zum Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies festzuhalten, beauftragt Joseph Wenzel I. von Liechtenstein den berühmtesten Porträtmaler seiner Epoche, Hyacinthe

rechts: Friedrich von Amerling, *Porträt der Prinzessin Marie Franziska von Liechtenstein im Alter von zwei Jahren*, 1836, Öl auf Karton (Ausschnitt)



© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-



Hans Makart, *Der Tod der Kleopatra*, 1875, Öl auf Holz (Ausschnitt)

Rigaud (1659–1743). Der damals schon 81jährige Künstler stellt den Fürsten frontal und ganzfigurig mit der Ordenskette um den Hals dar. Das Bild folgt in seiner Komposition dem Typus des offiziellen Staatsporträts. In einem imaginären Palast und umgeben von mächtigen Steinsäulen und pompösen, wolkenartig drapierten Stoffen, präsentiert sich der Dargestellte hoheitsvoll. Das Gemälde verdeutlicht in der beeindruckend haptischen Wiedergabe der glänzenden Stoffe und des marmornen Fußbodens den außerordentlichen Realismus und die hohe malerische Präzision Rigauds.

Ferdinand Georg Waldmüller

Ferdinand Georg Waldmüller (1793–1865) erzielt sowohl auf dem Gebiet des Porträts und der Genrekunst als auch in der Landschaftsmalerei und vor allem im Stillleben beachtliche Erfolge. Hier kommt dem Künstler seine profunde Ausbildung als Miniaturmaler entgegen: Insbesondere seine Blumendarstellungen werden für ihre Frische, brillante Farbigkeit und meisterhafte Wiedergabe von Details bewundert. Meist setzt Waldmüller seine Arrangements vor tiefes Schwarz und erzielt damit ein effektvolles koloristisches Gegengewicht zu den leuchtenden Früchten und Blumen sowie zum strahlenden Silber oder stumpfen Weiß der Vasen. Die matt-wächserne Oberfläche der Blüten kontrastiert der Künstler gekonnt mit dem harten, metallischen Glanz der Gefäße. Unendlich vielfältig sind die Nuancen des Stofflichen, die Waldmüller hier ins Bild setzt. Das Ergebnis ist ein beeindruckendes Wechselspiel von Licht und Schatten, von Reflexion und Opazität.

1829 reist Ferdinand Georg Waldmüller zum ersten Mal ins Salzkammergut. Das Gemälde Ansicht des Altausseer Sees gegen den Dachstein zeigt den großartigen Eigensinn, mit dem der Künstler die Biedermeierlandschaft interpretiert. Die imposante Gebirgsansicht erscheint auf Waldmüllers Bild fast menschenleer: Nur im Mittel-

grund stehen einige Häuser entlang eines dicht bewaldeten Streifens, gegen den sich das besonnte Bergmassiv und der blau schillernde See eindrucksvoll abheben. Der Ansicht des Dachsteins mit dem Hallstätter See weiß Waldmüller durch seine intensive Freilichtmalerei eine ungewöhnliche Präsenz und geradezu fühlbare Strahlkraft zu verleihen. Aufgrund dieser fast impressionistisch gesteigerten Stimmung gilt das Gemälde in der österreichischen Geschichte der Malerei als Markstein auf dem Weg in die Moderne.

Friedrich von Amerling

Friedrich von Amerling (1803–1887) ist neben Ferdinand Georg Waldmüller der angesehenste österreichische Porträtmaler des 19. Jahrhunderts. Seine ausgeprägte Beobachtungsgabe erschöpft sich nicht in reinen Charakterstudien, sondern dokumentiert in einzigartiger Weise auch das Selbstverständnis der Dargestellten als Angehörige des Adels oder des Bürgertums. Friedrich von Amerling zeigt seine Protagonistinnen nicht in Frontalansicht, nie fällt ein direkter Blick aus den Gemälden heraus auf den Betrachter. Die Dargestellten scheinen ganz mit sich selbst beschäftigt, sehen mehr in sich hinein als aus sich heraus.

Der Künstler konzentriert sich vollkommen auf die detaillierte Darstellung des Gesichts, die Farben des Hintergrunds sind mit offenem, breitem Pinselstrich aufgetragen. In herausragenden Werken wie seinem Mädchen mit Strohhut gelingt es ihm, eine große Leichtigkeit und Unbeschwertheit zu transportieren. Das Kolorit mit wenigen dominanten Lokalfarben entspricht ganz dem im Biedermeier propagierten Ideal von der Einfachheit der Kunst. Seine Studienaufenthalte in London und Paris sind für Amerlings Porträtkunst von nachhaltiger Bedeutung: Hier erlernt er die nötigen technischen Fertigkeiten, um seinen Bildern den formalen Schliff und die farbige Brillanz zu verleihen, die die Malerei des Wiener Biedermeiers über ihre lokale Bedeutung hinausführen.

Hans Makart

Mit einem Gebetbuch im Schoß und einem Rosenkranz in den Händen scheint die vornehme Dame auf diesem Gemälde Hans Makarts (1840–1884) vollkommen in Gedanken versunken zu sein. Insbesondere im tonig braun gehaltenen Vordergrund der Darstellung beeindruckt die große Freiheit und Spontanität der malerischen Ausführung. Da zu diesem Werk eine exakt entsprechende Kostümfotografie existiert, handelt es sich wohl nicht um ein gewöhnliches Porträt, sondern vielmehr um ein Rollenbildnis: Makart ist häufig an der Organisation und Ausstattung von halbprivaten Theaterspielen und Tableaux vivants beteiligt, bei denen verschiedene Werke der bildenden Kunst durch lebende Personen nachgestellt werden. Das Kostüm der abgebildeten Frau führt in das elisabethanische Zeitalter oder in die von Makart ebenso intensiv studierte Epoche Karls V. Dieses herausragende Meisterwerk zeigt die ägyptische Königin Kleopatra im Augenblick ihres Todes, aufrecht sitzend, allein, ins Nichts starrend. Hans Makart gibt die Pharaonin kurz vor ihrem Ende durch einen Schlangenbiß sinnlich und in einer an Direktheit kaum zu überbietenden Nacktheit wieder. Ebenso raffiniert wie das Inkarnat sind die stofflichen Details der Textilien und Draperien gemalt, die den Körper ausladend umhüllen. Die berühmte Burgschauspielerin Charlotte Wolter saß für dieses Gemälde Modell. Der Künstler steht hier auf dem Höhepunkt seines Schaffens. Allen Strömungen der zeitgenössischen Malerei in Europa gegenüber aufgeschlossen, öffnet er das Tor zur letzten Phase der Wiener Malerei des 19. Jahrhunderts. ■

<https://www.albertina.at>

Welt in Bewegung!

Stadt.Geschichte.Mobilität. – Niederösterreichische Landesausstellung
von 30. März bis 10. November 2019 in Wiener Neustadt



© St. Pölten, Landessammlungen Niederösterreich / Foto: Christoph Fuchs

Museum St. Peter an der Sperr: Rosa Mayreder (1858-1938), »Am Wiener Neustädter Kanal«

Menschen sind unterwegs. Städte wachsen. Das Land verändert sich. Die Geschichte schreitet voran. Kurz: Unsere Welt ist unaufhörlich in Bewegung. An zwei historischen Ausstellungsorten im Herzen Wiener Neustadts widmet sich die Niederösterreichische Landesausstellung 2019 daher der „Welt in Bewegung!“.

Bewegte Welten gestern, heute, morgen

Die Kasematten: einst Stadtbefestigung, heute einzigartiges Architekturdenkmal. Eine Zeitreise durch gestern, heute und morgen. Multimediale Projektionen machen das Wachsen und Werden der Stadtmauern eindrucksvoll sichtbar. In der Bastei der Kase-

matten werden Geschichten der Mobilität durch eine erlebnisorientierte Architektur erzählt. Im Mittelpunkt stehen Wiener Neustadt und seine Beziehungen zur Region im Kleinen und zur Welt im Großen; kuriose Geschichten und faszinierende Objekte führen in eine begehbbare Welt der Regionen um Wiener Neustadt.

Der Ausstellungsrundgang führt die BesucherInnen weiter durch unterschiedliche Formen der Mobilität: vom beschwerlichen Unterwegs-Sein in der Vormoderne über die Veränderungen durch Motorisierung bis hin zur Mobilität der Zukunft. Animationen, Installationen, Filme und Objektinszenierungen beschäftigen sich mit spannenden Frage-

stellungen: Wie schaute der Alltag des Unterwegs-Seins zu Fuß, zu Pferd, in Kutschen und auf Wagen aus? Wie prägten die in Wiener Neustadt produzierten Fahrzeuge wie Auto, Lokomotive und Flugzeug die Mobilität der Menschen und somit die Gesellschaft? Wie verändert Mobilität unsere Zukunft und welchen Einfluß hat sie auf die Menschen in der Stadt und auf dem Land? Gäste werden aufgefordert ihre eigene Mobilität zu erkunden.

Kosmos der Stadt – über die Grenzen hinaus

Im ehemaligen Kloster St. Peter an der Sperr aus dem 13. Jahrhundert präsentiert

sich Wiener Neustadt im Spiegel der Weltgeschichte. Das Wirken der Habsburger Kaiser Friedrich III. und Maximilian I., die von hier aus regierten und den Namen Wiener Neustadts in die Welt trugen, rückt ebenso ins Zentrum wie Matthias Corvinus und der Blick nach Ungarn. Erzählt wird die Geschichte der Stadt zu verschiedensten Zeiten und deren menschlichen Schicksale. Ausgehend von den lokalen Betrieben entstand in Wiener Neustadt eines der größten industriellen Zentren der Monarchie. Wie kamen Luxusgüter wie Pfeffer nach Wiener Neustadt? Im Ausstellungsrundgang wird die wirtschaftliche Entwicklung Wiener Neustadts vom Mittelalter über die Monarchie bis heute verfolgt. Die Besucher können hier die Wege des Imports von Rohstoffen aus aller Welt ebenso nachverfolgen wie jene des Exports der fertigen Produkte in die großen europäischen Zentren.

Die eindrucksvolle Rauminstallation im Kirchenschiff vom Museum St. Peter an der Sperr läßt bemerkenswerte Menschen aus Wiener Neustadt und der Region zu Wort kommen. Wie sich die einstige kaiserliche Residenz zur Industriestadt und zum Innovationsstandort von heute entwickelte wird anhand prägender Persönlichkeiten erzählt: Welche Menschen lebten in der Stadt? Tagelöhner, Unternehmer, reisende Händler, Sommerfrischler – welche Unterschiede gab es in deren Alltagsleben?

Die beiden Ausstellungsmacher

Beat Gugger und Gerhard Proksch bereiten eifrig die Ausstellungsregion. Immer auf der Suche nach Highlights für die Ausstellungen, aber auch nach vielen kleinen, persönlichen und eindrucksvollen Geschichten. Nicht offensichtlich, aber bei näherem Hinschauen etwas Unentdecktes geborgen und wieder in die Öffentlichkeit gerückt – den Grundstein hierfür bilden unzählige Besuche von Sammlungen, Museen und Gespräche mit Menschen vor Ort.

Beat Gugger und Gerhard Proksch: „Die Objekte und Geschichten verknüpfen wir zu einer großen stimmigen Erzählung in der NÖ Landesausstellung. Mit einer offenen Interpretation von Mobilität haben wir Bewegungen, Veränderungen mit persönlichen Ge-

rechts: Ein wunderbares Kunstwerk ist der Austro-Daimler ADS R, Kurbel statt Starter, Gaspedal in der Mitte, dürres Stangerl als Schalthebel, Alumotor mit Bronze-Kopf. Den fröhlich charmanten Sascha konstruierte Ferdinand Porsche 1922. Sascha deshalb, weil der Name des Finanziers Alexander „Sascha“ Kolowrat-Krakowsky (1886–1927), österreichischer Filmproduzent, war. Von fünf produzierten Autos haben zwei überlebt.



© Wiener Neustadt, Museum St. Peter an der Sperr / Foto: Christoph Fuchs

Eines der Highlights der NÖ Landesausstellung 2019: **der Corvinusbecher** von Goldschmied Wolfgang Zulinger, ca. 1480 und 1490, Wiener Neustadt. Seit Jahrhunderten ist der Corvinusbecher ein wichtiger Bestandteil der Identität von Wiener Neustadt. Über seine Herkunft gibt es viele Theorien. Einer zufolge soll er ein Geschenk des ungarischen Königs Matthias Corvinus an die Wiener Neustädter für deren tapfere Stadtverteidigung gewesen sein.



© Privatsammlung / Foto: fahr(T)raum, Michel Zumbrunn

schichten und Biografien verbunden. So konnten wir einen Bogen spannen: der Geschichte der Stadt Wiener Neustadts verbunden mit der umliegenden Region weit hinaus in die Welt tragend. Entstanden ist eine ungewöhnliche, in der Form noch nie zusammengetragene Ausstellung. Wiener Neustadt steht im Zentrum – doch rundherum bewegen sich verschiedensten Welten in konzentrischen Kreisen – einmal nah, einmal fern, und immer wieder überraschend. So steht eine Stadt im Aufbruch und Ihrer Beziehung zur Welt im Zentrum der Niederösterreichischen Landesausstellung 2019. Vorbeifahren war einmal – jetzt zeigen wir Dir hier die Welt in Bewegung!“

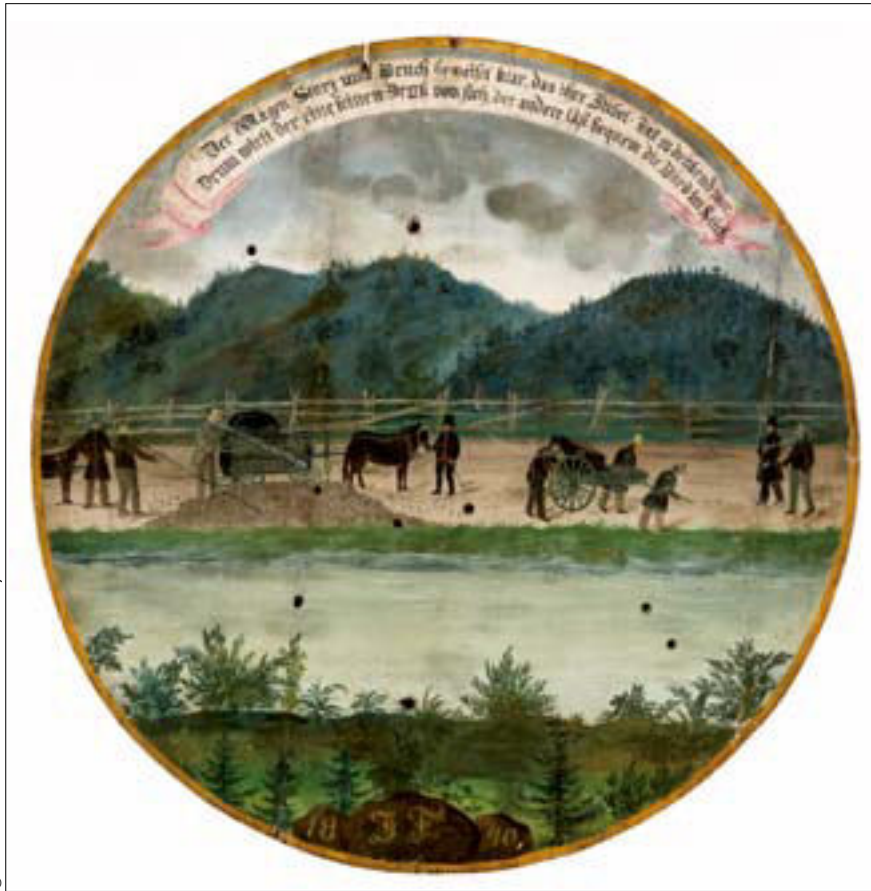
Wiener Neustadt – die Hauptstadt der Wiener Alpen

Vorbei an historisch wertvollen Gebäuden, quer durch die belebte Fußgängerzone, hinein ins geschichtsträchtige Zentrum Wiener Neustadts. Die Habsburger Friedrich III. und Maximilian I., die hier residierten, sind allgegenwärtig. Wiener Neustadt atmet Geschichte ... und ist zugleich durch und durch bunt und modern. Es lohnt sich, die Hauptstadt der Wiener Alpen von ihrer besten Seite kennenzulernen: Die älteste Militärakademie der Welt entdecken. Im Neukloster, inmitten des pulsierenden Treibens der Stadt, innehalten und zur Ruhe finden. Bei einem Stadtpaziergang den Spuren der Habsburger folgen. Oder von der Energie des Wassers beim Kraftwerk Ungarfeld, direkt am Wiener Neustädter Kanal, erfahren. Das urbane Wiener Neustadt besticht mit innovativen Kulturinitiativen, trendigen Lokalen, als Forschungsstandort und Handelszentrum. Die Stadt hat viel zu bieten. Es lohnt sich, sie ausgiebig zu durchstreifen!

Die Landesausstellungsregion

Die Landesausstellung ist Ausgangspunkt und Aufforderung an BesucherInnen die Besonderheiten der Landesausstellungsregion zu erkunden. Themen der Ausstellung leben in der Region weiter und laden zu einem Ausflug und zum Entdecken ein: Von genußvollen Landgeschichten in der Region Bucklige Welt-Wechseland zu Weltkultur mit Bergblick in der Welterbergregion Semmering-Rax. Oder von Freiheit in schöner Natur im Schneebergland bis zu Kultur und Genuß im Fluß am Wiener Neustädter Kanal. Ein Tag reicht definitiv nicht aus, um die Landesausstellungsregion in ihrer großen Vielfalt zu erleben! ■

<https://noe-landesaussstellung.at/>



© SchützenScheibenMuseum Scheibbs / Foto: Peter Böttcher

Schützenscheibe mit Darstellung eines Pferdewagenunfalls



Foto: NLK / Pfeiffer

Freuen sich auf die NÖ Landesausstellung 2019 in Wiener Neustadt und der umliegenden Region (v.l.): Gabriele Bröthaler, NÖ.Regional.GmbH; Markus Fürst, Geschäftsführer Wiener Alpen; Wiener Neustadts Stadtrat Franz Piribauer; Hermann Dikowitsch, Leiter der Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht; Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner; Kurt Farasin, Künstlerischer Leiter NÖ Landesausstellungen; Wiener Neustadts Bürgermeister Klaus Schneeberger; Guido Wirth, Geschäftsführer NÖ Landesausstellungen; LAbg. Bgm. Christoph Kainz, ARGE-Sprecher Wiener Neustädter Kanal; Martina Sanz, Kleinregionsmanagerin gemeinsame Region Schneebergland; LAbg Franz Rennhofer, Verein Bucklige Welt Regionalentwicklung

Auf der Kippe

Eine Konfliktgeschichte des Tabaks – von 22. Feber bis 10. November 2019 im Tiroler Volkskunstmuseum



Foto: TLM / Martin Gamper

Rauchendes Eichhörnchen vor Cosima von Bonins „SMOKE“

Bezugnehmend auf die gesellschaftspolitischen Debatten rund ums Rauchverbot folgt die neue Sonderausstellung im Tiroler Volkskunstmuseum dem dialogisch-kontroversiellen Prinzip des Für und Wider „Rauchen“ und geht dabei der Vielfalt dieses heute so umstrittenen Kulturguts nach: Themen wie Moral, Genuß, Macht, Gesundheit, Rauch, Kultur, Geschlechterverhältnisse und Zeit stehen dabei im Mittelpunkt. Erzählt, präsentiert und zur Diskussion gestellt wird dies in einer Verschränkung von Alltagsobjekten, Darstellungen aus der Bildenden Kunst, aus Filmen, Büchern und Comics, Fotogra-

fien sowie aus Popkulturellem von Werbung und Musik.

Spätestens seit 2004, als Irland, Norwegen und Italien Rauchverbote ausgesprochen haben, ist Rauchen zum medialen „Dauerbrenner“ geworden. Die Aufhebung des Rauchverbots in Österreich 2018 löste heftige Debatten und ein Volksbegehren aus. „Dieser Anlaß stellt schon einen gewissen Anreiz dar, die historische Entwicklung des Rauchens, das ja seit 500 Jahren eine eigene Tradition in Europa aufzuweisen hat, die kulturgeschichtliche Bedeutung des Tabaks und die damit verbundenen Kulturleistungen in

den Blick zu nehmen“, so Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen, zur Relevanz des Themas.

Die Ausstellung zeichnet die konfliktreiche Geschichte des Tabaks nach und betrachtet dabei das schillernde und variantenreiche Spektrum von dessen Doppelgesichtigkeit aus Gesundheitsschädigung und kultureller Stimulanz: Zwischen lebensgefährlichem Suchtmittel und exotischem Genuß, lebenslanger Gesundheit und hedonistischem Lifestyle ist der Konsum von Tabak heute weltweit zum Streitfall geworden. Dabei galt Tabak nach seiner Entdeckung in Südamerika als Heilmittel, eroberte als Genußmittel rasch Europa, dann den Nahen Osten, China, Japan und schließlich Afrika. Mit Antitabakbewegungen konfrontiert sah sich die vielseitige Pflanze schon mit den ersten europäischen Rauchern. „Die Kulturgeschichte des Rauchens ist stets eine Geschichte der damit verbundenen Konflikte. Heute ist die Frage von Rauchen oder Nicht-Rauchen keine rein private mehr, sondern eine Entscheidung zwischen individueller Freiheit und kollektiver Verantwortung“, so Günther Moschig, Kurator der Ausstellung.

Mit den Debatten verbunden ist ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel: Denn Rauchen, das etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts positiv besetzt und mit Genuß, Freiheit, gesellschaftlichem Ansehen, Emanzipation oder Rebellion verbunden war, wird seit den 1980er-Jahren nahezu ausschließlich unter dem Gesundheitsaspekt diskutiert. „Damit werden Kulturleistungen, die mit Tabak und dessen Konsum in Verbindung stehen, zunehmend ausgeblendet. Momentan hat es den Anschein, als verabschiede sich eine jahrhundertalte kulturelle Praxis aus dem öffentlichen Leben“, so Karl C. Berger, Leiter des Tiroler Volkskunstmuseums.

Rauchen im Museum – Zum Konzept der Ausstellung

Die letzte Zigarette Lola Montez‘ vor ihrer Flucht aus Bayern inspirierte Kurator Günther Moschig, diese Ausstellung anzudenken. Ein nachgebauter Rauchersalon, ein Raucherlunge oder Valie EXPORT mit ihrer legendären Zigarettenmarke – vielfältige Objekte zeigen den facettenreichen Zugang,

den Moschig zu Tabak und dessen Konsum präsentiert: „Ausgehend vom dialogisch-kontraversiellen Prinzip des Für und Wider ‚Rauchen‘, war es mir wichtig der Vielfältigkeit dieses heute so umstrittenen Kulturguts nachzugehen. Kulturelle Leistungen rund um den Tabak, dessen gesellschaftliche Brisanz und Relevanz, kulturgeschichtliche Tradition und inhaltliche Weitläufigkeit sollen aufgezeigt und ein Diskursraum geöffnet werden, der die herrschende, thematische Enge sprengt“.

Die aktuelle Sonderausstellung verschreibt sich somit dem Rauchen und dem Rauch, dem Tabak als Pflanze, als Heil-, Werbe- und Genussmittel, als Kulturgut oder Gift. Die Vielfalt an Objekten – Alltagsobjekte, Darstellungen aus der Bildenden Kunst (historisch wie zeitgenössisch), aus Filmen, Büchern, Comics, Fotografien sowie Popkulturelles aus Werbung und Musik – speist sich aus fast vierzig verschiedenen Sammlungen, allen voran aus der 1873 gegründeten JTI Collection Vienna, der europaweit größten tabakhistorischen Sammlung. Objekte stammen aber auch aus den Beständen der Tiroler Landesmuseen selbst sowie aus zahlreichen privaten Sammlungen etwa aus Innsbruck und Südtirol oder der Pomeranz Collection in Wien.

Exponate aus dem Volkskunstmuseum zeigen den Tirolbezug zum Thema: Schnupftabakdosen, Tabakpfeifen, Pfeifenköpfe, Tabakbeutel und Aschenbecher, Zigarrenschachteln und Zigaretten Dosen – „Alle diese Objekte lassen durch ihre Gestaltung und Gebrauchsspuren Rückschlüsse auf frühere Besitzer, Hersteller oder gesellschaftliche Moden zu. In Beschreibungen von Tirol werden Tabak und Pfeife im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert überdies fast zum Attribut der ‚Tiroler Typen‘“, so Anna Engl, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Volkskunstmuseum. Wolfgang Meighörner führt aus: „In der langen Tradition des Rauchens in Europa haben sich auch regionale Gebräuche ausgebildet, die wiederum in Typenbildern festgeschrieben wurden. Zu solchen ‚Tiroler Typen‘ zählen etwa der pfeifenrauchende Almbauer, Bergsteiger oder Landeshauptmann sowie der zigarrenrauchende Kartenspieler.“

Neun Themenbereiche

In neun Themenbereichen aufgebaut erstreckt sich die Ausstellung im zweiten Stock des Museums auf rund 200 m². Nach Durchschreiten eines Vorhangs mit Rauchzeichnungen der Künstlerin Anja Braun gelangt man zunächst in eine Lounge, die



Peter Johann Nepomuk Geiger (?), Meerschaumpfeife Mazeppa, um 1845



Tabakpfeife, sog. Reggl, 1. H. 19. Jh., TVKM

über die Frage „Rauchen oder Nicht Rauchen“ ins Thema einführt. Mit der faktischen Seite rund um den Tabak – dessen Geschichte, Anbau, Formen des Konsums etwa – sowie mit ätherischen und künstlerischen Aspekten von Rauch beschäftigt sich der erste Raum. Die Themenkomplexe Macht- und Geschlechterverhältnisse, die (Begleit-) Kultur des Rauchens, Gesundheit und Zeit behandelt der zweite Raum. Beim Verlassen der Ausstellung kommt der Besucher um eine Entscheidung nicht herum: Rauchen oder Nichtrauchen?

Ausstellungsarchitektur

Architektin Andrea Graser entwickelte ein räumliches Konzept, das die Mannigfaltigkeit des Themas begreifen lässt und eine Auseinandersetzung mit den verschiedensten Perspektiven auf das Rauchen ermöglicht.

So ist die Architektur der Ausstellung als Falt- raum konzipiert, der die strukturelle Starrheit der Perspektive auflöst. Durch die Fortbewegung im Raum verändern sich die Blickpunkte, die im 90°-Winkel gefalteten Wände ermöglichen den BesucherInnen, sich den Themen von mehreren Seiten gleichzeitig zu nähern. Die räumliche Inszenierung variiert also und führt zu Wahrnehmungswechseln. Mythen und Geheimnisse rund um den Tabak entfalten sich durch die Präsentation schrittweise.

Ursprungsmythos – Heilmittel und Gift von Anfang an

Bereits im Ursprungsmythos des Tabaks – eine Geschichte der Gran-Chaco-Indianer aus dem Zentrum Südamerikas, in der ein Andenkondor als „Herr des Tabaks“ auftritt – ist die Ambivalenz im Gebrauch

von Tabak als Heilmittel oder als Gift angelegt. Seit dem 10. Jahrhundert in Südamerika konsumiert, hatte Tabak zunächst kultische Funktion und diente zur Bekräftigung von Verträgen und Freundschaften. Nach Europa fand die Pflanze 1492 und avancierte rasch zum ersten außereuropäischen Genußmittel – vor Tee, Kaffee und Zucker. Schon mit dem ersten Raucher in Europa traten Tabakgegner auf den Plan. Zeitgleich wurde die Pflanze zu Heilzwecken gezüchtet.

Tabak – Formen des Konsums

Die Gewohnheiten um den Tabakgenuß – geraucht, geschnupft und gekaut – beobachtet Ludwig von Hörmann 1912 in Tirol: „Vom reichsten Großbauern bis zum armen Kleinhäusler, vom weißhaarigen Veteranen oder Nähnl bis zum halbwüchsigen Buben raucht fast alles; auch zum Teil die Weiber.“ Das Pfeifenrauchen wurde im 18. und 19. Jahrhundert von der Zigarre abgelöst. Mit der Industrialisierung wurde die Zigarette ab 1850 schließlich zum Massenkonsumgut und Symbol der Moderne. Als gesunde Alternative gilt heute die E-Zigarette.

Auf der Kippe – Diskurse um das Rauchen

Antitabakbewegungen begleiteten das Rauchen in Europa von Anfang an. König James I. verfaßte 1603 ein Pamphlet dagegen und kontrollierte den Tabakhandel mit Importzöllen. Erste regionale Rauchverbote gab es in Mitteleuropa ab Mitte des 17. Jahrhunderts, 1667 auch in Tirol. Zur Jahrhundertwende gründeten sich weltweit Tabakgegnervereine. Den Beginn der jüngsten Antitabakbewegung markiert der US-amerikanische „Terry Report“ von 1964, der erstmals auf medizinische Gefahren hinwies. Nach einem Werbeverbot für Tabakwaren in den Medien 1965 in Großbritannien erschienen erste Warnhinweise auf Zigarettenpackungen 1966 in den USA. Die 1996 von der WHO veröffentlichte Warnung vor den Gesundheitsrisiken durch Tabakkonsum leitete dann schließlich jenen Wandel ein, der zu immer deutlicheren Restriktionen für Raucherinnen führte.

Machtverhältnisse

Der Tabak hat seit seiner Einführung in Europa Herrschaftsverhältnisse in der globalen Machtpolitik deutlich gemacht: Erst mit den spanischen Eroberungen und der Kolonialisierung konnte Tabak überhaupt nach Europa kommen. Kriege und Soldaten hatten an seiner Verbreitung maßgeblichen An-



Raleigh Cigarettes, um 1945



Bullyland, Lucky Luke, 1974

teil. Gleichzeitig waren die Zigarre, oder später Zigarette, bei den großen Revolutionen Ausdruck von bürgerlicher, proletarischer oder feministischer Freiheit. In der Wirtschaft spielte Tabak eine Rolle zwischen Handelsgut und Ersatzwährung. An der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert betrug der Wert von Tabak das Zehnfache des Pfeffers. Als Zahlungsmittel und Tauschwährung diente die Zigarette nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1948. „Rauchen für den Wiederaufbau“ lautete dann eine Plakatwerbung zu Beginn der 1950er Jahre. Von Seiten des österreichischen Staates war Rauchen in dieser Zeit erwünscht. Politische und kulturelle Machtverhältnisse bilden Tabak und sein Konsum auch im Verhältnis zwischen Orient und Okzident ab. Zwischen verklärter Betrachtung des Exotischen und religiöser wie politischer Ausgrenzung veränderte sich dieses

Verhältnis immer wieder, war aber stets vom Westen her definiert. Mit dem Bild verführerisch rauchender Orientalinnen wurde lange für (Orient-)Tabak geworben, bis der Orient nach den Ereignissen von 9/11 auf amerikanischen und europäischen Zigarettenpackungen weitgehend verschwunden war.

Geschlechterverhältnis

Bis ins 20. Jahrhundert war Rauchen Privileg der Männer. Mit den Emanzipationsbewegungen Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Rauchen in der Öffentlichkeit bei Frauen populär. Lola Montez gilt als Vorreiterin der selbstbestimmten rauchenden Frau. Doch wie streng gesellschaftliche und politische Restriktionen noch 1846 wirkten, wurde mit der Ausweisung der Schriftstellerin Louise Aston – wegen Gottlosigkeit, des Tragens von Männerkleidung und öffentlichen Rauchens – als „staatsgefährliche Person“ aus Berlin deutlich. Erst mit der industriellen Produktion wurden Frauen als Raucherinnen zunehmend akzeptiert. Damenzigaretten kamen auf den Markt und eine rauchende Frau galt in den 1920er-Jahren als mondän, selbstbewusst und als *Femme fatale*. Ein männlicher Blick, gepusht von Werbung und Hollywood, dem die österreichische Künstlerin VALIE EXPORT 1970 vehement wie ironisch entgegen trat.

Die Verbindung von Rauchen und Erotik zeigt sich auch in sexistischen Darstellungen oder einem (dominant) männlichen Blick. Dem rauchenden Mann wiederum verlieh die Werbung lange Zeit das Image von Stärke, Männlichkeit und Freiheit.

Kulturleistung und Kunst

Als kulturelle Stimulanz ist der Tabakkonsum von Künstlern und Intellektuellen vielfach belegt. Robert Musil war ebenso Kettenraucher wie Eric Clapton. Sigmund Freud schrieb in einer biografischen Notiz: „Seither bin ich meiner Gewohnheit oder meinem Laster treu geblieben und meine, daß ich der Zigarre eine große Steigerung meiner Arbeitsfähigkeit und eine Erleichterung meiner Selbstbeherrschung zu danken habe.“

Zudem begleitet den Tabak eine vielfältige Designkultur: Meerschampfeifen mit skulpturaler Qualität stehen dafür ebenso wie die Gestaltung von Schnupftabakdosen, Zigarettenpackungen und Werbeplakaten. Der Architekt Le Corbusier entwarf für die französischen Eisenbahnen ein eigenes Raucherabteil. ■

<https://www.tiroler-landesmuseen.at/>